

Ausgabe 48 | Juni 2022 | CHF 9.00 / Euro 9.00

ZEITUNG

Eine Ausgabe • Ein Thema • Ein Mosaikstein hin zum grossen Bild



Zielführende ~~Energiepolitik?~~

«Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiss es bis heute nicht.»

Robert Habeck, seit 2021 Vizekanzler und Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland

Liebe Leser,

Während weltweit mehr als 1400 Kohlekraftwerke in Planung oder bereits im Bau sind, zieht sich die BRD im wahrsten Sinne des Wortes den Stecker und zerstört ihre eigene Energieversorgung. Den Lesern unserer letzten Ausgabe dürfte inzwischen klar sein, dass sich Deutschland mit der Energiewende seiner existenziellen Lebensgrundlage entzieht, in den wirtschaftlichen Ruin gleitet, verheerende Stromausfälle nur zu einer Frage der Zeit macht und sich zu guter Letzt in die totale Energie- und damit Existenz-Abhängigkeit anderer Staaten begibt.

An dieser Stelle darf man ruhig einmal innehalten und sich diese verheerende Entwicklung vor Augen führen. Wie konnte es so weit kommen? Deutschland, einst die Zivilisationslokomotive der Welt, das Land der Dichter und Denker, der Ingenieurskunst und des technischen Fortschritts, ist heute kaum noch ein Schatten seiner selbst. Das von den Engländern im vorletzten Jahrhundert als abwertender Warnhinweis zum Schutz der eigenen Wirtschaft eingeführte Markenzeichen «Made in Germany» erinnert nur noch im Ansatz an diese vergangenen glanzvollen Zeiten. Ist es nicht seltsam, dass ausgerechnet eine in so vielen Belangen führende Nation und ihr Volk sich aus freien Stücken heraus seit Jahrzehnten derart konsequent selbst zerstören, indem sie mehrheitlich Politiker wählen, die, wie der heutige Wirtschaftsminister der Grünen, Robert Habeck, «mit Deutschland noch nie etwas anzufangen wusste[n]» und «Vaterlandsliebe stets zum Kotzen fand[en]»? Oder wie seine Partei- und Amtskollegin Claudia Roth, die von sich selbst behauptet, «seit zwanzig Jahren Türkeipolitik» zu betreiben und von ihrer Vision für den Deutschen Nationalfeiertag schwärmt, an dem «die Strassen in einem Meer aus roten Türkenflaggen und ein paar schwarzrotgoldenen Fahnen ertrinken»? Oder wie Cem Özdemir, noch ein Partei- und Amtskollege, der bei einer Wahlveranstaltung seinen türkischen Volksgenossen versprach: «Was unsere Urväter vor den Toren Wiens nicht geschafft haben [nämlich die Unterwerfung des europäischen Abendlandes durch das Osmanische Reich], werden wir mit unserem Verstand schaffen.» Bei einer anderen Veranstaltung frohlockte er: «Der deutsche Nachwuchs heisst jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!» Nur zur Erinnerung: Dies sind Zitate von Mitgliedern der aktuellen Regierung. Wir könnten mit dergleichen deutschfeindlichen Zitaten aktueller und ehemaliger Politiker ganze Ausgaben füllen, so dass sich die Frage förmlich aufdrängt: Ist es möglich, dass unsere Regierung gegen das eigene Volk arbeitet? Vielleicht sogar als eine Art «fünfte Kolonne», die heimlich mit einem äusseren, unbekannten Feind kollaboriert?

Es ist jedenfalls bemerkenswert, wie man bei der Recherche nach möglichen Ursprüngen solch vermeintlich subversiver und feindseliger Politik immer wieder über dieselben Akteure und Ideologien stolpert: Bereits 1954, im Zuge der Ausarbeitung eines Planes zur nachhaltigen Vernichtung des Klassenfeindes, also der freien Marktwirtschaft, legte der sowjetische Geheimdienst GRU im sogenannten «Lokomotivenbericht» dar: «Um die Lokomotive des Kapitalismus» lahmzulegen, braucht man nicht ihr gesamtes Triebwerk zu zerstören, sondern es genügt, ihr ein unverzichtbares Element zu nehmen [«fossile» Energie-Rohstoffe].» So mag es kaum verwundern, dass die Ursprünge des Märchens vom menschengemachten Klimawandel, auf dem letztendlich die ganze Energiepolitik fusst, mitunter genau in diesem Bericht zu finden sind. Klimaveränderungen und vor allem der Einfluss des Men-

schen darauf sind für den Normalbürger unsichtbar, ungreifbar und vor allen Dingen grenzüberschreitend global. Globale Probleme und Krisen, so der Tenor, lassen sich nur von übergeordneten globalen Instanzen lösen, die wiederum den Nationalstaaten planwirtschaftliche Massnahmen vorschreiben (Ausgabe 22). So begann mit der 1972 einberufenen «Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen» eine weltweit koordinierte und orchestrierte Umwelt- und Klimapropaganda, welche vor allem die westlichen Länder mit unzähligen, sich teils widersprechenden Schauernmärchen in eine permanent apokalyptische Panikstimmung versetzte. Hätten diese Horrorgeschichten der Wahrheit entsprochen, wäre die Menschheit in den letzten 50 Jahren schon mehrfach untergegangen, sei es durch eine neue Eiszeit, das Ozonloch, das Waldsterben, den sauren Regen, einen steigenden Meeresspiegel oder aktuell die Klimaerwärmung. Eine Gemeinsamkeit haben all diese Meldungen: Die Schuld wird stets bei jedem einzelnen Durchschnittsbürger verortet – alle müssen ein schlechtes Gewissen haben.

In Deutschland gründeten 1980 «Ex»-Kommunisten und Antideutsche die Grünen-Partei, um «das Thema Ökologie von links [zu] besetzen» – genau so, wie es die sowjetischen Strategen vorgesehen hatten. Allmählich hielt das Erderwärmungs-Narrativ auf der ganzen Welt Einzug. Auf der 1992 von der UNO einberufenen Rio-Konferenz wurde unter anderem die Klimarahmenkonvention (bis heute von allen Staaten) unterzeichnet, die zum ersten Mal die Kohlendioxidemissionen und damit verbunden

die Wirtschaftsleistung der westlichen Unterzeichnerstaaten planmässig beschnitt.

Der erste Schritt zur nachhaltigen Sabotage der «kapitalistischen» Lokomotive war somit getan. Als interessante Details seien erwähnt: «Rio» steht als Name der Konferenz nicht etwa für die brasilianische Stadt, wo sie stattfand, sondern ist die Abkürzung für «Reshaping the International Order» oder «Die Internationale Ordnung neugestalten». Diese Konferenz zur «Neugestaltung der Internationalen Ordnung» wurde darüber hinaus ausgerechnet vom Rockefeller-Vertrauten und Marxisten Maurice Strong geleitet, mit dem letzten Generalsekretär der Sowjetunion Michail Gorbatschow in einer Schlüsselrolle.

Unter den eben genannten Aspekten dürfte die Energiewende in einem etwas anderen Licht erscheinen. Es ist schlussendlich immer dasselbe Vorgehen. Ob Pandemie, Migrations- oder Klimakrise usw.; zur Lösung grenzüberschreitender Krisen, seien sie selbst geschürt oder erfunden, werden internationale Konferenzen unter dem Banner der UNO einberufen, wo Vertreter von Nationalstaaten Verträge ratifizieren, welche die eigene Souveränität aushebeln und dem Diktat einer zentralen Planstelle unterordnen. Langsam und beinahe unbemerkt verlieren wir so unsere Freiheit und wundern uns höchstens über die beinahe synchronen Entwicklungen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene in einzelnen Ländern. Es versteht sich von selbst, dass zur Umsetzung solcher Prozesse willfähige Politsoldaten nötig sind, welche vor ihrer Installation in entsprechenden Machtpositionen oft in «Young Leaders»-Programmen von WEF, Atlantik-Brücke und Co. geprägt werden und den notwendigen Schliiff erhalten.

Unter diesen Voraussetzungen der eigenen Wählerschaft respektive dem eigenen Volk die Treue zu halten, bedingt sicherlich einiges an Charakter und Vaterlandsliebe – Eigenschaften, nach denen man bei «unserem» Politpersonal leider vergeblich sucht. (ab)

«Am 18. September [1973] wurden mit der Bundesrepublik Deutschland und der DDR Staaten zu UN-Mitgliedern, die laut UN-Charta «Feindstaaten» waren. Das gilt für Deutschland noch heute.»

Welt-Online, 13.09.2013



Einweihung der Nord-Stream-1-Gas-Pipeline von Russland nach Deutschland, November 2011.

Begründet mit dem Mythos «Klimakatastrophe» (Ausgabe 9) verstrickt sich Deutschland von Jahr zu Jahr weiter in dem hoffnungslosen Unterfangen einer «Energiewende» (Ausgabe 47). Die Konsequenz dieser bereits thematisierten Irrsinns-Agenda: Deutschland hängt bei der Energieversorgung am Tropf fremder Mächte. Mittlerweile machen weder Politik noch Medien ein Geheimnis daraus, dass das Problem akut ist und die Energie-Abhängigkeit Deutschlands dringend rückgängig gemacht werden müsste. Dabei wird allerdings verschwiegen, dass die Politikerkaste, die heute vorgibt, nach schnellen und effizienten Lösungen zu suchen, verantwortlich dafür ist, dass Deutschland sich im Energiebereich der Fremdbestimmung auslieferte. Da heute wie schon in der Vergangenheit simple, effiziente und sogar umweltschonende Lösungen für die vorherrschende Energiekrise nicht zugelassen, ja regelrecht bekämpft werden, drängt sich der Verdacht auf, dass doch weit mehr als Inkompetenz und Kurzsichtigkeit hinter der Abhängigkeit Deutschlands steckt. Ein Verdacht, dem auf den kommenden Seiten nachgegangen werden soll.



EXPRESS-ROUTE!

DIE ESSENZ DER ARTIKEL IN EINEM KOMPAKTE TEXT!

▶▶ Ab Seite 14

Inhalt

«Fossile» Energie: dreckig und veraltet?

Allein mit den «fossilen» Rohstoffen wäre der Weg frei für ein energiesouveränes Deutschland. 6

Kernkraft: Das Märchen vom Auslaufmodell

Deutschland steigt trotz Energiekrise bis Ende 2022 aus der Kernkraft aus. Nahezu der gesamte Rest der Welt bleibt ihr treu – und das zurecht. 15

Die BRD am russischen Gastropf

Das zum Scheitern verurteilte Setzen auf «Erneuerbare Energien» hat es möglich gemacht, dass Deutschland von Wladimir Putin erpresst werden kann. 30

Rote Lügen in grünem Gewand - So kam es zur Energie-Abhängigkeit Deutschlands

Das Moskauer Politbüro treibt seit den 50er-Jahren den Aufbau des Weltkommunismus mithilfe ökologischer Themen voran. 37

Elektromobilität: Sozialismus pur

Die «grüne» Politik in Deutschland liess den Herstellern keine andere Wahl, als auf Elektromobilität umzusatteln. 52

Die «grüne» Zukunft: Rationierung und Deindustrialisierung

Will Deutschland mit der Energiewende weitermachen, dann muss die Bevölkerung eine radikale Herabsenkung ihres Lebensstandards und ihrer Freiheit in Kauf nehmen. 66

Die geplante Energiekrise

Sind die «strategisch unklugen» Forderungen nach einem Energieboykott gegen Putin ein perfides Mittel, um den Zusammenbruch des Westens herbeizuführen? 72

9-Euro-Ticket: Sozialismus-Genuss in vollen Zügen

Die dramatischen Konsequenzen der Einführung des Flatrate-Tickets waren mehr als absehbar. 83

Verlag
Herausgeber
Kontakt

InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil
André Barmettler
Tel +41 61 511 45 08 /
info@metanoia-magazin.com
www.metanoia-magazin.com
ca. 8 x jährlich im Abonnement
Schweiz: SFr 59.- / EU: EUR 59.-

Website
Erscheinung
Abo-Preis

Redaktion

Satz/Layout

Fotos

Cover-Bild

Nächste Ausgabe

Tilman Knechtel (tk) / André Barmettler (ab)
Axel Schad (as), Fynn Peter (fp), Torsten Mann (tm)
Elementi Studio
Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org / Envato
Johannes Sonneaug
August 2022



Auf einen Blick

► **Konsequenz aus dem verheerenden Projekt «Energiewende» (Ausgabe 47): Deutschland ist abhängig von Energie-Importen und wird so zum Spielball fremder Mächte und Interessen.**

► **Die verheulerten «fossilen» Brennstoffe mögen zwar nicht den Königsweg hin zur dringend benötigten Energie-Autarkie Deutschlands darstellen, doch sie sind effizienter, zuverlässiger und sogar umweltschonender als «Erneuerbare Energien».**

► **Deutschland verfügt sowohl über Kohle-, Gas- als auch Erdölvorkommen. Würde man allein auf die im Inland vorhandenen «fossilen» Rohstoffe setzen, wäre vollständige Energie-Autarkie sogar relativ kurzfristig möglich.**

Die geopolitischen Konsequenzen der Energiewende

Wie in unserer zuletzt erschienenen Ausgabe 47 zum Thema «Energie(w)ende» belegt wurde, hat sich Deutschland mit dem Ziel, konventionelle Energie aus Erdöl, Erdgas, Kohle und Atomkraft durch Wind- und Sonnenenergie zu ersetzen, in eine äusserst prekäre Situation manövriert. Die sich abwechselnde Unter- und Überproduktion von Wind- und Solarenergie destabilisiert das Netz und würde den Blackout unvermeidbar machen, wären alleine diese Energieformen installiert. Das ist das Haupt-, aber beileibe nicht das einzige Problem mit «Erneuerbaren Energien». Sie versagen ebenso in puncto Wirtschaftlichkeit, Ressourcen- und Flächenverbrauch, ja nicht einmal die Natur wird durch sie geschützt geschweige denn weniger des zu Unrecht verheulerten Spurengases CO₂ ausgestossen. Die Gesamtbilanz von Wind- und Sonnenenergie ist gelinde gesagt miserabel und eine Fortsetzung der Energiewende wird nur dazu führen, dass die «Erneuerbaren» ihr destruktives Potenzial noch weiter entfalten können. Momentan deutet nichts auf ein grundsätzliches Infragestellen der Sinnhaftigkeit dieses Projekts durch die deutschen Entscheidungsträger hin, womit man davon ausgehen kann, dass Deutschland sich alsbald entweder in den totalen Untergang (Blackout) oder in die totale Abhängigkeit (Energieimporte) bewegt hat – oder je nachdem eine Mischung aus beidem.

Alternativen

Hat man einmal verinnerlicht, welchen gewaltigen Schaden die Energiewende bereits angerichtet hat und immer noch anrichtet, drängt sich die von uns bisher aufgeschobene Frage auf, was die Alternative zum Energie-Irrweg der deutschen Bundesregierung wäre. Zwar könnte man an dieser Stelle nun erörtern, ob es nicht bestimmte Energieinnovationen gibt, de-



Dezember 2018, Bottrop: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wird das letzte Stück deutscher Steinkohle überreicht.

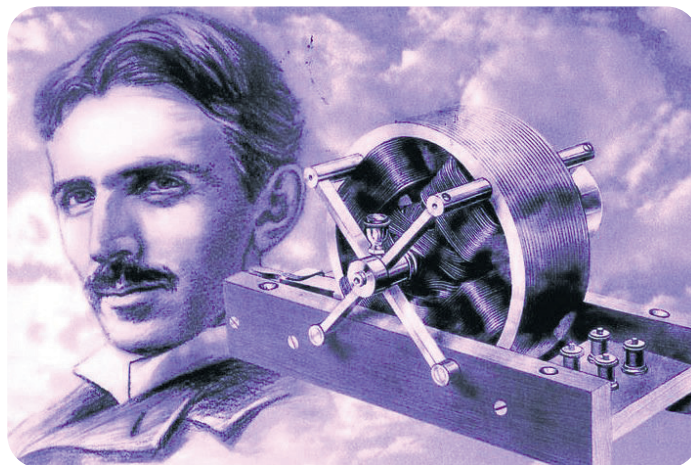


ren Existenz der breiten Masse unbekannt ist und die seit Jahrzehnten systematisch bekämpft werden, um die Menschheit in Abhängigkeit zu halten. Doch dazu müss-

ten wir uns in den Bereich der Theorie bzw. Spekulation begeben und uns zu weit von dem entfernen, was sich bereits in der Praxis bewährt hat. Herkömmliche Energieträger wie Erdöl, Erdgas, Kohle und Atomkraft mögen nicht den Königsweg schlechthin darstellen, doch sie sind effizient, zuverlässig und weit weniger umweltschädlich als die meisten Menschen denken. Eine Alternative zur Energiewende, die zumindest den Fortbestand einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft mit entsprechendem Lebensstandard weiter ermöglicht, sind die herkömmlichen Kraftwerke allemal. Darum soll es im ersten Teil dieser Ausgabe gehen. Darauf aufbauend werden wir aufzeigen, dass ein grosser Teil der Welt weiter auf Grundlage dieser Erkenntnis handelt und unbeirrt auf Kohle, Erdgas, Atomkraft und Öl setzt, wodurch erstens Deutschlands Abhängigkeit anwächst und zweitens die Anstrengungen der deutschen Bundesregierung bezüglich «Klimaschutz» – selbst unter Annahme einer realen Klimakatastrophe durch CO₂ – verpuffen. (tk)

Gibt es revolutionäre, doch unterdrückte Alternativen?

«Freie Energie», «Tesla-Spulen», «Magnetismus», «Wasserantrieb», «Antigravitation», «drahtlose elektrische Energie» – all dies sind Begriffe, die seit Langem im Internet kursieren und deren dahinterliegende naturwissenschaftliche Grundlagen in der vorliegenden Ausgabe weder angezweifelt noch argumentativ unterstützt werden sollen. Wir wollen an dieser Stelle lediglich feststellen, dass herkömmliche Energieformen, die sich bereits im Einsatz befinden, nicht die einzige Möglichkeit bleiben müssen, um Deutschland aus der Energie-Abhängigkeit zu befreien. Geht es um Souveränität, dann sollte nicht in Kollektiven gedacht werden. Ein souveränes Individuum ist die Grundvoraussetzung für eine souveräne Gemeinschaft. Wäre es für den Einzelnen möglich, Strom kostengünstig und in ausreichender Menge für sich selbst zu produzieren, dann müsste man weder auf Kohle- und Kernkraft noch auf Erdgas und -öl setzen. Denn auch bei einer Energiesouveränität Deutschlands bliebe der Kunde letztendlich abhängig von mit dem Staat verstrickten Grosskonzernen, die weniger sein Bestes wollen, als vielmehr eines der Puzzleteile im Kontrollsystem darstellen. Gut möglich, dass epochale Alternativen längst entdeckt wurden, doch von genau denjenigen unterdrückt werden, die das geopolitische Schachbrett mit herkömmlichen Energieformen kontrollieren. Unabhängigkeit bis hinab zur individuellen Ebene in Bezug auf die Energieversorgung zu verhindern ist essenziell, insofern man allumfassende Kontrolle ausüben möchte.



Vielleicht könnte all dies ein Thema für kommende Ausgaben sein. Auf den folgenden Seiten werden wir auf dem Boden des im Hier und Jetzt hundertprozentig Machbaren bleiben. Allein die himmelschreienden Falschdarstellungen im Bereich herkömmlicher Energie sollten ausreichen, um dem Leser dafür die Augen zu öffnen, dass die prekäre Situation, in der sich Deutschland momentan befindet, keinesfalls organisch entstand, sondern Teil einer längerfristigen, perfiden, menschengemachten Agenda ist. **(tk)**

Die Lösung kann nur lauten: Energie-Autarkie

«Deutschland ist ein rohstoffarmes Land. Rund 70 Prozent des Energieaufkommens wird durch Importe diverser Energieträger gedeckt. Um die Versorgung zu sichern, sollte die Importabhängigkeit verringert und die Vielfalt an Lieferländern und Transportstrukturen erhöht werden», schreibt das Umweltbundesamt im Januar 2022 auf seiner Webseite. ⁽¹⁾ Ausnahmsweise muss man einem Sprachrohr der deutschen Bundesregierung, zumindest bezüglich der Verringerung von Importabhängigkeit, zustimmen: Es handelt sich um eine mehr als unselige Situation, denn Abhängigkeit bedeutet immer auch ausgeliefert zu sein. Nachdem die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas neben dem Ukraine-Krieg das dominierende Thema der medialen Berichterstattung geworden ist, wird intensiv darüber diskutiert, wie Deutschland sich aus dem Würgegriff Putins lösen und Energie-Autarkie erlangen kann. Es ist jedoch Vorsicht geboten, wenn Politiker, deren Parteien die Souveränität der Nationalstaaten, insbesondere jene Deutschlands, seit Jahrzehnten kontinuierlich untergraben, ein Wort wie «Autarkie» im Munde führen. Da die Regierungskompetenzen all die Jahre davor von diesem Personenkreis nach Brüssel und die Energieversorgung ins Ausland (vor allem



nach Russland) ausgelagert wurden, fällt es allmählich schwer, ihre Versprechungen für bare Münze zu nehmen. Und tatsächlich: Überprüft man, was unsere Entscheidungsträger unter «Energie-Autarkie» verstehen, dann stellt man fest, dass die vermeintlichen Wege dorthin bei praktischer Umsetzung noch weiter in die Abhängigkeit führen. Die einzigen «Patentlösungen» der Energiekrise, die unsere Politiker

anzubieten haben, bewegen sich im engen Rahmen der Energiewende, weshalb unter dem Begriff «autarke Energieversorgung» normalerweise ein schnellstmöglicher Ausbau der «Erneuerbaren Energien» verstanden wird. Seit mittlerweile bestimmt zehn Jahren dient Deutschland allerdings als Paradebeispiel dafür, dass «Erneuer-





➔ bare Energien» nicht das liefern, was sie versprechen, und sie in erster Linie nur die Abhängigkeit von Energie-Importen erhöhen. Wenn echte Unabhängigkeit vom Ausland erlangt und Deutschland nicht zum Spielball fremder Interessen werden will, dann muss Energie-Autarkie in der Tat an höchster Stelle stehen. Das Absurde an der aktuellen Situation ist jedoch, dass der Ausweg längst gefunden wurde, doch im öffentlichen Diskurs nicht zugelassen wird. Deutschland könnte sich innerhalb kürzester Zeit autark mit Energie versorgen. Dass die Lösungen systematisch von der Politik sabotiert werden, spricht klar dafür, dass tatsächliche Souveränität überhaupt nicht gewünscht ist. Damit drängt sich die Frage auf, welchen Herren «unsere» Politiker eigentlich dienen und welche Folgen ihre Entscheidungen auf dem ganz grossen geopolitischen Schachbrett eigentlich haben. Mindestens Teil-Antworten auf diese Fragen werden Sie in der vorliegenden Ausgabe erhalten. Dafür sollten wir zunächst die einzelnen Energieträger unter die Lupe nehmen, deren Anwendung seit Jahrzehnten boykottiert wird, und die Frage stellen, wie sie zur Energiesouveränität Deutschlands beitragen könnten. (tk)

Quelle: 1. umweltbundesamt.de, Primärenergiegewinnung und -importe, 17.01.2022

ENERGIEVERSORGUNG DEUTSCHLANDS



Quelle: umweltbundesamt.de, Primärenergiegewinnung und -importe, 17.01.2022

Deutschland hängt bei der Energieversorgung am Tropf fremder Mächte. Eine unselige Situation, die vermeidbar gewesen wäre und sogar relativ kurzfristig rückgängig gemacht werden könnte, wie wir noch erfahren werden.

So arbeiten herkömmliche Kraftwerke



In einem konventionellen Dampfkraftwerk wird Wasser in einem Kessel erhitzt.



Der entstehende Wasserdampf treibt eine Turbine an.



Ein Generator wandelt die Bewegungsenergie in elektrische Energie um.

Kohle-, Erdgas-, Erdöl- und Atomkraftwerke funktionieren nach diesem Prinzip.

Kohlekraft aus Deutschland

Konventionelle Kohlekraftwerke werden von unseren Medien pauschal als dreckige, veraltete Auslaufmodelle abgetan. Schön und gut, nun mögen Kohlekraftwerke tatsächlich «dreckig» sein, die entscheidende Frage lautet jedoch: Verglichen womit ist Kohlekraft dreckig? Es mag sicherlich Energieformen geben, die Mensch und Umwelt weniger belasten und die in naher oder ferner Zukunft zur Verfügung stehen werden, nur eines kann jetzt schon festgestellt werden: Die «Erneuerbaren Energien» kommen nicht in die engere Auswahl, um der Kohle in Sachen Sauberkeit Konkurrenz zu machen. In Ausgabe 47 wurde die kolossale Umweltverschmutzung durch Wind- und Solaranlagen beschrieben. Der Umwelt mag man mit dem Abbau von Kohle zwar keinen Gefallen tun, aber mit Wind- und Solarenergie ist auch eine erhebliche Umweltzerstörung verbunden, die jene von Kohle sogar übertrifft. Auch die Bezeichnung «Auslaufmodell» mag durchaus valide sein. Allerdings entstehen Innovationen, die die Kohlekraft bezüglich Leistungsfähigkeit, Kosten, Zuverlässigkeit usw. in den Schatten stellen, garantiert nicht im Rahmen der planwirtschaftlich erdachten Energiewende. Die lächerlich geringe Leistung «Erneuerbarer» im Vergleich zu ihrem gigantischen Flächen- und Ressourcenverschleiss wurde ebenso bereits in Ausgabe 47 beleuchtet.

Will man sich also im Rahmen des Machbaren, Realistischen und zumindest vergleichsweise Umweltverträglichen be-

wegen, dann muss festgestellt werden, dass Deutschland über grosse Stein- und Braunkohlevorkommen verfügt, mit denen über Jahrzehnte weiter verlässlich Strom produziert werden könnte. Strom, der sich praktisch völlig unabhängig vom Ausland generieren liesse, denn sowohl die Kraftwerke als auch die Kohle selbst kämen aus Deutschland. Für die eigentlich dringend benötigte Energiesouveränität könnten Kohlekraftwerke eine tragende Säule darstellen; stattdessen will man sie alle bis zum Jahr 2038 abstellen.

Wie funktioniert ein Kohlekraftwerk?

Ein Kohlekraftwerk ist ein Dampfkraftwerk, in welchem Kohle verbrannt wird, um elektrischen Strom zu erzeugen. Im ersten Arbeitsschritt wird die Kohle getrocknet und zu Staub gemahlen, da sich der Staub deutlich besser verbrennen lässt. Die Verbrennung erfolgt im Kessel bei etwa 1300 °C, nachdem der Staub mit heisser Luft dort hineingeblasen wurde. Dadurch wird Wasser, welches in Rohren durch den Kessel fließt, verdampft. Dieser Wasserdampf wird zu den Turbinen weitergeleitet und treibt diese an, welche wiederum den mit ihnen über eine Welle mechanisch verbundenen Generator antreiben. Der Generator erzeugt nun elektrischen Strom. Wie bei Kernkraftwerken wird auch im Kohlekraftwerk anschliessend der heisse Dampf in den Kondensator weitergeleitet, welcher

Foto: Leon Liesener (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:-Kohlekraftwerk_Niederau%C3%9Fem.JPG) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

Das ist Wasserdampf!

Diese Wolken werden zu Unrecht verdammt: Ein Teil des erhitzten Wassers, das die Turbinen des Kraftwerks antreibt, verlässt den Kühlturm nach oben. Eine vorgeschaltete Filteranlage (Rauchgasentschwefelungsanlage) bereinigt den Dampf vor seinem Aufstieg in den Himmel von Asche, Staub, Stickoxiden, Kohlendioxid und Schwefeloxid.

ihn herunterkühlt, bis das Wasser wieder in flüssiger Form vorliegt und nun zum Kühlturm gepumpt werden kann. Dort wird es auf niedrigere Temperaturen gebracht und erneut in den Kessel geleitet. Ein Teil des Wassers verdunstet dabei jedoch und erzeugt so die Dampfvolken, welche den Kühlturm sichtbar nach oben verlassen. Diese Wolken werden übrigens weitestgehend zu Unrecht verdammt, da eine vorgeschaltete Filteranlage, die sogenannte Rauchgasentschwefelungsanlage (REA), den Dampf von Asche, Staub, Stickoxiden, Kohlendioxid und Schwefeloxid bereinigt.

In der REA werden die Rauchgase mit in Wasser gelöstem Kalk besprüht. Dabei wird das Schwefeldioxid gebunden und es entsteht Gips, der vom Baugewerbe weiterverwendet wird. ⁽¹⁾

Nicht der einzige positive Nebenzweck der Anlagen: Viele Kohlekraftwerke sind darauf spezialisiert, Siedlungs- und Gewerbemüll sowie Klärschlamm und andere Reststoffe zu entsorgen. Fallen die Kraftwerke weg, so müssen künftig neue Anlagen gebaut werden, in denen die anfallenden Abfallprodukte thermisch – also durch Verbrennung – entsorgt werden können. Das

ist keine Kleinigkeit, denn wenn die Kraftwerke unter dem Vorwand des Umweltschutzes stillgelegt werden, müssen neue Wege zur Entsorgung gefunden werden, die zwangsläufig mehr Ressourcen und Energie kosten werden, als dies der jetzige Weg zur Abfallbeseitigung tut. Daraus ergibt sich eine zusätzliche Umweltbelastung.

Ein anderer Verlust, der durch die Abschaltung verursacht wird und nicht kompensiert werden kann, ist die Warmwasserfischzucht, die an einigen Kraftwerksstandorten mithilfe des konstant vorhandenen warmen Wassers betrieben wird.

Ausstieg bis 2038

Auf der Steinkohle begründet sich der historische Aufstieg Deutschlands als Industrienation. Das «schwarze Gold» spielte die entscheidende Rolle beim Wiederaufbau Deutschlands und stellte die Grundlage für zig Industriezweige, die sich auf Kohle, Strom, Koks (kohlenstoffhaltiger Brennstoff) und andere kohlebasierte Rohstoffe stützten. Im Jahr 1957 erreichte die Anzahl der beschäftigten Bergleute ihren Höchststand – 607'000 Menschen waren damals im «Steinkohlesektor» tätig. ⁽²⁾ Schon in den 1960er-Jahren begann jedoch der langsame Niedergang. Inzwischen ist die Zahl der Beschäftigten in diesem Sektor auf wenige Tausend zusammengebrochen: 2017 waren es nur noch 5700. ⁽³⁾

Von der deutschen Steinkohleindustrie blieb wenig mehr übrig als die Erinnerung.



Frankfurter Rundschau Deutschlands uralte Klimasünder

Die Frankfurter Rundschau über Kohlekraftwerke (28.10.2019)

Konventionelle Grosskraftwerke werden von unseren Medien pauschal als dreckige, veraltete Auslaufmodelle abgetan, während «Erneuerbare Energien» als ökologisch, modern und innovativ angepriesen werden. Der Unterschied zur Realität könnte grösser kaum sein.

Das Steinkohlekraftwerk Lünen (Nordrhein-Westfalen)

Foto: Mindax25 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kraftwerk_L%C3%BCnen_2017.png) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>





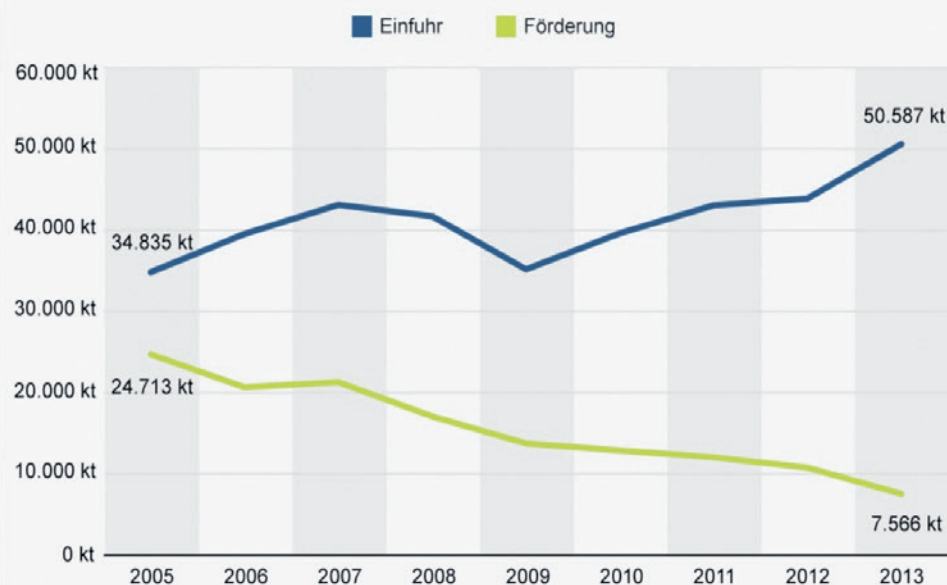
➔ Als Energiegut bleibt sie Deutschland aber dennoch erhalten – nun aber als Importgut – aus Ländern wie Russland, Kolumbien oder Australien. 2021 wurde mehr als die Hälfte der gesamten Einfuhr von Steinkohle in Deutschland aus Russland importiert.⁽⁴⁾ Die Zahlen darüber, wie viel Steinkohle der deutsche Boden noch hergeben würde, schwanken extrem. «Die deutschen Reserven wurden bis vor kurzem von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover auf 21,6 Milliarden Tonnen geschätzt. Die Unternehmen der deutschen Steinkohleindustrie operieren nach wie vor mit dieser Zahl. Doch neuerdings spricht die Bundesanstalt nur noch von Steinkohle-Reserven in Höhe von 152 Millionen Tonnen», schrieb die Tagesschau-Webseite 2007. Die 21,6 Milliarden Tonnen wären genug, um Deutschland noch für Jahrzehnte mit Steinkohle zu versorgen. «Mindestens 300 Jahre werden die weltweiten Steinkohle-Vorkommen noch reichen», erfahren wir im selben Tagesschau-Artikel.⁽⁵⁾

Braunkohle

Seit 2018 wird in Deutschland nur noch die im Vergleich zur Steinkohle weit ineffizientere Braunkohle abgebaut. Langfristig steht ihr jedoch dasselbe Schicksal wie der Steinkohle bevor. Über viele Jahre hinweg war Deutschland Weltmeister im Abbau dieses zwar relativ energiearmen, aber dafür einfach zu fördernden und reichlich vorhandenen Brennstoffs. Die selbst auferlegte «Dekarbonisierung» soll nun auch diesem Industriezweig den Garaus machen – dank des Kohleausstiegs-gesetzes ist der Stichtag dafür der 31. Dezember 2038. Allein die Art und Weise, wie präzise dieses Abschalt-Datum festgelegt wurde, spricht bereits Bände darüber, wie planwirtschaftlich die Bundesrepublik Deutschland tatsächlich verwaltet

Steinkohle wird immer mehr zur Import-Ware

Einfuhr und Förderung von Steinkohle in Kilotonnen



Quellen: Statistisches Bundesamt / Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.

Seit 2018 wird in Deutschland nur noch Braunkohle gefördert. Der Ausstieg aus der Steinkohle ist schmerzhaft, denn sie ist weit effizienter als die immer noch geförderte Braunkohle und der deutsche Boden verfügt wohl noch über Reserven, die die Kraftwerke mindestens für einige Jahrzehnte versorgen könnten.

wird. Kaum jemandem scheint aufzufallen, dass die Fixierung eines derart präzisen Datums für den Kohleausstieg nicht anders denn als pure Ausgeburt menschlicher Hybris bezeichnet werden kann – als Planwirtschaft in Reinform.

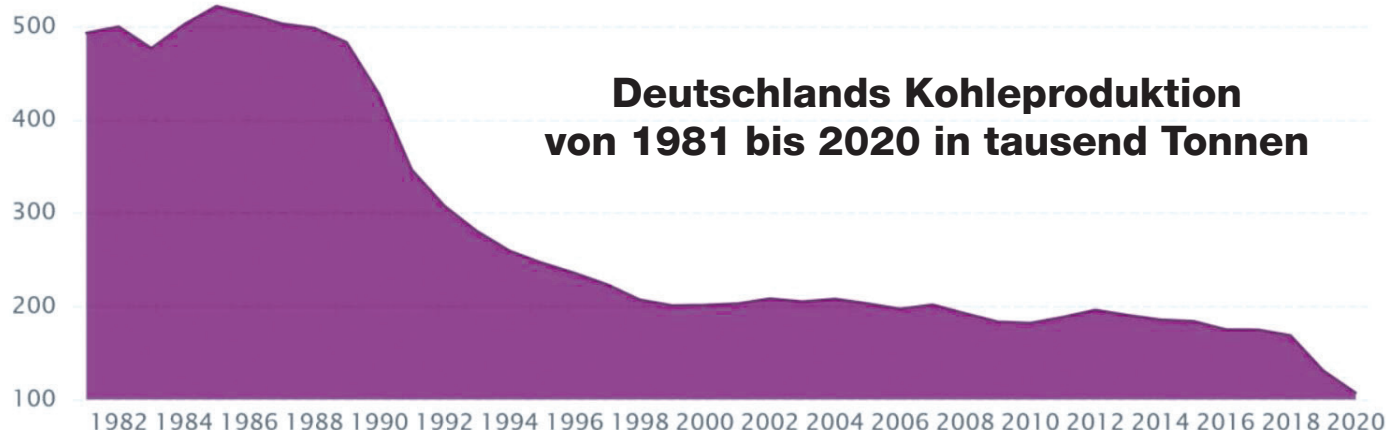
Da Deutschland auf eine lange Erfolgsgeschichte mit Kohle-Energie zurückblicken kann, Vorkommen ausreichend zur Verfügung stehen und die Energieform weiterhin eingesetzt wird, wäre es ein Leichtes, eine 180-Grad-Drehung zu vollziehen und statt dem Ausstieg einen Ausbau der Kohlekraftwerke und des Kohle-tagebaus zu vollziehen. So wäre in relativ

kurzer Zeit ein gewaltiger Schritt hin zur Energie-Autarkie machbar. Auf dieser aufbauend wäre möglicherweise auch der Weg frei für epochale Innovationen, die heute noch als unrealistische Träumereien gelten (siehe S.5). (tk/as/fp)

Quellen:

1. youtube.com, Braunkohlekraftwerk Animation, 25.11.2016
2. minersconference.org, Länderbericht Deutschland, abgerufen am: 22.05.2022
3. Frank Hennig, Klimadämmerung: Vom Ausstieg zum Abstieg - Ein Plädoyer für mehr Vernunft in der Energiepolitik, 2021, S.58
4. de.statista.com, Kohle: Rohstoffsituation in Deutschland, 06.04.2022
5. tagesschau.de, Schwarzes Gold für die nächsten 300 Jahre, 28.01.2007

Quelle: ceicdata.com, Deutschland Kohleproduktion/ BP PLC



Kohlekraftwerke (aktiv und in Entstehung)



Spätestens 2038 soll das letzte deutsche Kohlekraftwerk vom Netz, beschloss die Bundesregierung Ende Januar 2020. Der Grund dafür ist der «Klimaschutz». Auf der Karte ist zu sehen, wie die Pläne ausserhalb Deutschlands aussehen: Die **gelben** Punkte sind operierende, **pink** die im Bau befindlichen und **lila** die geplanten Kohlekraftwerke. Insgesamt sind derzeit rund 1400 Kohlekraftwerke geplant, wobei China die Liste anführt. Es wirkt nicht so, als würde das Reich der Mitte die Sorge aus dem Westen, China könne kaum mehr die gesetzten Klimaziele erreichen, teilen.

Quellen: Carbonbrief.org; Handelsblatt, Deutschland treibt den Ausstieg voran – doch weltweit boomt die Kohle, 04.10.18

Erdöl: Muss Deutschland abhängig sein?

Auch das Benzin und der Diesel, mit denen die Deutschen ihre Autos betanken, werden von Medien und Politik als brandgefährliche Schadstoffe verteuert, deren Abschaffung so schnell wie möglich vollzogen werden müsse. Erneut mag man zustimmen, wenn vom «Auslaufmodell Verbrennungsmotor» die Rede ist, denn Fortschritt bedingt zweifellos einen stetigen Wandel von Technologie. Wieder muss aber festgestellt werden, dass ein Elektro-Auto garantiert nicht die Art von Innovation darstellt, mit der man das «Auslaufmodell» ersetzen

könnte. Bereits in Ausgabe 47 wurde besprochen, dass die Produktion von E-Autos die Umwelt ausserordentlich belastet, die handelsüblichen Modelle in der Gesamtbilanz höchstwahrscheinlich gar kein CO₂ einsparen und ihr Energiebedarf so riesig ist, dass es unmöglich ist, den Verkehrssektor komplett vom Verbrennungsmotor auf die Lithium-Ionen-Batterien von Tesla & Co. umzustellen. Das wird mittlerweile sogar schon in Mainstream-Medien kommuniziert; genauso wie die Tatsache, dass es gar nicht genug des für die Batterien nötigen Lithiums auf der Welt gibt, um eine

weltweite «Verstromung» des Verkehrs zu ermöglichen. ⁽¹⁾

Bei der Elektromobilität folgt ein Offenbarungseid dem anderen, und teilweise wird sogar offen über die Unmachbarkeit der «Verkehrswende» berichtet, man muss nur nach solchen Beiträgen suchen. Da das gesamte Projekt bereits an seinen Grundprämissen scheitert, muss der herkömmliche Antrieb des Verkehrs mit Benzin und Diesel erst einmal das Mittel der Wahl bleiben, bis eine echte Innovation am Horizont erscheint und keine politisch erzwungene Technologie, die lediglich als Innovation verkleidet wird (siehe S.5). Von echter Innovation kann übrigens bei der Filtertechnologie von Diesel-Autos neuerer Bauart gesprochen werden, die die Schadstoffemissionen auf ein Minimum reduzieren. Auch hier ist suspekterweise festzustellen, dass Lob für Fortschritte auf diesem Gebiet in unseren Medien weitgehend ausbleibt (Ausgabe 31). Umweltschonende Innovationen scheinen aus Prinzip wegnüchtern oder als ungenügend deklariert zu werden, wenn sie nicht dabei helfen, Deutschlands Energiesouveränität zu unterminieren.

Von einer Abhängigkeit in die nächste

Zwar kann man dem Gedanken, kein Erdöl mehr aus Russland und dem Nahen Osten importieren zu müssen, durchaus etwas abgewinnen, dabei darf aber nicht übersehen werden, dass der Wechsel vom

Tiefpumpe an einer texanischen Ölquelle

Foto: Flicloguy





➔ Verbrennungsmotor zur Batterie nur den Wechsel von einer Abhängigkeit in die nächste bedeutet. In der alphabetischen Reihenfolge wären die wichtigsten vier Materialien, die für die Herstellung eines E-Auto-Akkus benötigt werden: Kobalt, Kupfer, Lithium und Neodym. Offiziell ist keines dieser Materialien in ausreichender Menge in Deutschland verfügbar, sprich sie alle müssen im Ausland abgebaut werden. Selbst aus «grüner» Perspektive müsste eingestanden werden, dass der Versuch, den Verbrennungsmotor durch den Elektromotor zu ersetzen, einem Austreiben des Teufels mit dem Beelzebub gleichkommt (siehe S.59 ff.).

Viele mag es sicherlich überraschen, dass die Frage überhaupt nicht geklärt ist, ob Deutschland über Ölvorkommen verfügt oder nicht, wobei dies auch für die Metalle gilt, die im Rahmen der Energiewende benötigt werden. Aufgrund einer ideologisierten Agenda, die mit dem Dogma einhergeht, die Umwelt müsse um jeden Preis geschont werden, gilt es als absolutes Tabu neue Abbaustätten für Rohstoffe jeglicher Art zu errichten, weshalb auch selten im deutschen Boden nach Rohstoffen gesucht wird. Was das Erdöl betrifft, so wurden in den letzten Jahren zumindest hin und wieder neue Berichte über riesige Funde bei Probebohrungen publik. Thomas Schröter, der Chef des deutsch-kanadischen Gemeinschaftsunternehmens «Central European Petroleum GmbH», sagte der Nachrichtenagentur Bloomberg im Jahr 2013: «Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass Teile von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg auf Öl schwimmen.»⁽²⁾

Wäre Energiesouveränität im Bereich Erdöl möglich, dann müsste diese Chance dringend von Deutschland ergriffen werden. Dass der Normalbürger nicht mal auf den Gedanken käme, diese Option in Erwägung zu ziehen, zeigt den engen Rahmen des Denkbaren, den «grüne» Politik und die Medien mit ihrer andauernden Propaganda etabliert haben. Vieles spricht dafür, dass «Umweltschützer», die solcherlei Vorhaben schon im Keim abwürgen, insgeheim gar nicht für die Umwelt arbeiten, sondern in erster Linie und in jeder Hinsicht die Souveränität Deutschlands untergraben wollen. Auf diesen Aspekt werden wir in einem anderen Teil der vorliegenden Ausgabe zurückkommen (siehe S.37 ff.). (tk)

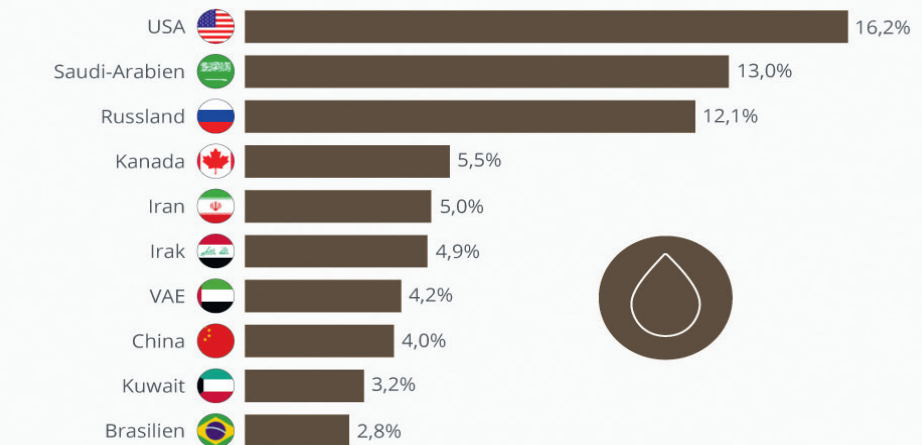


Quellen:

1. youtube.com, Die Wahrheit über Lithium | Dirk Steffens | Terra X, 16.02.2020
2. handelsblatt.com, Ölreserven vor Merks Tür sorgen für Knatsch, 26.06.2013

Die Top 10 Erdöl-Produzenten der Welt

Anteil an der weltweiten Erdölproduktion 2018



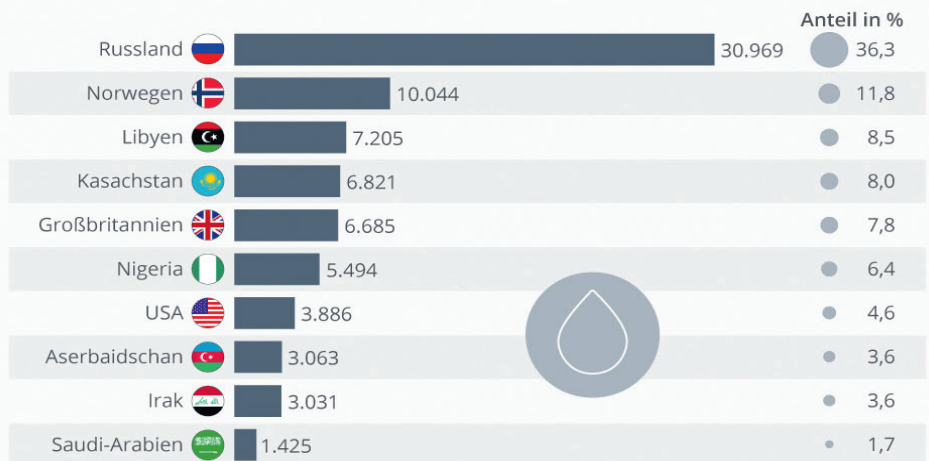
@Statista.com

Quelle: BP

statista

Woher Deutschland sein Erdöl bekommt

Ursprungsländer der Rohölimporte nach Deutschland 2018 (in 1.000 t)



@Statista.com

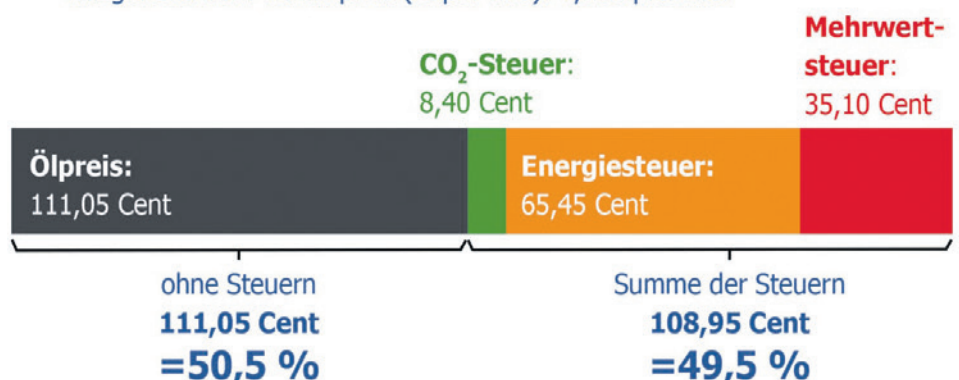
Quelle: BAFA

statista

Deutschland ist, was die Ölversorgung betrifft, zu 100% abhängig vom Ausland. Für eine führende Wirtschaftsnation ein misslicher Zustand.

Wie setzt sich der Benzinpreis zusammen?

Ausgehend vom Benzinpreis (Super E10): 2,20€ pro Liter



Es darf nicht vergessen werden, dass Öl in Deutschland staatlich verteuert wird und selbst der fortwährende Öl-Import, würde er denn zuverlässig stattfinden, preislich noch halbwegs verkraftbar wäre.

Kann nur Putin Erdgas liefern?

Foto: Envato Elements



Die politische Kaste Deutschlands hat sowohl der Kohle als auch dem Erdöl den Krieg erklärt und auch ein dritter «fossiler» Energierohstoff, nämlich die heimische Gasförderung, ist im Abstieg begriffen. Bereits 2014 trug die innerdeutsche Gewinnung nur noch mit zehn Prozent zur Deckung des Bedarfs bei, 2019 waren es bereits nur noch sieben Prozent. Während 2003 noch 18,5 Milliarden Kubikmeter Gas vor allem aus niedersächsischer Erde gefördert wurden, waren es 2019 nur noch 5,3 Milliarden.

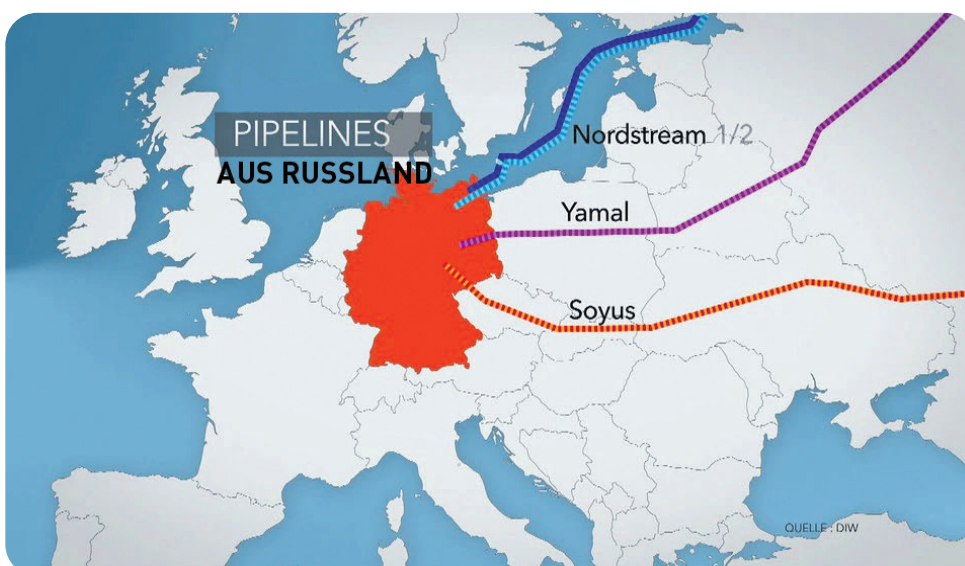
⁽¹⁾ Falls dieser Trend konstant bleibt, so ist absehbar, dass die deutsche Erdgasförderung etwa 2030 enden wird. An der verfügbaren Menge des Rohstoffes liegt es nicht. Die technisch förderbare Erdgasmenge von

etwa 2000 Milliarden Kubikmetern würde ausreichen, um alle deutschen Haushalte für 80 Jahre mit Erdgas zu versorgen. Allerdings müsste dafür die völlig verpönte Fracking-Technologie zum Einsatz kommen, gegen die im Westen mittlerweile seit Jahrzehnten propagandistisch Stimmung gemacht wird. Wie wir in unserer Ausgabe 42 offengelegt haben, stammt ein grosser Teil dieser Anti-Fracking-Propaganda aus staatlichen, russischen Kanälen und das, obwohl Russland selbst massiv in die Fracking-Technologie investiert ist und diese selbst auch verwendet. In besagter Ausgabe wurde beschrieben, wie die europäische Energie-Autarkie Stück für Stück unterminiert und Europa dadurch in eine unselige Abhängigkeit von Russland gedrängt wur-

de, die sich nun im Zuge des Ukraine-Konfliktes rächt. Zum Thema Fracking sei hier nur so viel gesagt: Diese Technologie zur Beschaffung von Erdgas ist bei weitem nicht so schlimm, wie es die Allgemeinheit glaubt. Die Methode wurde beständig weiterentwickelt und bereits seit Jahrzehnten kommt dafür nur noch eine geringe Menge an Chemikalien zur Anwendung, die zudem allesamt biologisch abbaubar sind. Die Förderung durch Fracking könnte innerhalb von nur 6 bis 12 Monaten beginnen, womit Deutschland die sich abzeichnende Gaskrise potenziell vermeiden oder drastisch mildern könnte.⁽²⁾

«Gaswende»

Dass Deutschland seine eigenen Gasvorräte nicht nutzen möchte, wirkt im internationalen Kontext geradezu lächerlich, denn auf der Welt gewinnt Erdgas seit einiger Zeit zunehmend an Bedeutung. Vor dem Hintergrund, dass Gas in vielen Anwendungsfeldern im Begriff ist, Kohle und Erdöl zu verdrängen wird zuweilen sogar von einer «Gaswende» gesprochen. Grund für diesen Aufschwung sind die Fortschritte in der Fördertechnologie, welche zu einem dramatischen Anstieg des Angebots geführt haben. Beispielsweise wurden die USA durch den massiven Ausbau ihrer Gasförderung von einem grossen Energieimporteur zu einem -exporteur. Die Region des östlichen Mittelmeeres wird bereits als der neue Persische Golf bezeichnet.⁽³⁾



Primär aus diesen drei Hauptpipelines wird Deutschland mit russischem Gas beliefert.





WWo+ ENERGIEVERSORGUNG

„Binnen weniger Wochen könnten wir mehr deutsches Gas fördern“

WirtschaftsWoche-Online, 31. März 2022

WWo+ FRACKING

Die Unabhängigkeit von russischem Gas liegt direkt unter uns

WirtschaftsWoche-Online, 31. März 2022

Das Magazin WirtschaftsWoche machte Ende März 2022 darauf aufmerksam, dass das in Deutschland praktisch nicht mehr erlaubte Fracking die Abhängigkeit der BRD vom russischen Gas für Jahrzehnte beenden könnte.



Was ist Erdgas?

Stofflich besteht Erdgas vor allem aus Methan (CH₄), weiterhin Ethan, Propan, Butan und anderen Kohlenwasserstoffen, Wasserdampf, CO₂ mit einem Anteil von bis zu zehn Prozent, Schwefelwasserstoff, Stickstoff und einigen Edelgasen. Innerhalb der «Klimaschützer» streiten sich die Lager über die «Klimaverträglichkeit» des Gases. Während die einen betonen, dass es sich bei Erdgas um einen «emissionsarmen Brennstoff» handle, da im Vergleich zur Braunkohle nur etwas über 40% der CO₂-Emissionen anfallen, relativiert sich diese Zahl schnell, wenn die zum Teil erheblichen Emissionen miteinbezogen werden, die beim Transport des Gases anfallen. Der Diplom-Ingenieur Frank Hennig schreibt hierzu: «Um beispielsweise das Gas via Nord-Stream-1-Leitung durch die Ostsee zu drücken, ist eine Verdichterleistung von 360 Megawatt nötig, also die Leistung eines mittleren konventionellen Kraftwerks. Diese Emissionen fallen nicht unter den europäischen Emissionshandel und tauchen natürlich in deutschen Bilanzen nicht auf. Beträgt das Emissionsverhältnis der reinen Verbrennung von russischem Erdgas zur deutschen Braunkohle

noch 335 zu 930 Gramm pro Kilowattstunde Strom, so ändert sich das Verhältnis unter Einbeziehung der Vorkette auf 780 zu 965. LNG (liquefied natural gas) aus den USA, das auf minus 160 Grad gekühlt werden muss, übersteigt dann sogar mit 1080 Gramm pro Kilowattstunde die Braunkohle. Allerdings sind die Werte stark umstritten, denn ein Teil der zugeschriebenen Treibhausgaswirkung entsteht nicht durch die Verbrennungsprodukte, sondern durch das unkontrollierte Entweichen unverbrannten Gases, den sogenannten Methanschlupf.»⁽⁴⁾

Womit festgestellt werden muss: Würde Deutschland auf sein eigenes Gas setzen, dann wäre der Ausstoß angeblich schädlicher Klimagase weit niedriger, denn der Transport über Pipelines würde vor allem innerhalb Deutschlands stattfinden und wäre damit wesentlich kürzer. In der negativen Klima-Wirkung soll das entweichende Methan zudem sogar die 20-fache Treibhausgaswirkung von CO₂ besitzen. Ob es innerhalb des argumentativ brüchigen Treibhaus-Narrativs Sinn macht, von Kohle auf Erdgas umzusatteln, darf sowieso angezweifelt werden. Dennoch wird der Brennstoffwechsel von Kohle zu Gas in einigen Stadtwerken realisiert, da das Image des Gases zwar nicht optimal, aber doch noch bei weitem besser ist als das der Kohle.⁽⁵⁾

Methanhydrat

Methanhydrate sind eine Mischung aus Wassereis und Methan, die tiefe Temperaturen und hohe Druckverhältnisse wie am Meeresboden braucht, um stabil zu bleiben. An der Erdoberfläche zerfallen sie schnell in ihre Bestandteile Wasser und Gas. In einer 2014 veröffentlichten Übersicht spricht der US-amerikanische geologische Dienst USGS davon, dass nach derzeitigem Stand weltweit zwischen 2,8 und 140 Billionen Kubikmeter Methan in den Hydraten stecken könnten. Das wäre mindestens das 848-fache des Erdgases, das die Welt im Jahr 2013 verbrauchte. Wie viel sich von dieser Menge schlussendlich nutzen lassen wird, ist fraglich. Schätzungen reichen von 50 bis hinab zu zehn Prozent. Selbst bei der pessimistischsten Annahme bleibt also eine mehr als beachtliche Menge an Rohstoff.⁽⁶⁾ Noch ist die Förderungstechnologie für das Methanhydrat nicht ganz ausgereift, aber die Gewinnung des Gases ist definitiv möglich und es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, bis dies im großen Stil praktiziert werden kann. Würde sich Deutschland an dieser Förderung beteiligen, könnte die Erdgasversorgung allein auf diesem Weg für Jahrzehnte gesichert werden.



«Durch den Verzicht auf einheimische Energierohstoffe bringt sich Deutschland in eine strategisch ungünstige Situation. Andere Länder verbreitern ihren Energiemix und können dadurch aus mehreren Möglichkeiten der Versorgung wählen. Wir dagegen schränken unsere Möglichkeiten ein, sodass am Ende eine völlige Abhängigkeit von den energiestrategischen und politischen, vor allem aber finanziellen Zielen der Lieferländer entsteht. Derzeit deckt Erdgas 25 Prozent des deutschen Primärenergiebedarfs ab. Der Ersatz [allein des Erdgases] in Form von Strom aus Erneuerbaren würde die Verdopplung der jetzigen Kapazitäten erfordern: insgesamt etwa 60'000 Windkraftanlagen [heute ca. 31'000] und entsprechende Quadratmeter Photovoltaikzellen. Damit wäre aber keine einzige Kilowattstunde Kohlestrom oder die von aktuell noch laufenden Kernkraftwerken ersetzt.»



Frank Hennig, Diplom-Ingenieur für Kraftwerksanlagen

Quelle: Frank Hennig, Klimadämmerung: Vom Ausstieg zum Abstieg – Ein Plädoyer für mehr Vernunft in der Energiepolitik, 2021, S.80–81

«Gaswende» in Deutschland?

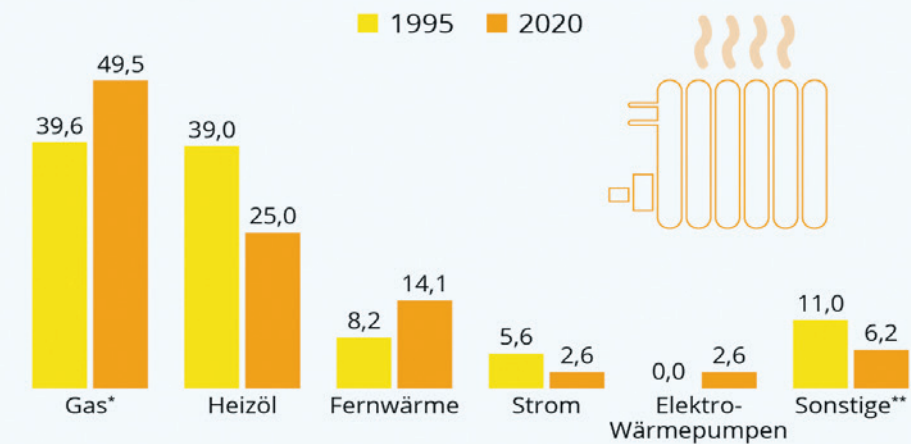
Besonders in der Verwendung im Wärmemarkt erfreut sich Erdgas aufgrund seiner Eigenschaften grosser Beliebtheit: Es eignet sich ideal zum Heizen und solange der Gasdruck konstant bleibt, liefert es eine saubere Flamme, die, im Gegensatz zu anderen Rohstoffen, keine Rückstände in Form von Asche oder Schlacke produziert. Der Bau von Gaskraftwerken schlägt sich vergleichsweise günstig zu Buche und die Kraftwerke sind gut und einfach regelbar.

Käme es in Deutschland zu einer «Gaswende», dann ist unklar, wie viele Gaskraftwerke künftig gebraucht würden. In Anbetracht der wegfallenden Kapazitäten von Kohle- und Kernkraft sprechen wir hier aber nicht von einigen wenigen, sondern eher von 30 bis 40. In einer Studie, die im Juni 2017 vom Beratungsdienstleister «Energy-Brainpool» für Greenpeace erstellt wurde, veranschlagte man, dass zur Sicherstellung der Versorgung ein Zubau von 28,9 GW (Leistung von ca. 20 Kernkraftwerken) an Gaskraftwerken nötig sei. ⁽⁷⁾ In einer Stellungnahme der Leopoldina von 2017 kommt tatsächlich Erdgas ins Spiel, als die Stromerzeugung der Zukunft beschrieben wird: «Neben Speichern und dem flexibilisierten Verbrauch sind dennoch in grossem Umfang Reservekraftwerke erforderlich, um die Versorgung in allen Wetterlagen und zu allen Jahreszeiten zu sichern. Aller Voraussicht nach wird auch auf lange Sicht eine Kapazität von etwa 60 bis 100 Gigawatt benötigt – gegenüber der heute installierten Kapazität von 100 Gigawatt wird sich der Bedarf an abrufbarer Erzeugungskapazität also kaum verringern. Allerdings sollten aus Klimaschutzgründen dann überwiegend Gaskraftwerke oder Brennstoffzellen zum Einsatz kommen [...]» ⁽⁸⁾

Damit gestehen sogar die regierungshörigen «Wissenschaftler» der Leopoldina ein, dass herkömmliche Kraftwerke am Netz bleiben müssen, um die Schwankungen der

Mehrheit der Wohnungen werden mit Gas und Öl beheizt

Anteil der Energieträger beim Heizen des Wohnungsbestandes in Deutschland (in %)



* einschließlich Bioerdgas und Flüssiggas

** Holz, Holzpellets, sonst. Biomasse, Koks/Kohle und sonst. Heizenergie

Quelle: BDEW



statista

«Erneuerbaren» auszugleichen, denn sonst wäre der Blackout garantiert. Die «Expertenrunde» schlägt für die einen Blackout verhindernden Redispatch-Massnahmen (Ausgabe 47) anstelle von Kohle- und Atomkraftwerken die angeblich CO₂-sparenden Gaskraftwerke vor. Dass die zudem empfohlenen Brennstoffzellen (Batteriespeicher) nicht annähernd in der Lage sind, überschüssige Energie ausreichend zu speichern, um dann bei Energieknappheit einzuspringen, wurde ebenfalls schon in Ausgabe 47 geklärt.

Viele «Grüne» wollen allerdings auch vom Gas nichts wissen. Den Bau von neuen Gaskraftwerken lehnte z.B. die Grünen-Partei in Bayern strikt ab, mit der Begründung, die Neuerrichtung von Gaskraftwerken sei «ein Rückfall ins zu Ende gehende fossile Zeitalter [...] für das sonst

so fortschrittliche Bayern.» ⁽⁹⁾ Stattdessen müsse die Staatsregierung den Ausbau von Wind- und Sonnenkraftwerken wieder in Schwung bringen. Ein Paradebeispiel für den völligen Realitätsverlust dieser Partei, hinter dem allerdings System zu stecken scheint (siehe S.37 ff.). (as/th)

Quellen:

1. de.statista.com, Erdgasförderung in Deutschland in den Jahren 1970 bis 2020, 01.04.2022
2. eike-klima-energie.eu, Schiefergas- und Flözgasgewinnung in Deutschland mittels unkonventioneller Methoden, 02.05.2022
3. icmu.nyc.gr, Will the Eastern Mediterranean become the next Persian Gulf?, 08.01.2013
4. Frank Hennig, Klimadämmerung: Vom Ausstieg zum Abstieg - Ein Plädoyer für mehr Vernunft in der Energiepolitik, 2021, S.76
5. Ebenda, S.74
6. welt.de, Wie der Schatz der Tiefsee gefördert werden soll, 02.03.2015
7. Energy Brainpool, Klimaschutz durch Kohleausstieg, 2017
8. Stellungnahme der Leopoldina, Union der deutschen Akademien der Wissenschaften, acatech; «Sektorkopplung» - Optionen für die nächste Phase der Energiewende, November 2017, S.10
9. sueddeutsche.de, Grüne strikt gegen neue Gaskraftwerke, 29.11.2019

rnd RedaktionsNetzwerk Deutschland

BERLINER KURIER

Sparhammer wegen hoher Energiepreise: Erster Landkreis dreht in Schulen und Turnhallen das warme Wasser ab!

berliner-kurier.de, 02.06.2022

Wegen gestiegener Strompreise: Erste Städte sparen bei der Beleuchtung

rnd.de, 15.05.2022

LECH-WERKE IN MEITINGEN

Frankfurter Allgemeine
Deutsches Stahlwerk stoppt Produktion wegen gestiegener Strompreise

faz.net, 10.03.2022

Bild

6 VON 10 BETREIBERN SENKEN WASSERTEMPORATUR

Deutsche Bäder zwei Grad kälter

bild.de, 09.06.2022

Allmählich kann man die Augen nicht mehr vor der immer bedrohlicher werdenden Situation verschliessen, selbst wenn man es probiert.



EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Die für unsere moderne Zivilisation so dringend benötigte Energieversorgung steht in Deutschland seit Jahrzehnten unter Beschuss. Das bereits in Ausgabe 47 besprochene Projekt «Energiewende» bringt vielfältige Nachteile mit sich, die einschneidender kaum sein könnten, und entfaltet sein destruktives Potenzial von Jahr zu Jahr weiter. Neben den steigenden Strom- und Energiepreisen und der latent drohenden Blackout-Gefahr macht sich Deutschland durch die Energiewende abhängig von Importen, sei es von Rohstoffen oder gar des Stroms direkt, und damit zum Spielball fremder Mächte und Interessen. Eine unselige Situation, denn Abhängigkeit bedeutet immer auch ausgeliefert zu sein und ist damit als Gegenthese zur so oft hochgehaltenen, doch selten praktisch umgesetzten Freiheit zu verstehen.

Mittlerweile machen weder Politik noch Medien ein Geheimnis daraus, dass das Problem akut ist und die Energie-Abhängigkeit Deutschlands dringend verhindert werden müsste. Dabei wird allerdings erstens verschwiegen, dass die Politikerkaste, die heute vorgibt, nach schnellen und effizienten Lösungen zu suchen, verantwortlich dafür ist, dass Deutschland sich im Energiebereich der Fremdbestimmung auslieferte. Zweitens wird kaum darauf aufmerksam gemacht, dass die angebotenen «Lösungen» hin zur Energie-Autarkie sich im engen Rahmen der Energiewende bewegen, die genau dieses Ziel aufgrund der prinzipiellen Eigenschaften von Wind und Sonne nur verfehlen kann. Seit mittlerweile bestimmt 10 Jahren dient Deutschland als Paradebeispiel dafür, dass «Erneuerbare Energien» nicht das liefern, was sie versprechen, und dass sie in erster Linie nur die Abhängigkeit von Energie-Importen erhöhen. Das hält die Politiker Deutschlands jedoch nicht davon ab, diesen Irrweg weiterhin als einzigen Weg hinaus aus der Energiekrise anzubieten.

Im Folgenden soll es darum gehen, aufzuzeigen, dass gangbare Wege heraus aus der Fremdbestimmung längst zuhauf zur Verfügung stehen und dass diese keineswegs so umweltschädlich sind, wie die Politik die Bevölkerung das glauben lassen möchte. Im Klartext handelt es sich dabei um genau die Energieformen, die von unseren Medien pauschal als dreckige, veraltete Auslaufmodelle abgetan werden: Kohle, Öl, Atomkraft und auch Gas. Diese sollen keineswegs als Ultima Ratio verherrlicht werden, doch im Vergleich zu «Erneuerbaren Energien» sind sie effizient, zuverlässig und weit weniger umweltschädlich als die meisten Menschen denken. Zwar mögen sie nicht den Königsweg schlechthin darstellen, doch eine dringend notwendige Alternative zur Energiewende, die zumindest den Fortbestand einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft mit entsprechendem Lebensstandard weiter ermöglicht, sind die herkömmlichen Kraftwerke allemal.

Beginnen wir mit der Kohlekraft: Will man sich im Rahmen des Machbaren, Realistischen und zumindest vergleichsweise Umweltverträglichen bewegen, dann muss festgestellt werden, dass Deutschland über grosse Stein- und Braunkohlevorkommen verfügt, mit denen über Jahrzehnte weiter verlässlich Strom und sonstige Energie produziert werden könnte. Energie, die praktisch keine Abhängigkeiten vom Ausland hervorbringen würde, denn sowohl die Kraftwerke als auch die Kohle selbst kämen aus Deutschland. Neben der sowieso überdramatisierten Darstellung der «Schadstoffe» aus Kohlekraftwerken existieren noch weitere Vorteile der Kohle, die deren Umweltbilanz verbessern, z.B. die thermische Entsorgung von Abfällen, die in Kohlekraftwerken neben der Hauptfunktion betrieben werden kann. Da Deutschland auf eine lange Erfolgsgeschichte mit Kohle-Energie zurückblicken kann, Vorkommen ausreichend zur Verfügung stehen und die Energieform weiterhin eingesetzt wird, wäre es ein Leichtes, eine 180-Grad-Wende zu vollziehen und statt dem Ausstieg bis 2038 einen Ausbau der Kohlekraftwerke und -tagebaue zu vollziehen. So wäre in relativ kurzer Zeit ein gewaltiger Schritt hin zur Energie-Autarkie gemacht.

Was die Ölversorgung betrifft, ist Deutschland zu nahezu 100% abhängig vom Ausland. Für eine führende Wirtschaftsnation ein

misslicher Zustand. Auch das Benzin und der Diesel, mit denen die Deutschen ihre Autos betanken, werden von Medien und Politik als brandgefährliche Schadstoffe verteuert, deren Abschaffung so schnell wie möglich vollzogen werden müsse. Es muss aber festgestellt werden, dass ein Elektro-Auto garantiert nicht die Art von Alternative darstellt, die für Mensch und Natur wünschenswert ist. Bereits in Ausgabe 47 wurde besprochen, dass die Produktion von E-Autos die Umwelt ausserordentlich belastet und ihr Energiebedarf so riesig ist, dass es unmöglich ist, den Verkehrssektor komplett vom Verbrennungsmotor auf die Lithium-Ionen-Batterien von Tesla & Co. umzustellen. Wenn man diese Realitäten anerkennt, dann kann es eigentlich nur eine Schlussfolgerung geben: Der Antrieb des Verkehrs mit Benzin und Diesel muss erst einmal das Mittel der Wahl bleiben, bis eine echte Innovation am Horizont erscheint und keine politisch erzwungene Technologie, die lediglich als Innovation präsentiert wird. Was das Erdöl betrifft, so wurden in den letzten Jahren zumindest hin und wieder neue Berichte über riesige Funde bei Probebohrungen publik. Thomas Schröter, der Chef des deutsch-kanadischen Gemeinschaftsunternehmens «Central European Petroleum GmbH», sagte 2013: «Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass Teile von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg auf Öl schwimmen.» Wäre Energiesouveränität im Bereich Erdöl möglich, dann müsste diese Chance dringend von Deutschland ergriffen werden. Dass der Normalbürger nicht mal auf den Gedanken käme, diese Option in Erwägung zu ziehen, zeigt den engen Rahmen des Denkbaren, den «grüne» Politik und die Medien mit ihrer andauernden Propaganda etabliert haben.

Auch dem dritten «fossilen» Energierohstoff im Bunde hat die deutsche Bundesregierung im Inland den Krieg erklärt. Die eigene deutsche Gasförderung fällt von Jahr zu Jahr und würde bei konstantem Trend 2030 ihr Ende finden. Das ist besonders schmerzhaft, denn die verheerende Abhängigkeit von russischen Gas-Importen ist hinter dem Ukraine-Krieg wohl das dominierende Thema des Jahres 2022 – zurecht muss man hinzufügen, denn die Situation ist gelinde gesagt prekär.

Die technisch förderbare Erdgasmenge von etwa 2000 Milliarden Kubikmetern würde ausreichen, um alle deutschen Haushalte für 80 Jahre mit Erdgas zu versorgen. Allerdings müsste dafür die völlig verpönte Fracking-Technologie zum Einsatz kommen, gegen die im Westen mittlerweile seit Jahrzehnten propagandistisch Stimmung gemacht wird. Wie wir in unserer Ausgabe 42 offengelegt haben, stammt ein grosser Teil dieser Anti-Fracking-Propaganda aus staatlichen, russischen Kanälen, und das obwohl Russland selbst massiv in die Fracking-Technologie investiert ist und diese selbst auch verwendet. Dass Deutschland seine eigenen Gasvorräte nicht nutzen möchte, wirkt im internationalen Kontext geradezu lächerlich, denn auf der Welt gewinnt Erdgas seit einiger Zeit zunehmend an Bedeutung. Sogar aus der Sicht eines «Klimaschützers» muss die jetzige Lage als Skandal gewertet werden: Erstens gilt Erdgas sowieso als weniger klimaschädigend als Kohle und Öl (was durchaus auch angezweifelt werden kann). Zweitens ist der Transport über Pipelines von Russland nach Deutschland sehr CO₂-intensiv. Würde Deutschland auf sein eigenes Gas setzen, dann wäre der Ausstoss angeblich schädlicher Klimagase weit niedriger, denn der Transport über Pipelines würde vor allem innerhalb Deutschlands stattfinden. Folglich wäre auch die inländische Förderung und Nutzung von Gas ein mehr als gangbarer Weg hinaus aus der Energie-Abhängigkeit.

Allein mit den «fossilen» Rohstoffen wäre also der Weg frei für ein energiesouveränes Deutschland. Als letzte der vier herkömmlichen Energieformen, die sich bereits in der Praxis bewährt haben, sticht die Atomkraft allerdings heraus, da bei ihr eine besonders hohe Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und Realität vorherrscht, was im nächsten Teil der Ausgabe beleuchtet werden soll.

► Fortsetzung auf Seite 29

Auf einen Blick

► **Deutschland steigt trotz Energiekrise bis Ende 2022 aus der Kernkraft aus, während beinahe die gesamte restliche Welt ihr treu bleibt oder sie sogar ausbaut.**

► **Angela Merkel setzte Atomausstieg wegen Fukushima-Katastrophe durch. Die überstürzte Art dieser Entscheidung suchte auf der Welt ihresgleichen.**

► **Angeichts der Faktenlage ein völlig irrationaler Schritt Merkels, denn deutsche Kernkraftwerke (KKWs) gehören zu den besten und sichersten Anlagen der Welt.**

► **Die Kanzlerin wurde bei ihrer Entscheidung durch ein hysterisches Meinungsklima unterstützt, das entstand, indem die Fukushima-Tsunami- und «Reaktor-Katastrophe» miteinander vermischt wurden. Der Tsunami kostete mindestens 16'000 Menschenleben, die Kernschmelzen möglicherweise kein einziges.**

Kernkraft: Das Märchen vom Auslaufmodell

Bis Ende 2022 sollen die letzten drei noch laufenden Atomkraftwerke Deutschlands ausgestellt werden. An dieser Entscheidung hält die Ampel-Koalition bis heute unbelehrbar fest. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Umweltministerin Steffi Lemke lehnen trotz der bedrohlichen aussenpolitischen Lage nach wie vor eine dringend notwendige Laufzeitverlängerung ab. ⁽¹⁾ Habeck rechtfertigte den fortgesetzten Ausstieg übrigens mit der Gefahr eines Beschusses der Meiler durch Russland oder einer Cyber-Attacke durch Putins Hacker. ⁽²⁾ Geradezu lächerlich wirkt dieser Versuch, den Bürgern einzureden, eine potenzielle Gefahr, von deren Sorte es wohl beinahe unendlich viele gibt, überwiege die reale Gefahr eines Zusammenbruchs der Stromversorgung. Wie man so schön sagt: Wer etwas will, findet Wege. Wer etwas nicht will, findet Gründe.

Wollte Wladimir Putin Deutschland in die Knie zwingen (und dafür spricht vieles, siehe S.30 ff.), dann müsste er sich eigent-

lich über Habecks Entscheidung glücklich schätzen, denn ein landesweiter Blackout hätte wohl weit verheerendere Auswirkungen zur Folge als eine lokale Atomkatastrophe. Das ergibt sich recht deutlich aus einer Gegenüberstellung von realistischen Blackout-Szenarien (Ausgabe 47) mit nüchternen Analysen der bisherigen «Super-GAUs» (siehe S.19 ff.).

Und warum sollte sich Putin überhaupt durch eine Attacke zum Buhmann machen, wenn ein Totalzusammenbruch der deutschen Infrastruktur von der politischen Klasse vorangetrieben wird, die er zum Feind erklärt hat? Mit der Einsicht, dass Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen Deutschland über zwei Jahrzehnte lang in den Untergang manövriert haben, würden die meisten Deutschen nach einer Alternative lechzen, die Putin anbieten könnte. Warum sollte er in die Offensive gehen, wenn die Situation sich von ganz allein zu seinen Gunsten entwickelt? Das wäre strategisch mehr als unklug.

Zwar wird der russische Staatschef von Politik und Medien als irrer Psychopath por-

trätirt, dem jegliche Schandtat zuzutrauen ist, doch in letzter Konsequenz tut die «grüne» Politik alles dafür, um seine Machtambitionen zu verwirklichen. Mit Inkompetenz sind solcherlei Fehlentscheidungen nicht mehr zu erklären, und tatsächlich liegt es mehr als nahe, dass hochrangige deutsche Entscheider und Wladimir Putin eigentlich gemeinsam an einem Strang ziehen. Doch dazu später mehr (siehe S.37 ff.).

Kernkraft «klimaschonend»

Der grosse Rest der Welt schüttelt angesichts des hastigen Total-Ausstiegs Deutschlands den Kopf, setzt weiterhin auf Kernkraft, und das zurecht. Nach wie vor gelten Länder, die Kernenergie in ihrem Energiemix führen, als höher entwickelt als solche, die diese Technologie noch nicht erschlossen haben – den Panikweg geht Deutschland alleine und ver-



Die letzten drei Kernkraftwerke Deutschlands. Sie sollen Ende 2022 vom Netz genommen werden.

Isar 2



Foto: E.ON Kernkraft GmbH ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gel%C3%A4nde_des_Kernkraftwerk_Isar_\(KKI\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gel%C3%A4nde_des_Kernkraftwerk_Isar_(KKI).jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

Emsland

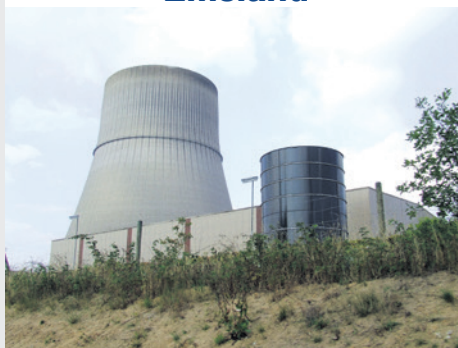


Foto: ChNPP (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kernkraftwerk_Emsland_2010-3.JPG) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

Neckarwestheim



Foto: Felix König, derivative work by Hic et nunc, cut by ChNPP ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:GKN_1%262_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:GKN_1%262_(cropped).jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>



➔ zichtet damit auf eine Energieform, die Souveränität verspricht und gleichzeitig sogar «Klimaschützer» zufriedenstellen müsste. Ironischerweise geben die auf der Pariser Klimakonferenz gegebenen Zusagen weitere Motivation zum Einstieg oder zum Ausbau der Kernkraft. International wird sie als emissionsarme, teilweise sogar «grüne» Technologie verstanden. Aus Sicht der CO₂-Apokalyptiker (Ausgabe 44) spricht im Grunde nichts gegen den Einsatz von Kernkraft, werden doch allein in der EU durch den Betrieb dieser Kraftwerke jährlich 900 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen vermieden und damit etwas mehr als die Gesamtemissionen Deutschlands. ⁽³⁾

Sogar die Klima-Ikone Greta Thunberg persönlich verkündete, dass die Kernkraft in jenen Ländern eine Option sei, in denen sich geographisch bedingt nur wenig Naturenergie ernten lasse. Eine Meinung, der auch der Weltklimarat IPCC zustimmt und trotz dieser Tatsache wurde Thunberg prompt vorgeworfen, sie betreibe Atomlobbyismus. ⁽⁴⁾ Um die grüne Natur der Kernenergie zu verschleiern, rechnen deutsche Kernkraftgegner fiktive Emissionen für Endlager hinzu, um die Emissionen dieser Kraftwerke in ein düsteres Licht zu rücken. Das zeigt erneut eindrücklich, dass die Ziele der «Ökobewegung» eigentlich andere sind, denn jede Energieform, die Wohlstand und Unabhängigkeit bringt, wird von ihr verteufelt und lediglich jene Energieformen unterstützt, die Deutschland in die Abhängigkeit treiben.

Die Welt strahlt

Während Deutschland seinen Irrweg fortsetzt und aus der Kernkraft aussteigt, denken die meisten Länder gar nicht ans



Demonstration gegen die Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke am 18. September 2010 vor dem Berliner Hauptbahnhof

Foto: Cschirp (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Antiatomdemo_Berlin_2010_09_18_Central_Station.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en>

Abschalten; viele steigen sogar gerade erst ein. Die Länder mit der höchsten Anzahl an betriebsfähigen Reaktoren in Kernkraftwerken (KKWs) sind im Januar 2022 nach wie vor die USA (93 und drei zum Bau geplante), Frankreich (56 und 14 zum Bau geplante), China (53 und 35 zum Bau geplante), Russland (37 und 27 zum Bau geplante) und schliesslich Japan (33 und eines zum Bau geplant). ^(5,6)

Auch in Europa hält man dort, wo sie bereits vorhanden ist, mehrheitlich an der Kernkraft fest oder erschliesst die Technologie gerade erst. Weissrussland steigt mit zwei Blöcken in Astrawez in die

Kernkraft ein, Polen will im Jahr 2030 an der Ostseeküste sein erstes KKW in Betrieb nehmen. Tschechien, die Slowakei und Ungarn planen Modernisierungen und den Ausbau der Kapazitäten. Slowenien verlängerte die Laufzeit seiner Reaktoren; die Schweiz will keine neuen Kraftwerke errichten, die Betriebszeiten der bestehenden wurden jedoch auch nicht verkürzt. In Belgien läuft bereits ein Genehmigungsverfahren zur Verlängerung der Laufzeiten. Schweden plant ab 2030 Neubauten an bestehenden KKW-Standorten.

WELT

WELT+ OSTEUROPA

welt.de, 17.05.2019

WELT+ DEUTSCHLAND IN SORGE

Bei der Energiewende setzt nun ausgerechnet Polen auf Atomstrom

welt.de, 17.05.2021

Das Comeback der Atomkraft

energiate-messenger.de, 31.07.2019

Klimaschutz

Tschechien, Ungarn und Polen planen Kernkraftausbau

Deutschland schaltet 2021 und 2022 ab:

6 KKW mit insg. 8,5 GW

Polen plant bis 2040:

6 KKW mit insg. 6 bis 9 GW

Niemand setzt auf Sonne

Anders als dem deutschen Publikum suggeriert wird, denken auch die sonnenverwöhnten Länder des Südens nicht daran, Solarenergie zu einem grossen Standbein auszubauen: In den Vereinigten Arabischen Emiraten ging 2020 der erste Block des Kernkraftwerks Barakah in Betrieb. Vier Blöcke mit je 1,4 Gigawatt Bruttoleistung des südkoreanischen Erbauers KEP-SCO sollen künftig die Versorgung sichern.⁽⁷⁾ Saudi-Arabien beschloss 2018 den Bau von bis zu 16 Kernreaktoren in den nächsten 20 Jahren. Genau wie in den Emiraten will man auch hier die heimischen Öl- und Gasvorräte schonen, an denen Europa und vor allem Deutschland in Zukunft weiter hängen werden, da nur Importe das Totaldesaster durch «Erneuerbare Energien» verhindern. Auch Ägypten plant die Errichtung von vier 1,2-GW-Blöcken am Mittelmeer, die nebenbei bemerkt von Russland gebaut und finanziert werden.⁽⁸⁾

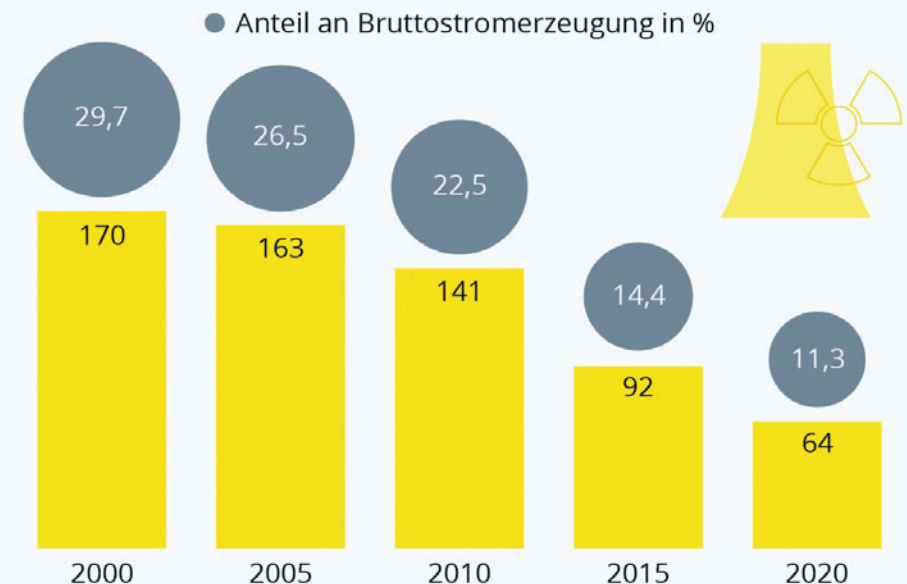
Die Türkei will ihre Importabhängigkeit von Öl und Gas senken und lässt sich an der Mittelmeerküste vier Reaktoren (ebenfalls von Russland) bauen. In Roopur in Bangladesch startete im November 2017 der erste KKW-Bau, zwei russische Blöcke sollen 2023/24 in Betrieb gehen. Auch Indien und Südostasien bauen ihre Kernkraft-Kapazitäten massiv aus. Die Liste der Länder, die das tun, könnte noch weiter fortgesetzt werden. Spezielle Aufmerksamkeit wollen wir aber noch kurz dem schwarzen Kontinent schenken, denn auch dort setzt man auf Kernkraft.

Strahlendes Schwarzafrika

Kein Kontinent hat eine unsicherere und unsauberere Energieversorgung als Afrika. Alte und unzureichend gewartete Kohle- und Ölkraftwerke mit Wirkungsgraden unter 30 Prozent laufen mehr schlecht als recht. Eine schnell wachsende Bevölkerung und eine zunehmende Urbanisierung fordern immer mehr Energie, sodass jede Möglichkeit von Kohle über Öl und Biomasse bis zur Solarenergie und künftig auch der Kernenergie genutzt werden wird, um diesen ungeheuren Hunger zu befriedigen. Bisher ist Südafrika das einzige Land des Kontinents, das die Kernkraft nutzt, aber das dürfte sich in Zukunft bald ändern. 2019 tagte in Nairobi, der Hauptstadt Kenias, erstmals die «Africa Nuclear Business Platform», an der Vertreter von Wirtschaft, Behörden und Politik etlicher afrikanischer Länder teilnahmen. Kenia verfolgt den Anspruch, bis 2030 ein Industrieland zu sein

Ende der Atomkraft?

Verbrauch von Kernenergie in Deutschland (in Terawattstunden)



Quelle: BP



statista

„Fast alle Länder um uns herum haben die Notwendigkeit der Kernenergie als Bestandteil eines modernen Energiemixes erkannt. [...] Die ehrgeizigen und richtigen Klimaziele können wir nur erreichen, wenn wir die Kernenergie als Brückentechnologie akzeptieren und sinnvoll einsetzen. Eine Verknappung von Energie können wir uns jetzt und auch in der Zukunft unter keinen Umständen leisten.“

Ronald Pofalla, ehemaliger CDU-Generalsekretär, 2009

Quelle: welt.de, CDU facht Streit um den Atom-Ausstieg an, 07.02.2009

und benötigt dafür eine zuverlässige Versorgung mit Energie. Algerien, Ägypten, Ghana, Kenia, Marokko, Namibia, Niger, Nigeria, Ruanda, Sambia, Senegal, Sudan, Tansania, Tunesien und Uganda zeigen Interesse und schlossen zum Teil bereits Verträge für KKW's ab. Insbesondere China und Russland bieten solch ärmeren Ländern Verträge auf Leasingbasis an – inklusive dem Service zur Versorgung mit bzw. der Entsorgung von Brennelementen.

Es ist kein Zufall, dass allen voran Russland und China die Atomenergie ausbauen und anderen Ländern bei demselben Vor-



«Frankreich fordert den massiven Ausbau von Kernenergie. AKW seien klimafreundlich, weil sie kaum CO₂ ausstossen. Die Franzosen wollen den Bau neuer Reaktoren fördern.»

ZDF-Online im November 2021

Quelle: zdf.de, Kernkraft als Klimarettter? – Streit mit Frankreich um grünen Atomstrom, 23.11.2021



Foto: State Chancellery of Latvia ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ministru_prezidents_Valdis_Dombrovskis_tiekas_ar_V%C4%81cijas_%C4%81rietu_ministru_Gvido_Vestervelli_\(7849819858\)_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ministru_prezidents_Valdis_Dombrovskis_tiekas_ar_V%C4%81cijas_%C4%81rietu_ministru_Gvido_Vestervelli_(7849819858)_(cropped).jpg))
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>



„Die hohe Versorgungssicherheit und die Einhaltung der CO₂-Minderungsziele in Deutschland sind ohne den Einsatz der Kernenergie undenkbar.“

Guido Westerwelle, ehemaliger FDP-Spitzenpolitiker, am 26.01.2006

Quelle: verivox.de, Westerwelle: Versorgungssicherheit verlangt Atomkraft, 26.01.2006

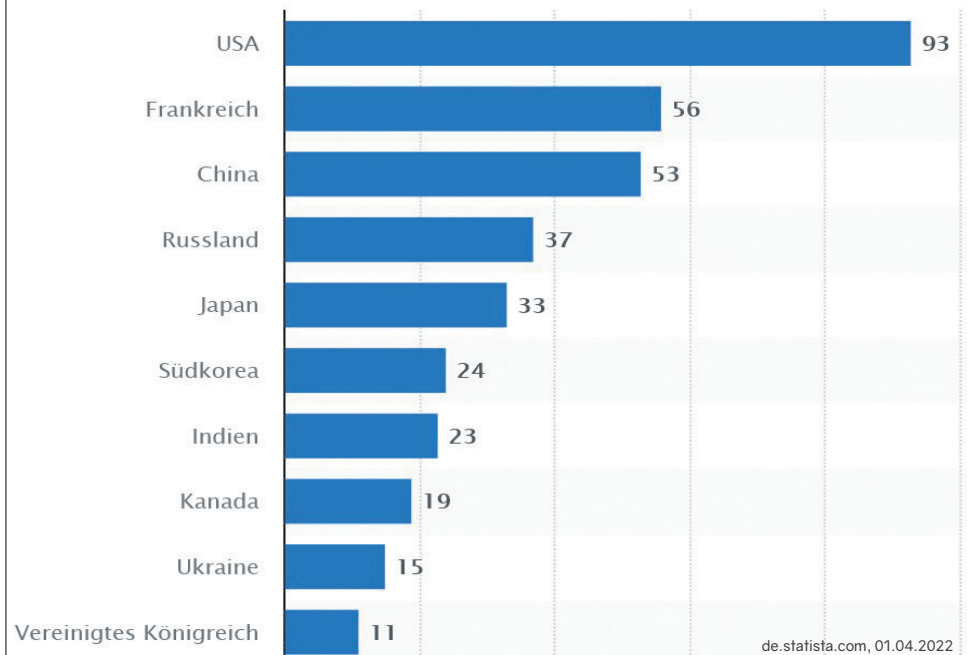
haben gerne behilflich sind. Es wäre auch im europäischen Interesse, Afrika bei der Entwicklung seiner Energieversorgung zu helfen, sei es aus humanitären wie auch aus ganz praktischen Gründen, doch wie auch in vielen anderen Bereichen verliert Europa den Anschluss und dahinter steckt System. Eine ausführliche Erklärung der geopolitischen Motivation und der Hintergründe dieses Musters wird auf den kommenden Seiten folgen.

Wie schon erwähnt, wurden in dieser Liste nicht alle Länder genannt, die Kernkraft bereits nutzen oder die in der näheren Zukunft damit beginnen wollen. Was dieser Überblick deutlich machen sollte, ist, dass die Deutschen fast die einzigen sind, welche die Kernenergie als ein «Auslaufmodell» betrachten. Von allen derzeit verfügbaren Energiewandlungstechnologien ist die Kerntechnologie diejenige mit dem größten Innovationspotenzial und wie es derzeit aussieht, wird kaum ein Weg daran vorbeiführen, diese auch zu nutzen. Die Länder weltweit machen es vor. Auch hier bleibt die über allem schwebende und bald zu beantwortende Frage: Wem nützt der deutsche Ausstieg? (tk/as)

Quellen:

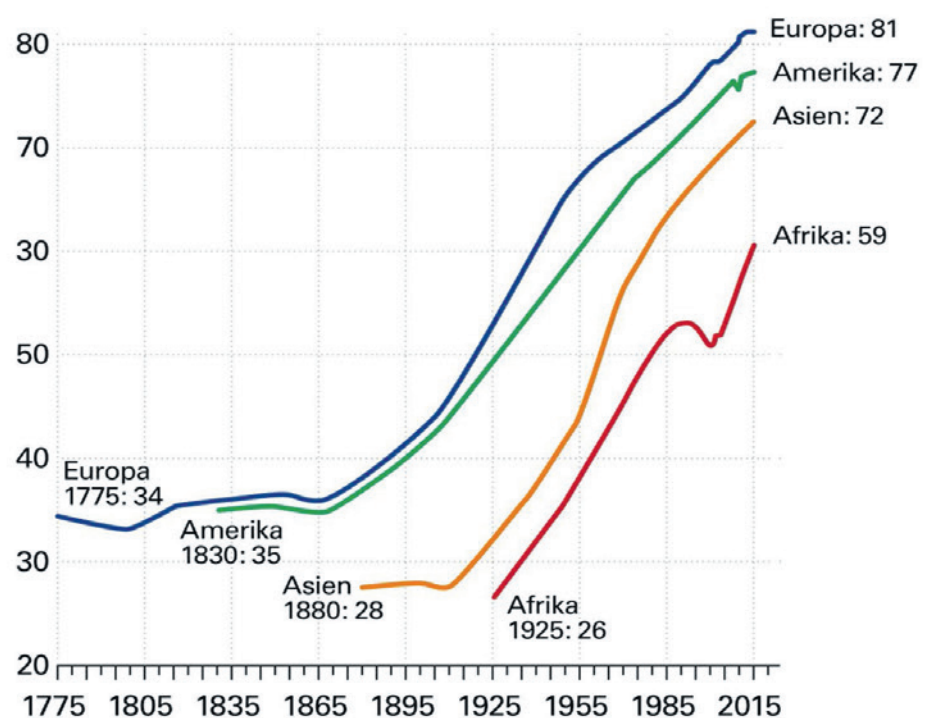
1. zdf.de, AKW-Laufzeitverlängerung: Ist eine Renaissance der Atomkraft möglich?, 22.05.2022
2. youtube.com, Habeck hält trotz Ukraine-Kriegs an Ausstieg aus Atomkraft fest | AFP, 08.03.2022
3. Frank Hennig, Klimadämmerung: Vom Ausstieg zum Abstieg - Ein Plädoyer für mehr Vernunft in der Energiepolitik, 2021, S.162
4. faz.net, Warum Greta Thunberg jetzt «Atomlobbyismus» vorgeworfen wird, 20.03.2019
5. de.statista.com, Anzahl der betriebsfähigen Reaktoren in Kernkraftwerken weltweit nach Ländern im Januar 2022, 01.04.2022
6. de.statista.com, Anzahl der geplanten Atomreaktoren in ausgewählten Ländern weltweit im Januar 2022, 01.04.2022
7. wam.ae, WAM Report: How Barakah Nuclear Energy Plant promises sustainable future, 01.02.2020
8. wiwo.de, Atomkraft statt Solarenergie: Ägypten baut vier neue Kernkraftwerke, 26.11.2015

Top 10 der Länder mit betriebsfähigen Kernkraftwerken, Stand: Januar 2022



Im Gegensatz zu Deutschland plant keines dieser Länder in den nächsten Jahren vollständig aus der Atomkraft auszusteigen.

Lebenserwartung je Kontinent (in Jahren)



Die seit Jahrzehnten proklamierte Klimakatastrophe ist ausgeblieben. Nicht wegen, sondern trotz der UN-Weltpolitik kamen immer mehr Länder in den Genuss der Industrialisierung und ihrer Früchte: höhere Lebenserwartung, sinkende Kindersterblichkeit. Unmittelbar verknüpft sind diese erfreulichen Entwicklungen mit zuverlässiger Energieversorgung.

Energie durch Kernspaltung: Eine tödliche Gefahr?

Rund um die Kernkraft ranken sich viele Mythen, die wir nun nach und nach abarbeiten und in ein korrektes Licht rücken möchten. Im Jahre 1938 entdeckten Otto Hahn, Lise Meitner und Fritz Strassmann den Mechanismus der Kernspaltung. Eine revolutionäre Entdeckung, die die Welt nachhaltig prägte. In Kernkraftwerken (KKWs) macht sich der Mensch die Bindungskräfte der Atomkerne zunutze. Durch Neutronenbeschuss kann eine Kernspaltung unter Energiefreisetzung herbeigeführt werden. Die Kernkraft wurde 1951 für zivile Zwecke nützlich und in Idaho (USA) wurde erstmals Strom aus Kernenergie erzeugt und etablierte sich dort recht rasch. Einer der Vorteile der Kernkraftwerke: Im Vergleich zu anderen Kraftwerksarten lassen sie sich mit vergleichsweise geringem Aufwand mit Rohstoffen versorgen: Für den Betrieb eines Ein-Gigawatt-Kraftwerks braucht man pro Jahr 2,1 Millionen Tonnen Steinkohle (ein Zug von 400 Kilometern Länge) oder 1,59 Millionen Kubikmeter Öl (sieben Supertanker), aber nur 150 Tonnen Uran (acht Lkw).⁽¹⁾

KKWs in Deutschland

Bis zum Ende der 1970er-Jahre standen in der alten BRD elf Kernkraftwerke. Von Seiten der Stromerzeuger bestand in Deutschland aber zunächst kein Interesse, in die Kernkraft einzusteigen, denn Kohle

war reichlich verfügbar. Doch die international wachsende Begeisterung an dieser Technologie, insbesondere jene in Frankreich und den USA, weckten schliesslich auch das Interesse der deutschen Regierung. Als erkennbar wurde, dass der allein marktgetriebene Einstieg in die Kernkraft nicht kommen würde, entschied man sich von Regierungsseite einzugreifen und üppige Subventionen auszureichen – das dient den Kernkraftgegnern heute übrigens als Rechtfertigung der immensen EEG-Kosten (Ausgabe 47). Die Steuereinnahmen durch den Kernkraftwerksbetrieb, der lange währende niedrige Strompreis und sogar die dadurch vermiedenen Emissionen bleiben unberücksichtigt – aber das nur am Rande. Die deutsche Kernkraftwerks-Branche entwickelte sich zu einer der auf dem Weltmarkt führenden. Im Hinblick auf Sicherheit und Produktivität zählten die deutschen KKWs stets zu den besten. Das Kraftwerk Isar 2 in Bayern war mehrmals Weltmeister in der Verfügbarkeit ebenso wie der Produktionsmenge.

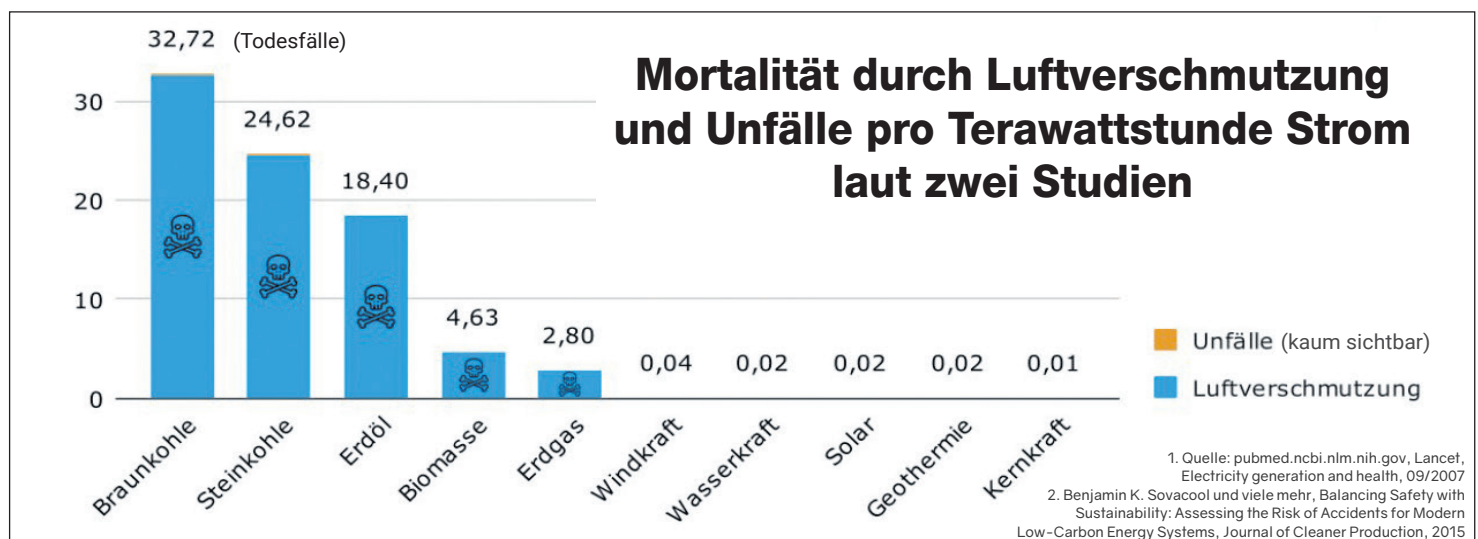
Heute wurde diese Rolle als innovativer Vorreiter und Vorbild mehr oder minder politisch eliminiert. Die technologische Weiterentwicklung in Richtung «Schneller Brüter» (Kalkar, siehe S.27 f.) und Thorium-Hochtemperaturreaktor (Hamm, siehe S.79) wurde sowohl durch technische Probleme als auch zunehmenden politischen Widerstand unterbrochen. Heute werden Brüter-Reaktoren in Russland betrieben und weiterent-

wickelt, wohinter offenkundig ein grösserer politischer Plan steckt (siehe S.30 ff.).

Parallel zur BRD wurden auch in der DDR – in Rheinsberg und Greifswald – Kernkraftanlagen installiert. Im Zuge der Wende 1989 wurde die Abschaltung dieser Sowjet-Anlagen aus Sicherheitsgründen eingeleitet, da eine Nachrüstung auf westliche Standards nicht möglich war. Genau solche Anlagen, die den deutschen Sicherheitsansprüchen schon damals nicht genügten, sind bis heute in einigen Ländern Mitteleuropas und Russland im Einsatz.⁽²⁾ Tatsachen wie diese sprechen Bände darüber, dass mit Deutschland das falsche Land der Kernkraft den Rücken gekehrt hat und dass damit das Feld weit unfähigeren Marktteilnehmern überlassen wurde. Der Anfang vom Ende des Atomstaates wurde mit der Gründung der Grünen 1980 eingeleitet. Heute ist das «grüne» Gedankengut, welches damals noch als radikal angesehen wurde, in fast allen anderen Parteien fest verankert.

Der Propaganda-«Super-GAU»

Im Kontext der Kernkraft spricht man bei einer Kernschmelze durch Überhitzung oder den Abriss einer Hauptkühlleitung und Austritt von Radioaktivität in die Umgebung von einem GAU (Grösster Anzunehmender Unfall). Da dieser Superlativ den Medien-



Selbst breite Teile des Klima-alarmistischen Mainstreams sind sich darüber einig, dass die Kernenergie die sauberste und die ungefährlichste Technologie zur Stromerzeugung darstellt. Eine Studie, die 2007 in der medizinischen Fachzeitschrift Lancet veröffentlicht wurde, kommt zum Ergebnis: «Ein Vergleich der verschiedenen Formen der kommerziellen Stromerzeugung [...] zeigt, dass die Gesundheitsbelastung bei den Kraftwerken, die die Aussenluft am stärksten verschmutzen (Braunkohle-, Steinkohle- und Ölkraftwerke), am grössten ist. Die gesundheitlichen Belastungen sind bei der Stromerzeugung aus Erdgas deutlich geringer und bei der Kernenergie noch geringer.»

Quelle: pubmed.ncbi.nlm.nih.gov, Lancet, Electricity generation and health, 09/2007



→ schaffenden und der Anti-Atomlobby scheinbar nicht ausreichte, um der vermeintlichen Dramatik Ausdruck zu verleihen, wurde der Begriff «Super-GAU» erfunden, mit dem stumpf- und widersinnigerweise ein Unfall beschrieben wird, der noch grösser ist als der grösste. So oft, wie darüber berichtet wird, möchte man meinen, die Atomkraft sei mit Abstand die gefährlichste aller stromerzeugenden Technologien. Die meisten sind überrascht zu erfahren, dass die Kernenergie Mainstream-Studien zufolge pro erzeugter Terawattstunde die wenigsten Todesopfer fordert.⁽³⁾

Vorweggeschickt sei aber noch gesagt: Es liegt uns fern, die Kernkraft pauschal zu verharmlosen. Sie ist und bleibt eine Hochtechnologie mit Gefahrenpotenzial, bei der hohe Sicherheitsanforderungen berechtigt sind. Am Ende gilt es aber, wie immer, Vor- und Nachteile abzuwägen. Das Thema Kernkraft ist inzwischen aber derart offensichtlich zutiefst ideologisch geprägt, dass eine ergebnisoffene Diskussion kaum mehr geführt wird. Gebetsmühlenartig arbeiten sich die Atomkraftgegner an der vorgeblichen Gefährlichkeit, dem Problem der Endlagerung und einer angeblichen Unwirtschaftlichkeit dieser Technologie ab. Alle drei Argumentationen lassen sich auf faktischer Basis relativieren bzw. entkräften, aber eine qualifizierte öffentliche Diskussion zu führen, ist in dem emotional hoch aufgeladenen Klima kaum möglich.

spiegel.de, 10.05.2021

Verteufelte Klimaschutz-Energie

Redet endlich über Atomstrom!

Eine Kolumne von **Nikolaus Blome**

Von wegen überall Cancel Culture. Es gibt nur ein deutsches Tabu: die Nutzung der Kernenergie, um das Klima zu retten.

Wenn sogar ein Spiegel-Kolumnist die Wind- und Sonnenenergie in Teilen vor den Zug wirft und für Atomkraft plädiert, dann sind die Probleme mit den «Erneuerbaren» in der Mitte, wenn nicht gar am linken Rand der Gesellschaft angekommen.

Drei grosse Havarien

Bisher gab es in der inzwischen recht langen Geschichte der Kernkraft nicht mehr als drei grosse Havarien. Diese wurden allerdings medial derart ins Rampenlicht gerückt und propagandistisch ausgeschlachtet, dass ein bleibender Eindruck, ja oftmals gar eine unerschütterliche, panisch-fanatische Meinung in den Köpfen der Allgemeinheit zurückblieb. Die Unfälle wurden in zahlreichen Dokumentar- und sogar in Spielfilmen aufgegriffen und verarbeitet, wobei auch die «objektiven» Machwerke oft eher fiktiven Szenarien voller bedrohlicher Endzeitstimmung glichen. Unideologisch präsentierte Informationen zu diesen Unfällen finden sich nur spärlich. Wir wollen versuchen, einen Überblick über diese Katastrophen zu bieten, auf dass der Leser sich selbst ein Bild machen kann. Eine nüchtern vorgebrachte

Beschreibung der Sachverhalte soll helfen, diese Debatte wieder auf eine faktische Basis zu stellen.

Three Mile Islands

Der erste der drei Unfälle ereignete sich am 28. März 1979 im KKW Three Mile Islands bei Harrisburg an der US-Ostküste. Damals kam es in dem Kraftwerk zu einer partiellen Kernschmelze, nachdem zwei Hauptumwälzpumpen ausgefallen waren. Durch die darauffolgende Wärmeentwicklung und den Druckaufbau gelangte auch radioaktives Material in die Umgebung. Eine Langzeitstudie an 30'000 Anwohnern ergab keine Anzeichen gesundheitlicher Beeinträchtigung, was allerdings in einer anderen Studie angezweifelt wurde.⁽³⁾ Es liess sich zumindest kein eindeutiger gesundheitlicher Schaden für die Anwohner beweisen. Diese Havarie war für die Atom-

Berliner Zeitung

Atomkraft? Ja, bitte! Großbritannien setzt auf Kernenergie

berliner-zeitung.de, 19.05.2022

Handelsblatt

INTERVIEW

Bill Gates will mit Kernkraft das Klima retten: „Der Strombedarf wird dramatisch steigen“

handelsblatt.com,
29.10.2021



Foto: Anders Hellberg,
CC BY-SA 4.0
https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/49/Greta_Thunberg_02.jpg

„Ich persönlich bin gegen Atomkraft, aber nach dem IPCC [Weltklimarat] könnte sie tatsächlich ein kleiner Teil einer grossen, neuen CO₂-freien Energielösung sein.“

Greta Thunberg in einem Facebook-Beitrag, März 2019

Quelle: faz.net, Warum Greta Thunberg jetzt «Atomlobbyismus» vorgeworfen wird, 20.03.2019

WELT+ DEUTSCHLAND IN SORGE

WELT

Bei der Energiewende setzt nun ausgerechnet Polen auf Atomstrom

welt.de, 18.03.2022



EU-Kommission stuft Atomkraft und Gas als klimafreundlich ein

mdr.de, 02.01.2022

Wenn sogar Staaten und Persönlichkeiten, die das Narrativ einer drohenden Klima-Katastrophe vorantreiben, ein vorläufiges Setzen auf Atomkraft empfehlen, dann sollte die deutsche Staatsführung mindestens einmal darüber nachdenken, ob man beim Ausstieg nicht doch einen Gang zurückschalten sollte.

kraft eine Art von Sündenfall, durch den die Anti-KKW-Bewegung erheblich an Auftrieb gewann.

Tschernobyl

Die zweite schwere Havarie, die eine ganze Generation traumatisierte, geschah am 26. April 1986 in Tschernobyl in der damals noch sowjetischen Ukraine. Es war die erste nukleare Katastrophe, die in die höchste Stufe 7 der sogenannten INES (Internationale Nukleare und Radiologische Ereignis-Skala) eingestuft wurde. Nach der offiziellen Geschichte war der Auslöser des Unfalls ein Versuch, der die Eigenstromversorgung des Reaktors nach einem angenommenen Ausfall der externen Stromversorgung überprüfen sollte. Das Experiment misslang und brachte den Reaktor in einen instabilen Zustand, der nicht mehr beherrscht werden konnte. Wie heute nach offizieller Geschichtsschreibung berichtet wird, hatte der Versuchsleiter in geradezu krimineller Fahrlässigkeit Schutz- und Sicherheitseinrichtungen unwirksam machen lassen, um eine automatische Sicherheitsabschaltung zu umgehen. Am Ende entwickelte sich eine kurzzeitige ungesteuerte Kettenreaktion, die zur unkontrollierten Leistungsexkursion des Reaktors führte, dann zur schlagartigen Verdampfung des Kühlwassers, Wasserstoffbildung und Wasserstoffexplosion, wodurch der tausend Tonnen schwere Reaktordeckel abgesprengt wurde.

Der Reaktor selbst war auch nicht inhärent sicher konstruiert. Die Verwendung von Graphit als Moderator (dient dazu, freie Neutronen, die bei einer Spaltung im Reaktorkern produziert werden, abzubremsen) hatte letztendlich einen Grossbrand zur Folge, durch den erhebliche Mengen radioaktiven Materials in die Umwelt gelangten. Es gibt keine einheitlich dokumentierte Anzahl der Todesopfer, die von der Katastrophe gefordert wurden. Unstrittig sind die etwa 50 Opfer, die direkt nach dem Unfall am Reaktor tätig waren, darunter unter anderem Kraftwerksmitarbeiter und Feuerwehrleute. Es liegen Untersuchungen und Studien vor, die dieser Havarie noch 50'000 weitere Todesopfer in Form von Krebserkrankungen und Traumata hinzurechnen. Eindeutig aus-

«Das Ende des Atomzeitalters» war das Ereignis in Fukushima weder für Japan noch für die meisten Staaten in Asien, Amerika und Afrika. Nur Deutschland und einige wenige europäische Staaten schlugen einen Sonderweg ein und setzten «Das Ende des Atomzeitalters» für sich selbst um.



War Tschernobyl auch eine haltlose Angst-Kampagne, wie wir sie von «Corona», «AIDS», dem «Ozonloch» oder dem «Waldsterben» zu Genüge kennen?

zumachen war eine Zunahme an Fällen von Schilddrüsenkrebs, der aber vergleichsweise gut behandelbar ist und nur selten tödlich endet. Eine Zunahme anderer Krebsfälle wie etwa Leukämie ist hingegen umstritten. Auch vor der Kraftwerkskatastrophe war der Gesundheitszustand der Menschen in der Region nicht sonderlich gut: Die Lebenserwartung von Männern lag bei nicht mehr als 60 Jahren.⁽⁴⁾



Versagen des Sowjet-Systems

Der wirtschaftliche Schaden, den die Katastrophe nach sich zog, war enorm. Zum Preis von mehreren Milliarden Dollar wurde mit massgeblicher internationaler finanzieller Hilfe eine Schutzhülle zur Abdeckung der strahlenden Ruine (ein sogenannter Sarkophag) errichtet. Dieser musste inzwischen auch erneuert werden. Die gemessenen Strahlungspegel in der Region Tschernobyl liegen heute bei unter 1000 Nanosievert pro Stunde – auf dem ehemaligen Kraftwerks-gelände liegen sie bei etwa 8000. Um diesen Zahlen einen Vergleichswert zu geben: Die Passagiere eines Verkehrsflugzeugs auf Reiseflughöhe werden etwa 6000 Nanosievert pro Stunde ausgesetzt. Anders als die Region um Tschernobyl bezeichnet man ein Flugzeug trotz dieser Werte nicht als «Todeszone» – Flugpersonal und Vielflieger werden offensichtlich nicht in überproportional hoher Anzahl von Krebs dahingerafft.

Wenn man möchte, so liesse sich auch folgende Perspektive auf das Unglück von Tschernobyl einnehmen: Die Ursache der Katastrophe lag nicht in der mangelnden





Was für eine Ironie:

Die drei Länder (USA, Russland, Japan), in denen die «Atomkatastrophen» stattfanden, bleiben der Kernkraft treu.

Deutschland, das führend war in Sachen Reaktorsicherheit und wo es noch nie zu einer «Nuklearkatastrophe» kam, steigt aus der Kernkraft aus.

→ Kompetenz der Angestellten und auch der technisch schlechte Zustand der Anlage war letztlich nicht ausschlaggebend. Auslöser der Havarie war ein sowjetischer Versuchsleiter, der seinem Politbüro um jeden Preis eine Erfolgsmeldung beschreiben wollte und dafür in fahrlässiger Leichtsinnigkeit jeden Sicherheitsstandard ignorierte. Ursache der Katastrophe war ein planwirtschaftliches, totalitäres System mit unklar definierter Verantwortlichkeit.

Fukushima

Die dritte grosse Kraftwerkshavarie ereignete sich am 11. März 2011 in Japan im Kernkraftwerk Fukushima-Daiichi. Es war dies die Katastrophe, welche die Ad-hoc-Entscheidung der deutschen Bundeskanzlerin zum Atomausstieg markierte. Eine Entscheidung, die in Anbetracht der Faktenlage als völlig irrational gewertet werden muss. Doch betrachten wir die Ereignisse der Reihe nach. Ausgelöst wurde der «GAU» in Fukushima durch ein Erdbeben von enormer Stärke – der darauffolgende Tsunami kostete mindestens 16'000 Menschenleben. Zunächst funktionierten die Sicherheitsvorkehrungen im KKW Fukushima noch planmässig – die Blöcke schalteten sich durch das Beben ordnungsgemäss automatisch ab und die Notkühlung setzte ein. Doch die Kaimauer des Kraftwerks war der nun folgenden Flutwelle nicht gewachsen. Sie war bis zu einer maximalen Wellenhöhe von neun Meter ausgelegt, der damalige Tsunami liess die Wellen aber auf bis zu 14 Meter ansteigen. Wasser gelangte in das Untergeschoss des Kraftwerks, was den Ausfall der Notstromdiesel-Aggregate bewirkte. Eine fatale Verkettung von Ereignissen. Hätte die Notstromversorgung aufrecht gehalten werden können, hätte das Kraftwerk sowohl das Beben als auch den Tsunami weitestgehend unbeschadet überstanden. Schlussendlich gab es höchstwahrscheinlich keine Todesopfer infolge von Strahlung, wohl aber durch die Flutwelle und auch infolge von Evakuierungen



Ein Teil eines Demo-Zugs gegen Kernkraft, Ende März 2011 in Köln. Mit dabei: Claudia Roth, die damalige Bundesvorsitzende der Partei Bündnis 90/Die Grünen.

Foto: Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Aufgebrachte_Menge!.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>



Kinder vergnügen sich 2012 am Nakoso-Strand, 65 Kilometer vom Kernkraftwerk in Fukushima entfernt.

2012 wurden Strände im weiten Umkreis von Fukushima wieder eröffnet, was deutsche Medien zu regelrechten Empörungssorgen veranlasste.

Badische Zeitung

Baden in Fukushima: Hier strahlt nicht nur die Sonne

badische-zeitung.de, 09.08.2012

aus Angst vor Strahlung: Krankenhäuser und Altenheime wurden damals rasch geräumt, was einige Patienten das Leben kostete – rückblickend betrachtet eine Massnahme, die nicht nötig gewesen wäre. Der Diplom-Ingenieur Frank Hennig bringt es ironisch auf den Punkt, wenn er schreibt: «Somit gab es keine Strahlenopfer, sondern Strahlenschutzopfer.»⁽⁵⁾ 2018 sprach Japan vom ersten Todesfall in Zusammenhang mit der Katastrophe. Ein Mann, der von März bis Dezember 2011 an der Unglücksstelle im Einsatz war, erlag einer 2016 diagnostizierten Krebserkrankung.⁽⁶⁾ Dass zwischen seiner Erkrankung und dem Reaktorunglück ein ursächlicher Zusammenhang besteht, ist aber keineswegs bewiesen.

Paradebeispiel für Propaganda

Kaum ein anderes Unglück wurde in Deutschland mehr ausgeschlachtet als Fukushima. Medienanalysen zufolge wurde, mit Ausnahme von Japan selbst, in keinem anderen Land der Welt intensiver darüber berichtet als in Deutschland. Reisserische Überschriften und die Macht der Bilder taten ihr übriges. Nahezu jeder kennt die Fotos und die Videos der Wasserstoffexplosionen an den Reaktorblöcken, die von Nachrichtensendern weltweit rauf und runter gespielt wurden.⁽⁷⁾ Geigerzähler waren in Deutschland nach dem Unglück ausverkauft. Bis heute sind Millionen Menschen davon überzeugt, die Havarie von

„**«Im Licht des CO₂-Problems ist die Kernkraft eine saubere, unter Sicherheitsaspekten verantwortbare Energie und auch für die Zukunft wichtig.»**

Angela Merkel, damals Bundesumweltministerin Deutschlands, am 05.12.1994

Quelle: sueddeutsche.de, Atomausstieg: Zitate einer einzigartigen Wende:
«Ich freue mich, weil es mein Vorschlag war!», 30.06.2011



Foto: Marc Müller ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Angela_Merkel_Security_Conference_February_2015_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Angela_Merkel_Security_Conference_February_2015_(cropped).jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/deed.en>

„**«Wenn ich sehe, wie viele Kernkraftwerke weltweit gebaut werden, dann wäre es wirklich jammerschade, sollten wir aus diesem Bereich aussteigen.»**

Angela Merkel, damals Bundeskanzlerin Deutschlands, am 15.06.2009

Quelle: spiegel.de, Union kämpft gegen Gabriels Atom-Schläge, 18.09.2009

KATHOLIKENTAG

Frankfurter Allgemeine

Merkel: Atomausstieg ist lächerlich

So titelte die Frankfurter Allgemeine am 22.05.2008. Merkel sagte damals, sie halte es für «nicht sinnvoll», dass ausgerechnet das Land mit den sichersten Atomkraftwerken die friedliche Nutzung der Atomenergie einstelle und auch den Protest gegen den Neubau von Kohlekraftwerken hielt die damalige Bundeskanzlerin für kontraproduktiv.

Fukushima hätte tausende von Strahlenopfern zur Folge gehabt und das KKW sei, einer Atom-bombe gleich, explodiert. Schuld an diesem Falscheindruck war allen voran die deutsche Medienlandschaft, welche die Todesursachen der Opfer miteinander vermischte: «Japan gedenkt heute der Opfer der verheerenden Erdbeben- und Tsunamikatastrophe vor zwei Jahren. Ein Erdbeben der Stärke neun hatte damals den Nordosten des Landes erschüttert und eine bis zu 20 Meter hohe Tsunamiwelle ausgelöst. In der Folge kam es zu einem Reaktorunfall im Kernkraftwerk Fukushima. Dabei kamen ungefähr 16'000 Menschen ums Leben [...]», so der Originalton der ARD-Tageschau vom 11. März 2013. Eine derartig verzerrende Berichterstattung lässt sich nicht durch sprachliche Nachlässigkeit erklären. Von Anfang an ging es darum, dem Zuschauer ein ganz bestimmtes Bild zu vermitteln. Und dieses Bild wird auch Jahre nach der Katastrophe noch gepflegt und aufrechterhalten – vornehmlich von Politikern der Anti-Atom-Partei schlechthin: den Grünen. Zum Jahrestag der Katastrophe im Jahr 2013 twitterte die Politikerin Claudia Roth: «Heute vor zwei Jahren ereignete sich die verheerende Atom-Katastrophe von Fukushima, die nach Tschernobyl ein weiteres Mal eine ganze Region und mit ihr die ganze Welt in den atomaren Abgrund blicken liess. Insgesamt starben bei der Katastrophe in Japan 16'000 Menschen [...]» In dieselbe Kerbe schlug auch ihr Parteigenosse Jürgen Trittin, der in einem Interview für die Webseite der Grünen-Bundespartei sagte: «19'000 Menschen starben bei Tsunami und Reaktorkatastrophe.»⁽⁸⁾

Badeurlaub in der «Todeszone»

Für den Krieg gegen die Kernkraft war der japanische Tsunami von 2011 ein wahrer

„**«Wenn wir von der Kernenergie als Brückentechnologie sprechen, dann bedeutet das nichts anderes, als dass wir aus der Nutzung der Kernenergie aussteigen möchten.»**

Angela Merkel, damals Bundeskanzlerin Deutschlands, am 14.03.2011, drei Tage nach dem tragischen Vorfall in Fukushima

Quelle: sueddeutsche.de, Atomausstieg: Zitate einer einzigartigen Wende:
«Ich freue mich, weil es mein Vorschlag war!», 30.06.2011

„**«In Fukushima haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass selbst in einem Hochtechnologieland wie Japan die Risiken der Kernenergie nicht sicher beherrscht werden können. [...] Für dieses gemeinsame Projekt [gemeint ist die Energiewende] werbe ich mit aller Kraft und mit aller Überzeugung.»**

Angela Merkel, damals Bundeskanzlerin Deutschlands, am 09.06.2011

Quelle: sueddeutsche.de, Atomausstieg: Zitate einer einzigartigen Wende:
"Ich freue mich, weil es mein Vorschlag war!", 30.06.2011

Abrupt setzte Angela Merkel den Ausstieg der Bundesregierung aus der Atomenergie im März 2011 nach der «Reaktor-Katastrophe» in Fukushima innerhalb von drei Tagen durch. Und das laut der CDU-Aussteigerin Erika Steinbach «ohne jegliche Rechtsgrundlage und ohne akute Gefahr, dass in Deutschland ein ähnliches Ereignis zu befürchten sei». Die Geschwindigkeit, mit der der Ausstieg unter Merkel stattfand, sucht auf der Welt ihresgleichen und trotzte allen Aussagen, die Merkel in der Vergangenheit getätigt hatte. Eine radikale Kehrtwende, die später auf ähnliche Weise in Sachen Migrationspolitik vollzogen wurde (Ausgaben 5,14,19). Erfüllte die dem DDR-System entstammende Kanzlerin damit ihren Auftrag, die deutsche Energieversorgung zu sabotieren?

Segen, aus dem politisches Kapital geschlagen werden konnte. In der Berichterstattung über das Unglück kamen vornehmlich Atomkritiker, Mitarbeiter von NGOs oder kernkraftkritische Parteipolitiker zu Wort – Wissenschaftler oder Branchen-Experten suchte man meistens vergeblich. Sachargumente und unideologische Darstellungen machten sich rar, dafür driftete man aber

zuweilen ins Religiöse (Ausgabe 44) ab, etwa dann, als Erzbischof Reinhard Marx im April 2011 – also wenige Wochen nach dem Unglück in Japan – verkündete: «Atomenergie ist Teufelszeug.»⁽⁹⁾ Frank Hennig blickt zurück und beschreibt die damalige Informations-Schlammschlacht: «Auch öf-





Foto: Michael Lucan https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2017-01-20_Horst_Seehofer_CSU_6527.JPG (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>)

„Wer jetzt sichere Kernkraftwerke abschaltet, ist für eine Zunahme des CO₂-Ausstosses verantwortlich.“⁽¹⁾

„Weil wir mit den regenerativen Energien noch nicht so weit sind, können wir auf die Kernkraft auch noch nicht verzichten.“⁽²⁾

Horst Seehofer, Bayerns ehemaliger Ministerpräsident, 2009 und 2010

Quellen: 1. welt.de, Seehofer gegen Atomausstieg – Gabriel sauer, 01.06.2009 2. sueddeutsche.de, Atomausstieg: Zitate einer einzigartigen Wende: «Ich freue mich, weil es mein Vorschlag war!», 30.06.2011

→ fentlich-rechtliche Medien sprangen in den Fluss der grünen Ideologie: Nachdem das Strahlungsniveau um Fukushima abgeklungen war, berichteten internationale Medien, dass Einwohner wieder zurückkehren könnten und die Strände in der Nähe den Badegästen wieder offen stünden. In deutschen Medien hiess es, die Einwohner «müssten» zurück und das Baden an diesen Orten sei unverantwortlich. Beides waren Fakes: Zum einen wurde niemand gezwungen, zurückzukehren (das haben auch nicht alle getan), zum anderen sind auch Japaner in der Lage, Strahlungsmessungen vorzunehmen und Risiken für die Gesundheit einzuschätzen. Niemand wurde gezwungen, dort im Meer zu baden. Zahlen und Fakten wie die Entwicklung der Strahlungswerte, die täglich im Internet veröffentlicht wurden, fanden in deutschen Medien ohnehin keine Erwähnung. Apokalypse lässt sich nicht mit Zahlen und Grenzwerten herbeischreiben. Dazu bedarf es alarmistischer Prosa und passender Bilder.»⁽¹⁰⁾

Nachwirkungen noch heute

Der Tsunami in Japan 2011 entfesselte also ein regelrechtes Propagandafeuerwerk, welches uns heute und auch nachfolgende Generationen noch teuer zu stehen kommt. Der hörige Nachrichten-

„Unsere Kernkraftwerke sind sehr sicher. Schon geringste Vorfälle werden öffentlich gemeldet. Wegen – sicherheitstechnisch betrachtet – unproblematischer Ereignisse [...] darf man nicht die Sicherheit der Kernkraft in Deutschland infrage stellen. In zahlreichen europäischen Ländern werden neue Kernkraftwerke gebaut. Die Laufzeiten bestehender Kernkraftwerke werden verlängert. In Deutschland haben die meisten Kernkraftwerke den höchsten Standard; die übrigen werden nachgerüstet. Wir müssen unsere Reaktoren in Betrieb lassen, solange sie zuverlässig Strom liefern können. Sonst wird unsere Abhängigkeit von anderen Ländern immer grösser.“

Günther Oettinger, ehemaliger Ministerpräsident Baden-Württembergs und EU-Energiekommissar, im Jahr 2009

Quelle: abendblatt.de, Interview mit Günther Oettinger: «Kernkraft wird grosses Thema im Wahlkampf», 07.07.2009



Foto: Jacques Griessmayer (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Guenther_h_oettinger_2007-portrait.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en>

ten-Konsument, der unkritisch aufsaugt, was ihm seine «Leitmedien» präsentieren, konnte nämlich zu keinem anderen Schluss gelangen als zu dem, dass man aus der Kernkraft schleunigst und um jeden Preis auszusteigen hat. Infolge von Fukushima wurde die endgültige Stilllegung der KKWs terminlich per Gesetz fixiert. Vor dem Hintergrund, dass in Japan selbst die meisten der 2011 abgeschalteten Reaktoren wieder Strom produzieren, wird deutlich, wie überzogen die Reaktion Deutschlands war und ist.

Fraglos handelt es sich bei der Kernkraft um eine Technologie, die potenzielle Gefahren birgt. Allerdings gilt dasselbe auch für einen Ausstieg aus der Kernkraft, ohne einen machbaren Plan B in der Tasche zu haben – mit dem feinen Unterschied, dass die Gefahren beim Ausstieg nicht nur potenzieller Natur sind, sondern offensichtlich und absehbar. Der Ausstieg gleicht einem Selbstmord aus Angst vor Mord. Tatsache ist: Jede grössere Havarie zog technische und organisatorische Massnahmen nach sich, welche die Sicherheit der Reaktoren erhöhten. Beste-

hende Anlagen wurden nachgerüstet und im Bau befindliche erweitert. Was Sicherheitsanforderungen angeht, so sind diese in Mittel- und Westeuropa in den letzten Jahren enorm gestiegen. Dass ausgerechnet in diesen Breitengraden nun über Ausstiege aus dieser Technologie sinniert wird, während Länder mit weit geringerem Sicherheitsstandard munter weiter neue Reaktoren bauen, muss für einen Aussenstehenden irrsinnig aussehen – und das ist es auch. (as)

„Es macht überhaupt keinen Sinn, wenn Deutschland aus ideologischen Gründen aus der sichersten Kerntechnik der Welt aussteigt.“

Guido Westerwelle, damals Deutschlands Bundesausserminister, am 28.05.2009

Quelle: sueddeutsche.de, Atomausstieg: Zitate einer einzigartigen Wende: «Ich freue mich, weil es mein Vorschlag war!», 30.06.2011

Quellen:

1. Herbert Niederhausen/Andreas Burkert, Elektrischer Strom, Januar 2014, S.479
2. Frank Hennig, Klimadämmerung: Vom Ausstieg zum Abstieg – Ein Plädoyer für mehr Vernunft in der Energiepolitik, 2021, S.152
3. Ebenda, S.153
4. Ebenda, S.154
5. Ebenda, S.155
6. zeit.de, Japan bestätigt Tod von Fukushima-Arbeiter durch Strahlung, 06.09.2018
7. youtube.com, AKW Atomkraftwerk Kernkraftwerk Explosion Fukushima Japan 2011 NUCLEAR PLANET EMERGENCY, 13.03.2011
8. welt.de, Roth im Strudel der «Atomopfer» von Fukushima, 12.03.2013
9. rp-online.de, Interview mit Erzbischof Reinhard Marx: «Atomenergie ist Teufelszeug», 08.04.2011
10. Frank Hennig, Klimadämmerung: Vom Ausstieg zum Abstieg – Ein Plädoyer für mehr Vernunft in der Energiepolitik, 2021, S.206

Strahlung und Atommüll - Unlösbare Probleme?

Kaum ein anderes Thema wird derart emotional diskutiert wie das Thema «Atommüll» und «Strahlung». Nur selten wird versucht, sich der Thematik emotionslos und nüchtern anzunähern. Die dadurch provozierte Hysterie reicht so weit, dass ein nicht zu unterschätzender Teil der Öffentlichkeit in der Überzeugung lebt, die Standorte von Kernkraftwerken wären radioaktive Strahlungshotspots. Viele dürften überrascht sein zu erfahren, dass das Strahlungsniveau in Kohlekraftwerken grösser ausfällt als in der Umgebung von Kernkraftwerken. In der Kohlegrube herrscht eine erhöhte Strahlung, da die aus der Tiefe geförderte Kohle natürlich strahlendes Material mitführt, welches grösstenteils in der Asche gebunden wird. Wirklich gefährlich ist aber auch dieses leicht erhöhte Strahlungsaufkommen nicht.

Strahlung nicht per se gefährlich

Sowieso ist die hauptsächlich von den Grünen propagierte Theorie, jede noch so kleine Strahlungs-dosis sei grundsätzlich schädlich, nachweislich falsch und widerspricht jeglichen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und auch praktischen Erfahrungen. Bis zu einer bestimmten Schwelle kann radioaktive Strahlung sogar einen positiven Effekt auf die Gesundheit haben, da sie die Widerstandskraft des Organismus stärkt. Schon seit jeher finden Thermalbäder mit radonhaltigen Wässern Verwendung zur Kur und zur Erholung. Abgesehen davon ist eine «Null-Strahlen-Politik» ohnehin realitätsfern, denn es existiert auch natürliche Strahlung, welche global sehr ungleich verteilt ist und in der Vergangenheit laut Mainstream-Wissenschaft noch wesentlich höher ausfiel als sie es heute tut – trotzdem war



Leben auf der Erde möglich.

Aber bleiben wir in der Gegenwart und betrachten die aktuellen Strahlungswerte an verschiedenen Punkten der Erde: In Deutschland beträgt der jährliche Strahlungshintergrund heute im Durchschnitt 2,1 Millisievert (mSv), in Frankreich, Spanien und Finnland sind es bereits etwa 10 mSv, am brasilianischen Strand von Guarapari ganze 200 mSv und im iranischen Ramsar sogar 450 mSv. ⁽¹⁾ Zum Vergleich: Im Gebiet um Fukushima betrug dieser Wert nach der Havarie unter 10 mSv. ⁽²⁾

Dem allgemein vorherrschenden Kernkraft-feindlichen Tenor nach zu urteilen, möchte man meinen, die Strahlung müsste sich in den höher belasteten Gebieten in Form einer verringerten Lebenserwartung, einer erhöhten Krebsrate oder ähnlichem ablesen lassen – aber dem ist nicht so. Sehr viel natürliche Strahlung wird auch bei Vulkanausbrüchen

freigesetzt. Ein Beispiel dafür aus der jüngeren Vergangenheit bietet der Ausbruch des Mount St. Helens im Jahr 1980, der als einer der stärksten Ausbrüche des 20. Jahrhunderts gilt. ⁽³⁾ Dieser relativ aktive Vulkan, der sich im Süden des US-Bundesstaates Washington befindet, soll innerhalb der letzten 40'000 Jahre neunmal ausgebrochen sein. Dabei wird gesagt, es seien über 60'000 Tonnen Uran freigesetzt worden (ein mittleres Atomkraftwerk braucht pro Jahr ca. 150 Tonnen) sowie 170'000 Tonnen Thorium. Strahlenbedingte Gesundheitsbelastungen konnten bei der Bevölkerung Washingtons und angrenzender Bundesstaaten nicht ausgemacht werden, obwohl die Bevölkerung beim Ausbruch 1980 nicht evakuiert wurde.

Induzierte Hysterie

Der hysterische Umgang mit radioaktiver Strahlung ist politisch gewollt und politisch induziert. Die Vorstellung, schon ein einziges Plutonium-Atom könne Krebs auslösen oder gar vererbare Genveränderungen auslösen, ist ein Hirngespinnst, das nur zur Erzeugung von Angst dienen soll. Wäre Radioaktivität tatsächlich so gefährlich, dürften wir vieles nicht essen und trinken – bspw. keine Bananen oder Tomatenmark, denn die enthalten radioaktives Kalium. Vor allem aber dürften die Bauern keinen mineralischen Dünger aufs Land streuen, denn der enthält beträchtliche Mengen an Uran. Wie auch die in der Vergangenheit schwer kontaminierten Gebiete – Hiroshima, Nagasaki oder Orte, an denen Kernwaffen erprobt wurden – zeigten,

„Zusammengefasst steht die Menschheit vor einem noch viel zu wenig beachteten Umweltproblem: Der Akkumulation von radioaktiven Strahlungsquellen durch Seltene Erden und ihre Auswirkungen auf Ökosysteme. Seltene Erden als Rohstoffe zu gewinnen ohne Umweltbelastung durch Radioaktivität gibt es nicht!“

Das Umwelt-Bildungs-Zentrum Steiermark in einer Broschüre von 2011

Quelle: Umwelt-Bildungs-Zentrum Steiermark, Seltene Erden und Radioaktivität – Basiswissen, September 2011



Für viele sicherlich eine Neuigkeit: Mit der vermeintlichen Gefahr von Radioaktivität könnte man auch leicht Stimmung gegen die «Erneuerbaren» machen, denn Seltene Erden werden für die Produktion von Windkraft- und Solaranlagen gebraucht und deren Förderung belastet die Umwelt ebenfalls mit der Freisetzung von radioaktiver Strahlung.





➔ blieben diese nie lange Zeit, geschweige denn für die Ewigkeit, unbewohnbar. Selbiges sieht man auch im Gebiet rund um Tschernobyl, in welchem sich die Flora und Fauna nach der Havarie prächtig entwickelte. Doch mit solch «frohen Botschaften» lässt sich nun mal keine Angst schüren.

Übrigens wäre es auch möglich, Radioaktivitätspropaganda gegen die «Erneuerbaren» zu betreiben. Beispielsweise kommt es beim Abbau der für Windräder und vor allem Photovoltaik-Paneele bitter notwendigen Seltenen Erden immer wieder zur Freisetzung von radioaktivem Material – nur eben ohne internationalen Aufschrei. Man müsste lange suchen, um jemanden zu finden, der noch nie etwas von der Tschernobyl-Katastrophe gehört hat. Andersherum würde man wohl vergeblich nach einer Person Ausschau halten, die die «Katastrophe» am Mountain-Pass-Bergwerk in Kalifornien im Jahre 1998 im Kopf hat. Damals flossen bei der Grabung nach Seltenen Erden «eine Milliarde Liter radioaktiver und chemisch belasteter Abwässer» aus einem Auffanggewässer und verseuchten ein Naturschutzgebiet.⁽⁴⁾ Dieses Ereignis hätte sich prächtig medial zu einer Umweltkatastrophe von internationaler Tragweite aufblasen lassen können, es war nur nicht gewollt.

Atommüll: Was ist das überhaupt?

Das wohl am weitesten verbreitete Argument gegen die Nutzung der Kernkraft ist und bleibt der Umgang mit den verbleibenden radioaktiven Reststoffen, die landläufig nur «Atommüll» genannt werden.



Beim Ausbruch des Vulkans Mount St. Helens 1980 wurden massenhaft radioaktive Stoffe freigesetzt, doch niemand sprach von einer «Atomkatastrophe».

Im Reaktor eines Kernkraftwerks werden Atomkerne gespalten. Um Wärmeleistungen von mehreren Gigawatt in einem so kleinen Behälter zu erzeugen, sind gewaltige Flüsse von Neutronen notwendig. Die Neutronen entstehen überwiegend bei den Spaltungen und lösen weitere Spaltungen aus. Eine sich selbst erhaltende Kettenreaktion. Sie läuft so lange weiter, bis zu viel «Spaltstoff» verbraucht wurde. Der Brennstoff muss erneuert werden, d.h. die «abgebrannten Brennelemente» müssen durch frische ersetzt werden. Diese verbrauchten Brennelemente sind dann der sogenannte

«Atommüll». Wobei die Bezeichnung «Müll» hier eigentlich fehl am Platz ist, denn auch nach ihrer Betriebszeit enthalten die Stoffe noch jede Menge wertvolle Elemente und auch Energie. Eine dauerhafte Entsorgung ist der teuerste Weg und stellt obendrein noch eine Verschwendung von Ressourcen dar. Es besteht die Möglichkeit der Nachnutzung in Brutreaktoren, doch hierzu gleich mehr (siehe S.27 f.). Abgesehen davon existiert noch eine andere, nicht ganz praxisreife Möglichkeit der «Entschärfung»: die «Partitionierung und Transmutation».

„Volkswirtschaftlich bedeutet es einen enormen Schaden, gut funktionierende Kernkraftwerke abzuschalten, die weder durch Vogelschredderanlagen, also Windkraft, noch durch Subventionsgräber, also Solarzellen, ersetzbar sind. [...] Sichere Kernkraftwerke können weiterlaufen, und zwar nicht nur vierzig Jahre, wie Herr Röttgen [damals Umweltminister] willkürlich festlegt, sondern sechzig Jahre wie in den USA oder noch länger.»



Foto: Werner Schüring

Michael Fuchs, 2010 in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und dort zuständig für Wirtschaft und Energie
Quelle: welt.de, Röttgen löst mit Atomkraft-Kritik Empörung aus, 06.02.2010



Foto: Sandro Halank, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0

„Ich als Ingenieur bin sprachlos über so viel Unfug in der Debatte. Wollen wir tatsächlich die sichersten AKWs der Welt abschalten, um dann Strom aus weniger sicheren, ausländischen AKWs zu importieren? Mit den erneuerbaren Energien allein lässt sich ein Industrieland wie Deutschland nicht betreiben.»

Michael Kretschmer, ehemals stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, heute Ministerpräsident von Sachsen, 2010

Quelle: welt.de, Röttgen löst mit Atomkraft-Kritik Empörung aus, 06.02.2010

Ein Jahr später wurden die beiden Politiker mit der Fukushima-Hysterie wieder auf Linie gebracht. Die von Michael Fuchs bemängelten 40 Jahre Laufzeit wären ein Segen im Vergleich zum Ad-hoc-Ausstieg, der auf Geheiß Merkels vollzogen wird.

Abtrennen und Umwandeln

«Partitionierung und Transmutation» bezeichnet ein Verfahren, radioaktive Abfallstoffe aufzutrennen («partitionieren») und Teile dieser Abfallstoffe mittels Kernreaktoren gezielt umzuwandeln («transmutieren»). Der Diplom-Ingenieur Frank Hennig beschreibt das Verfahren: «Durch Neutronenbeschuss erfolgt bei der Transmutation eine Umwandlung in Elemente niedrigerer Halbwertszeit oder ohne Strahlung. Dadurch kann beispielsweise Plutonium in Cäsium 134 (zwei Jahre Halbwertszeit) und Ruthenium 104 (nicht radioaktiv) gewandelt werden. Zudem findet eine Volumenverringerung statt.»⁽⁵⁾

Wie die Natur selbst beweist, müssen gelagerte Spaltprodukte nicht zwingend gefährlich sein. Beispielsweise ergaben moderne Untersuchungen, dass im Gebiet des heutigen Gabun in Westafrika vor ca. 2 Milliarden Jahren ein unterirdischer, natürlicher Kernreaktor etwa 500'000 Jahre lang aktiv war, weil die Zusammensetzung von Uranvorkommen in Verbindung mit Wasser als Moderator zufällig eine anhaltende Kettenreaktion bewirkte. Nachdem

„«Ein Energiekonzept für Deutschland kann auf eine Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke nicht verzichten, wenn Klimaziele erreicht und Strom bezahlbar bleiben sollen.»

Hans Heinrich Driftmann, ehemaliger Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK)

Quelle: rp-online.de, Der Ruf nach längeren AKW-Laufzeiten, 03.04.2010



Foto: Thomas Kierok (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:H_h_driftmann_Quelle_DIHK_Thomas_Kierok.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>

dort die Kettenreaktion aufhörte, blieben die verbleibenden Reststoffe an Ort und Stelle und breiten sich weder durch das Grundwasser noch auf anderem Wege in die Umgebung aus.⁽⁶⁾

Nach heutigem Stand der Technik ist es möglich, sichere und verlässliche unterirdische Endlager zu errichten. Die Frage, warum es weltweit nicht schon mehr davon gibt, hängt auch mit einer anderen Einstellung zu diesem Thema in anderen Ländern zusammen. Endlager sind ein deutlicher Kostenfaktor und die längere oberirdische Lagerung wird in vielen Ländern als unproblematisch angesehen. Doch abgesehen davon besteht bei vielen auch noch eine abwartende Haltung, da

der begründete Verdacht besteht, die ansonsten endgültig eingelagerten Reststoffe könnten durch zukünftige Technologieentwicklung nochmals nutzbar gemacht oder aber zumindest deutlich preiswerter endgelagert werden. (as)

- 🌐 Quellen:
1. Frank Hennig, Klimadämmung: Vom Ausstieg zum Abstieg - Ein Plädoyer für mehr Vernunft in der Energiepolitik, 2021, S.160
 2. Ruprecht/Lüdecke, «Kernenergie», ISBN 978-3-940431-65-3, S.43
 3. M.G. Strauss; I.S. Sherman; R.H. Pehl, Measurement of radioactivity in mount st. helens volcanic ash by x/y ray spectrometry, 1981
 4. Seltene Erden - Die dunkle Seite der Hightech-Metalle, Fernsehfilm, Christian Schidlowski, 2014
 5. Frank Hennig, Klimadämmung: Vom Ausstieg zum Abstieg - Ein Plädoyer für mehr Vernunft in der Energiepolitik, 2021, S.160
 6. mta-r.de, Natürlicher Kernreaktor im heutigen Gabun/Westafrika, 11.12.2018

Neue Reaktortechnik: sicherer und effizienter

Der BN-800-Reaktor im russischen Belojarsk («Schneller Brüter»)

Mit solchen Anlagen lässt sich Atommüll aus deutschen Lagern verwerten.

Das Atommüllproblem wäre so langfristig lösbar.



Es ist vielsagend, dass die sogenannten Umweltschützer die Probleme, die sie bemängeln, wie es scheint, gar nicht gelöst sehen wollen. Schon in Ausgabe 44 sprachen wir an, dass die Ökobewegung in vielen Aspekten den Charakter eines Opferkultes aufweist, der jeden schmerzlosen Ausweg aus meist sowieso herbeifantasierten Problemen ablehnt. Das Leiden selbst scheint für die Aktivisten eine besondere Rolle zu spielen, so als wollten sie für etwas büßen.

Alle drei schweren Havarien hatten eines gemeinsam: Die betroffenen Reaktoren waren nicht inhärent sicher. Die Bauweise erlaubte es den Kernen zu überhitzen, weil die Hilfsenergie zur Nachkühlung nicht zur Verfügung stand. Beim Unglück in Tschernobyl begünstigte ausserdem noch brennbares Graphit die Eskalation. Die neuen und künftigen Reaktorgenerationen sind nun weit sicherer, und für die Abführung der Nachzerfallswärme nach einer Abschaltung ist keine Hilfsenergie mehr von Nöten. Das vermeidet die Zerstörung des Reaktors, inneren Überdruck im Containment (der Umhüllung) und die Kernschmelze.

Trotzdem basieren herkömmliche Druckwasserreaktoren im Allgemeinen auf einem veralteten, überteuerten Konzept. Zum einen wird für den Betrieb aufbereitetes Uran benötigt und zum anderen wird der Energiegehalt der Brennelemente nur zu fünf Prozent ausgenutzt. Nachteile, die bei natriumgekühlten Hochtemperatur-Brutreaktoren entfallen, die inzwischen im russischen Belojarsk betrieben werden.





«Schnelle Brüter»

In diesen Reaktoren kann nicht nur Uran, sondern auch Plutonium, Thorium und andere Transurane (Elemente mit höherer Protonenzahl als Uran) als Brennstoff genutzt werden. Diese hochradioaktiven und langlebigen Stoffe fallen beim Betrieb üblicher Kernreaktoren als Atommüll an und lassen sich dort nicht weiter verwerten. Allerdings enthalten diese Abfälle noch 95 Prozent der ursprünglich im Kernbrennstoff steckenden Energie, also fast alles. Schnelle Brutreaktoren wie der BN-800 im russischen Belojarsk sind in der Lage, diese Energie freizusetzen und Strom daraus zu gewinnen. Die bessere Brennstoffausnutzung führt zu viel weniger Reststoffen, die ausserdem erheblich geringere Halbwertszeiten aufweisen und somit viel schneller unschädlich werden. ⁽¹⁾ Gleichzeitig muss das Uran nicht aufbereitet werden, sodass aus dem Natururan hundertmal mehr Energie gewonnen werden kann als in herkömmlichen Reaktoren. Reststoffe, die am Ende dieses Prozesses anfallen, haben Halbwertszeiten von weniger als 100 Jahren. Auch lassen sich die Reststoffe der Brennstäbe aus konventionellen Reaktoren als Rohstoff für diese «Brüter» verwenden – sogar waffenfähiges Plutonium kann mit ihnen entsorgt werden. Bereits die bisher in konventionellen Reaktoren angefallenen Reststoffe



Foto: Photo courtesy of NVP (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Schmidt_01.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

„«Ich finde es erstaunlich, dass unter allen grossen Industriestaaten der Welt – von den USA bis China, Japan und Russland – die Deutschen die Einzigen sind, die glauben, sie könnten ohne Kernkraft auskommen. Wir haben praktisch unseren Kohlebergbau aufgegeben, wir haben so gut wie kein Öl in unserem Boden, auch nicht vor unseren Küsten. Deshalb liegt es nahe, dass Deutschland einen Teil seiner Energie aus Kernkraft bezieht.»

Helmut Schmidt, ehemaliger deutscher Bundeskanzler, 2008

Quelle: zeit.de, Helmut Schmidt für Atomkraft, 16.09.2008

würden ausreichen, um mit «Schnellen Brütern» mehrere hundert Jahre lang Strom zu produzieren. Das Atommüllproblem wäre innerhalb der nächsten Jahrzehnte mit Hilfe der neuen Reaktorgeneration zu lösen.

Abgebrannte Stäbe könnten auch und gerade für Deutschland bereits jetzt zu einem lukrativen Exportgut werden, allerdings bräuchte es dafür vorher eine Änderung der Gesetzeslage, denn dieser Export ist bislang untersagt. Die Anti-Atom-Lobby ist aber an keiner simplen Lösung für den «Atommüll» interessiert und setzt alles daran, die Kosten und den Aufwand für die Endlagerung hochzutreiben. All diese Kosten tragen dann letztlich dazu bei, dass gesagt werden kann, Atomkraft sei teuer, wodurch die Hürde für einen even-

tuellen Wiedereinstieg noch höher zu liegen kommt, als sie das ohnehin schon tut. Frank Hennig ist sicher: «Zur Stromerzeugung werden sich künftig gasgekühlte Hochtemperaturreaktoren besser eignen, die wie der Brüter hohe Dampftemperaturen und damit höhere Wirkungsgrade der nachgeschalteten Wasser-Dampf-Kreisläufe ermöglichen. In internationaler Zusammenarbeit wird diese Reaktortechnologie weiterentwickelt und zukünftig die herkömmlichen Druckwasser- beziehungsweise Leichtwasserreaktoren ablösen.» ⁽²⁾ (as)



Quellen:

1. nuklearia.de, Strom aus Atommüll: Schneller Reaktor BN-800 im kommerziellen Leistungsbetrieb, 12.09.2016
2. Frank Hennig, Klimadämmerung: Vom Ausstieg zum Abstieg - Ein Plädoyer für mehr Vernunft in der Energiepolitik, 2021, S.157

Wir werden euch nicht vermissen!

18. Mai 2020

„«Wir vernichten Werte in noch nie gekannter Milliardenhöhe ohne Krieg.»

Der Diplom-Ingenieur Michael Limburg über die Energiewende
Quelle: youtube.com, Junge Freiheit, Mythos Energiewende

„«Deutschland setzt auf Wind. Dass damit die grösste Naturzerstörung in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg verbunden ist, ahnen mittlerweile viele.»

Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, ehemaliger Umweltsenator in Hamburg
Quelle: Frank Hennig, Klimadämmerung: Vom Ausstieg zum Abstieg - Ein Plädoyer für mehr Vernunft in der Energiepolitik, 2021, S.8-9



Sprengung der Kühltürme des KKW-Phillipsburg in Baden-Württemberg am 14.05.2020. Ein Bild von grosser Symbolkraft: Kein feindlicher Pilot muss eine Bombe schmeissen, Deutschland deindustrialisiert sich von ganz alleine.

„«Mit dieser Energiewende kommen wir nicht weit. Wir wollen einerseits aus den fossilen Energien raus, aber auch aus der Atomenergie. Was bleibt dann noch? Fast nur der Zufallsstrom aus Wind und Sonne. [...] Die einzige Hoffnung der Menschheit war die Atomkraft, und jetzt ist Deutschland auf dem grossen Irrweg. Es macht sich schuldig an zukünftigen Generationen und ist ein schlechtes Beispiel für andere Länder.»

Professor Hans-Werner Sinn, Wirtschaftswissenschaftler und von 1999 bis 2016 Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung
Quelle: manager-magazin.de, «Die einzige Hoffnung der Menschheit war die Atomkraft», 05.02.2014



EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Bis Ende 2022 sollen die letzten drei noch laufenden Atomkraftwerke Deutschlands abgestellt werden. An dieser Entscheidung hält die Ampel-Koalition bis heute unbelehrbar fest. Der grosse Rest der Welt schüttelt angesichts des hastigen Total-Ausstiegs Deutschlands mit dem Kopf, setzt weiterhin auf Kernkraft – und zwar zurecht. Deutschland geht den Panikweg allein und verzichtet damit auf eine Energieform, die Souveränität verspricht und gleichzeitig sogar «Klimaschützer» zufriedenstellen müsste. Beispielsweise Greta Thunberg, UNO und EU machten der Atomkraft Zugeständnisse. Wenn sogar Organisationen und Persönlichkeiten, die das Narrativ einer drohenden Klimakatastrophe vorantreiben, ein vorläufiges Setzen auf Kernkraft empfehlen, dann müsste die deutsche Staatsführung mindestens einmal darüber nachdenken, ob man beim Ausstieg nicht einen Gang zurückschalten sollte.

China, Russland, Japan, Frankreich und auch sonnenverwöhnte Länder wie z.B. Saudi-Arabien, die Türkei und afrikanische Staaten nutzen die Kernkraft weiter oder bauen sie aus. Es ist kein Zufall, dass allen voran Russland und China bei dieser nuklearen Expansion federführend sind, wenn man die geostrategischen Pläne der beiden Länder berücksichtigt.

Deutschlands Ausstieg ist besonders bitter, da die deutsche Kernkraftwerks-Branche über Jahrzehnte auf dem Weltmarkt mit führend war. Im Hinblick auf Sicherheit und Produktivität zählten die deutschen Kernkraftwerke (KKWs) stets zu den besten. Anlagen, die den deutschen Sicherheitsansprüchen nie genügten, sind bis heute in einigen Ländern Mitteleuropas und Russland im Einsatz. Allerdings werden auch technische Fortentwicklungen aus Deutschland wie Brutreaktoren heute in Russland betrieben.

Bisher gab es in der inzwischen recht langen Geschichte der Kernkraft nicht mehr als drei grosse Havarien. Über diese wurde allerdings so umfassend berichtet, dass sie eine feste Rolle in den Köpfen der Allgemeinheit spielen. Der erste der drei Unfälle ereignete sich am 28. März 1979 im KKW Three Mile Islands bei Harrisburg an der US-Ostküste. Ein eindeutiger gesundheitlicher Schaden für die Anwohner konnte damals nicht bewiesen werden.

Die zweite Havarie, die eine ganze Generation traumatisierte, geschah am 26. April 1986 in Tschernobyl in der damals noch sowjetischen Ukraine. Gesicherte Informationen über das Ausmass der Katastrophe sind schwer zu erlangen, da es in der Natur eines totalitären Staates wie der Sowjetunion liegt, diese zu verheimlichen oder zu verschleiern. Trotzdem steht heute fest, dass im Zuge der medialen Hysterie rund um das Ereignis bezüglich Strahlungspegel und Erkrankungen der Anwohner masslos übertrieben wurde. Ebenso typisch für die UdSSR wie die rigide Informationskontrolle war auch der technisch schlechte Zustand der Anlage, zu dem sich ein Versuchsleiter gesellte, der seinem Politbüro um jeden Preis eine Erfolgsmeldung bescheren wollte und der dafür in fahrlässiger Leichtsinnigkeit jeden Sicherheitsstandard ignorierte. Anstatt die Gründe für den vermeintlichen «Super-GAU» im durch und durch dysfunktionalen kommunistischen System zu suchen, wurden die sicheren Atomreaktoren im Westen zu tickenden Zeitbomben erklärt.

Kraftwerkshavarie Nummer drei ereignete sich am 11. März 2011 in Japan im Kernkraftwerk Fukushima-Daiichi. Es war dies

die Katastrophe, welche die Ad-hoc-Entscheidung der deutschen Bundeskanzlerin zum Atomausstieg markierte. Eine Entscheidung, die in Anbetracht der Faktenlage als völlig irrational gewertet werden muss. Bis heute sind Millionen Menschen davon überzeugt, das Unglück von Fukushima hätte tausende von Strahlenopfern zur Folge gehabt und das KKW sei, einer Atom-bombe gleich, explodiert. Dabei war es eindeutig nicht die Reaktorkatastrophe, sondern ein Tsunami, der für den Tod von mindestens 16'000 Menschen verantwortlich war. Ob überhaupt ein einziger Todesfall im Zusammenhang mit radioaktiver Strahlung vorliegt, ist fraglich.

Schuld an diesem Falscheindruck war allen voran die deutsche Medienlandschaft, welche die Todesursachen der Opfer miteinander vermischte. Auch Politiker tätigten Aussagen an der Grenze zur Lüge, indem sie Kernschmelzen und Tsunami-Katastrophe nicht klar voneinander abgrenzten, wodurch leicht der Eindruck entstehen konnte, ohne das dortige KKW seien die meisten der 16'000 Opfer noch am Leben. Der Nachrichten-Konsument, der unkritisch aufsaugte, was ihm seine «Leitmedien» präsentierten, konnte zu keinem anderen Schluss gelangen als zu dem, dass man aus der Atomkraft schleunigst und um jeden Preis auszusteigen hat. Infolge von Fukushima wurde die endgültige Stilllegung der KKWs in Deutschland terminlich per Gesetz fixiert. Vor dem Hintergrund, dass in Japan selbst die meisten der 2011 abgeschalteten Reaktoren längst wieder Strom produzieren, wird deutlich, wie überzogen die Reaktion Deutschlands war und ist.

Überzogen ist auch der Umgang Deutschlands mit dem Thema «Atommüll» und dessen Endlagerung. Dabei handelt es sich keinesfalls um unlösbare Probleme, und die von der radioaktiven Strahlung ausgehende Gefahr ist sowieso geringer, als dies von Medien und Politik vermittelt wird. Es existieren Verfahren, mit denen radioaktive Abfallstoffe «unschädlicher» gemacht werden können. Sie können umgewandelt werden in Elemente niedrigerer Halbwertszeit oder ohne Strahlung. Die neueren Brutreaktoren, die z.B. im russischen Belojarsk betrieben werden und von denen Deutschland keinen einzigen hat, produzieren weniger Reststoffe, gewinnen hundertmal mehr Energie aus dem Natururan, das nicht einmal aufbereitet werden muss, und auch die Reststoffe der Brennstäbe aus konventionellen Reaktoren, die noch bis Ende 2022 in Deutschland laufen, lassen sich als Rohstoffe für diese «Brüter» nutzen. Selbst wenn Deutschland die veraltete Druckwasser- beziehungsweise Leichtwassertechnologie wieder vermehrt nutzen und nicht auf «Schnelle Brüter» setzen würde, könnte das Land die abgebrannten Stäbe zu einem lukrativen Exportgut machen. Das «Atommüllproblem» wäre also innerhalb der nächsten Jahrzehnte mit Hilfe von Brutreaktoren zu lösen.

An diesem Punkt muss allerdings festgestellt werden, dass simple, effiziente und sogar umweltschonende Lösungen für das Problem der Energie-Abhängigkeit überhaupt nicht erwünscht scheinen, sondern im Gegenteil regelrecht bekämpft werden. Die Schlussfolgerung drängt sich auf, dass doch mehr als Inkompetenz und Kurzsichtigkeit hinter dem Ist-Zustand des «Hängens am russischen Gastropf» steckt, der uns im nächsten Teil der Ausgabe beschäftigen soll.

► Fortsetzung auf Seite 36



Auf einen Blick

- ▶ Deutschland kann in der jetzigen Situation nicht auf russisches Gas verzichten, ohne in eine gewaltige Krise zu stürzen.
- ▶ Wladimir Putin sitzt am längeren Hebel und kann Deutschland mit seiner «Energiewaffe» erpressen.

- ▶ In den letzten Jahrzehnten wurde von der deutschen Politik alles getan, um Putin diese «Energiewaffe» in die Hände zu legen. Es wäre naiv zu glauben, hinter diesen «Fehlentscheidungen» stecke keine böswillige Methode.

Die BRD am russischen Gastropf

Deutschland steckt in einer gewaltigen Energiekrise, die sich immer weiter zu verschärfen droht. Einerseits wird bereits seit Herbst 2021 vehement vor Blackouts gewarnt, andererseits sehen wir uns in einer neuen Phase des Konflikts zwischen dem Westen und Russland, derzeit militärisch ausgetragen in der Ukraine, durch den die Sprit- und allgemeinen Energiepreise in die Höhe schiessen. Keine Überraschung für jeden, der das Abhängigkeitsverhältnis und die Abgründe der irrsinnigen Energiewende (Ausgabe 47) kennt.

Vor Beginn des Ukraine-Kriegs lag der Anteil der russischen Gasimporte am inländischen Gasverbrauch Deutschlands zwischen 55 und 57% ⁽¹⁾, auch die Hälfte der Kohle und 35% des Rohöls wurden aus Russland importiert. ⁽²⁾ Während die ebenso beträchtlichen Öl- und Kohle-Importe aus Russland zu grossen Teilen durch Alternativen aus anderen Ländern ersetzt werden können, kann die seit Jahrzehnten gefestigte und gewachsene Abhängigkeit von russischem Erdgas nicht kurzfristig überwunden werden. Die russischen Pipelines versorgen Deutschland weiterhin mit dem für das Heizen und die Industrie-



produktion unverzichtbaren Gas. Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, ehemaliger Umweltsenator in Hamburg, schreibt in einem Bericht aus dem April 2022, dass der Ausstieg aus Kohle und Kernenergie weitere Gasmengen in der Höhe des gesamten LNG-Aufkommens Katars erfordern würde. ⁽³⁾ Seit 1975 hat sich der Erdgas-Import Deutschlands versechsfacht, seit der Inbetriebnahme von Nord Stream 1 fast verdoppelt. ⁽⁴⁾

Instrument der Aussenpolitik

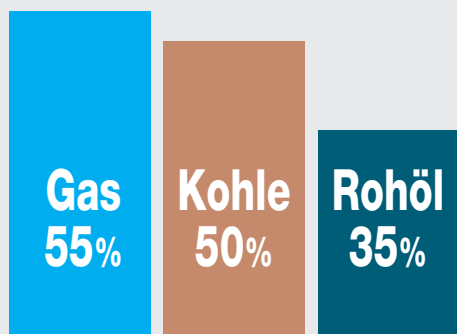
Das Zustandekommen dieser Abhängigkeit ist kein Zufall. Russland weiss um seinen Ressourcenvorteil und versteht es auch, diesen als Druckmittel einzusetzen. 2009 sagte Russlands Präsident Wladimir Putin: «Russland verfügt über grosse Energie- und Mineralressourcen, die als Grundlage für die Entwicklung seiner Wirtschaft und als Instrument zur Umsetzung seiner Innen- und Aussenpolitik dienen. Die Rolle des Landes auf den internationalen Energiemärkten bestimmt in vielerlei Hinsicht seinen geopolitischen Einfluss.» ⁽⁵⁾

Das heisst, etwas klarer ausgedrückt, die Energievorkommen Russlands werden von Putin als Waffe im imperialen Kampf um geopolitische Vormachtstellung verstanden,

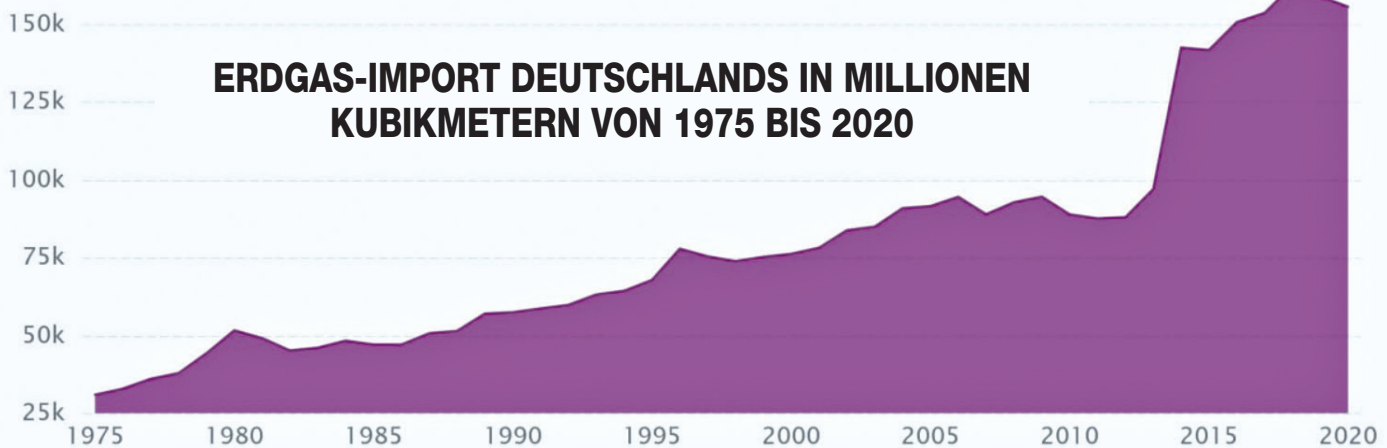
mit der man andere Staaten unter Druck setzen kann. Überspitzt könnte man die Drohung mit der Zurückhaltung von Öl- und Gaslieferungen ein Instrument zur Kooperations-Erpressung verstehen, ähnlich der atomaren Erpressung während des Kalten Krieges. In der Vergangenheit kam diese «Energiewaffe» auch schon des Öfteren zum Einsatz. In einem Bericht, der 2017 vom «Baker Institute» veröffentlicht wurde, identifiziert der Autor mindestens 15 verschiedene Fälle, in denen Russland innerhalb von 25 Jahren versuchte, durch gezielte Manipulation von Energiepreisen oder durch die Manipulation von physischen Rohstoffmengen Druck auf fremde Länder auszuüben – sehr oft im Zuge politischer Spannungen. In der Studie wird darüber hinaus angemerkt, dass die tatsächliche Anzahl solch politisch motivierter Eingriffe in das Energiegeschäft sehr wahrscheinlich um ein Wesentliches höher liegt als die genannte Zahl von 15, da kleinere Unterbrechungen nicht immer gemeldet, sondern stattdessen als «kommerzielle» oder «technische Schwierigkeiten» abgetan werden, auch wenn viele von ihnen politische Untertöne haben. ⁽⁶⁾

Um ein konkretes Beispiel für die Anwendung der russischen «Energiewaffe» zu nennen, sei das hier nun folgende angeführt: Am 01.01.2006 drehte der russische

Importabhängigkeit Deutschlands von russischen Energie-Rohstoffen vor dem Ukraine-Krieg



Quelle: tagesspiegel.de, So will Habeck Deutschland unabhängiger machen von Russland, 24.02.2022



Seit 1975 hat sich der Erdgas-Import Deutschlands versechsfacht, seit der Inbetriebnahme von Nord Stream 1 (2011) fast verdoppelt.

Quelle: ceicdata.com, Deutschland Erdgas: Importe/Organization of the Petroleum Exporting Countries

Energie-Gigant Gazprom der Ukraine den Gashahn zu. Diese Entscheidung traf die Ukrainer hart: Die Behörden konnten nur noch 14 Grad in Wohnungen, Schulen und Kindergärten garantieren. Hätten sich Moskau und Kiew nicht nach 72 frostigen Winterstunden geeinigt, wäre die Situation für viele Ukrainer lebensgefährlich geworden. Russland hob den Gas-Stopp auf, nachdem die Ukraine kapitulierte und die von Putin geforderte Preiserhöhung akzeptierte. Das Verhalten Russlands war allerdings ein Vertragsbruch, wie Putins Ex-Berater Illarionow beteuerte: «Russland nutzt Gas als politische Waffe. In einem Abkommen aus dem Jahr 2004 sicherte Moskau Kiew nicht nur günstige Marktpreise bis 2009 zu, sondern garantierte auch, den Bedarf der Ukraine voll zu decken. Dieser Vertrag lag mir im Kreml vor. Eine einseitige Ausstiegsklausel ist darin nicht enthalten.»⁽⁷⁾

Eine folgenschwere Drohung

Nach den Geschehnissen aus dem Winter 2006 bemühte sich die Ukraine darum, weit weniger abhängig von russischen Ener-

gie-Importen zu werden. Und im Grunde hätte Europa es ihr gleichtun müssen, denn eigentlich hätte der Vertragsbruch Russlands gegenüber der Ukraine schon damals auch die hiesige Politik hellhörig machen sollen. Das erpresserische Verhalten Putins hätte als Warnung ausreichen müssen, um andere Wege bei der Energie-Versorgung einzuschlagen. Doch diese Wende blieb in Europa und speziell in Deutschland aus. Hier versuchte man weiterhin fleissig, aber völlig ohne Aussicht auf Erfolg, auf die «Erneuerbaren» zu setzen. Dieser jahrelang verfolgte Irrsinnkurs machte es möglich, dass sich Russland weiterhin auf seine Energiewaffe verlassen konnte.

Zeuge davon wurden wir z.B. letztes Jahr, als der russische Staatskonzern Gazprom den Gasexport in die EU drastisch reduzierte und den Gaspreis um sagenhafte 400% ansteigen liess. Niemand Geringeres als Putin-Sprecher Dmitri Peskow erklärte im September: «Natürlich wird die schnellstmögliche Inbetriebnahme von Nord Stream 2 die Erdgaspreise in Europa im Wesentlichen ausgleichen.» Womit er Deutschland vor die eilige Wahl stellte: Entweder eine Inbetriebnahme der Pipeline

Nord Stream 2 oder der Preis für Gas würde nicht fallen, sondern vielleicht sogar ansteigen.⁽⁸⁾ Und auch im Zuge des aktuell noch immer tobenden Ukraine-Kriegs übte Moskau mittels seiner Energiewaffe Druck auf den Westen aus. Anfang März 2022 nahm Putin den Umweg über seinen Vizeregierungschef Alexander Nowak, um mit der Abschaltung der Pipeline Nord Stream 1 zu drohen, die heute noch maximal ausgelastet ist, um Europa mit Gas zu versorgen.⁽⁹⁾

Eskalation durch Sanktionen

Es geht hier nicht darum zu argumentieren, das aktuelle Währungs- und Welthandelssystem sei gerecht oder die Sanktionen gegen russische Unternehmen und Privatpersonen seien fair und ausgewogen gewesen, geschweige denn ein probates Mittel, um der Situation Herr zu werden. Vielmehr erscheint es so, als würden die deutschen Entscheidungsträger ihr Land gezielt in die Krise manövrieren, die Russland geopolitisch in die Karten spielt. Lässt man sich nicht von der Rhetorik blenden, dann ziehen die regierenden Parteien seit Jahrzehnten mit Putin an einem Strang, um Deutschland in die Abhängigkeit zu manövrieren. Die deutsche Politik hat sich selbst darum gekümmert, Putin die Energiewaffe in die Hand zu legen. Allen voran stellte der Ex-Kanzler Gerhard Schröder die Weichen für die bedrohliche Situation, in der wir uns heute befinden. Bereits seit vielen Jahren verbindet Schröder und Putin eine enge «Freundschaft». Es war Schröder, der kurz vor seiner Abdankung als Kanzler den Bau von Nord Stream 1 (Ostsee-Gas-Pipeline von Russland nach Deutschland) absegnete und in trockene Tücher brachte. In den Medien wird Schröder als «Putins wichtigster Lobbyist» bezeichnet und das nicht ohne Grund.



„[Ein Importstopp oder ein längerfristiger Ausfall von Gas- und Öllieferungen aus Russland] könnte die deutsche Volkswirtschaft in ihre schwerste Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs bringen. [...] Wollen wir sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören? Das, was wir über Jahrzehnte hinweg aufgebaut haben? Ich glaube, ein solches Experiment wäre unverantwortlich.“

Martin Brudermüller, Chef des Chemiekonzerns BASF im Gespräch mit der «Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung»

Quelle: handelsblatt.com, BASF-Chef Brudermüller hält Gasverzicht aus Russland erst in vier bis fünf Jahren für möglich, 01.04.2022





➔ Nach dem Ende seiner politischen Karriere war Schröder als Anwalt und Wirtschaftslobbyist tätig – vor allem in Russland. Nach seinen sieben Jahren Amtszeit nahm er einen Posten beim russischen Staatskonzern Gazprom an, dem 51% von Nord Stream 1 gehört. Mittlerweile ist der SPD-Politiker auch Vorsitzender des Aktionärsausschusses von Nord Stream 2. 2017 hießte Putin seinen Freund in die Führung eines weiteren russischen Energieriesen: Rosneft. Trotz der Tatsache, dass der Konzern schon damals auf der EU-Sanktionsliste wegen Russlands Übergriffen auf die Ukraine stand, hatte Schröder kein Problem damit, sich auch dort in den Aufsichtsrat zu setzen. ⁽¹⁰⁾

Auch Angela Merkel, die Nord Stream 1 Ende 2011 einweihte, änderte nichts an dem Kurs, der von Schröder eingeschlagen worden war. Sowohl der Kohle- als auch der Atomausstieg wurden unter der Merkel-Regierung beschlossen, und auch die Fracking-Technologie, die Deutschland in absehbarer Zeit aus dem Würgegriff des Kremls befreien könnte, wurde während der Kanzlerschaft Merkels für unzulässig erklärt. ⁽¹¹⁾ Damit ist die CDU auch nicht in der Position, den Grünen, der SPD oder Altkanzler Schröder Vorwürfe zu machen. Sie ist mitverantwortlich für das vorherrschende Energie-Fiasko. Spätestens an dieser Stelle müsste man sich fragen: Für wen arbeiten «unsere» Politiker wirklich?

Offiziell betrachtet die deutsche Politik das russische Gas nur als eine Art von Zwischenlösung, mit dem sie temporär das schwankende Aufkommen von Wind- und Sonnenenergie ausgleichen will, bis Deutschland irgendwann vollständig auf Ökostrom umgestellt haben wird. Wie wir in Ausgabe 47 herausgearbeitet haben, wird dieser Zeitpunkt aber niemals kommen, da Wind- und Sonnenenergie ihrer Natur nach schwankende Energielieferanten sind. Aus diesem Grund wird die Energiewende scheitern und die vermeintlich temporäre Abhängigkeit ist schon längst zu einer dauerhaften geworden. (tk/as)

Quellen:

1. de.statista.com, 24.02.2022
2. tagesspiegel.de, So will Habeck Deutschland unabhängiger machen von Russland, 24.02.2022
3. eike-klima-energie.eu, Die gescheiterte Energiewende und die unverzichtbaren russischen Gaslieferungen, 11.04.2022
4. ceicdata.com, Deutschland Erdgas: Importe, abgerufen am: 01.06.2022
5. jamestown.org, LNG - Russia's New Energy Blackmail Tool, 22.04.2009
6. bakerinstitute.org, Russia's Use of the «Energy Weapon» in Europe, 18.07.2017
7. Boris Reitschuster: Putins Demokratie - Ein Machtmensch und sein System, Berlin, Econ, 2014, Dritte Auflage, S.18
8. tass.com, Nord Stream 2 launch to balance gas price parameters in Europe, says Kremlin, 15.09.2021
9. rusemb.org.uk, Statement by Deputy Prime Minister of the Russian Federation Alexander Novak March 07, 2022
10. mdr.de, Ziemlich beste Freunde: Schröder und Putin, 16.03.2022
11. bundesregierung.de, Regelungspaket in Kraft getreten: Kein Fracking in Deutschland, 13.02.2017

Regelungspaket in Kraft getreten



Die Bundesregierung

Kein Fracking in Deutschland

Kommerzielles Fracking zur Förderung von Schiefergas bleibt unzulässig. Erlaubt sind vier Probebohrungen zu wissenschaftlichen Zwecken, um Folgen für die Natur abschätzen zu können. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen dazu sind nun vollständig in Kraft getreten.

Auf der Webseite der deutschen Bundesregierung am 13. Februar 2017

Es ist kein Geheimnis, dass Russland gegen Fracking im Westen mittels einer gross angelegten Desinformationskampagne zu Felde zog. Fracking im Westen war Putin ein Dorn im Auge, da es eine heimisch förderbare, sichere, günstige und relativ saubere Energiequelle darstellt, und vor allem zu einem führen könnte: dem Ende des russischen Gas-Monopols. Das Quasi-Fracking-Verbot unter der Merkel-Regierung spielte Putin demnach voll in die Karten. Es braucht eine gehörige Portion Naivität, um zu glauben, hinter all diesen «Fehlentscheidungen» stecke lediglich Stümperhaftigkeit und nicht böswillige Methode. Mit Angela Merkels Rolle in der kommunistischen Langfristplanung setzen wir uns in den Ausgaben 23 und 42 auseinander.



Abhängigkeit von Russlands Gas

Söder will Fracking "ergebnisoffen prüfen"

zdf.de, 10.04.2022

ENERGIEKRISE



Habeck lehnt Söders Fracking-Vorstoß ab

mdr.de, 11.04.2022

Es ist vielsagend, dass die deutsche Politik die Abhängigkeit von Putins Gaslieferungen einhellig moniert, doch wirklich alles dafür tut, diese Gas-Abhängigkeit beizubehalten. Markus Söders Vorschlag, Fracking als Methode zur Gasgewinnung im Inland einzusetzen, wurde nur einen Tag später von «Wirtschaftsminister» Robert Habeck abgewürgt. Absurd ist das vor allem darum, weil Gas weit weniger CO2-intensiv sein soll als z.B. Kohle und deshalb jahrelang als moderate Zwischenlösung auf dem Weg zur «erneuerbaren» Energieversorgung angepriesen wurde. Selbst in der irrigen Logik der Energiewende spricht nichts dagegen, die Zwischenzeit bis zum erfolgreichen Abschluss des Projekts mit Gas aus dem Inland zu überbrücken und so CO2 einzusparen. Hinzu kommt noch, dass Robert Habeck Ende Februar zumindest ankündigte, dass Kohlekraftwerke den bisherigen Anteil des Gases an der Stromproduktion übernehmen würden. Das Erdgas solle besser für das Auffüllen der Gasspeicher verwendet werden, welche extrem niedrige Füllstände aufweisen. Das bedeutet - mal wieder, siehe Ausgabe 47 - mehr CO2-Ausstoss beim Kampf gegen das vermeintlich bitterböse Spurengas CO2.

Statt CO2-sparend auf Erdgas aus Deutschland zu setzen, setzt man auf russisches Gas, das mit hohem Energieaufwand nach Deutschland transportiert werden muss, wodurch beträchtlich mehr «Treibhausgase» ausgestossen werden (siehe S.12). Wie ist das zu erklären, wenn nicht mit bewusster Sabotage auf den höchsten Ebenen?

Dmitri Medwedew, stellvertretender Leiter des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, droht am 22.02.2022 auf Twitter: «Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz hat angeordnet, das Verfahren zur Zertifizierung der Nord-Stream-2-Gaspipeline zu stoppen. Nun ja. Willkommen in der schönen neuen Welt, in der die Europäer schon bald 2000 Euro für 1000 Kubikmeter Erdgas bezahlen werden!»



Dmitry Medvedev

@MedvedevRussiaE

Russia government official

German Chancellor Olaf Scholz has issued an order to halt the process of certifying the Nord Stream 2 gas pipeline. Well. Welcome to the brave new world where Europeans are very soon going to pay €2.000 for 1.000 cubic meters of natural gas!

ÖSTERREICH GEGEN GAS-EMBARGO

„Die EU muss auf Fracking setzen“

faz.net, 05.05.2022

Im Interview mit der FAZ sagte die österreichische Wirtschaftsministerin, die für Fracking plädiert: «Im Moment geht Versorgungssicherheit vor Klimaschutz.» Dem kann man nur zustimmen, trotzdem sollte man nicht vergessen, dass die Dame zu der politischen Kaste gehört, die das Desaster erst möglich gemacht hat.

Dr. Margarete Schramböck, österreichische Wirtschaftsministerin

Foto: Franz Johann Morgenbesser from Vienna, Austria ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2015_Margarete_Schramb%C3%B6ck_\(17126313616\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2015_Margarete_Schramb%C3%B6ck_(17126313616).jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>



Keine Spur von einer Energiewende in Russland

Vollmundig verkündete Wladimir Putin 2021 zur Eröffnung eines Energieforums in Moskau, dass Russland in den kommenden 40 Jahren die sogenannte Kohlendioxid-Neutralität anstrebe. Seine Regierung habe als «konkretes Ziel» festgelegt, die Neutralität bis «spätestens» 2060 zu erreichen.⁽¹⁾ Ein Versprechen, das wenig mehr Wert ist als ein Lippenbekenntnis, denn dass Putin einen «klimaverträglichen» Kurs nach deutschem Vorbild einschlagen wird, scheint absolut ausgeschlossen. Nur wenige Jahre vorher machte er am 28. September 2014 bei der Eröffnung eines Solarkraftwerks deutlich, dass die «fossilen Brennstoffe auch in Zukunft noch die gleiche Bedeutung wie heute» haben würden und dass die Entwicklung der Atomenergie-wirtschaft weiter einen hohen Stellenwert in Russland einnehme. «Doch für schwer zugängliche Regionen ist die Nutzung alternativer Energieformen, vor allem der erneuerbaren Energiequellen, eine ausserordentlich wichtige Entwicklungsrichtung der Energiewirtschaft», meinte Putin in Bezug auf das Solarkraftwerk, welches er gerade eröffnete.⁽²⁾

Offiziell spielt Putin zwar bei der Klima-Pose rund um Erderwärmung und «Erneuerbare Energien» mit, doch ergreift er in Wahrheit kaum Massnahmen, um eine Klimapolitik nach dem Modell der westlichen Staaten umzu-

setzen. Damals schrieb der Energie-Anbieter «Next-Kraftwerke» auf seiner Webseite: «Russland ist im Bereich der Erneuerbaren Energien Schlusslicht der G20-Gruppe. Das Ausbauziel bis 2020, das unter dem ehemaligen russischen Präsidenten Medwedew noch 4,5% betrug, wurde mittlerweile auf nunmehr 2% heruntergesetzt. In Deutschland werden im selben Zeitraum 50% angepeilt.»⁽³⁾

Nur 0,1% aus Erneuerbaren

Die Zahlen aus dem Artikel bezogen sich auf das Jahr 2015. Heute hat sich am damaligen Status Quo nichts geändert und nicht mal die angegebenen Mini-Ziele sind erfüllt. Aktuell machen «Erneuerbare Energien» gerade einmal 0,1 Prozent des Primärenergieverbrauchs Russlands aus. Die Ökonomin Tatiana Lashina von der NGO «Goal Number Seven» in Moskau kommt zu dem Schluss, dass die russische Regierung weiterhin trotz mündlicher Zusagen so gut wie keinen Finger rührt, um die «Erneuerbaren» zu fördern.⁽⁴⁾ Genau wie schon 2014, als Putin das Solarkraftwerk einweihte, werden zwar propagandistische Signale in den Westen gesendet, die suggerieren, man nehme an der Energiewende teil, sieht man jedoch genauer hin, wird klar, dass den Worten keine Taten folgen. Auf den ersten Blick mag dieses Vorgehen sogar lo-

benswert erscheinen, da Putin so eine sichere Energieversorgung im Inland gewährleistet. Spätestens seit seiner Invasion der Ukraine muss aber auch oberflächlichen Betrachtern klar sein, dass Putin keine guten Absichten verfolgt und ihm sowohl das Wohlergehen anderer Völker als auch das des eigenen Volkes völlig egal ist.

Eine prekäre Situation

Während die Energiewende in Deutschland zur grössten politischen Aufgabe des 21. Jahrhunderts erklärt wird, ist sie in der russischen Politik nicht mehr als eine unbedeutende Randerscheinung. Das wird dazu führen, dass Russland in den nächsten Jahrzehnten in seiner Energieversorgung autark bleiben wird, während die «Erneuerbaren Energien» die BRD in eine tiefe Krise stürzen werden. Die Nachfrage nach russischem Gas wird zu- und nicht abnehmen, je mehr Atomkraft- und Kohlekraftwerke in Deutschland ausgeschaltet werden. Russland könnte schon heute Europa den Gashahn abdrehen und verheerende Zustände herbeiführen. Die Klimapolitik der letzten Jahre zerstört den Westen und weitet Russlands geopolitische Macht aus. Die geplante Ausschaltung aller Atomkraftwerke bis 2022 könnte Deutschland den endgültigen Ener-





ROSATOM

Rosatom ist ein seit 2007 bestehendes russisches Staatsunternehmen mit Hauptsitz in Moskau. Der Gründer: Wladimir Putin. Die 270'000 Mitarbeiter (in etwa die Mitarbeiterzahl von Siemens) kümmern sich um den Aufbau von neuen Kernkraftwerken auf der ganzen Welt. Eine imposante Unternehmung, fernab westlicher Medienaufmerksamkeit.

→ gie-Knockout verpassen. In Russland werden währenddessen 27 neue Atomkraftwerke gebaut, weshalb die WirtschaftsWoche schon 2013 zurecht von einer «Atomrenaissance im Osten» sprach.⁽⁵⁾ Der russische Staatskonzern «Rosatom» ist der grösste Produzent von Kernkraftwerken weltweit, der nicht nur in Russland selbst, sondern über die ganze Welt verteilt neue KKW's baut – u.a. in der Türkei, Bangladesch, China, Weissrussland, Indien oder Ägypten.⁽⁶⁾

Russland wird bei fortlaufender Entwicklung in naher Zukunft vor überschüssiger Energie nur so strotzen und das von der Energiewende gebeutelte Deutschland wird kaum eine andere Wahl haben, als weiterhin russische Rohstoffe zu importieren. Die «Öko-Politik» der etablierten deutschen Parteien führt in der Realität dazu, dass die Öl-, Gas- und Atomkraftwerke einfach in anderen Ländern gebaut werden. Das wird den Wählern und Zeitungslesern aber schlicht unterschlagen. Hans-Werner Sinn, der Chef des deutschen ifo-Instituts und damit einer der wichtigsten Wirtschaftsexperten Deutschlands, stellte 2014 in einem Gastbeitrag für die WirtschaftsWoche heraus, dass die Energiewende Deutschlands Abhängigkeit von russischer Energie weiter erhöhen würde: «Wenn wir wie geplant unsere noch laufenden Atomkraftwerke abschalten und voll auf den Wind- und Sonnenstrom setzen, wird sich die Abhängigkeit von Russland weiter erhöhen – und die Versorgungssicherheit verringern.»⁽⁷⁾ Acht Jahre später besteht kein Zweifel mehr, dass Sinns Prognose akkurat war. (tk/as)

Quellen:

1. tagesschau.de, Bis 2060: Russland strebt CO2-Neutralität an, 13.10.2021
2. Russische Energiewende: Solarstrom aus Sibirien, Russia beyond the Headlines, 28.09.2014
3. next-kraftwerke.de, Erneuerbare Energien in Russland, 16.01.2015
4. energiewinde.orsted.de, Erneuerbare Energien in Russland: Flüchtlings Versprechen, 29.09.2021
5. wiwo.de, Atomrenaissance im Osten: Russland will 22 neue Kernkraftwerke bauen, 05.12.2013
6. rosatom.ru, Projects, abgerufen am: 05.05.2022
7. hanswernersinn.de, Putin und der Zappelstrom, 17.03.2014



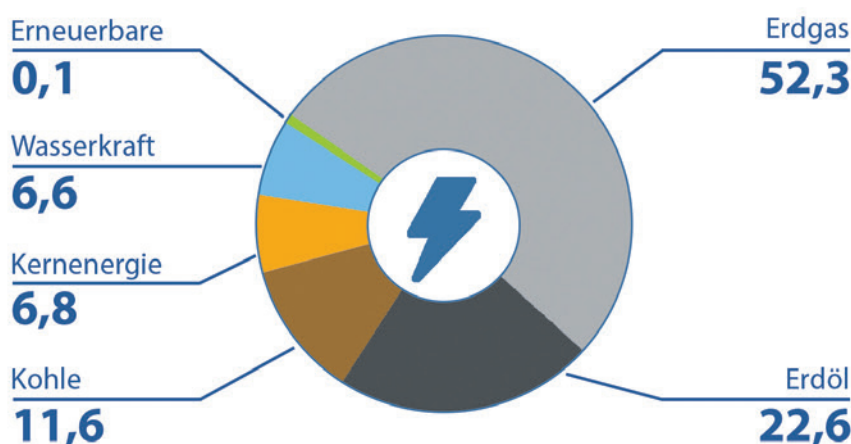
„«Russland wird in der Praxis eine kohlenstoffneutrale Wirtschaft anstreben. Und wir haben uns dafür ein Ziel gesetzt – bis spätestens 2060.»“

Wladimir Putin, Präsident Russlands, bei der Eröffnung eines Energieforums in Moskau

Quelle: dw.com, Russland will bis 2060 klimaneutral werden, 13.10.2021

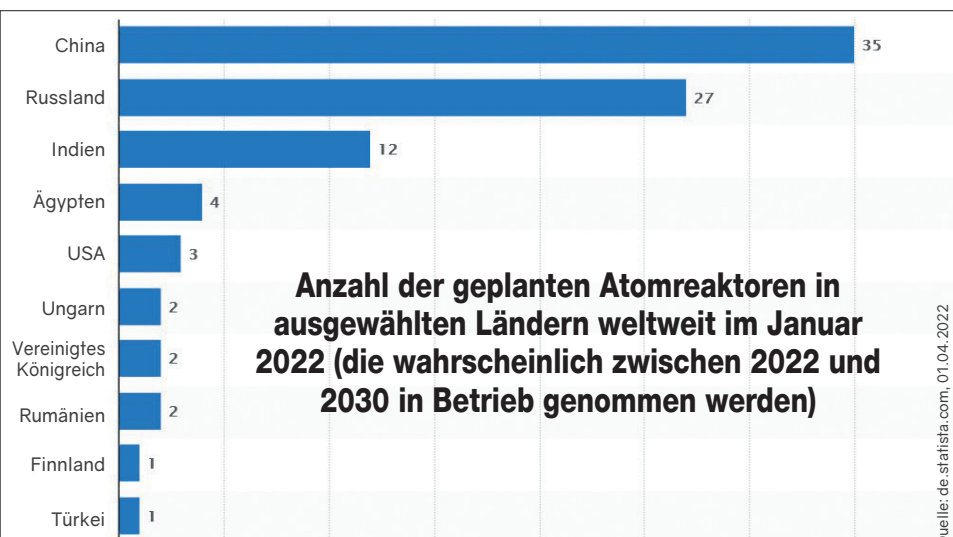
Putin sendet zwar propagandistische Signale an den Westen, mit denen suggeriert wird, Russland nehme an der Energiewende teil, sieht man aber genauer hin, wird deutlich, dass die russische Staatsführung den Worten keine Taten folgen lässt.

Anteile der Energieträger am Primärenergieverbrauch Russlands 2020 in Prozent



Quelle: BP Statistical Review of World Energy 2021

Heute machen «Erneuerbare Energien» gerade einmal 0,1 Prozent des Primärenergieverbrauchs Russlands aus, d.h. je nach Quelle ein bis zwei Prozent des deutschen Anteils. In anderen Worten: Deutschland unternimmt massive Anstrengungen und misswirtschaftet sich damit in den Ruin, während Russland so gut wie keinen Finger rührt.



Anzahl der geplanten Atomreaktoren in ausgewählten Ländern weltweit im Januar 2022 (die wahrscheinlich zwischen 2022 und 2030 in Betrieb genommen werden)

Quelle: de.statista.com, 01.04.2022

Ein grosser Teil dieser geplanten Atomkraftwerke wird von dem russischen Staatskonzern «Rosatom» gebaut werden, dem weltweit grössten Produzenten von Kernkraftwerken.

«Liquefied Natural Gas» (LNG) – Alternative zum Gas aus Russland?

Gerade im Zuge der aktuellen Situation, in welcher den Menschen langsam bewusst zu werden scheint, dass es keine gute Idee ist, in seiner Energieversorgung von Russland abhängig zu sein, wird zunehmend die Frage laut, ob LNG, das vorwiegend in Katar, Amerika und Australien gefördert wird, eine mögliche Alternative zum russischen Erdgas sein könnte. Bei LNG (Liquefied Natural Gas) – umgangssprachlich auch «Flüssiggas» genannt – handelt es sich vorwiegend um gefracktes Erdgas, das auf minus 162 °C tiefgekühlt wird. Die Kühlung bewirkt, dass sich das Volumen des Gases auf ein Sechshundertstel verringert, was es möglich macht, das Gas per Schiff zu transportieren. Potenziell lässt sich dieses Gas also überall hin verfrachten, ohne dass man an Gasleitungen gebunden wäre, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass der Zielhafen über ein Entladeterminal zum Vergasen und Weitertransportieren verfügt. Aufgrund dessen und auch wegen des Energieaufwands, der zum Kühlen benötigt wird, ist die Wirtschaftlichkeit dieses Gases aber fraglich. Bisher war LNG immer teurer als Gas, das durch Pipelines nach Europa kommt. In ganz Europa gibt es nach Angaben des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) derzeit 37 LNG-Terminals – 26 dieser Terminals stehen in Mitgliedsstaaten der EU, in der LNG nach Angaben der EU-Kommission inzwischen immerhin rund 25 Prozent des Bedarfs deckt.

Deutschland hat kein Terminal

Allerdings steht kein einziges dieser Terminals in Deutschland und das obwohl die Bundesrepublik im EU-Vergleich den höchsten Erdgasverbrauch hat. Ein direkter Import von LNG nach Deutschland ist also zurzeit gar nicht möglich. Die deutschen Energieversorger, die LNG nutzen wollen, müssen das Flüssiggas erst in Terminals in Zeebrugge (Belgien), Dünkirchen (Frankreich) und Gate (Niederlande) anliefern und erwärmen lassen. Zwar gibt es seit Jahren Pläne, Terminals auch auf deutschem Boden zu errichten – konkret geht es um Anlagen in Stade und Brunsbüttel – doch selbst wenn die Politik nun ein entsprechendes Regelwerk vorlegt, würden diese Terminals erst in einigen Jahren einsatzbereit sein. Somit ist klar, dass LNG einen akuten Importstopp von russischem



«[Ein Gasembargo wäre für Deutschland] hochgefährlich. [...] Ich habe Umfragen gelesen wie: Wäre man bereit, die Wohnung zwei Grad kälter zu machen, etwas langsamer Auto zu fahren oder 10 Cent mehr an der Säule zu bezahlen für ein Energieembargo? Um all solche Fragen geht es nicht. Wenn es darum ginge und das regelbar wäre, dann hätten wir das schon längst. Es geht wirklich um einen weitgehenden Zusammenbruch der industriellen Grundstruktur, die Erdgas braucht, und der ganzen Wertschöpfungsketten dahinter. Wer jemals verstanden hat, wieviel Chemie in endlosen Produkten ist, weiss: Wenn die Grossstandorte wie Ludwigshafen einfach nichts mehr produzieren, wie schnell dann auch ganz andere Industrien, die heute gar nicht so richtig darüber nachdenken, in Lieferengpässe kommen. Und Logistik weltweit klappt gerade gar nicht. Dass man dann die Dinge woanders herbekommt, kann man auch vergessen. Ich glaube, wir reden wirklich von einer schweren Rezession. Und dann lese ich auch Vergleiche zu COVID. Bei COVID hatten wir ein paar Wochen mal Dinge geschlossen, und die Industrie lief übrigens weiter. Es war nur der Retail-Sektor geschlossen worden. Die Produktion lief. Wir reden dieses Mal davon, dass wir möglicherweise über Monate, wenn wir Pech haben, über zwei Jahre, Strukturen nicht mehr versorgen können. Ich denke, das können sich Menschen überhaupt nicht vorstellen. [...] [Ein Gasembargo] kann ohnehin passieren, wenn Russland handelt oder wenn die Dinge sich zuspitzen. Aber in dieser Phase freiwillig dieses [Gasembargo] auszulösen, halte ich für unverantwortlich.»



Ex-E.ON-Chef Johannes Teyssen im Interview mit dem Youtube-Kanal «Mission Money», Mitte April 2022

Quelle: youtube.com, Droht ein Energie-Blackout? Ex-Eon-Chef klärt auf // Mission Money, 19.04.2022

Erdgas nicht kompensieren könnte. Der unabhängige Energieexperte Hans-Wilhelm Schiffer erläuterte gegenüber tagesschau.de: «Die russischen Lieferungen an Erdgas sind so erheblich, sodass sowohl die Kapazitäten an LNG-Importterminals, als auch die aus anderen Erdgas-Exportstaaten via LNG bereit zu stellenden Erdgasmengen kaum hinreichend wären,

um einen Komplettausfall der russischen Lieferungen zu ersetzen.»⁽¹⁾ Das bedeutet: Selbst wenn funktionierende Importterminals in Deutschland zur Verfügung stünden, hätten die Lieferstaaten gar nicht genug LNG anzubieten. (as)

Quelle: 1. tagesschau.de, Flüssiges Erdgas LNG: Eine Alternative zu russischem Gas?, 10.02.2022



EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Wenn es um die deutsche Energie-Abhängigkeit geht, dann gibt es in der aktuellen Situation nur ein Land, dessen Name in diesem Zusammenhang als erstes fallen muss: Russland. Vor Beginn des Ukraine-Kriegs lag der Anteil der russischen Gasimporte am inländischen Gasverbrauch Deutschlands zwischen 55 und 57%, auch die Hälfte der Kohle und 35% des Rohöls wurden aus Russland importiert. Während die Öl- und Kohle-Importe aus Russland zu grossen Teilen durch Alternativen aus anderen Ländern ersetzt werden können, kann die seit Jahrzehnten gefestigte Abhängigkeit von russischem Erdgas nicht kurzfristig überwunden werden. Die russischen Pipelines versorgen Deutschland weiterhin mit dem für das Heizen und die Industrieproduktion unverzichtbaren Gas. Das Zustandekommen dieser Abhängigkeit ist kein Zufall. Russland weiss um seinen Ressourcenvorteil und Präsident Wladimir Putin gestand bereits 2009 mehr oder weniger offen ein, dass Rohstoffe von ihm als Druckmittel in der Aussenpolitik genutzt werden. Die Energievorkommen Russlands werden von Putin als Waffe im imperialen Kampf um geopolitische Vormachtstellung verstanden, mit der man andere Staaten unter Druck setzen kann, wovon zahlreiche Beispiele der Vergangenheit zeugen.

Das zum Scheitern verurteilte Setzen auf «Erneuerbare Energien» hat es möglich gemacht, dass Russland Deutschland heute mit einer «Energiewaffe» effektiv erpressen kann, und die deutsche Politik hat sich selbst darum gekümmert, sie ihm in die Hand zu legen, allen voran Ex-Kanzler und selbsterklärter «Marxist» Gerhard Schröder. Auch Angela Merkel, die Nord Stream 1 Ende 2011 einweihte, änderte nichts am Kurs, der von Schröder eingeschlagen worden war. Sowohl der Kohle- als auch der Atomausstieg wurden unter der Merkel-Regierung beschlossen, und auch die Fracking-Technologie, die Deutschland in absehbarer Zeit aus dem Würgegriff des Kremls befreien könnte, wurde während der Kanzlerschaft Merkels für unzulässig erklärt. Es braucht eine gehörige Portion Naivität, um zu glauben, hinter all diesen «Fehlentscheidungen» stecke lediglich Stümperhaftigkeit und nicht böswillige Methode.

Auffällig ist auch, dass sich Putin beim Thema «Klimaretung» exakt so verhält, als bediene er sich einer von Sun Tsus Kriegslisten (Ausgaben 31,41,42). Das Staatsoberhaupt Russlands spielt zwar bei der Klima-Posse rund um Erderwärmung und «Erneuerbare Energien» mit, doch ergreift er in Wahrheit kaum Massnahmen, um eine Klimapolitik nach dem Modell der westlichen Staaten umzusetzen. Heute machen «Erneuerbare Energien» gerade einmal 0,1 Prozent des Primärenergieverbrauchs Russlands aus, d.h. je nach Quelle ein Vierzigstel bis Siebzig-

stel des deutschen Anteils. Das wird dazu führen, dass Russland in den nächsten Jahrzehnten in seiner Energieversorgung autark bleiben wird, während die «Erneuerbaren Energien» Deutschland in eine tiefe Krise stürzen werden – die Krise, die Putin und seine Hintermänner brauchen, um ihre Pläne zu verwirklichen (Doppelausgaben 41/42 u. 45/46). Leider ist festzustellen, dass das sprichwörtliche Kind längst in den Brunnen gefallen ist und Deutschland sich nur weiter in die Bredouille bringt, wenn es aggressiv gegenüber Russland auftritt. Ein von Russland ausgehender Importstopp würde zu einschneidenden und heute kaum vorstellbaren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verwerfungen führen, die übrigens auch nicht durch den alternativen Import von LNG kompensiert werden könnten. Putin sitzt am längeren Hebel und könnte mit einer einzigen Entscheidung einen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung in Deutschland herbeiführen.

Die geplante Ausschaltung aller Atomkraftwerke bis 2022 hat das Potenzial, der BRD den endgültigen Energie-Knockout zu verpassen. In Russland werden währenddessen 27 neue Atomkraftwerke gebaut, weshalb die WirtschaftsWoche schon 2013 zurecht von einer «Atomrenaissance im Osten» sprach. Der russische Staatskonzern «Rosatom» ist der grösste Produzent von Kernkraftwerken weltweit, der nicht nur in Russland selbst, sondern über die ganze Welt verteilt neue AKWs baut – u.a. in der Türkei, Bangladesch, China, Weissrussland, Indien oder Ägypten.

Russland wird bei fortlaufender Entwicklung in naher Zukunft vor überschüssiger Energie nur so strotzen und das von der Energiewende gebeutelte Deutschland wird bald in gewaltige Probleme schlittern, gegenüber denen Krisen der Vergangenheit wie ein Kindergeburtstag erscheinen werden. Es bleibt nur zu hoffen, dass ein grundlegendes gesellschaftliches und politisches Umdenken stattfinden wird, um dieser Katastrophe noch zu entgehen.

Dieser Umschwung wäre als Gegen-Entwicklung zu einer nachhaltigen gesellschaftlichen Transformation, die bereits vor langer Zeit ihren Anfang nahm, bitter notwendig. Im Zuge der 68er-Revolution entstand eine «grüne» Ideologie, die als Hauptursache für die aktuellen Missstände im Energiesektor anzusehen ist. In der damals entstandenen «Öko-Bewegung» lässt sich auch der gemeinsame Nenner identifizieren, der das deutsche Politpersonal und Wladimir Putin bis heute miteinander verbindet und der erklärt, warum es sich bei der Energiekrise keineswegs um Zufall handelt. Sie alle eint: die Zuneigung zum Marxismus.

Auf einen Blick

▶ **Putin, die Grünen-Partei und zahlreiche führende Politiker des Westens teilen ein gemeinsames marxistisches Weltbild. Bedenkt man dies, erhält man eine Antwort auf die Frage, warum Entscheidungen der westlichen Führungsschicht Putins Plänen so oft den Weg ebnen - trotz feindseliger Rhetorik.**

▶ **Der Umweltschutz wurde vom sowjetischen Politbüro bereits 1956 als geeigneter Vorwand für die revolutionäre Umgestaltung der westlichen Staaten identifiziert.**

▶ **Die Grünen-Partei (1980 gegründet) entstand aus der 68er-Bewegung, die nachweislich ein Produkt der kommunistischen psychologischen Kriegsführung zur Schwächung des Westens darstellte. Die Gründer und Schlüsselmitglieder waren mehrheitlich Kommunisten, die sich als «Umweltschützer» inszenierten, um die Mitte der deutschen Gesellschaft für sich zu gewinnen.**

Rote Lügen in grünem Gewand - So kam es zur Energie-Abhängigkeit Deutschlands

An dieser Stelle wissen wir, dass Deutschland über Jahrzehnte hinweg genug Möglichkeiten gehabt hätte, um sich von Energie-Importen unabhängig zu machen - und das sogar auf sehr umweltverträgliche, sichere, effiziente und ressourcenschonende Weise, denn das Rad der Innovationen steht auch bei den herkömmlichen Energieträgern keinesfalls still.

Dass «grünes Gedankengut» einen entscheidenden Anteil an diesem Abhängigkeitsverhältnis hat, darüber besteht in konservativ-oppositionellen Kreisen ein weitgehender Konsens. Allerdings wird selbst von Kritikern der Energiewende nur selten vorgebracht, dass es sich bei der verhängnisvollen Lage, in der wir uns befinden, schwerlich um Zeitgeist, Fehler oder Inkompetenz handeln kann. Obwohl Putins Sympathien für den Kommunismus mittlerweile selbst im Mainstream lang und breit thematisiert werden, bleibt der grosse Elefant im Raum unerwähnt, nämlich dass enorme Übereinstimmungen zwischen Putins neo-kommunistischem und dem «grünen» Weltbild unserer Politiker bestehen. Diese Übereinstimmungen brachte der amerikanische Ökonom George Reisman treffend auf den Punkt: «Die Roten behaupten, dass das Individuum nicht frei belassen werden dürfe, weil das Resultat «Ausbeutung», «Monopole» und «Depressionen» wäre. Die Grünen behaupten, dass das Individuum nicht frei belassen werden dürfe, weil das Resultat die Zerstörung der Ozonschicht, saurer Regen und die globale Erwärmung wäre.»⁽¹⁾

Die Lösung von fiktiven oder echten «Problemen», so behaupten «Rote» wie «Grüne», sei eine internationale Bürokratie, die dem Individuum die Eigenverantwortung und die Freiheit abnimmt - was natürlich



Studentenrevolte in West-Berlin, 1967, mit Bildern von drei Marxisten: Ho Chi Minh, Rosa Luxemburg und Wladimir Lenin.

nur zu seinem Nutzen geschehe. Bei näherer Betrachtung sind nicht nur die jeweilige Methodik, die Zielsetzung und das Feindbild sehr ähnlich - schliesslich geht es in beiden Fällen gegen die «kapitalistische» westliche Industriegesellschaft - selbst die Personen sind häufig dieselben, wie man nicht nur am grünen Spitzenpolitiker Jürgen Trittin sehen kann, der früher Mitglied im Kommunistischen Bund (KB) war, sondern auch am letzten Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, der direkt nach der Wende zum «Umweltschützer» mutierte, massgeblich am Zustandekommen des Erdgipfels von 1992 beteiligt war und seither hinter den Kulissen versucht, die Weltpolitik auf «grünen» statt wie zuvor auf «roten» Kurs zu bringen. Die Farben sind austauschbar, die Inhalte jedoch sind dieselben.

Die 68er

Eine erste Art der Umweltbewegung, damals noch als Heimatschutzbewegung bezeichnet, hatte es in Deutschland bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegeben. Diese war spontan entstanden. Sie wurzelte in der Romantik, der Lebensreformbewegung und der Anthroposophie und verebbte in den folgenden Jahrzehnten nach und nach, ohne dass sie eine einheitliche politische Ausrichtung gehabt hätte und folglich hatte sie auch keinen nennenswerten politischen Einfluss. Kennzeichnend für diese erste Heimatschutzbewegung war, dass sie den Schutz der Umwelt und der Gesundheit als legitimen Selbstzweck verfolgte. Damit





➔ steht die Heimatschutzbewegung in krassem Gegensatz zu der zweiten Art von Umweltbewegung, die in den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts aufkam und die den Schutz der Umwelt nicht als Zweck betrieb, sondern vielmehr als Mittel zur revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft. Diese neue Ökobewegung entstand im direkten Gefolge der Studentenrevolte von 1968 und war daher von Beginn an einheitlich politisch links orientiert. Auf der marxistischen Dogmatik der 68er-Bewegung aufbauend, lautete ihr Grundsatz, dass nicht nur der Arbeiter, sondern auch die Natur von der «kapitalistischen» Wirtschaftsweise ausgebeutet und bedroht werde. Ein Schutz der Umwelt sei folglich nur durch einen grundsätzlichen, antikapitalistischen Umbau der westlichen Industriegesellschaft möglich.

Will man die Tragweite dieser gesellschaftlichen Erscheinung und die mit ihr verbundenen Forderungen richtig einordnen, dann muss man berücksichtigen, dass weder die Studentenrevolte noch die aus ihr hervorgegangene Ökobewegung spontan entstanden sind. Nachdem Nikita Chruschtschow 1956 öffentlichkeitswirksam mit dem Stalinismus gebrochen hatte, begann das sowjetische Politbüro mit der Umsetzung einer neuen Langzeitstrategie, die über Jahrzehnte hinweg schliesslich zur Errichtung einer kommunistischen Weltregierung führen sollte (Doppelausgabe 41/42). Ein Zwischenziel dieser Strategie war die vorsätzliche gesellschaftliche Zersetzung der westlichen Staaten, beginnend in den 1960er-Jahren mit der marxistischen

Aufhetzung der Jugend, die durch kommunistische Einflussagenten sichergestellt wurde, welche zuvor bereits in Schlüsselpositionen, insbesondere an den Hochschulen, etabliert worden waren. Diesen Agenten, die sich im ideologischen Umfeld der Frankfurter Schule (Ausgaben 3,30) bewegten, gelang in den 1960er-Jahren die Auslösung der Studentenrevolte, aus der heraus sich in den 1970er-Jahren neben dem linken Terrorismus, dem Feminismus, der «Friedensbewegung», der Kirchenreformbewegung und den K-Gruppen auch die moderne Ökobewegung entwickelt hat. Alle diese Bewegungen stimmen in ihrer durchgängig marxistischen Grundhaltung überein, weshalb häufig inhaltliche und personelle Überschneidungen zu beobachten sind. Gemeinsam ist diesen Erscheinungen auch der anhaltende Einfluss durch kommunistische Parteien und osteuropäische Agenten, der ebenso beim Terror der RAF nachzuweisen ist wie in der «Friedensbewegung» (Ausgabe 41) und eben auch, wie nachfolgend aufgezeigt wird, in der Ökobewegung.

Umweltschutz aus der Sowjetunion

Tatsächlich wurde der Umweltschutz vom sowjetischen Politbüro bereits 1956 als geeigneter Vorwand für die revolutionäre Umgestaltung der westlichen Staaten und für den Aufbau einer sozialistischen Weltregierung erkannt. Bestätigt wird dies von keinem Geringeren als dem sowjetischen



Der sowjetische Ideologe Iwan Frolov hatte wichtige theoretische Grundlagen dafür geschaffen, die marxistischen Bestrebungen zur Errichtung einer Weltregierung unter dem Deckmantel des internationalen Umweltschutzes zu verbergen.

Ideologen Iwan Frolov, der in der Spätphase der Sowjetunion zum Politbüro-Mitglied ernannt wurde. Dieser schrieb in der für kommunistische Funktionäre typischen, äusserst verklausulierten Wortwahl unter der Überschrift «Sozialphilosophische Erfassung des globalen Ökologieproblems» einen sehr aufschlussreichen Artikel, der in einem Buch erschienen ist, das 1989 ausgerechnet vom Nobelpreisträger Paul Crutzen herausgegeben wurde, der als Entdecker des Ozonlochs gilt und der die Menschheit bis zu seinem Tod im Januar 2021 eindringlich vor einer angeblich nahenden Klimakatastrophe warnte. ⁽²⁾

In Frolows Artikel wird erklärt, dass der Stalinismus die ideologische Konzeption des Marxismus entstellt habe. Frolov schreibt: «Deshalb bestand seit dem 20. Parteitag der KPdSU (1956) eine Aufgabe auch darin, die klassischen Auffassungen wiederherzustellen, wozu auch die Ökologieproblematik gehört.» ⁽³⁾ Das bedeutet, dass die sowjetische Strategie nach der Abkehr vom Stalinismus nun wieder auf klassisch marxistisch-leninistischen Kurs gebracht wurde, und zwar unter ausdrücklicher Einbeziehung der Ökologie. Weiter heisst es: «Bereits in jenem Zeitabschnitt erschien eine Reihe von Veröffentlichungen, in denen das Problem des wechselseitigen Zusammenhangs und Zusammenwirkens von Mensch und Natur neu interpretiert wurde. Seit Mitte der 50er-Jahre entwickelte sich ungeachtet verschiedener sozialer Bedingungen und politischer Einstellungen eine intensive Beschäftigung mit dem Ökologieproblem, angewandt auf die Existenzbedingungen einer höherentwickelten Zivilisation.» ⁽³⁾ Im Klartext bedeutet dies, dass sich die KPdSU



Die Zielsetzung der «Umweltbewegung» kann nur im Gesamtkontext eines langfristigen Plans der kommunistischen Weltbewegung richtig eingeordnet werden. Das nötige Rüstzeug, um diesen Plan zu verstehen, erhalten Sie in der **Doppelausgabe 41/42 zur Kommunistischen Langzeitstrategie**.

Foto: RIA Novosti archive, image #25981/ Vladimir Fedorenko/CC-BY-SA 3.0



Ähnlich wie der KPdSU-Funktionär Frolov versuchte auch der Physiker Andrei Sacharow die Einführung einer globalen sozialistischen Gesellschaftsordnung mit der angeblich drohenden «Klimakatastrophe» zu legitimieren.

„**«Kohlensäuregas aus Kohleverbrennung verändert die hitzereflektierenden Eigenschaften der Atmosphäre.»**

Andrei Sacharow, sowjetischer Pseudo-Dissident, 1968, lange bevor die «menschgemachte Klimaerwärmung» zum Massenthema gemacht wurde

Quelle: Andrei Sacharow, *Wie ich mir die Zukunft vorstelle*, Diogenes Verlag, 1968, S.34 ff.



Mitte der 1950er-Jahre, das heisst zu Beginn der damals neuen sowjetischen Langzeitstrategie, intensiv damit beschäftigte, wie sich das Thema Ökologie für den Aufbau einer «höherentwickelten Zivilisation», also nach marxistischem Verständnis einer sozialistischen Gesellschaft, instrumentalisieren liess, und zwar ungeachtet der sozialen und politischen Ausgangslage, also nicht nur im Ostblock, sondern weltweit.

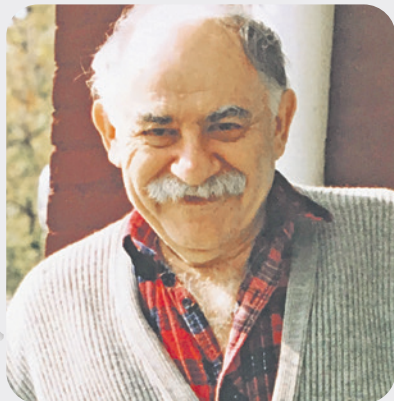
Andrei Sacharow

Wie sich das Moskauer Politbüro den Aufbau des Weltkommunismus unter Verwendung der Ökologie im Einzelnen vor-

stellte, wird anhand der Veröffentlichungen des sowjetischen Kernphysikers Andrei Sacharow deutlich. Sacharow gilt als Konstrukteur der ersten sowjetischen Wasserstoffbombe, wofür ihm 1954 der Stalinpreis und drei Mal der Titel «Held der sozialistischen Arbeit» verliehen wurde. Später nahm er, nach Aussage des KGB-Überläufers Anatoliy Golitsyn, im Verlauf der sowjetischen Langzeitstrategie die Rolle eines antistalinistischen Scheindissidenten ein, das heisst, er setzte sich mit seinen Veröffentlichungen scheinbar in Opposition zum sowjetischen Regime, dem er aber in Wahrheit weiterhin treu verbunden blieb. Er ermöglichte mit dieser Inszenierung,

das Image des Kommunismus öffentlichkeitswirksam aufzubessern, sprich weg vom Stalinismus hin zu einem attraktiven «reformierten Sozialismus».

Insbesondere der Umwelt- und der Klimaschutz sollten als Argumente für die weltweite Einführung einer sozialistischen Gesellschaft erhalten und dieser ein attraktives Erscheinungsbild verleihen. Explizit begründete Sacharow seine Forderungen bereits im Jahr 1968, also lange bevor diese Themen im politischen Alltag des Westens auftauchten, auch mit einem angeblich anthropogenen und kohlendioxidinduzierten Treibhauseffekt: «Wir leben in einer sich rasch verändernden Welt. Die industrielle und hydrotechnische Entwicklung, Abholzung, Nutzbarmachung von Neuland, Anwendung giftiger Chemikalien – all dies ändert auf elementare und unkontrollierte Weise das Gesicht der Welt, unseren Lebensbereich. Die wissenschaftliche Erforschung aller Wechselbeziehungen in der Natur sowie der Folgen unserer Einmischung bleibt hinter dem Tempo der Veränderungen zurück. Grosse Mengen von schädlichen Industrie- und Transportabfällen werden in die Luft und ins Wasser geschüttet, darunter krebserzeugende Substanzen. Wird nicht die Gefahrgrenze einmal überall überschritten werden, wie es bereits an einigen Stellen geschehen ist? **Kohlensäuregas aus Kohleverbrennung verändert die hitzereflektierenden Eigenschaften der Atmosphäre.** Früher oder später wird das bedrohliche Ausmass annehmen. Aber wir wissen nicht wann. In der Landwirtschaft verwendete giftige Chemikalien dringen direkt und in Form von veränderten, noch gefährlicheren Stoffen in Menschen- und Tierkörper ein und verursachen grosse Schäden an Gehirn, Nervensystem und blutbildenden Organen wie Leber usw. [...] Die Verwendung von Antibiotika in der Geflügelzucht fördert



Wichtigster und einflussreichster Ideengeber der sozialistischen Ökobewegung im Westen wurde der amerikanische Kommunist Murray Bookchin, der einer trotzkistischen Abspaltung der Kommunistischen Partei der USA (CPUSA) angehörte.

Foto: Debbie Bookchin (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Murray_Bookchin_in_Burlington.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>



„**«Man kann gute theoretische Gründe dafür anführen, dass diese wachsende Decke von Kohlendioxid zu zerstörerischen Sturmgebieten führen wird, indem sie die Wärmestrahlungen der Erde abfängt, was schliesslich das Schmelzen des Polareises zur Folge haben wird sowie steigende Seewasserstände und die Überflutung weiter Landgebiete.»**

Murray Bookchin, New Yorker Marxist und ideologischer Urvater der «Grünen», 1965, drei Jahre vor Sacharow (siehe oben)

Murray Bookchin, *Umwelt und Gesellschaft*, Verlag Association, 1974, Originalausgabe: 1965, S.7 f.





→ die Entwicklung **neuer krankheitserregender Mikroben**, die gegen Antibiotika resistent sind. Ich könnte noch das Problem der Beseitigung von Reinigungsmitteln und radioaktivem Abfall, der Erosion und Versalzung des Bodens, der Wiesenüberschwemmung und der Abholzung von Wäldern auf Berghängen und Wäldern, die wasserschützende Bedeutung haben, erwähnen, von der Vernichtung von Vögeln und solchen nützlichen Tieren wie Kröten und Fröschen sowie von vielen anderen Beispielen sinnloser Verheerungen sprechen, die durch örtliche, zeitbedingte amtliche und egoistische Interessen und manchmal sogar durch bürokratische Prestigefragen hervorgerufen werden. [...] Die Probleme der Geohygiene sind sehr schwierig und vielfältig, sie sind eng verflochten mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Ihre Lösung auf nationalem oder gar lokalem Wege ist daher unmöglich. Die Rettung unseres Lebensbereiches fordert nachdrücklich, dass wir die Uneinigkeit überwinden und dem Druck zeitgebundener und lokaler Interessen widerstehen. Sonst wird die Sowjetunion mit ihren Abfällen die Vereinigten Staaten vergiften und umgekehrt. Heute ist das noch eine Übertreibung, bei dem Anwachsen der Abfälle um zehn Prozent jährlich wird aber die allgemeine Zunahme in 100 Jahren 20'000 Mal grösser sein.» ⁽⁴⁾ Unschwer lässt sich erkennen, dass dieses Zitat zwei oder drei Jahrzehnte später ohne Weiteres auch dem Parteiprogramm der Grünen entnommen sein könnte, denn es entspricht exakt der grünen Programmatik und Phrasologie.

Global Governance

Die angebliche Bedrohung durch eine Klimakatastrophe könne, so Sacharow, nur durch eine internationale Zusammenarbeit zu sozialistischen Bedingungen verhindert werden. Nach dem Ende der Konfrontation zwischen Ost und West würde der Prozess der internationalen Zusammenarbeit laut Sacharow schliesslich zu einer «sozialistischen Konvergenz» und zu einer «Glättung der Unterschiede in der sozialen Struktur,



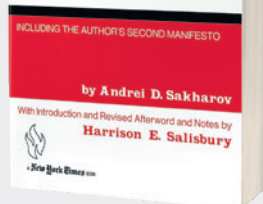
Wussten Sie...

... dass ein in den USA veröffentlichtes Buch von Andrei Sacharow aus dem Jahr 1968 eine Empfehlung von Henry Kissinger (Klaus Schwabs Mentor) enthält? Kissinger kümmerte sich darum, dass die Aussagen glaubwürdiger Überläufer kaum Bekanntheit erlangten, während er Scheindissidenten wie Sacharow den roten Teppich ausrollte (Ausgabe 41).



Foto: World Economic Forum (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Henry_Kissinger_-_World_Economic_Forum_Annual_Meeting_Davos_2008_num2.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>

Progress, Coexistence, & Intellectual Freedom



«Dieses Sacharow-Dokument ist ein tief bewegendes Zeugnis der Freiheit des menschlichen Geistes. Es ist deshalb eines der allerwichtigsten Dokumente zu den Belangen des Kommunismus in den letzten Jahren.»

Eine Empfehlung Henry Kissingers zu Beginn des Buches «Progress, coexistence, and intellectual freedom» von Andrei Sacharow, erschienen 1968 in einem amerikanischen Verlag

Quelle: Andrei Sacharow; Progress, coexistence, and intellectual freedom; Norton, New York, 1968

[...] zur Schaffung einer Weltregierung und zum Ausgleich nationaler Widersprüche» führen. ⁽⁵⁾ Doch mit dem Verlust der nationalen Souveränität ist die ökologisch getarnte Revolution noch nicht an ihrem Ziel angelangt, dazu bedarf es erst noch der Verstaatlichung des zuvor privaten Unternehmertums: «Eine solche Verschmelzung setzt nicht nur weitgehende soziale Reformen in kapitalistischen Ländern voraus, sondern auch eine grundlegende Änderung der Besitzverhältnisse, mit der Erweiterung des staatlichen und kooperativen Besitzes und gleichzeitiger Wahrung der Grundzüge der Eigentumsstruktur bei Produktionsmitteln in sozialistischen Ländern.» ⁽⁶⁾

Das WEF-Video «Acht Vorhersagen für die Welt im Jahr 2030» von 2016 prophezeit ganz im Sinne Sacharows: «Du wirst nichts besitzen und du wirst glücklich sein.» Die Implikation dieser Vorhersa-

ge entspricht im Prinzip dem «kooperativen Besitz», den sich Sacharow für die ihm vorschwebenden «Reformen» des Westens vorstellte. Weiter schrieb er: «Unsere Verbündeten auf diesem Wege sind nicht nur die Arbeiterklasse und die fortschrittliche Intelligenzschicht, die an einer friedlichen Koexistenz und an sozialem Fortschritt, am demokratischen, friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus interessiert sind, wie sich dies in den Programmen der kommunistischen Parteien verschiedener Länder spiegelt, sondern auch der reformistische Teil der Bourgeoisie.» ⁽⁶⁾ Als Beispiele für diesen «reformistischen Teil der Bourgeoisie» gab Sacharow Personen wie Cyrus Eaton, Franklin D. Roosevelt und besonders John F. Kennedy an. Heute würde er zweifellos Barack Obama, Joe Biden, Robert Habeck und andere ökobewegte Vertreter der westlichen Politik dazuzählen.

«Jedes Verbot ist auch ein Innovationstreiber.»

Annalena Baerbock, heute Aussenministerin der BRD, im Kanzlerduell, September 2021
Quelle: nzz.ch, Wo Annalena Baerbock irrt: Wahrer Fortschritt gedeiht nur in Freiheit, 13.09.2021

Eine Aussage, die die totalitäre Geisteshaltung der Grünen-Partei auf den Punkt bringt. Das Sati-Re-Magazin heute-show (eigentlich meist mit Baerbock einer Meinung) kommentierte auf Twitter: «Wenn Verbote Innovationstreiber sind, warum ist Nordkorea dann nicht Silicon Valley?»



Foto: Michael Brandtner (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Annalena_Baerbock_August_2021_in_Kiel_12.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

«Kommunismus im Weltmassstab»

Dass Sacharow alles andere als ein Regimegegner war, und dass seine Ausführungen tatsächlich der sowjetischen Strategie entsprechen, geht aus Veröffentlichungen des späteren Politbüromitglieds Iwan Frolow hervor, die 1981, das heisst noch unter Breschnew und damit Jahre vor Gorbatschows Auftauchen auf der weltpolitischen Bühne, im sowjetischen «Progress Verlag» erschienen sind. So schreibt Frolow zum Beispiel, dass «sich um die Erde eine CO₂-Schicht gebildet» habe, «die sie wie eine Glasglocke bedeckt», weshalb «eine ungünstige Klimaänderung» drohe, «bei der sich unser blauer Planet schon im nächsten Jahrzehnt in ein riesiges Treibhaus mit möglicherweise katastrophalem Effekt verwandeln kann: mit Änderung der Energiebilanz und allmählichem Temperaturanstieg, der bislang fruchtbare Landstriche in Dürregebiete verwandeln, den Spiegel der Ozeane durch die Schmelze von Polar- und Treibeis anheben und weite Küstenstriche und viele Städte überfluten wird.» Darüber hinaus drohe «eine Störung der Sauerstoffbilanz» und «die Zerstörung der Ozonschicht in der unteren Stratosphäre», jedoch nicht etwa durch FCKW, wie einst behauptet wurde, sondern «durch Überschallflugzeuge». ⁽⁷⁾

Offensichtlich war die ökologisch-marxistisch-leninistische Theorie zum damaligen Zeitpunkt noch nicht ganz ausgereift. Doch dessen ungeachtet liess Frolow keinen Zweifel, wodurch allein man die Gefahr abwenden könne: «Eine umfassende Lösung dieses Problems kann nur durch eine radikale soziale Umgestaltung der Welt und die Überwindung der Klassen-gegensätze erreicht werden.» ⁽⁸⁾ In Übereinstimmung mit Sacharows Forderungen gab Frolow ganz offen zu, dass dabei «die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit» u.a. auf dem Gebiet des Umweltschutzes, das zur damaligen Zeit zentrale Glied einer «Langzeitstrategie» sei, welche «den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und Kommunismus im Weltmassstab» anstrebt: «Deshalb ist eine zukunftsorientierte Langzeitstrategie zur Lösung der globalen Probleme nichts anderes als die Strategie des Kommunismus. Die Kommunisten erklären das offen. Als Realisten gehen sie allerdings davon aus, dass dieses Endziel nur Schritt für Schritt im Laufe einer längeren historischen Periode [...] erreicht werden kann.» ⁽⁹⁾



Die Verbindung zwischen «Klimaschutz» und Klassenkampf wird ebenfalls offenkundig, wenn linksextrem-kommunistische Gruppen wie die Antifa sich mit «Fridays For Future» solidarisieren.



Die Ökobewegung

Nach dem Ende des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds, der in Deutschland das Rückgrat der 68er-Bewegung gebildet hatte, begannen die marxistisch aufgehetzten Studenten mit Beginn der 1970er-Jahre den «Marsch durch die Institutionen», zu dem sie von Rudi Dutschke, in Anlehnung an den italienischen Marxisten Antonio Gramsci, aufgefordert worden waren. Viele traten in die etablierten Parteien ein, was die politische Positionierung von CDU, FDP und auch SPD deutlich nach links verlagerte, während sich andere zu einer Reihe kommunistischer Gruppen und Kleinparteien, den sogenannten K-Gruppen, zusammenschlossen oder sich in den gerade entstehenden «neuen sozialen Bewegungen» engagierten, zu denen unter anderem die Frauenbewegung, die «Friedensbewegung» und eben auch die Öko- und Anti-Kernkraft-Bewegung zählten.

Genau wie die 68er-Bewegung zuvor schon durch Kommunisten ins Leben gerufen worden war, so erhielten auch die verschiedenen Bewegungen, die zu Beginn der 1970er-Jahre auf die Studentenrevolte gefolgt und aus ihr hervorgegangen waren, ihre spezifische Ideologie weiterhin durch kommunistische Rädelsführer und Einflussagenten. Im Fall der Frauenbewegung waren dies zum Beispiel die amerikanische Kommunistin Betty Friedan und die französische Kommunistin Simone de Beauvoir. Wichtigster und einflussreichster Ideengeber der Ökobewegung wurde der amerikanische Kommunist Murray Bookchin. Bookchin war das Kind russischer Bolschewisten, die nach der gescheiterten Revolution von 1905 nach New York geflohen waren. Dort trat er bereits als Kind im Alter von neun Jahren der kommunistischen Jugend bei. Einige Jahre später begann er, vermutlich unter dem direkten Einfluss der New Yorker Hochfinanz auf die lokale kommunistische Bewegung, sich dem Trotzismus und der Frankfurter Schule zuzuwenden, was sich deutlich in seinen Schriften widerspiegelt, die unverkennbar auf marxistischer Grund-

Erklärungsnot: Deutsche Innenministerin schrieb für linksextremes Kampfblatt

exxpress.at, 05.02.2022

Magazin der VVN-BdA für antifaschistische Politik und Kultur
Mai/Juni 2021
www.vvn-bda.de
Euro 3,50 · 12137 ISSN 0863-2936

Gemeinnützig S.3 ■ AfD nach Dresden S.6 ■ Antifa & Corona S.7
■ 50 Jahre VVN-Öffnung S.15 ■ 80 Jahre nach Naziüberfall S.21
■ Schwarze Superheldinnen S.26 ■ Tagebuch eines Gettos S.30

Foto: Olaf Kosinsky (kosinsky.eu), Lizenz: CC BY-SA 3.0-de

Nancy Faeser

Wenige Monate vor ihrer Ernennung zur Innenministerin hatte Nancy Faeser (SPD) noch für ein linksextremes, verfassungsfeindliches Blatt namens «Antifa» geschrieben. Beispiele wie diese, von denen es zahlreiche gibt, zeigen eindeutig die in weiten Teilen zutiefst linke Ausrichtung des führenden Entscheidungspersonals der BRD.

lage stehen und anstelle des stalinistischen Klassenkampfes jene weitaus subtilere Form der Revolution zum Inhalt haben, die mit dem ökologischen Teilaspekt der damals neuen sowjetischen Langzeitstrategie übereinstimmt. In Bookchins 1965 erschienener Schrift «Ökologie und revolutionäres Denken», das die Mitbegründerin und langjährige Bundesvorsitzende der Grünen Jutta Ditfurth das «erste radikal-ökologische Manifest» nannte, das man aufgrund seiner inhaltlichen Übereinstimmung mit Marx und Engels aber ebenso gut auch das erste öko-kommunistische Manifest nennen könnte, schrieb Bookchin: «Die patriarchalische Familie hat die Saat der Herrschaft

in die zentralen Punkte der menschlichen Beziehungen gesät, der klassische Bruch in der antiken Welt zwischen Körper, Geist und Denken – bzw. im Grunde zwischen körperlicher und geistiger Arbeit – hat die Herrschaft gefördert, und auch die unnatürliche Haltung des Christentums haben zu ihrem Anwachsen beigetragen. Aber erst als sich die organischen Beziehungen zwischen den Gemeinden – in feudaler oder bürgerlicher Form – in Marktbeziehungen auflösten, wurde der Planet zu einer Rohstoffquelle reduziert, die man ausbeutete. Diese jahrhundertlang währende Tendenz findet ihre schlimmste Entwicklung im modernen Kapitalismus. Entsprechend der ihr innewohnenden Wettbewerbsnatur stellt die bürgerliche Gesellschaft nicht nur die Menschen einander feindlich gegenüber, sie stellt auch die Masse der Menschheit feindlich der Natur gegenüber. So wie Menschen in Waren verwandelt werden, so wird auch jeder Teil der Natur zur Ware, einer Rohstoffquelle, die man nach Belieben bearbeiten und verkaufen kann. Die liberale Beschönigung, die man für diesen Prozess verwendet, sind «Wachstum», «Industriegesellschaft» usw. [...] Der Plünderung des

Handelsblatt

INSA-UMFRAGE

handelsblatt.com, 03.05.2022

Habeck, Baerbock, Özdemir: Erstmals drei Grüne beliebteste Politiker in Deutschland

Der Landwirtschaftsminister Özdemir ist der Insa-Umfrage nach deutlich beliebter geworden. Kanzler Olaf Scholz fällt hingegen weiter zurück.

Ein bitteres Armutszeugnis für das ehemalige «Land der Dichter und Denker», wenn dieses Resultat der Wahrheit entsprechen sollte.



Der zum Schlag
ausholende
Strassenkämpfer
Joschka Fischer (mit
schwarzem Helm)
1973 in Frankfurt.

menschlichen Verstandes durch den Markt entspricht die Plünderung der Erde durch das Kapital.»⁽¹⁰⁾

Auch diese Aussagen decken sich mit dem Inhalt des Great-Reset-Manifests von Klaus Schwab, der darin z.B. über die «Tyrannei des BIP-Wachstums» schwadroniert oder ein «Downscaling der Wirtschaft» vorschlägt.⁽¹¹⁾ Der «kapitalistischen» Ausbeutung der Natur, so Bookchin, könne man nur durch eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft begegnen. Damit lag Bookchin genau auf der Linie von Karl Marx, der bereits im 19. Jahrhundert behauptet hatte, die «kapitalistische Produktion» störe «den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde» und untergrabe die «Springquellen allen Reichtums», nämlich «die Erde und den Arbeiter».⁽¹²⁾

Feindbild CO₂

Tatsächlich stellte Bookchin schon in den 1950er- und 1960er-Jahren nahe-

zu alle Kernforderungen der erst ein bis zwei Jahrzehnte später aufkommenden Ökobewegung auf. Besonders interessant ist, was er schon 1965, und damit sogar noch drei Jahre vor Sacharow, über das Kohlendioxid zu wissen behauptete: «Seit der industriellen Revolution ist die gesamte atmosphärische Masse von Kohlendioxid um 25 Prozent über die frühere, stabilere Menge gestiegen. Man kann gute theoretische Gründe dafür anführen, dass diese wachsende Decke von Kohlendioxid zu zerstörerischen Sturmgebieten führen wird, indem sie die Wärmestrahlungen der Erde abfängt, was schliesslich das Schmelzen des Polareises zur Folge haben wird sowie steigende Seewasserstände und die Überflutung weiter Landgebiete. So weit entfernt so eine Sintflut auch sein mag, ist das sich ändernde Verhältnis von Kohlendioxid zu anderen atmosphärischen Gasen doch eine Warnung vor der Macht, die der

Mensch auf das Gleichgewicht der Natur ausüben kann.»⁽¹³⁾

Wie man sieht, sind die Ausführungen dieses kommunistischen Propagandisten absolut identisch mit der heutigen «Klima-» und «Umweltschutz»-Propaganda, mit welcher der westliche Bürger und Steuerzahler inzwischen tagtäglich beschallt wird. In der revolutionären Fantasie Bookchins würde die Zerstörung der Umwelt durch den Kapitalismus schliesslich zu einer grünen «Volksrevolution der Massen» führen, die den Kapitalismus und den Staat abschaffen würde, woraufhin Kleinkommunen und Nachbarschaftsräte die Verwaltung einer dezentralisierten Gesellschaft übernehmen. Damit machte Murray Bookchin den Ökokommunismus unter den Studenten der 68er-Bewegung populär und lieferte der entstehenden Umweltbewegung nicht nur ihr ideologisches, das heisst ihr marxistisches Grundgerüst, sondern gab auch detaillierte Lösungen für die



Werbeplakat der Deutschen Bahn (1968)



Plakat des «Sozialistischen Deutschen Studentenbunds» (1968, als Persiflage zu verstehen)



Plakat der Grünen (1990)

Schlecht gealtert: Ironischerweise persiflierte der «Sozialistische Deutsche Studentenbund» (SDS), den viele Mitglieder der späteren Grünen durchlaufen hatten, 1968 ein Werbeplakat der Deutschen Bahn. Botschaft: Belanglosigkeiten wie das Wetter interessieren uns nicht, sondern nur die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Man darf annehmen, dass dies heute insgeheim noch immer der Fall ist, obwohl ehemalige SDS-Mitglieder bald anfangen, fast nur noch «vom Wetter» (sprich: vom Klima) zu reden. Im Wahlkampf 1990 hiess es dann bezüglich der Wiedervereinigung: «Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter...».



Mai 90, Linke und Grüne demonstrieren in Frankfurt gegen die Wiedervereinigung. Erste Reihe Mitte: Jutta Ditzfurth, Mitbegründerin der Grünen. Rechts daneben: Claudia Roth, ehemals Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und heute u.a. Staatsministerin beim Bundeskanzler. Daneben: Angelika Beer, von 2002 bis 2004 Bundesvorsitzende der Grünen.

Jutta Ditzfurth



Claudia Roth



Angelika Beer



➔ angeblichen Gefahren vor, die sich heute ganz selbstverständlich in der Pro-grammatik grüner Parteien wiederfinden.

Kommunisten plötzlich «Umweltschützer»

Dass die moderne Ökobewegung tatsächlich nichts weiter ist als das Produkt jahrzehntelanger kommunistischer Agitation, wird unfreiwillig auch von Iwan Frolow bestätigt, wenn er in seinem Buch von 1981 über mehrere Seiten ausführt, was die «kommunistische Bewegung» (gemeint sind die von Moskau kontrollierten internationalen kommunistischen Parteien) seit den 1960er-Jahren «zum Schutz der Umwelt» geleistet habe. So nennt er z.B. die Unterstützung der «Bewegung zur Erhaltung der Natur» durch die dänische Kommunistische Partei (KP), lobt die Deutsche KP dafür, dass ihr «Kampf für die Erhaltung der natürlichen Umwelt» im Land «breite Anerkennung» findet und hebt die Arbeit der KP Italiens hervor, welche bereits 1971 eine spezielle Konferenz zum Thema «Mensch, Natur, Gesellschaft» einberufen habe – «die erste Konferenz dieser Art im Land». ⁽¹⁴⁾

Darüber hinaus erwähnt Frolow ein internationales Symposium, das 1972 in Prag unter dem Motto «Der Marxismus-Leninismus und die Probleme der Umwelterhaltung» stattgefunden habe, bei dem Vertreter von 36 kommunistischen Parteien teilgenommen haben. Bemerkenswert ist, welche Aspekte auf dem Symposium besonders hervorgehoben wurden, nämlich nicht etwa der Schutz der Natur als Selbstzweck, sondern «der Umweltschutz im Zusammenhang mit den Aufgaben des antiimperialistischen Kampfes», «die Einstellung zur Natur als Bereich des Wettbewerbs der beiden sozialökonomischen Systeme – des Sozialismus und des Kapitalismus», sowie «die Einstellung zur Natur als Gegenstand des verstärkten ideologischen Kampfes». ⁽¹⁴⁾ Frolow schließt seine Lobeshymnen auf die Verdienste der Kommunisten für die Ökobewegung mit der Feststellung ab, dass «die globalen Probleme», zu denen der Umweltschutz zählt, «zu einem Bereich des Klassenkampfes geworden» seien und die Tatsache, dass «das Proletariat und seine Parteien aktiv an diesem Kampf teilnehmen» zeuge «vom sozialen Charakter dieser Probleme». ⁽¹⁴⁾ Mit anderen Worten: Frolow bestätigt, dass unter dem

Deckmantel des Umweltschutzes in Wirklichkeit Klassenkampf betrieben wird.

Ein Streckenziel auf dem Weg zur Weltrevolution war es, die energiepolitische Abhängigkeit Westeuropas langfristig aufrecht zu erhalten. Zu diesem Zweck wurden die neu entstandenen «grünen» Gruppen eingesetzt, z.B. die Anti-Atomkraft-Bewegung (siehe S.45 ff.) und die Partei «Bündnis 90/Die Grünen» (siehe S.48 ff.). (tm/tk)

Quellen:

1. wnd.com, Mutant Marxists in the «Heart of Darkness»
2. rffreporter.de, Anthropozän: Paul Crutzen's epochales Vermächtnis, 29.01.2021
3. Paul J. Crutzen, Michael Müller; Das Ende des blauen Planeten, C.H. Beck Verlag, 1990, S.144 f.
4. Andrei Sacharow, Wie ich mir die Zukunft vorstelle, Diogenes Verlag, 1968, S.34 ff.
5. Ebenda, S.82 ff.
6. Ebenda, S.78 ff.
7. Wadim Sagladin, Iwan Frolow; Globale Probleme der Gegenwart, Dietz Verlag, 1982, S.163 f.
8. Iwan Frolow, Global Problems and the Future of Mankind, Progress Publishers, 1982, S.125
9. Wadim Sagladin, Iwan Frolow; Globale Probleme der Gegenwart, Dietz Verlag, 1982, S.230
10. Murray Bookchin, Umwelt und Gesellschaft, Verlag Association, 1974, Originalausgabe: 1965, S.9 f.
11. Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.68 u. 73
12. Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, S.528-530
13. Murray Bookchin, Umwelt und Gesellschaft, Verlag Association, 1974, Originalausgabe: 1965, S.7 f.
14. Wadim Sagladin, Iwan Frolow; Globale Probleme der Gegenwart, Dietz Verlag, 1982, S.222 f.

Die Anti-Atomkraft-Bewegung: Ein Produkt der psychologischen Kriegsführung des Ostblocks

Während noch in den 1960er-Jahren die friedliche Nutzung der Atomenergie sowohl in der Bevölkerung als auch unter den Studenten der 68er-Revolution allgemein akzeptiert war und die Kernkraft als eine sichere, wirtschaftliche und umweltfreundliche Energiequelle für die Zukunft galt, änderte sich diese Haltung zu Beginn der 1970er-Jahre schlagartig. Plötzlich wurde der Kampf gegen die Atomenergie zur revolutionären Pflicht für all jene, die sich wenige Jahre zuvor noch dem Sturz des bundesdeutschen Gesellschaftssystems verschrieben hatten. Und so entstand beinahe über Nacht die Anti-AKW-Bewegung, die erstmals mit den Krawallen gegen das geplante Kernkraftwerk Wyhl und später mit den bürgerkriegsähnlichen Zuständen rund um die Atomanlagen Brokdorf, Kalkar, Gorleben und Wackersdorf in die Schlagzeilen geriet. Diese Anti-AKW-Bewegung markierte nicht nur den Grundstein für die weitere Entwicklung hin zu der allgemeinen Ökobewegung unserer Tage, sie erfüllte im Konzept der sowjetischen Strategie auch einen ganz besonderen Zweck. Der ehemalige Offizier des Geheimdienstes der Roten Armee (GRU), Viktor Suworow, erklärte welchen: «In der Führung der GRU hat man eine erhebliche Abneigung gegen die westlichen Atomkraftwerke, die die Abhängigkeit des Westens von einzuführenden Energieträgern (auch aus der Sowjetunion) reduzieren und den Westen unabhängig machen. Diese Atomkraftwerke gehören zu den Hauptzielen der Speznas [Spezialkommandos der Roten Armee].»⁽¹⁾

Unabhängigkeit und Wehrhaftigkeit

Da die künstliche Verknappung der Energieversorgung beim Aufbau des Weltkommunismus eine wichtige Rolle spielt (siehe S.72 ff.), hatte Moskau natürlich größtes Interesse daran, die westliche Fähigkeit zur Selbstversorgung so weit wie möglich zu untergraben. Darüber hinaus verfügt ein Staat mit einer entwickelten atomaren Infrastruktur auch über das Potenzial, innerhalb kurzer Zeit Kernwaffen herzustellen, die wiederum die einzige Möglichkeit für Westeuropa wären, sich im Verteidigungsfall gegen die erdrückende Übermacht der Roten Armee bzw. der russischen oder chinesischen Armee zur Wehr zu setzen.



Aufmarsch der «Grünen» in Nordrhein-Westfalen, 2011, nach der Fukushima-Katastrophe

Foto: Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Atomkraft%3F_Nein_Danke!.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>

Die ideale Methode, mit der Moskau sowohl seine militärische Offensivstrategie als auch die energiepolitische Abhängigkeit Westeuropas langfristig aufrechterhalten konnte, war der Aufbau der «Friedens-» und der Anti-AKW-Bewegung. Daher ist es keineswegs Zufall, dass kommunistische Parteien und Agenten bei ihrer Entstehung so grossen Aufwand betrieben und das sowjetische KGB sogar mit sogenannten «aktiven Massnahmen» unterstützend zur Seite stand. «Zum Beispiel», so berichtete

der amerikanische Autor John Barron bereits im Jahr 1974, «hat das amerikanische Verteidigungsministerium zuverlässig erfahren, dass der KGB ernsthaft mit dem Gedanken gespielt hat, in das Wasser eines Polaris-Stützpunktes [UGM-27 Polaris waren strategische Mittelstreckenraketen, die von Raketen-U-Booten aus abgefeuert werden konnten] radioaktive Abfallstoffe zu schütten. Die «Entdeckung» dieser Verseuchung wäre weltweit als Beweis dafür zitiert wor-



Auch bei der SED-Nachfolgepartei «Die Linke» wird der Kampf gegen die Atomkraft gross geschrieben. Die kommunistischen Genossen in China danken es ihnen und bauen weiter neue Reaktoren, um den «Klassenfeind» auszustecken.

Foto: Fraktion DIE LINKE, im Bundestag ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:%22Stopp_Castor_-_Gorleben_soll_leben%22_-_Demonstration_am_26.11.11_\(6406533469\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:%22Stopp_Castor_-_Gorleben_soll_leben%22_-_Demonstration_am_26.11.11_(6406533469).jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>



➔ den, dass Atom-U-Boote die Umwelt gefährden. Und dieser «Beweis» wäre wiederum bei einem KGB-Propagandafeldzug gegen den Bau der neuen Trident-U-Boote, die in den nächsten Jahren das Rückgrat des westlichen Abschreckungspotenzials bilden sollen, verwendet worden. Der KGB hat diese spezielle Operation als technisch undurchführbar aufgegeben. Aber er befasst sich weiter mit anderen Möglichkeiten, militärische und technologische Programme des Westens, die sowjetischen Interessen schaden, durch Ausnützung der Umweltschutzproblematik zu behindern.»⁽²⁾

Einen öffentlich sichtbaren Höhepunkt erreichte der kommunistische Einfluss auf die Anti-AKW-Bewegung zweifellos im Januar 1989, als hochrangige Vertreter der KPdSU und der Grünen-Partei mit Wissenschaftlern und Kernkraftgegnern ein Atomseminar im Wendland (Niedersachsen) abhielten, an dem unter anderem auch der oberste sowjetische Ökookommunismus-Ideologe Iwan Frolow (siehe S.38 ff.), die ehemalige grüne Bundesvorsitzende Jutta Ditfurth und der «kritische Wissenschaftler» Jens Scheer von der KPD-AO (siehe S.77 f.) teilnahmen. Frolows Haltung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie war besonders bezeichnend, behauptete er doch allen Ernstes, dass der Widerstand von Teilen der Bevölkerung gegen Atomkraftwerke in westlichen Ländern allein darauf beruhe, dass die Sicherheitsvorkehrungen in diesen Staaten aufgrund des «Strebens nach Profit und imperialistischer Vorherrschaft» oft vernachlässigt würden und die Nutzung der Kernenergie daher nicht etwa im Ostblock, sondern im Westen eine gefährliche Verseuchung der Umwelt bewirke. Eine sichere Nutzung der Kernenergie erfordere daher «die soziale Entwicklung der Welt auf dem Pfad des Sozialismus und Kommunismus».⁽³⁾ Dabei lag die damals drei Jahre zurückliegende «Tschernobyl-Katas-



Foto: Paula Schramm (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gr%C3%BCne_protests_against_nuclear_energy.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>

Die Grünen-Partei marschiert 2008 gegen das Atommüll-Endlager in Gorleben. Mit dabei: Cem Özdemir (heute Landwirtschaftsminister) und Renate Künast (damals Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Grünen, heute Abgeordnete im Bundestag).

trophe» eindeutig in der Verantwortung der sowjetischen Staatsführung, nicht des «profitgierigen» Klassenfeinds (siehe S.21 ff.). Der Anti-Atomkraft-Bewegung verlieh also ausgerechnet das Staatsversagen ihrer Unterstützer in Moskau weiteren Auftrieb.

Einseitige Kritik

Wenn ein Vertreter der UdSSR offiziell diese Linie vorgibt, dann braucht man sich nicht mehr darüber zu wundern, warum die Protagonisten der deutschen Anti-Atomkraft-Bewegung zwar seit jeher so vehement gegen die westlichen Kernkraftwerke protestieren, sich aber nicht an den Atomanlagen stören, mit denen Russland und China ihren Energiebedarf decken und das Spaltmaterial für ihre Kernwaf-

fen herstellen (siehe S.16 ff.). Ein ähnliches Missverhältnis begegnet uns auch beim Protest gegen den Ausstoss vermeintlicher «Treibhausgase», die nach Ansicht der «Umweltbewegung» zwar um jeden Preis in Deutschland, Europa und der westlichen Welt reduziert werden müssen, während Russland und China hingegen ihre Emissionen mit ähnlich absurden Begründungen, wie Frolow sie im Fall der Kernenergie vorgebracht hat, nicht zu reduzieren brauchen oder sie – wie in den Vereinbarungen des Rio-Prozesses festgeschrieben wurde – sogar noch steigern dürfen.

Trotz solch offensichtlicher Lügen und Widersprüche gelang es mit grossem propagandistischem Aufwand, die vielen verschiedenen Flügel der Bewegung, zu der auch aufrichtige Naturschützer, irreführte Christen und ganz normale Bürger zählten, in einer gemeinsamen Aktion zu organisieren. Wie es sich für eine Volksfront gehört, bestand jedoch der harte Kern der Bewegung stets aus militanten Kommunisten, was von der deutschen Politik in den 1970er- und 1980er-Jahren durchaus verstanden wurde. Der damalige Chef des bayerischen Landeskriminalamts, Dr. Helmut Trometer, hielt fest, dass «von den Zielsetzungen der RAF [...] eine klare Linie zum militanten Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage» in Wackersdorf führe.⁽⁴⁾

Aus einer Broschüre des Bundesinnenministeriums vom April 1999 geht hervor: «Für viele Autonome entwickelte sich in den vergangenen Jahren der Widerstand gegen die Nutzung der Kernenergie und

„Mit Verlaub, mit Atomenergie kann man im Winter nicht heizen.“

Claudia Roth, heute Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien im Kabinett Scholz, im Jahr 2009

Quelle: welt.de, Macht doch nicht so'n Theater: Claudia Roth, 10.01.2009



Foto: Foto-AG Gymnasium Melle (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Roth,_Claudia-0613.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

Das sagte Claudia Roth wohlgermerkt, um die Gasimporte aus Russland zu rechtfertigen, und lag damit natürlich daneben. So wird z.B. ein grosser Teil der Wohnungen und Häuser im deutschen Nachbarland Frankreich elektrisch beheizt, weitgehend mit Atomstrom. Darüber hinaus sieht die von Roth miteingeleitete Energiewende längerfristig elektrisches Heizen mit Strom aus Wind- und Sonnenenergie vor. Ist die ehemalige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags nicht einmal über die Grundzüge des Kernprojekts der Grünen im Bilde?

gegen Atommülltransporte – der Punkt, an dem die Atomwirtschaft am angreifbarsten sei – zu einem wichtigen Aktionsfeld. Unverhohlen geben sie zu erkennen, dass das «Einklinken» in die in ihrer grossen Mehrheit nichtextremistische Anti-AKW-Bewegung für sie lediglich ein taktisches Mittel ist, um ihren verfassungsfeindlichen Zielen näherzukommen: «Uns geht es [...] um weitaus mehr, als diesen [...] Castor [Spezialbehälter zur Lagerung und zum Transport hochradioaktiver Materialien] zu verhindern. Der Atomstaat ist lediglich ein Ausdruck der herrschenden Verhältnisse, welche die Atomenergie gegen die Interessen der Menschen hervorgebracht haben. Mit dieser Gesellschaftsordnung, die sich auf Konkurrenz, Macht- und Profitstreben gründet und dabei tagtäglich über Leichen geht, kann es für uns keinen Frieden geben – selbst wenn es eines Tages den Mächtigen gefallen sollte, alle Atomanlagen stillzulegen. [...] Der Kampf würde weitergeführt, auf anderen Ebenen, in anderen Zusammenhängen.»⁽⁵⁾ Damit nahmen die Anti-AKW-Extremisten das vorweg, was heute bittere Realität ist: Der Atomausstieg ist beschlossene Sache und trotzdem radikalisieren sich die «Umweltaktivisten» immer weiter «in anderen Zusammenhängen» (siehe S.76).

«Strahlenmolke»

Insbesondere nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 1986 bekam die Bewegung grossen Zulauf durch viele verunsicherte Bürger, die durch den kommunistischen harten Kern der Bewegung erst so richtig verrückt gemacht wurden. Ein Beispiel dafür, welche Auswirkungen diese Agitation hatte, ist der Fall der sogenannten «Strahlenmolke». Wenige Tage nach dem angeblichen «Super-GAU» in Tschernobyl soll infolge des damals vorherrschenden Ostwinds eine geringe Menge radioaktiven Fallouts über Deutschland



1980: Gerhard Schröder unterminiert die Energiesouveränität Deutschlands beim Besuch der Besetzer des geplanten Atommüllendlagers Gorleben.



2018: Gerhard Schröder ist ein enger «Freund» derjenigen Person, die am meisten von der fehlenden Energiesouveränität Deutschlands profitiert.

niedergegangen sein, sodass Weide- und Ackerflächen in Süddeutschland als minimal kontaminiert galten. Nach einer wochenlangen, stark emotionalisierten und völlig unsachlich geführten Diskussion wurden die Molkereien in den betroffenen Gebieten angewiesen, die Molke von der Milch abzutrennen und nicht in den Handel zu bringen, da sich in ihr Spuren von radioaktivem Cäsium-137 angereichert hätten. So fielen 5000 Tonnen «radioaktiver» Molke an, die auf 242 Eisenbahnwaggons verladen

und zunächst ziellos durch die Republik kutschiert wurden, bis sich schliesslich ein bewachtes Bundeswehrgelände als Zwischenlager fand. Der Vorschlag, die Molke als Dünger auf den Feldern auszubringen, da ihre Radioaktivität sogar niedriger war als die von handelsüblichem Mineraldünger, war in der aufgepeitschten Atmosphäre politisch nicht durchsetzbar. Erst nach langem Streit wurde schliesslich mit 70 Millionen Mark aus den Taschen der deutschen



Twitter-Beitrag des SPD-Politikers
Ralf Stegner am 02.01.2022

Interessant ist doch, dass der mittlerweile vermehrt auch als «rechts» und «faschistisch» bezeichnete Putin vom Atomausstieg Deutschlands profitiert wie kein anderer. Vermutlich würde ein Ralf Stegner im Affekt sogar zustimmen und Putin als lupenreinen «Faschisten» betiteln. Aber würde ihn das dann nicht zum Gehilfen eines «Faschisten» machen?



Ralf Stegner ✓
@Ralf_Stegner

Verstrahlte Reaktionen der Atomfans auf allen Social Media Kanälen bestätigen noch einmal in eindrucksvoller Weise alles, was ich in letzter Zeit dazu geschrieben habe. Inhaltlich+im Ton stehen sie Impfgegnern, Coronaleugnern+Rechtsradikalen kaum nach
[#AtomkraftNeinDanke](#)



➔ Steuerzahler eine eigene Entgiftungsanlage gebaut, in der das Molkepulver dekontaminiert wurde, um es schliesslich an die Schweine zu verfüttern, was man auch von Anfang an unbesorgt hätte tun können.

Jedoch war es der Anti-AKW-Bewegung gelungen, das Vertrauen der Bürger zu den Behörden weit genug zu untergraben, dass diese ihre politische Handlungsfähigkeit verloren und am Ende die Hysterie über die Vernunft siegte. Auch langfristig zahlte sich die Agitation der Anti-Atomkraft-Bewegung aus, denn es gelang ihr, die Kernkraft vor der deutschen Öffentlichkeit, entgegen der realen Gegebenheiten, als untragba-

res Risiko darzustellen, was sich seit den 1980er-Jahren auch in den Wahlerfolgen der Grünen-Partei niederschlägt. Als Folge davon wurde zunächst der Ausbau der Kernenergie verhindert, was konkret bedeutet, dass der Grossteil der geplanten Atomkraftwerke, welche eine energiepolitische Unabhängigkeit Deutschlands bei gleichzeitig niedrigen Stromkosten ermöglicht hätten, niemals gebaut wurde bzw. nach dem Bau nicht in Betrieb ging. Doch damit nicht genug: Leider gelang es der Anti-AKW-Bewegung auch, den vollständigen Ausstieg aus der Kernkraft politisch durchzusetzen, was zur Folge hat, dass die drei

gegenwärtig noch in Betrieb befindlichen deutschen Kernreaktoren bis Ende 2022 stillgelegt werden müssen. Damit entstand der deutschen Volkswirtschaft und dem deutschen Volk ein kaum absehbarer Schaden, der allein auf das Wirken der kryptokommunistischen Ökobewegung zurückzuführen ist. (tm/tk)



Quellen:

1. Viktor Suworow, Speznas, Dissberger Verlag, 1989, S.80
2. John Barron, KGB, Scherz Verlag, 1974, S.39 f.
3. Iwan Frolow, Global Problems and the Future of Mankind, Progress Publishers, 1982, S.116
4. Redaktion Atom Express, ...und auch nicht anderswo, Verlag Die Werkstatt, 1997, S.166
5. Bundesinnenministerium, Broschüre: Militante Autonome, April 1999

Die Grünen-Partei und ihr «Marsch durch die Institutionen»

Nachdem im Verlauf der 1970er-Jahre und besonders im «Deutschen Herbst» von 1977 klar wurde, dass sich die bürgerliche Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik mit ausserparlamentarischen Aktivitäten allein nicht beseitigen liess, also weder mit revolutionären Krawallen, Sitzblockaden oder Hausbesetzungen, noch durch Terroranschläge und auch nicht durch die politische Agitation der K-Gruppen, schlossen sich die Nachfolgebewegungen der 68er-Revolution im Januar 1980 in Karlsruhe zur neuen Partei «Die Grünen» zusammen. Dort trafen sich Kernkraftgegner, «Umweltschützer», Feministen/innen, «Friedensbewegte», Kirchenreformer und Terrorsympathisanten mit Vertretern sexueller Randgruppen und sogar einigen Konservativen, die sich auf die eine oder andere Art in die neu entstehende Partei verirrt hatten, von der linken Mehrheit aber schon bald wieder hinausgedrängt wurden. Rudi Dutschke, der «Lenin» der 68er-Bewegung, und der aus der DDR rübergemachte SED-Genosse Rudolf Bahro riefen die Mitglieder verschiedener kommunistischer Organisationen dazu auf, aus den K-Gruppen aus- und in die neue «grüne» Partei einzutreten. Diesem Aufruf entsprechend verliess nicht nur Antje Vollmer das Umfeld der maoistischen KPD-AO, um zu den Grünen zu wechseln, es folgten vom Kommunistischen Bund (KB) u.a. auch Jürgen Trittin, Rainer Trampert, Jürgen Reents und Thomas Ebermann. Vom Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) kamen u.a. Reinhard Bütikofer, Winfried Nachtwei, Krista Sager, Joscha Schmierer, Ralf Fücks, Winfried Kretschmann, Hermann Kühn, Willfried Maier und Dieter Mützelburg. Auch einige der RAF-Verteidiger wurden Mitglieder der Grünen, wie zum Beispiel Klaus Croissant,

WELT

„Ungleichheit“ soll abgeschafft werden, und zwar fast überall

welt.de, 19.03.2021,
zum Wahlprogramm der Grünen

Da die Menschen ihrem Wesen nach nun mal nicht gleich sind, sondern sich in Aussehen, Charakter, Fähigkeiten und nicht zuletzt auch in ihren Präferenzen unterscheiden, kann diese vielbeschworene Gleichheit nur durch die starke Hand eines unnachgiebigen Kontrollstaates hergestellt werden. Das Parteiprogramm der Grünen bestätigt diese Annahme.



Hans-Christian Ströbele und Otto Schily, der später zur SPD wechselte. Selbst einigen Mitgliedern der Frankfurter Spontis, die bisher nur durch regelmässige Prügeleien mit der Polizei aufgefallen waren, stand in der grünen Partei eine steile Karriere bevor, so beispielsweise Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer. Laut der Ökosozialistin und Feministin Jutta Ditfurth wollten die damaligen Parteigründer «das Thema Ökologie von links besetzen». Und sie erklärte: «Bei den Grünen schienen uns die Voraussetzungen dazu am günstigsten.»⁽¹⁾

Kampf gegen deutsche Souveränität

Dieselbe Jutta Ditfurth brüstete sich übrigens damit, im September 1984 die Spreng-

kammern in der Frankfurter Friedensbrücke zugemauert zu haben, die im Verteidigungsfall dabei helfen sollten, den Vormarsch sowjetischer Panzerarmeen zu verzögern.⁽²⁾ Im Ostblock hätte eine vergleichbare Tat das Todesurteil bedeuten können oder wenigstens die Deportation in den Gulag nach sich gezogen, in der «friedens- und umweltbewegten» Bundesrepublik jedoch förderte sie eine politische Karriere eher, als ihr zu schaden. Führt man sich vor Augen, dass sich an der kommunistischen Einstellung der russischen Führung bis heute nichts geändert hat, dann erkennt man eine klare Kontinuität, denn trotz gegenteiliger Rhetorik wird von den Grünen bis heute alles dafür getan, um den roten Weltmachtzielen den Weg zu ebnen.

Und trotz des seit einigen Monaten feststellbaren Umschwenkens in Sachen Verteidigung muss festgestellt werden, dass dies die seit Jahrzehnten stattfindende Abrüstung nicht wettmachen wird, die von den Altparteien und insbesondere den Grünen unterstützt wurde. Sehr zur Freude des Moskauer Politbüros fanden sich im 1980 beschlossenen Grundsatzprogramm der neuen Partei die Forderungen nach einseitiger Abrüstung und Austritt aus der NATO, sowie nach Anerkennung der DDR, in der die meisten Grünen



Foto: Max Pfeuffer ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sandra_Detzer_\(2016\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sandra_Detzer_(2016).jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

welt.de, 19.11.2021

WELT+ MEINUNG GASTBEITRAG

Wo wir Grünen an die Schalthebel der Macht kommen, werden wir nicht mehr verhandeln

Schon der Titel zum Welt-Artikel von Sandra Detzer, Landeschefin der Grünen in Baden-Württemberg und Mitglied des Bundestags, gibt ein ungefähres Bild des Freiheits- und Demokratieverständnisses der Grünen-Partei ab. Das verwundert nicht, denn ihre Wurzeln liegen in der Ideologie des Marxismus-Leninismus.

ohnehin den besseren, weil sozialistischen, deutschen Staat sahen. Diese Haltung änderte sich selbst nach dem Mauerfall nicht, und daher stand der Bundestagswahlkampf der Grünen im Wiedervereinigungsjahr 1990 auch unter dem Motto «Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter» (siehe S.43). Die einseitige Abrüstung wurde mit dem Siegeszug der Grünen in den 90ern intensiviert. Heute erkennen wir die Folgen davon deutlich. So antwortete der ehemalige NATO-General Egon Ramms im «heute-journal» des ZDF auf die Frage, ob die Bundeswehr in der Lage wäre, die Bundesrepublik Deutschland zu verteidigen, schlicht mit einem klaren «Nein» – das war im Februar 2022. ⁽³⁾

Es ging der Grünen-Partei also von Beginn an nicht darum, eine Politik im Interesse des deutschen Volkes zu betreiben, sondern sie sollte multikulturell, feministisch, antikapitalistisch und ökosozialistisch sein. Letzterer Punkt wurde im Grundsatzprogramm von 1980 wie folgt festgehalten: «Sowohl aus der Wettbewerbswirtschaft als auch aus der Konzentration wirtschaftlicher Macht in Staats- und privatkapitalistischen Monopolen gehen jene ausbeuterischen Wachstumszwänge hervor, in deren Folge die völlige Verseuchung und Verwüstung der menschlichen Lebensbasis droht.

Hier genau verbinden sich die Umweltschutz- und Ökologiebewegung mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.» Damit lag das grüne Parteiprogramm exakt auf der ideologischen Linie von Murray Bookchin (siehe S.39 ff.) und der seit 1956 geltenden sowjetischen Langzeitstrategie, die unter anderem darauf abzielte, unter dem Deckmantel des Umweltschutzes gegen das marktwirtschaftliche Privatunternehmertum des Westens vorzugehen. Auch die Ablehnung der Kernkraft, wie von den Grünen vertreten, findet sich bereits bei Bookchin, der 1965 schrieb: «Natürlich kann man sich nuklearen Brennstoffen zuwenden, aber allein der Gedanke an die tödlichen radioaktiven Rückstände, die irgendwo gelagert werden müssten, wenn Atomreaktoren unsere einzige Energiequelle wären, ist furchtbar genug. Schliesslich würde ein Energiesystem, das auf radioaktivem Material beruht, zu einer weitverbreiteten Vergiftung der Umgegend führen – zuerst in kaum merkbarer Form, später aber in massiven und spürbar zerstörerischen Ausmassen.» ⁽⁴⁾

2002 hiess es dann im Grundsatzprogramm der Grünen: «Die Atomkraft ist keine verantwortbare Option für die Energiewirtschaft der Zukunft [...] Dieses Risiko dürfen wir nicht eingehen. Weltweit gibt es noch keine Lösung für die Entsorgung des Zehntau-

sende von Jahren strahlenden Atommülls. Das ist unverantwortlich gegenüber zukünftigen Generationen.» Sogar angesichts der Gas-Krise verkündeten die Grünen-Minister Robert Habeck und Steffi Lemke im März 2022, eine Laufzeitverlängerung der verbliebenen Atomkraftwerke käme nicht in Frage und sie würden plangemäss noch in diesem Jahr abgeschaltet. ⁽⁵⁾

Energiewende aus der Feder Bookchins

Statt der Atomkraft forderte Bookchin 1965 in etwa das, was die deutsche Bundesregierung mit der Energiewende in die Tat umsetzte: «Wir könnten versuchen, die frühere gebietsweise Energieversorgung wiederherzustellen, indem wir ein kombiniertes Energiesystem benutzen, das durch Wind-, Wasser- und Sonnenkraft gespeist wird. [...] Sonnenenergiespeiste Apparate, Windturbinen und hydroelektrische Quellen bieten einzeln genommen noch keine Lösung für unsere Energieprobleme und die ökologische Verwüstung, die durch die herkömmlichen Brennstoffe geschaffen wurde. Aber in einer



Bild

KOMUNISMUS ALS VORBILD?

Grüne Jugend warb mit Lenin-Propaganda

bild.de, 10.05.2021

Die Grüne Jugend verwertete Propaganda-Plakate der kommunistischen Jugendorganisation «Komsomol» aus den 1930er-Jahren neu.

Deswegen vergleicht man die sogenannten Grünen oft mehr oder minder scherzhaft mit Wassermelonen: aussen grün und innen rot.





Hamburgs Grüne verbieten Einfamilienhäuser

Traumhaus ade

Eine Kolumne von Alexander Neubacher

In Hamburg-Nord dürfen keine Einfamilienhäuser mehr gebaut werden, weitere Kommunen werden folgen. Das neue grüne Wohnideal kommt aus dem Osten.

spiegel.de, 06.02.2021

DIE ZEIT

Grüne wollen Häuslebauer zu Solaranlagen verpflichten

zeit.de, 15.01.2021

SPIEGEL

Berliner Grüne drohen Wohnungskonzernen mit Enteignung

spiegel.de, 20.03.2021

R Plus

Grüne wollen Hauseigentümer zu Vermietung zwingen

rheinfalz.de, 01.02.2022

FOCUS

Neue Fahrverbote in Berlin

Grüne und SPD wollen auch nagelneue Euro-6-Diesel verbieten

focus.de, 09.10.2018

→ mosaikartigen Struktur, als ein organisches Energienetz, das aus Möglichkeiten des jeweiligen Gebietes entwickelt ist, könnten diese verschiedenen Energiequellen gut die Bedürfnisse einer dezentralisierten Gesellschaft erfüllen. In sonnigen Breiten könnten wir uns stärker auf Sonnenenergie stützen als auf brennbare Treibstoffe. In Gegenden mit häufigen atmosphärischen Unruhen können wir uns mehr auf Windenergiespeicher stützen; und in dafür geeigneten Küstengebieten oder auch in Inlandgebieten mit einem guten Flussnetz würden wir unsere Energie aus hydroelektrischen Einrichtungen beziehen.»

⁽⁴⁾ Dass auch dieser Mix aus Wind, Sonne und Wasser nicht funktioniert, insbesondere in Deutschland nicht, wurde ausführlich in Ausgabe 47 dargelegt. (tm/tk)

Die Methoden der Grünen ähneln jenen der UdSSR-Politbüros frappant: eine totalitäre Mischung aus Zwängen und Verboten.

Quellen:

1. Jutta Ditfurth, Das waren die Grünen, Econ Taschenbuch, 2001, S.79 f.
2. Ebenda, S.152

3. welt.de, «Wäre die Bundeswehr im Ernstfall in der Lage, Deutschland zu verteidigen?» - «Nein», 25.02.2022

4. Murray Bookchin, Umwelt und Gesellschaft, Verlag Association, 1974, Originalausgabe: 1965, S.16 f.

5. zeit.de, Wirtschafts- und Umweltminister gegen Verlängerung von Atomkraft, 08.03.2022



EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Dass es sich bei der misslichen Lage, in der sich Deutschland betreffend seiner Energieversorgung befindet, schwerlich um die Konsequenz aus Zeitgeist, Fehlern oder Inkompetenz handeln kann, wird selbst von Kritikern der Energiewende nur selten als Argument vorgebracht. Dabei liegen die Zusammenhänge eigentlich auf dem Präsentierteller: Obwohl Wladimir Putins kommunistische Gesinnung mittlerweile selbst im Mainstream lang und breit thematisiert wird, bleibt der grosse Elefant im Raum unerwähnt, nämlich dass enorme Übereinstimmungen zwischen Putins neo-kommunistischem und dem «grünen» Weltbild unserer Politiker bestehen: «Rote» wie «Grüne» sehen die Lösung für teilweise echte, teilweise schlicht herbeifantasierte «Probleme» in einer internationalen Bürokratie, die dem Individuum jede Eigenverantwortung und die Freiheit abnimmt. Bei näherer Betrachtung sind nicht nur die jeweilige Methodik, die Zielsetzung und das Feindbild sehr ähnlich - schliesslich geht es in beiden Fällen gegen die marktwirtschaftliche westliche Industriegesellschaft.

Die Ökobewegung, aus der Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen hervorgingen, und deren Mitglieder in alle möglichen Schlüsselpositionen der deutschen Gesellschaft wanderten, entstand im direkten Gefolge der Studentenrevolte von 1968 und war daher von Beginn an einheitlich politisch

links orientiert. Weder die Studentenrevolte noch die aus ihr hervorgegangene Ökobewegung entstanden spontan oder zufällig. Nachdem Nikita Chruschtschow 1956 öffentlichkeitswirksam mit dem Stalinismus gebrochen hatte, begann das sowjetische Politbüro mit der Umsetzung einer neuen Langzeitstrategie, die über Jahrzehnte hinweg schliesslich zur Errichtung einer kommunistischen Weltregierung führen sollte (Ausgaben 41/42). Ein Zwischenziel dieser Strategie war die vorsätzliche gesellschaftliche Zersetzung der westlichen Staaten, beginnend in den 1960er-Jahren mit der marxistischen Aufhetzung der Jugend, die durch kommunistische Einflussagenten sichergestellt wurde. Nur vor diesem Hintergrund ist nachzuvollziehen, welchen Zweck die Ökobewegung eigentlich erfüllte (auch wenn sich viele der Mitglieder darüber sicher nicht im Klaren waren/sind).

Tatsächlich wurde der «Umweltschutz» vom sowjetischen Politbüro bereits 1956 als geeigneter Vorwand für die revolutionäre Umgestaltung der westlichen Staaten und für den Aufbau einer sozialistischen Weltregierung erkannt. Bestätigt wird dies von keinem Geringeren als dem Sowjet-Ideologen Iwan Frolow, der in seinen programmatischen Texten zum Teil sehr deutlich davon sprach, dass unter dem Deckmantel des Umweltschutzes in Wirklichkeit Klassenkampf betrieben wird. Auch der sowjetische Kernphysiker Andrei

Sacharow, der nach Aussage des KGB-Überläufers Anatoli Golitsyn im Verlauf der kommunistischen Langzeitstrategie die Rolle eines antistalinistischen Scheindissidenten übernahm, um das Image des Kommunismus öffentlichkeitswirksam aufzubessern – weg vom Stalinismus hin zu einem attraktiven «reformierten Sozialismus» – zog «Umwelt- und Klimaschutz» als Argumente für die weltweite Einführung einer sozialistischen Gesellschaft heran, um dieser ein attraktives Erscheinungsbild zu verleihen.

Wichtigster und einflussreichster Ideengeber der Ökobewegung war allerdings der amerikanische Kommunist Murray Bookchin. In seiner 1965 erschienenen Schrift «Ökologie und revolutionäres Denken» sah die Mitbegründerin und langjährige Bundesvorsitzende der Grünen Jutta Ditfurth das «erste radikal-ökologische Manifest». Der «kapitalistischen» Ausbeutung der Natur, so Bookchin, könne man nur durch eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft begegnen. Bookchin, Sacharow und auch Frolov vereint, dass sie vor einer angeblich brandgefährlichen Erderwärmung durch Kohlendioxid warnten, lange bevor dieses (Pseudo-)Thema in der öffentlichen Meinung propagandistisch verankert wurde. Auch die anderen Ausführungen dieser kommunistischen Sprachrohre sind absolut identisch mit der heutigen «Klima-» und «Umweltschutz»-Propaganda, mit welcher der westliche Bürger und Steuerzahler inzwischen tagtäglich beschallt wird.

Nach dem Ende des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds, der in Deutschland das Rückgrat der 68er-Bewegung gebildet hatte, begannen die marxistisch aufgehetzten Studenten mit Beginn der 1970er-Jahre den «Marsch durch die Institutionen», zu dem sie von Rudi Dutschke, in Anlehnung an den italienischen Marxisten Antonio Gramsci, aufgefordert worden waren. Viele traten in die etablierten Parteien ein, was deren politische Ausrichtung deutlich nach links verlagerte, während sich andere zu einer Reihe kommunistischer Gruppen und Kleinparteien, den sogenannten K-Gruppen, zusammenschlossen oder sich in den gerade entstehenden «neuen sozialen Bewegungen» engagierten, zu denen unter anderem die Frauenbewegung, die «Friedensbewegung» und die Öko- und Anti-Atomkraft-Bewegung gehörten.

Ein Streckenziel der Kommunisten auf dem Weg zur Weltrevolution war es, die energiepolitische Abhängigkeit Westeuropas langfristig aufrecht zu erhalten. Zu diesem Zweck wurden die neu entstandenen «grünen» Gruppen eingesetzt. Ab Beginn der 1970er-Jahre wurde der Kampf gegen die Atomenergie, gegen die auch Frolov, Sacharow und Bookchin polemisiert hatten, zur revolutionären Pflicht für all jene, die sich wenige Jahre zuvor noch dem Sturz des bundesdeutschen Gesellschaftssystems verschrieben hatten. Und so entstand beinahe über Nacht die Anti-AKW-Bewegung, die erstmals mit den Krawallen gegen das geplante Kernkraftwerk Wyhl und später mit den bürgerkriegsähnlichen Zuständen rund um die Atomanlagen Brokdorf, Kalkar, Gorleben und Wackersdorf in die Schlagzeilen geriet. Diese Anti-AKW-Bewegung markierte nicht nur den Grundstein für die weitere Entwicklung hin zu der allgemeinen Ökobewegung unserer Tage, sie erfüllte im Konzept der sowjetischen Strategie den Zweck, die westliche Energieversorgung mit zuverlässigem Atomstrom zu sabotieren. Laut dem sowjetischen Überläufer Viktor Suworow war diese seiner

ehemaligen Führung ein besonderer Dorn im Auge, da sie Unabhängigkeit von anderen Ländern versprach. Ein Staat mit einer entwickelten atomaren Infrastruktur verfügt auch über das Potenzial, innerhalb kurzer Zeit Kernwaffen herzustellen, die wiederum die einzige Möglichkeit für Westeuropa wären, sich im Verteidigungsfall gegen die erdrückende Übermacht der Roten Armee bzw. russischen oder chinesischen Armee zur Wehr zu setzen. Die ideale Methode, mit der Moskau sowohl seine militärische Offensivstrategie als auch die energiepolitische Abhängigkeit Westeuropas langfristig aufrechterhalten konnte, war der Aufbau der «Friedens-» und der Anti-AKW-Bewegung.

So wundert es nicht, dass die Protagonisten der deutschen Anti-Atomkraft-Bewegung zwar seit jeher so vehement gegen die westlichen Kernkraftwerke protestieren, sich aber nicht an den Atomanlagen stören, mit denen Russland und China ihren Energiebedarf decken und das Spaltmaterial für ihre Kernwaffen herstellen (siehe S.16 ff.). Ein ähnliches Missverhältnis begegnet uns auch beim Protest gegen den Ausstoss vermeintlicher «Treibhausgase», die nach Ansicht der «Umweltbewegung» zwar um jeden Preis in Deutschland, Europa und der westlichen Welt reduziert werden müssen, während hingegen Russland und China ihre Emissionen mit ähnlich absurden Begründungen nicht zu reduzieren brauchen oder sie – wie in den Vereinbarungen des Rio-Prozesses festgeschrieben wurde – sogar noch steigern dürfen. Leider gelang es der Anti-AKW-Bewegung in Deutschland den Ausstieg aus der Kernkraft politisch durchzusetzen, was zur Folge hat, dass die drei gegenwärtig noch in Betrieb befindlichen deutschen Kernreaktoren bis Ende 2022 stillgelegt werden müssen. Damit entstand der deutschen Volkswirtschaft und dem deutschen Volk ein kaum absehbarer Schaden, der allein auf das Wirken der krypto-kommunistischen Ökobewegung zurückzuführen ist.

Diese Ökobewegung mündete 1980 in der Gründung der neuen Partei «Die Grünen», in die zahlreiche «Ex»-Kommunisten wie Jürgen Trittin, Joschka Fischer, Daniel Cohn-Bendit oder Winfried Kretschmann eintraten. Laut der Partei-Mitbegründerin Jutta Ditfurth wollten sie und ihre Mitstreiter «das Thema Ökologie von links besetzen». Und sie erklärte: «Bei den Grünen schienen uns die Voraussetzungen dazu am günstigsten.» Es ging der Grünen-Partei also von Beginn an nicht darum, eine Politik im Interesse des deutschen Volkes zu betreiben, sondern sie sollte multikulturell, feministisch, antikapitalistisch und ökosozialistisch sein. Schon das erste Grünen-Parteiprogramm von 1980 lag exakt auf der ideologischen Linie von Frolov, Sacharow und Bookchin und damit der seit 1956 geltenden sowjetischen Langzeitstrategie, die u.a. darauf abzielte, unter dem Deckmantel des Umweltschutzes gegen das marktwirtschaftliche Privatunternehmertum des Westens vorzugehen. Damit sollte es eigentlich als erwiesen gelten, dass es sich nicht um Naivität und Inkompetenz handelt, wenn das «grüne» Handeln dem Kreml bis heute in die Karten spielt.

Als Beispiel für das typische «grüne» Handeln wollen wir im folgenden Teil die Agenda der «Elektromobilität» heranziehen, die ein Paradebeispiel für «grüne» Planwirtschaft darstellt und tatsächlich in ihren Grundzügen schon von Murray Bookchin vorweggenommen wurde.



Auf einen Blick

▶ Dass Elektro-Autos den Wohlstand und die Freiheit des Normalbürgers einschränken sollen, hatte schon der «grüne» Vordenker Murray Bookchin 1965 anempfohlen und genau dies wird fast 50 Jahre später in Deutschland realisiert.

▶ Was Anschaffungs- und Unterhaltskosten betrifft, schneidet ein Elektro-Auto schlechter ab als ein Verbrennungsmotor, weshalb dessen Einführung planwirtschaftlich erzwungen werden muss, was wiederum von der marxistischen Grundhaltung «unserer» politischen Kaste zeugt.

▶ Neben dem Preisnachteil und dem utopischen Energiebedarf von E-Autos holt sich die Politik mit dem erzwungenen Übergang zur E-Mobilität ein weiteres schwerwiegendes Problem ins Haus: die Abhängigkeit von seltenen Metallen, bei deren Abbau und Weiterverarbeitung «ausgerechnet» China und Russland eine Schlüsselrolle spielen.

Einschränkung der Mobilität durch «grüne» Politik

Die Bekämpfung des motorisierten Individualverkehrs durch den Bau von absichtlich den Verkehrsfluss störenden Hindernissen und die Verhängung sinnloser Geschwindigkeitsbegrenzungen oder totaler Fahrverbote haben einen ebenso kommunistischen Hintergrund wie die «grüne» Forderung nach dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowie der Einführung von Elektro- oder Hybridautos. Joschka Fischer, ehemaliger grüner Bundesausserminister, schrieb 1989 in seinem Buch «Der Umbau

der Industriegesellschaft»: «Der Abschied von der Hegemonie des Automobils in den modernen Industriegesellschaften wird allerdings mit der schwierigste Teil einer jeden ökologischen Umbaupolitik werden. [...] Dieser Abschied wird daher schwierig und schmerzhaft und quälend werden, aber er ist nichtsdestotrotz unausweichlich.»⁽¹⁾

Hierzu heisst es beim Grünen-Vordenker Murray Bookchin (siehe S.39 ff.) anno 1965: «Ich will ein Beispiel aus dem problematischen Transportbereich zitieren: Es ist schon eine ganze Menge über die schädlichen Effekte von Fahrzeugen

mit Benzinmotoren geschrieben worden – die Verschwendung, ihre Rolle bei der Luftverschmutzung, der Lärm, den sie im Stadtgebiet machen, die grosse Zahl von Todesopfern, die sie jährlich in den grossen Städten und auf den Überlandstrassen fordern. In einer Zivilisation, die in hohem Masse verstädtet ist, würde es unnütz sein, diese schädlichen Fahrzeuge durch saubere, wirksame, praktisch geräuschlose und wahrscheinlich sicherere **batteriebetriebene Fahrzeuge** zu ersetzen. Selbst die Besten unserer **Elektro-Autos** müssen ungefähr alle 150 km aufgeladen werden – was ihre Nützlichkeit für den Transport in den grossen Städten einschränkt. In einer kleinen dezentralisierten Gemeinde dagegen wäre es möglich, diese Elektrofahrzeuge für den Verkehr in der jeweiligen Stadt oder ihrer Umgebung zu benutzen und Schienennetze für den Transport über grössere Entfernungen zu schaffen.»⁽²⁾ Für Bookchin gingen die Einschränkung der Bewegungsfreiheit des Normalbürgers und das Konzept Elektro-Auto also Hand in Hand.



„«Das Bezirksamt soll im Rahmen eines Pilotprojekts Bürger*innen dazu animieren, temporär auf das eigene Auto zu verzichten. Im Gegenzug werden alternative Mobilitätsangebote im Carsharing und dem öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung gestellt.»

Von der Webseite der Grünen-Fraktion Treptow-Köpenick, Januar 2021

Quelle: fraktion-gruene-treptow-koepenick.de, Mut zur Veränderung: Einen Monat ohne Auto in Treptow-Köpenick, 28.01.2021

Wer in der Politik von einer zukünftigen E-Mobilität schwärmt, meint eigentlich: öffentliche Verkehrsmittel, zu Fuss gehen, Fahrradfahren und Car-Sharing für die breite Masse. Ein eigenes Elektro-Auto wird für die Mehrheit unerschwinglich bleiben.

Car-Sharing

In Bookchins Vorstellung könnten die Strassen einer grossen Stadt abgetragen werden, um stattdessen kollektive Transportexperimente zu stimulieren. Auf den frei werdenden Flächen würde man öffentliche Parks, Gärten und Plätze einrichten. Die Bewohner wären angehalten, sich bevorzugt mit staatlichen Verkehrsmitteln fortzubewegen (zumindest solange der Staat ihm das gestattet), zu laufen oder mit dem Fahrrad zu fahren und nur in Ausnahmefällen eines jener Autos zu benutzen, die sie künftig in einem kollektiven Car-Sharing-System gemeinsam verwalten würden. So könnte die Gesamtzahl der Pkw deutlich vermindert werden.⁽³⁾

Ganz Bookchins Weltbild entsprechend ist auch die sich seit 2020 beschleuni-

1 CarSharing-Fahrzeug ersetzt bis zu 20 private Pkw.

CarSharing schafft mehr Platz für Lebensqualität.



Werbefoto des Bundesverbands CarSharing e.V.

Mit einem ähnlichen Tenor wartete das WEF-Video «Lockdowns verbessern still und heimlich Städte rund um die Welt!» auf. «In einigen Städten hat das Umgebungsgeräusch um 50 Prozent abgenommen», freute sich das WEF über die drastischen Freiheits-einschränkungen der damaligen Zeit, «während weniger Menschen Verkehrsmittel benutzen und Fabriken geschlossen haben». Die typisch «grüne», indirekt kommunizierte Botschaft lautet: Ohne den Schädling Mensch kann die Erde endlich aufatmen.

Ein Carsharing-Fahrzeug ersetzt vier bis über zehn Fahrzeuge

Auf den frei werdenden Stellflächen wäre in einer Großstadt wie München Platz für ...



56.000
Wohnungen

+ 420
neue Spielplätze

+ 3 große
Parkanlagen!

Umwelt
Bundesamt

Wie eigentlich immer bei den Grünen wird die Verantwortlichkeit auf den Kopf gestellt: Der hart arbeitende, Steuern zahlende, sich durch den Berufsverkehr schleppende Bürger hat nicht zu fordern, dass die im (aus Fremdarbeit bezogenen) Geld schwimmende Politikerkaste die Strassen ausbaut bzw. Lösungen für allgemeine Probleme findet. Nein, er soll zusätzlich leiden, verzichten und seinen Lebensstandard einschränken, z.B. indem er in Zukunft auf den eigenen Pkw verzichtet und aus Kostengründen auf Car-Sharing zurückgreift. Mit einer sehr ähnlichen «Logik» regierten auch Lenin und Stalin über ihre Untertanen.

gende Entwicklung hin zur Arbeit von zuhause (Homeoffice). Von Greenpeace Deutschland wurde vor Kurzem sogar eine Homeoffice-Pflicht ins Spiel gebracht – zum «Klimaschutz» versteht sich. ⁽⁴⁾ Setzt man sich einmal genauer mit dem Thema Elektromobilität auseinander, wird näm-

lich schnell klar, dass sie nur funktionieren kann, wenn die Mehrheit der Deutschen auf Individualverkehr über lange Distanzen verzichtet und nur noch ein Bruchteil der Deutschen ein (E-)Auto besitzt. Mehr hierzu auf den kommenden Seiten. (tk/tm)

Quellen:

1. Joschka Fischer, Der Umbau der Industriegesellschaft, Eichborn Verlag, 1989, S.84
2. Murray Bookchin, Umwelt und Gesellschaft, Verlag Association, 1974, Originalausgabe: 1965, S.18
3. Cornelia Wicht, Der ökologische Anarchismus Murray Bookchins, Verlag Freie Gesellschaft, 1980, S.62
4. nau.ch, Kommt jetzt die Homeoffice-Pflicht fürs Klima?, 23.04.2022

Elektromobilität: Sozialismus pur

Durchaus erstaunlich ist, dass der geistige Urvater der «Grünen» die Einführung von Elektro- und Hybridautos vorwegnahm (siehe S.52), denn tatsächlich handelt es sich bei E-Mobilität um ein Paradebeispiel von Planwirtschaft «grüner» Prägung, so als ob Bookchins Zukunftsversion heute mustergültig umgesetzt würde. 2008 forderte die damalige Regierungschefin Merkel im sogenannten «Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität», dass bis zum Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf deutschen Straßen unterwegs sein sollen. ⁽¹⁾ Ein Anflug von politischer Hybris und Ausdruck der ideologischen Vermessenheit, denn weder Nachfrage noch Ladeinfrastruktur rechtfertigten das Ziel. Und tatsächlich deutet nichts darauf hin, dass sich Elektro-Autos von alleine hätten durchsetzen können. «Momentan hält die grossflächige Einführung von Elektro-Autos einer normalen Projektrenditeentscheidung kaum stand», sagte Georg Sticher, Manager der Unternehmensberatungsfirma «Boston Consulting Group», in einer Studie von 2010. Daher könne «schnelle Weiterentwicklung und Marktdurchdringung nur mit Hilfe von regulativen Eingriffen und staatlichen Förderungen sichergestellt werden». Im Klartext heisst das: Die Käufer müssen zum Kauf dieser teuren Spielzeuge gezwungen werden, wie auch schon bei den «erneuerbaren» Energieformen (Ausgabe 47). ⁽²⁾ Eine Erfüllung des von Merkel 2008 gesetzten Quoten-Ziels für 2020 war nicht in Sicht. Fünf Jahre später, im Jahr 2013, befanden sich noch wenige tausend zugelassene Fahrzeuge auf Deutschlands Straßen. Der damalige Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer forderte, statt Skepsis sei «Begeisterung» notwendig. ⁽³⁾

Fortschritt kann nicht befohlen werden

«Wir werden es schaffen», tönte er und verkündete damit jenen Slogan, den Merkel nur zwei Jahre danach gebrauchte, um das Flüchtlingsdebakel von 2015 zu rechtfertigen – ob die beiden möglicherweise denselben PR-Berater konsultierten? In der für die meisten Berufspolitiker typischen Vermessenheit war Ramsauer überzeugt, dass die Nachfrage von ganz allein aufkommen würde, wenn nur genügend Angebot vorhanden wäre, und ignorierte dabei eines der fundamentalen ökonomischen Prinzipien, nämlich dass sich technischer Fortschritt nicht politisch erzwingen lässt. Der Diplom-Ingenieur Frank Hennig bringt es



Foto: Michael Movchin (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Elektroauto_1.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

mehr als treffend auf den Punkt, wenn er schreibt: «Technischer Fortschritt hat auf dem Weg politischer Festlegung noch nie funktioniert. Der Geist des technischen Fortschritts besteht im Streben der Menschen nach immer besserer Technik zum fairen Preis. Weder der Dieselmotor noch die Braun'sche Röhre oder der Mikrochip entsprangen politischen Weisungen. Technologiesprünge sind nicht vorhersehbar, für naturwissenschaftlich meist schmalgebildete Politiker ohnehin nicht. Politik kann bei Forschung und Markteinführung helfen, technologische Innovationen aber

weder herbei kommandieren noch mit grossen Mengen an Geld erzwingen. Technischer Fortschritt erfolgt fast ausschliesslich marktgetrieben, weil Produzenten Geld verdienen und Verbraucher immer bessere Waren haben wollen.» ⁽⁴⁾

Ziel verfehlt

Das Ziel, dem Volk bis 2020 eine Million Elektro-Autos anzudrehen, scheiterte jedenfalls kläglich. Ungeachtet der massiv gebrauchten Subventionen und der beinahe in Dauerschleife einwirkenden Propa-



Foto: Shutterstock/Ralf Minor

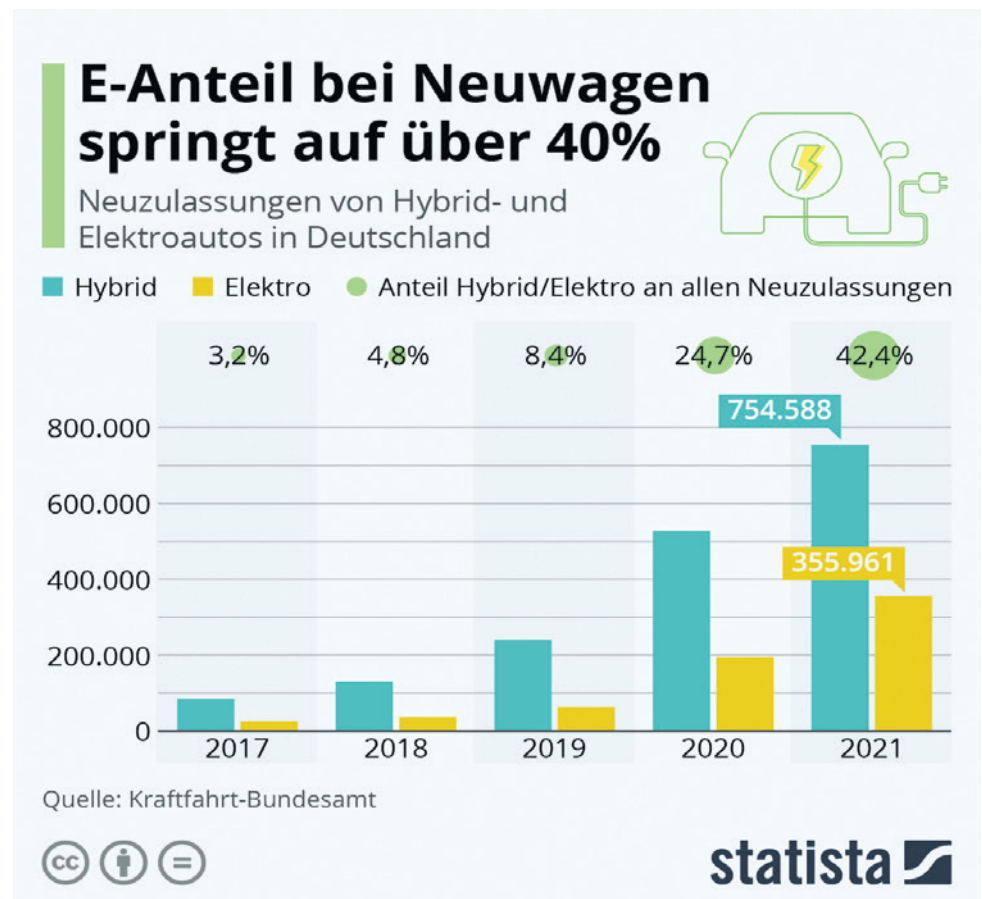
September 2019 in Frankfurt am Main: Zum letzten Mal fand hier die Internationale Automobil Ausstellung (IAA) statt, begleitet von heftigen Protesten. Vor dem Messe-Gelände fand sich ein, was im links-grünen Spektrum Rang und Namen hat. Gefordert wurde von ihnen eine «Verkehrswende», dabei war die Planung derselben auf dem Messegelände in vollem Gange.

ganda wollte der Bürger einfach nicht kaufen und die Anzahl der E-Autos belief sich 2020 noch auf läppische 136'000. Erst in den letzten beiden Jahren wirkten die angelegten politischen Daumenschrauben und die Zahl der Elektrofahrzeuge ging massiv nach oben. Zwar bleibt man weiter hinter dem erklärten Ziel der Million zurück, doch stieg die Zahl seit 2020 zunächst auf 309'000 im Jahr 2021 und verdoppelte sich dann im Jahr 2022 nochmals auf 618'000 Fahrzeuge. ⁽⁵⁾ Was im Vergleich zu den fast 46 Millionen Benzin- und Diesel-Pkws, die 2022 auf Deutschlands Strassen verkehren, immer noch keine beträchtliche Anzahl darstellt. ⁽⁶⁾

Die Anschaffung eines Autos kann und darf für eine Familie keine leichtfertig getroffene Entscheidung sein, denn immerhin stellt der Erwerb eines Fahrzeugs meist die teuerste Investition zu tätige in einen Gebrauchsgegenstand dar. Viele Aspekte möchten bedacht werden, u.a. spielen Anschaffungs- und Unterhaltskosten sowie auch der Wiederverkaufswert eine erhebliche Rolle. Auch wenn Propaganda und der Einsatz von Subventionsgeldern darüber hinwegtäuschen sollen, in all diesen Punkten schneidet ein Elektro-Auto langfristig schlechter ab als ein Verbrenner.

Erzwungener Wechsel

Nachdem die Politik den Verbrennungsmotor zum Auslaufmodell stigmatisierte, verlagerten sich inzwischen beinahe alle Fahrzeughersteller bei der Konzeption und Produktion ihrer neuen Modelle auf einen elektronischen Antrieb. Volvo und Volkswagen waren die ersten, die ankündigten, voll und ganz auf die Elektrifizierung zu setzen. Es folgten u.a. Daimler und GM, die den Abschied vom Verbrennungsmotor verkündeten. Auch BMW will stärker auf die E-Mobilität setzen und kündigte Ende 2020 an, dass in Deutschland ab 2024 keine Verbrenner mehr produziert werden sollen. Vor wenigen Wochen machten dann Ford und Jaguar Schlagzeilen: Ford will seine europäische Pkw-Palette innerhalb der nächsten



zehn Jahre auf reinen E-Antrieb umstellen, Jaguar ab 2025 nur noch Elektro-Autos bauen. Eine Entscheidung, welche die Branche nicht freiwillig traf – die Politik lässt ihr schlichtweg keine andere Wahl. Audi-Chef Markus Duesmann, dessen Unternehmen mittlerweile auch den Abschied vom Verbrenner ankündigte, sagte, die EU-Pläne für eine noch strengere Abgasnorm «Euro 7» seien «technisch eine riesige Herausforderung bei gleichzeitig geringem Nutzen für die Umwelt. Das schränkt den Verbrennungsmotor extrem ein». ⁽⁷⁾

Die besagte Euro-7-Abgasnorm könnte ab 2025 kommen und wird die angeblichen Schadstoffe, die ein Fahrzeug emittieren darf, drastisch reduzieren, sodass den Herstellern praktisch keine Wahl mehr bleibt als vollständig auf E-Autos umzustellen. «Inzwischen ist die Regulierung so weit,

dass ein Auto ab 2030 nur noch 1,8 Liter Diesel-Äquivalente pro hundert Kilometer verbrauchen darf», sagt der Ökonom Prof. Hans-Werner Sinn. Technisch seien Verbrenner-Fahrzeuge mit heutigem Komfort und Sicherheitsstandard so gar nicht mehr realisierbar. ⁽⁸⁾ Zudem planen immer mehr Länder ganz offen Verbote von Verbrennungsmotoren. Ab 2035 sollen in der gesamten EU keine Autos mit Verbrennungsmotor mehr zugelassen werden. Andere Länder wollen im vorausseilenden Gehorsam das Verbot schon früher umsetzen. Beispielsweise sollen in Norwegen Benzin- und Diesel bereits 2025 verboten werden. Fünf Jahre später, ab 2030, wollen auch Grossbritannien, Dänemark, Griechenland, die Niederlande, Irland, Slowenien und Schweden den Verkauf von Verbrennern verbieten. ⁽⁹⁾

Eine lange Liste von Nachteilen

Die Nachteile des Elektro-Autos sind seit mehr als 100 Jahren dieselben: Reichweite, Ladeinfrastruktur, Gewicht und Preis. Bereits in einer Dissertation über die Schweizer Elektroindustrie aus dem Jahr 1906 steht geschrieben: «Vielversprechende Aussichten auf dem Gebiet des Transportwesens bietet ferner der Bau elektrischer Automobile [...] Technische Unvollkommen-

Handelsblatt

GASTKOMMENTAR

Der Schwindel mit dem E-Auto

Bei ihrer Verordnung rechnet die EU damit, dass E-Autos keinerlei CO2 ausstoßen. Das ist ein großer Trugschluss, zeigen einige Studien.

Der Ökonom Hans-Werner Sinn, der seit Jahren kein Blatt vor den Mund nimmt, was die Energiewende betrifft (Ausgabe 47), rechnete am 23. Dezember 2019 auf der Handelsblatt-Webseite mit der E-Mobilität ab.



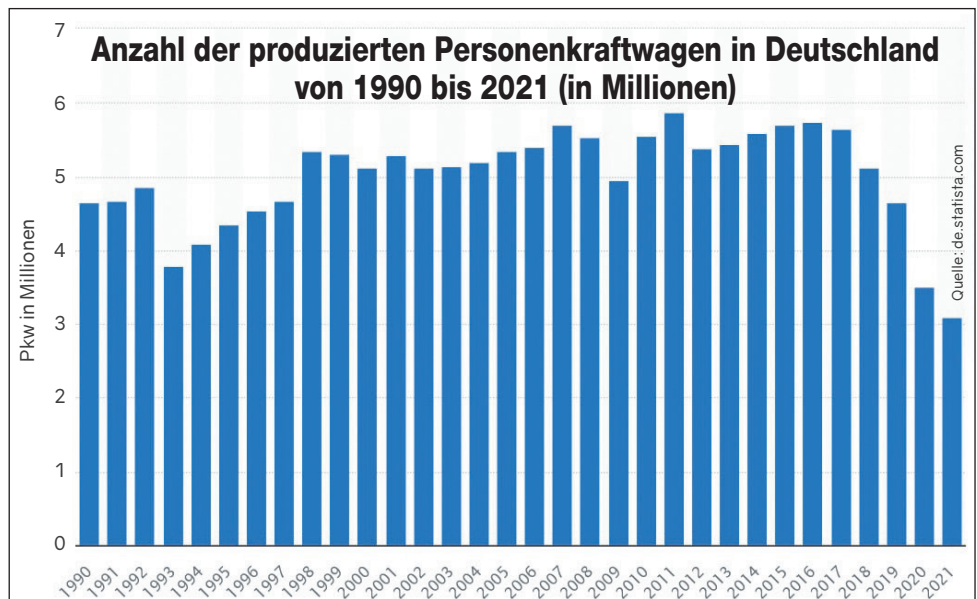


➔ heiten wie zu kurze Entladungszeiten der Akkumulatoren und zu grosses Gewicht derselben, die häufigen Schwierigkeiten der Kraftbeschaffung (Aufladung) und die hohen Fabrikatpreise sind es wohl, welche der Ausbreitung des elektrischen Automobils noch hindernd im Wege stehen.»⁽⁶⁰⁾ Diese Nachteile konnten bis heute nicht zufriedenstellend ausgeglichen werden. Obwohl moderne Lithium-Ionen-Akkus deutlich bessere Ergebnisse liefern als damals verwendete Blei- oder Nickel-Cadmium-Batterien, bleibt das grundsätzliche Problem der geringen Energiedichte bis heute bestehen. Ein vollgeladener, 180 kg schwerer Akku des Opel Ampera bietet in etwa das Äquivalent zu 5 Litern Benzin.⁽⁴⁾ Und selbst bei Verwendung einer 100 Kilowattstunden-Batterie mit mehr als einer halben Tonne Gewicht bleibt das Elektro-Auto in Sachen Reichweite jedem normalen Auto klar unterlegen. Dass sich daran etwas ändern könnte, ist nicht abzusehen – im Gegenteil: Die Lithium-Ionentechnik gilt bereits seit einem Jahrzehnt als leistungsmässig weitgehend ausgereizt.

Entwicklung stagniert

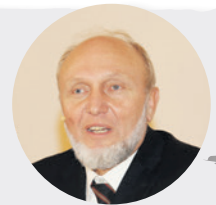
In der Praxis wird das beispielsweise dadurch belegt, dass die im Tesla Model 3 verwendete Batteriechemie immer noch weitgehend dieselbe ist wie in den beiden Vorgängermodellen. Diese wurde von Panasonic und Sumitomo bereits 2006 eingeführt.⁽⁴¹⁾ Der Unterschied besteht einzig darin, dass man den Gehalt an teurem Kobalt um zwei Prozent reduzierte, was eine leichte Kostenersparnis nach sich zog. Das Leistungsgewicht der Gesamtbatterie verschlechterte sich im Vergleich zum Vorgängermodell sogar von 170 auf 150 Wattstunden pro Kilogramm.⁽⁴²⁾

Auch an den langen Ladezeiten wird sich in absehbarer Zeit nicht viel ändern. Wer elektronisch unterwegs ist, der kann nicht mal eben fünf Minuten zur Zapfsäule – es sei denn Schnellladesäulen stellen eine Stromleistung zur Verfügung, die das Netz zusammenbrechen lassen würde, käme es nur zu einigen 100'000 parallelen Ladevorgängen. Da hohe Ladeströme zudem die Batteriezellen schädigen und die Lebensdauer stark herabsetzen, werden diese ab einer bestimmten Kilowattanzahl softwaremässig beschränkt, um den Schaden an der Batterie in Grenzen zu halten. Hinzu kommt, dass sich die Batterien in den kalten Jahreszeiten bekanntermassen noch schneller entladen, was sich erneut in einer Verringerung der Reichweite niederschlägt. Dieses Problem der langen Ladezeit und der damit eingeschränkten Mobilität ist ein prinzipielles, der E-Mobilität inne-



Eine rasante Rezession bei der Automobilindustrie - dem Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft - ist festzustellen, und daran hat der (nicht zuletzt auch mit absurden «Schadstoff»-Normen) erzwungene Wechsel zur E-Mobilität einen beträchtlichen Anteil.

“Der Rückgang der Automobilproduktion ist schon seit dem Sommer 2018 beobachtbar, als die EU beim Flottenverbrauch die Daumenschrauben anlegte [...] Selbst wenn sie nach dem Corona-Einbruch auf den alten Trend zurückfindet, bedeutet das eine dramatische Verringerung der Absatzzahlen gegenüber früher.»



Der renommierte Ökonom Prof. Hans-Werner Sinn im Gespräch mit der Schweizer Zeitung Weltwoche

Quelle: Weltwoche, Nr. 6, 2021, S. 27

wohnendes, dem durch nichts beizukommen ist. Genossin Merkel ordnete 2019 in gewohnt planwirtschaftlicher Manier an, dass bis 2030 eine Million Ladestationen in Deutschland gebaut werden sollen.⁽⁴³⁾ Auch dieses Planziel wird wohl nicht zu halten sein, eben deshalb, weil diese Stationen gigantische Stromfresser sind und ihre Installation einen logistischen Albtraum für die Verteilernetzbetreiber darstellen würde.

Preisnachteil

Doch selbst wenn man das noch aussen vorlässt, bleibt das schwerwiegende Problem des enormen Preisnachteils aufgrund der erforderlichen massiven Batterie. Klaus Fröhlich, von 2014 bis 2020 Mitglied des Vorstands der BMW AG, beantwortete die Frage eines australischen News-Portals, ob Elektro-Autos preislich irgendwann mit konventionellen Antrieben gleichziehen werden mit einem knappen und deutlichen: «Niemals.» Das Problem seien die Batterien,

die derzeit 170 bis 250 Dollar pro Kilowattstunde (kWh) kosten würden, erklärte der damalige Entwicklungsvorstand. «Es ist wirklich einfach», so Fröhlich – in Elektro-Autos mit 90 bis 100 kWh Kapazität würden allein die Batterien 17'000 bis 25'000 Dollar kosten. Man könne damit «komplette Autos bauen». Auch glaubt Fröhlich nicht daran, dass die Kosten von Elektro-Autos durch zunehmende Produktionsmengen deutlich sinken könnten. Als Grund nannte er seltene Rohstoffe wie etwa Kobalt, um die es in Zukunft einen Kampf geben werde. «Wenn jeder Kobalt haben will, wird der Preis von Kobalt nicht sinken, er wird steigen», sagte der damalige BMW-Manager voraus.⁽⁴⁴⁾

Subventionen verschleiern Nachteile

Ungeachtet all dieser Nachteile pumpt Väterchen Staat Milliarden an Fördergeldern in den E-Mobilitäts-Markt. Allein seit

2016 hat die deutsche Bundesregierung insgesamt 4,6 Milliarden Euro an Unterstützungsgeldern ausgezahlt. Beim Kauf eines vollelektrischen Fahrzeugs mit einem Nettolistenpreis von maximal 40'000 Euro gibt es derzeit bis zu 9000 Euro Prämie. Das zugeschossene Geld bezahlt wohlgerne die Allgemeinheit, was die aktuell stattfindende Förderung zu einer einzigen grossen Umverteilungsaktion macht. Der Fraktionschef der Linken Dietmar Bartsch kritisierte ausnahmsweise zurecht: «Es kann nicht sein, dass die pendelnde Brandenburger Krankenschwester mit ihrer Tankrechnung den Neuwagen des Münchner Chefarztes mitfinanzieren muss.»⁽¹⁵⁾

Bereits in Ausgabe 47 stellten wir eine Rechnung auf, die den Irrsinn der E-Auto-Propaganda offen zutage treten liess. Zugegebenermassen trieben wir die Zahlen darin auf die Spitze, doch auch grosszügigere Annahmen lassen keinen Zweifel: Ein kompletter Umstieg auf das E-Auto ist schlicht und ergreifend nicht machbar, wenn man gleichzeitig an «Erneuerbaren Energien» festhält, da ein E-Auto schlicht zu viel elektrische Energie benötigt. Auch die herkömmlichen Energieträger müsste man massiv ausbauen, um den Kfz-Bestand Deutschlands auf elektrischen Antrieb umzustellen. Ganz davon abgesehen, gestand sogar das ZDF in einem Beitrag ein, dass der Lithium-Bestand auf der ganzen Welt zu niedrig sei, um jedes Benzin-Fahrzeug durch ein Elektro-Fahrzeug zu ersetzen.⁽¹⁶⁾

Ergo: Für Deutschland würden die Rohstoffe wahrscheinlich noch reichen, für den Rest der Welt aber nicht. Das heisst wohl: Deutschland stürzt sich wie ein Wahnsinniger eine Klippe hinab, andere Staaten jedoch werden in Zukunft nicht mal die Möglich-

„«Sollte die Kaufprämie für Elektro-Autos auslaufen, sieht Opel-Chef Uwe Hochgeschurtz keine Marktchance mehr für kleine Elektro-Autos. <Ein E-Auto kostet heute ohne Förderung etwa 50 Prozent mehr als ein vergleichbarer Verbrenner>, so der Vorstandschef zur Zeitschrift *auto motor und sport*.»

Die Webseite *auto-presse.de* am 04. Mai 2022

Quelle: *auto-presse.de*, «Ohne Förderung haben kleine E-Autos keine Chance», 04.05.2022



Uwe Hochgeschurtz

Foto: Opel (<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Uwe-Hochgeschurtz.jpg>) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>

Knappe Ressourcen sind teuer, weshalb ein höherer Preis immer auch den Verbrauch von solch knappen Ressourcen widerspiegelt. Oft verzerren zwar staatliche Eingriffe wie Steuern und Regulierungen den Preis, doch in der heutigen Zeit sicherlich zu Ungunsten von Benzin- und Diesel-Fahrzeugen, da die Herstellung von Elektro-Autos von der Politik forciert wird, während die Hersteller von konventionellen Fahrzeugen in einem Meer aus Umweltauflagen ertrinken.

„«Wir werden in 20 Jahren nur noch mit Sondererlaubnis selbständig Auto fahren dürfen.»

Angela Merkel, 2017

Quelle: *faz.net*, Angela Merkel: Autos selbst steuern? – In 20 Jahren nur mit Sondererlaubnis, 11.06.2021



Die massive Beschneidung des Individualverkehrs gehört zur «Agenda 2030» der UNO, zum Great Reset des WEF wie auch zu den Parteiprogrammen aller Regierungsfractionen im deutschen Bundestag.

keit haben hinterherzuspringen. Der Politik ist das sehr wohl bewusst. Aus diesem Grund gehen fast alle Studien, die das Ziel der 100-Prozent-Elektrifizierung als machbar beschreiben, wie selbstverständlich davon aus, dass es künftig ohnehin viel weniger Individualverkehr geben soll, ganz nach der

Doktrin Murray Bookchins (siehe S.52). An dieser Stelle sei einmal mehr an das Motto des Great Reset erinnert: «Du wirst nichts besitzen und du wirst glücklich sein.» (Ausgabe 40) Exakt der Plan der Kommunisten, in deren Tradition die Grünen stehen. (as)

BUSINESS INSIDER

Elon Musk will keine Autos mehr verkaufen

businessinsider.de, 10.02.2022

„«Mieten statt kaufen: Der Tesla-Chef möchte seine Fahrzeuge künftig auf anderem Weg an die Kunden bringen.»

Das Magazin *Business Insider* im Februar 2022 über Elon Musk

Quelle: *businessinsider.de*, Elon Musk will keine Autos mehr verkaufen, 10.02.2022



Foto: The Royal Society

Kein Zufall, dass der E-Auto-Guru Musk auch die sozialistischen Konzepte des WEF mitträgt. «Du wirst nichts besitzen und du wirst glücklich sein» und «Was immer du willst, wirst du mieten» sagt das berühmte gewordene Video «Acht Vorhersagen für die Welt im Jahr 2030», welches das menschenfeindliche Weltbild des WEF und seiner Hintermänner offen zur Schau stellt (Ausgabe 40).

Quellen:

1. *de.wikipedia.org*, Elektromobilität, abgerufen am: 23.04.2022
2. *welt.de*, Studie: Elektroautos sind ohne staatliche Hilfen chancenlos, 09.01.2010
3. *zeit.de*, Elektromobilität: Ramsauer verbreitet Zuversicht, 27.05.2013
4. Frank Hennig, Klimadämmerung: Vom Ausstieg zum Abstieg – Ein Plädoyer für mehr Vernunft in der Energiepolitik, 2021, S.167
5. *de.statista.com*, Anzahl der Elektroautos in Deutschland von 2012 bis 2022, 26.04.2022
6. *de.statista.com*, Anzahl der Personenkraftwagen in Deutschland nach Kraftstoffarten von 2017 bis 2022, 08.03.2022
7. *automobilwoche.de*, Euro-7-Norm: Audi entwickelt keine neuen Verbrenner mehr, 16.03.2021
8. *hanswernersinn.de*, Die deutschen Autobauer im Spiel gegen die EU, abgerufen am: 04.06.2022
9. *blick.ch*, Nach Klimagipfel in Glasgow: Welches EU-Land wann die Verbrenner verbietet, 16.11.2021
10. *Basler Zeitung*, 26.05.2018
11. *miningpundits.wordpress.com*, Tesla's Cobalt Blues: Growth Fallacies and Supply Chain Risks Majeure, 10.08.2018
12. *seekingalpha.com*, Tesla's first Decade of Battery Pack Progress – Much Ado about nothing, 25.08.2017
13. *manager-magazin.de*, Merkel vor Autogipfel: Eine Million Ladepunkte für Elektroautos bis 2030, 03.11.2019
14. *ecomento.de*, BMW-Manager: Elektroautos bleiben teurer als vergleichbare Verbrenner, 08.10.2018
15. *wiwo.de*, Staat zahlt 4,6 Milliarden Euro Prämie für E-Autos seit 2016, 26.02.2022
16. *youtube.com*, Die Wahrheit über Lithium | Dirk Steffens | Terra X, 16.02.2020

Hamburger Abendblatt

Elon Musk: So rechts ist der reichste Mann der Welt

Hamburger Abendblatt (online), 19.05.2022

World Economic Forum 
@wef

Why carbon tax is crucial to curbing climate change
wef.ch/2nNjPAm #climatechange

Das WEF am 10.12.2019 auf Twitter:
 «Warum die Kohlenstoffsteuer für
 die Eindämmung des Klimawandels
 entscheidend ist.»

Elon Musk 
@elonmusk

It is high time there was a carbon tax!

Elon Musk am 13.05.2021 auf
 Twitter: «Es ist höchste Zeit für
 eine Kohlenstoffsteuer.»

World Economic Forum 
@wef

4 reasons cities should embrace Universal Basic
 Income wef.ch/2LfZXg8 #economics

Das WEF am 20.07.2018 auf
 Twitter: «4 Gründe, warum Städte
 das universelle Grundeinkommen
 einführen sollten.»

Elon Musk 
@elonmusk

As a reminder, I'm in *favor* of universal basic income

Elon Musk am 24.07.2020 auf
 Twitter: «Zur Erinnerung: Ich
 befürworte ein universelles
 Grundeinkommen.»

World Economic Forum 
@wef

3 tactics to overcome COVID-19 vaccine hesitancy
wef.ch/3x8Bxge

Das WEF am 30.06.2021 auf Twitter:
 «3 Taktiken zur Überwindung des
 Zögerns bezüglich der
 COVID-19-Impfung.»

Elon Musk 
@elonmusk

Antwort an @WhatsupFranks und @michaelmina_lab

CureVac, Moderna & a few others. Tesla makes the
 machine CureVac uses to go from known gene
 sequence to trillions of lipid-coated mRNA strands.

Elon Musk am 16.11.2020 auf
 Twitter: «CureVac, Moderna und
 ein paar andere. Tesla stellt die
 Maschine her, mit der CureVac von
 einer bekannten Gensequenz zu
 Billionen von lipidbeschichteten
 mRNA-Strängen gelangt.»

Dass viele Ideen und Konzepte, die der Tesla-Chef Elon Musk vertritt, ihn als lupenreinen Sozialisten entlarven, dem die Folgen einer Elektrifizierung des Verkehrs wahrscheinlich sehr genau bewusst sind, hält Journalisten auf der ganzen Welt nicht davon ab, ihn neuerdings als «rechts» einzuordnen. Unsere Doppelausgabe 45/46 zu Alexander Dugin hat klar verdeutlicht, dass die rechtskonservative Tarnung für Marxisten das Mittel der Stunde ist und man davon ausgehen kann, dass uns Fälle wie jener Elon Musks in den nächsten Jahren noch öfter begegnen werden.

Die Abhängigkeit von Mineral-Ressourcen durch Elektrifizierung

Die Kritiker des Batterie-elektrischen Autos sagen zurecht, dass die Elektro-Mobilität zwar die Abhängigkeit vom Rohöl beendet, diese aber durch die Abhängigkeit von anderen kritischen Materialien ersetzt. Selbst aus «grüner» Perspektive müsste eingestanden werden, dass der Versuch, den Verbrennungsmotor durch den Elektromotor zu ersetzen, dem sprichwörtlichen Übergang vom Pferd zum Esel gleichkommt. Die Abhängigkeit bleibt, sie wird nur verlagert. Die Weltbank geht davon aus, dass sie die weltweite Nachfrage nach Metallen, die für elektrische Speicherbatterien gebraucht werden, wie Aluminium, Kobalt, Eisen, Blei, Lithium, Mangan und Nickel, bis 2050 um mehr als 1000 Prozent steigen wird, womit stark anzunehmen ist, dass die Preise dieser Rohstoffe in Zukunft in die Höhe schiessen werden.⁽¹⁾ Somit kann sich Deutschland eigentlich nur zugunsten anderer Staaten in den Ruin wirtschaften, wenn es an «Erneuerbaren Energien» und E-Autos festhält.

Beim seltenen Übergangsmetall Kobalt besteht nicht zuletzt auch ein ethisches Problem. Ein Grossteil der Weltproduktion



von Kobalt wird in der sogenannten Demokratischen Republik Kongo gefördert. Ausweichmöglichkeiten gibt es wenig, immerhin besitzt das Land angeblich knapp zwei Drittel der globalen Kobaltressourcen und das seltene Element spielt bei der Herstellung von Batterien für E-Fahrzeuge eine Schlüsselrolle. Sich vom Kongo abhängig zu machen, ist aus mehreren Gründen eine dumme Entscheidung: Zum einen findet der Kobalt-Abbau in dem Land vielfach unter prekären Verhältnissen statt. Stich-

worte in diesem Zusammenhang sind Menschenrechtsverletzungen und Kinderarbeit. Amnesty International schätzt, dass 40'000 Kinder mehr oder minder zwangsweise in den Kobalt-Minen arbeiten. Die «Kontrollen der Kobalt-Lieferkette» seien zwar verbessert worden, aber noch «weit davon entfernt, lückenlos» zu sein, sagt Mathias John von Amnesty International.

Dem Kongo ist seine Stellung als Quasi-Monopolist auf dem Weltmarkt sehr wohl bewusst und im Jahr 2018 wurde Kobalt im Zuge des Elektrofahrzeug-Booms als eine «strategische Substanz» eingestuft. In der Folge erhöhte der Kongo die Lizenzgebühren für den Abbau von Kobalt von 3,5 auf 10 Prozent.⁽²⁾ «Dies ist ein Anbietermarkt» (Anbieter in der stärkeren Verhandlungsposition), erklärt Matthias Wachter, der beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Abteilung für Sicherheit und Rohstoffe leitet. Wachter teilt die Analyse, dass die Komponenten für den Batteriebau perspektivisch teurer werden.⁽³⁾ Die weltweit benötigte Menge an Kobalt steigt dramatisch und damit auch die Abhängigkeit von zweifelhaften Lieferanten. Laut einer Studie des deutschen «Öko-Instituts» lag der weltweite Bedarf im Jahr 2016 konkret bei etwa 20'000 Tonnen. Um den Bedarf für E-Autos zu decken, prognostizieren die Autoren einen Anstieg auf jährlich 800'000 Tonnen bis 2050.⁽⁴⁾

Elektroautos verschlingen Mineralressourcen

Durchschnittlicher Mineralverbrauch der Pkw-Produktion 2020 (in kg pro Fahrzeug)

■ Kupfer
 ■ Mangan
 ■ Graphit
 ■ Nickel
■ Kobalt
 ■ Lithium
 ■ Andere

Benziner/Diesel

22 11

Elektroauto*

53

25

66

40

13

9

1

* BEV und PHEV
Quelle: IEA



statista

Ein Satellit der Kommunisten?

Wie bei so vielen Ländern Afrikas ist auch im Kongo die kommunistische Ausrichtung des Staatsapparates nicht auf den





➔ ersten Blick zu erkennen. Moskaus Strategie in Afrika bestand über Jahrzehnte hinweg darin, bestehende sogenannte «nationale Befreiungsbewegungen» der Schwarzen gegen den westlichen Kolonialismus zu unterwandern oder neue «nationale Befreiungsbewegungen» zu gründen. So wurde der marxistische Klassenkampf hinter dem legitimen Recht der Afrikaner auf Selbstbestimmung versteckt. Südafrika ist ein perfektes Beispiel, um aufzuzeigen, wie marxistischer Totalitarismus jahrzehntelang propagandistisch als Freiheitskampf der Schwarzen verklärt wurde. Seit 1994 ist dort Nelson Mandelas Partei «African National Congress» (ANC) an der Macht, die spätestens seit den 1960ern eine Frontorganisation der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) darstellt (Ausgabe 20). Diese unterwanderte und übernahm die 1912 gegründete Organisation, deren ursprünglicher Zweck der nationale Befreiungskampf gegen den Kolonialismus war. Vorgänge, die sich nach dieser Blaupause entfalten und entfalten, sind allerdings zigfach auf dem afrikanischen Kontinent zu erkennen, unter anderem auch im Kongo.

1969 wurde die Volksrepublik Kongo gegründet, der erste offiziell realsozialistische Staat Afrikas, angeführt von der «Kongolesischen Partei der Arbeit». An den sowjetischen Universitäten wurden über 7000 kongolesische Bürger ausgebildet, sodass noch 2011 ein Drittel der kongolesischen Regierung aus Absolventen in der ehemaligen UdSSR bestand. ⁽⁵⁾ Der offiziell kommunistische Staat existierte bis 1991, als das Land wieder in «Republik Kongo» umbenannt wurde. Die «Kongolesische Partei der Arbeit» war bis dahin die einzig erlaubte Einheitspartei gewesen. Ab 1991 nahm die Partei aber weiterhin eine gewichtige Rolle im politischen System des Kongos ein. Ähnlich dem ANC in Südafrika behauptete man, moderatere Positionen angenommen zu haben, legte die sozialistische Grundhaltung aber keineswegs ab.

China und der Kongo

Das erklärt auch die gewichtige Rolle, die das kommunistische China heute im Kongo spielt. Die Schmelzhütten in der Region Katanga, wo das in den Minen gewonnene Kobalt weiterverarbeitet wird, gehören laut der Nachrichtenplattform Bloomberg fast alle chinesischen Investoren. «Seit 2005 sind die Chinesen die Haupteigentümer von Schmelzöfen, die auf das Erz von Handschürfern angewiesen sind, sagt der Gouverneur von Katanga, Moise Katumbi. Er sagt, dass mehr als 60 der 75 Verarbeitungsanlagen in Katanga chinesischen Un-



„So Fragen wie: Rohstoffe, Kobold – wo kommt das eigentlich her?“

„Da gibt es jetzt die ersten Batterien, die auf Kobold verzichten können.“

Die damalige Grünen-Chefin Annalena Baerbock im ARD-Sommerinterview, Juli 2019

Quelle: merkur.de, Kobold in der Batterie? Baerbock unterläuft skurriler Sprach-Flop im Sommerinterview, 29.07.2019

Kobold statt Kobalt – ein peinlicher Fehler, der aufzeigt, wie wenig fachlich-technische Kompetenz unsere führenden Politiker an den Tag legen. Wer zunächst lediglich einen überhasteten Versprecher der Grünen-Politikerin vermutete, sah sich spätestens getäuscht, als die damals 38-Jährige nur wenige Sekunden später denselben Fehler noch einmal machte: Vielleicht ein Freud'scher Versprecher, der die märchenhaft-unrealistische Dimension der Grünen-Politik zutage treten lässt?

90'000

Entwicklung des weltweiten Kobalt-Preises in US-Dollar von August 2019 bis März 2022

80'000

70'000

60'000

50'000

40'000

30'000

20'000

Quelle: statista.com

Da Kobalt für E-Autos essenziell ist, darf man annehmen, dass der Preis der Fahrzeuge zukünftig trotz Subventionen weiter in die Höhe schiessen wird.

ternehmen gehören, und fügt hinzu, dass 90 Prozent der Mineralien in der Region nach China gehen», so Bloomberg. ⁽⁶⁾

Wie so viele andere afrikanische Staaten nähert sich der Kongo der kommunistischen Weltmacht China immer weiter an. Wenn Afrikas Regime in Zukunft als Satelliten der Kommunisten agieren – und alles spricht dafür, dass sie es tun werden – dann ist die prekäre Gas-Abhängigkeit des Westens von Russland lange nicht sein einziges Rohstoffproblem. Wenn in Moskau oder Peking eine entsprechende Entscheidung getroffen würde, dann könnte der Kongo den Westen jederzeit von Rohstoffen abschneiden, die für E-Mobilität unerlässlich sind bzw. den Westen mit diesen Rohstoffen erpressen bzw. diese Rohstoffe zumindest

verteuern, um dem Westen ökonomisch zu schaden. Das Ende der Abhängigkeit von Rohöl im Verkehr (aufgrund der Kosten und des Energieverbrauchs von E-Autos sowieso zum Scheitern verurteilt, Ausgabe 47) würde bei einer Mobilitätswende zu einer verheerenden Abhängigkeit von Metallen aus afrikanischen Abbaustätten führen. Deutschland käme vom Regen in die Traufe.

Steigender Kupferbedarf

Im Durchschnitt benötigt ein E-Auto fast dreimal so viel Kupfer wie ein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor. Die Hälfte dieses zusätzlichen Kupfers steckt im Akku. Zudem benötigt auch die zum Laden von Elektrofahrzeugen notwendige Infrastruk-



Zahlreiche Studien zeigen mittlerweile auf, dass die E-Autos das Versprechen der «CO₂-Einsparung» nicht einhalten.

WDR «Forscher des Fraunhofer-ISI-Instituts haben ausgerechnet, dass ein Elektro-Auto mit einer nur 40 kWh grossen Batterie, das mit Strom aus der Steckdose geladen wird, 72'000 Kilometer braucht, um einen CO₂-Vorteil gegenüber einem Benzinler zu erreichen. Bei einer 58 kWh grossen Batterie sind es schon 100'000 Kilometer. Und ein E-Auto mit einer Batterie wie der des Audi e-tron fährt stolze 166'000 Kilometer bis zu einem Klimavorteil. In diesem Fall im Vergleich zu einem Diesel.»

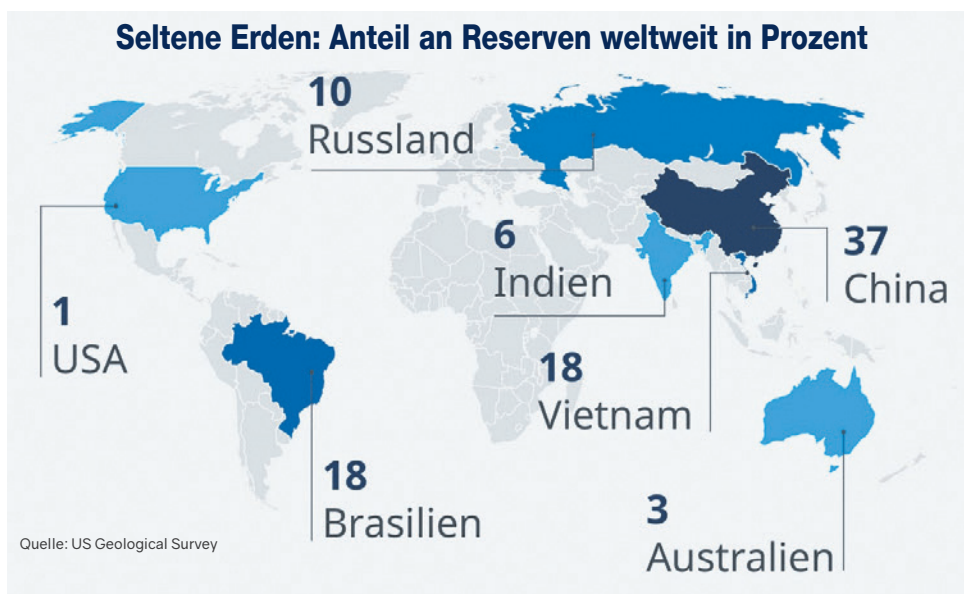
Aus der WDR-Dokumentation «Kann das Elektroauto die Umwelt retten?», ausgestrahlt im Januar 2020

Quelle: youtube.com, Kann das Elektroauto die Umwelt retten? | UPDATE | WDR DOKU, 21.01.2020

tur eine grosse Menge an Kupfer, welche mindestens indirekt auch dem E-Auto angelastet werden muss. ⁽⁷⁾ Kupfer ist ein Rohstoff, der zwar auf absehbare Zeit nicht knapp werden dürfte, wohl aber teuer. Seit dem Jahr 2000 stieg der Preis um ein Vielfaches. Konkret ausgedrückt von 82,2 US-Cents/Pfund Kupfer im Jahr 2000 auf 420 US-Cents/Pfund. ⁽⁸⁾ Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe schätzt den Bedarf an Kupfer für den Bereich der E-Mobilität bis 2027 auf knapp 1,8 Mio. Tonnen, was einer Zunahme von etwa 800% im Vergleich zu 2017 entspricht. ⁽⁹⁾

Und da nicht nur E-Autos sondern auch die flächendeckende Elektrifizierung und die Windkraftanlagen Unmengen von dem Rohstoff verlangen – allein eine 5-MW-Offshore-Windkraftanlage samt Infrastruktur bis zu 30 Tonnen Kupfer – macht sich Europa in hohem Masse abhängig von dem Rohstoff und damit von den Versorgern. Im Jahr 2019 waren die weltweit grössten Produzenten laut der «International Copper Study Group» (ICSG) Chile, Peru, China und die USA. Weitere bedeutende Kupfervorkommen findet man u.a. in Australien, Indonesien, Russland, Kanada, Zambia. In Europa finden sich die

grössten Kupferlagerstätten in Russland und Polen. ⁽¹⁰⁾ Zwar gibt es auch wirtschaftlich arbeitende Minen in Bulgarien, Finnland, Portugal, Spanien und Schweden, doch diese könnten den steigenden Bedarf nicht ansatzweise decken. Olivier Vidal vom «Institut des Sciences de la Terre» meint: «Wenn man sich zum Beispiel Kupfer ansieht, ein sehr wichtiges Metall für die Energiewende, da verbrauchen wir derzeit auf globaler Ebene etwa 20 bis 25 Millionen Tonnen pro Jahr. Und in 60 Jahren werden wir etwa 70 bis 100 Millionen Tonnen verbrauchen. Das bedeutet also, dass wir unsere jährliche Produktion um den Faktor drei oder vier erhöhen müssen.» ⁽¹¹⁾



Während es fast ausschliesslich westliche Staaten sind, die Solarzellen im grossen Stil importieren – mit dem hehren Ziel, «das Klima zu retten» – findet der Abbau der dafür notwendigen Seltenen Erden so gut wie gar nicht im Westen statt. Mit der Ausnahme Südafrikas sind alle BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) unter den Top 5 der Abbaugelände. Mit Brasilien auf dem zweiten Platz hinter China liegt Vietnam, das bis heute eine «Sozialistische Republik» ist. Im Klartext ergibt sich auch im Bereich der Solarenergie eine totale Abhängigkeit des Westens von dem sich neu formierenden kommunistischen Block.

Lithium

Auch der Markt für Lithium ist geprägt vom steigenden Bedarf im Zuge der weltweit grassierenden E-Auto-Euphorie. Laut «Öko-Institut» wurden im Jahr 2016 weltweit etwa 10'000 Tonnen reines Lithium für E-Autos verbraucht. Die Autoren schätzen, dass der Lithiumbedarf für Elektromobilität im Jahr 2050 bei 1,1 Millionen Tonnen liegt – mehr als das Hundertfache. ⁽¹²⁾ Zwar wird das meiste Lithium aktuell noch in Südamerika und Australien abgebaut, China macht allerdings grosse Schritte hin zum weltweit führenden Produzenten. Momentan ist China laut dem Forbes-Magazin der drittgrösste Lithium-Produzent der Welt. ⁽¹³⁾ Was die Herstellung der Lithium-Batterien für Tesla & Co. angeht, steht China hingegen ganz vorne auf Platz 1. «Laut einer Analyse von BloombergNEF gab es Anfang 2019 weltweit 316 Gigawattstunden (GWh) an Produktionskapazität für Lithiumzellen. China beherbergt 73% dieser Kapazität, gefolgt von den USA,





„«Das gesamte Oberrheintal ist damit die grösste Lithiumlagerstätte Europas und eine der grössten der Welt.»

Tagesschau-Online, Oktober 2021

Quelle: tagesschau.de, Der deutsche Lithium-Schatz, 18.10.2021



Lithium

„«Rund zwei Millionen Tonnen Kupfer haben Geologen vor Jahrzehnten in der Nähe von Cottbus in bis zu 1500 Meter Tiefe entdeckt. [...] In Deutschland wird bislang kein Kupfer abgebaut. Durch die Lagerstätten in Spremberg könnte das Land aber zu einem der zwanzig wichtigsten Kupfer-Produzenten weltweit werden.»

Die Süddeutsche Zeitung, Mai 2010

Quelle: sueddeutsche.de, Der Schatz unter der Lausitz, 17.05.2010

Forbes

„«Amerikanische Hersteller [von Elektro-Autos] würden gerne in den USA hergestellte Lithium-Ionen-Zellen verwenden, aber das ist heute nicht realistisch. Also müssen wir sie weiterhin aus China importieren.»

Alexander Pisarev, Geschäftsführer einer Herstellerfirma von Lithium-Gabelstaplerbatterien in den USA, im Gespräch mit dem Wirtschaftsmagazin Forbes

Quelle: forbes.com, Why China Is Dominating Lithium-Ion Battery Production, 04.08.2019

Auch nicht gerade kleine Reserven an Lithium und Kupfer wären im deutschen Boden vorhanden. Würde man die sowieso irrsinnige «Verkehrswende» mit ihnen fortsetzen, dann würde man sich zumindest nicht zum Spielball fremder Mächte machen.



Foto: ©Superbass/CC-BY-SA-4.0 (via Wikimedia Commons)

„«Es ist nicht möglich, einfach alle Benzin-Autos durch Elektro-Autos zu ersetzen. Das funktioniert einfach nicht, [...] weil es so viel Lithium auf der Erde gar nicht gibt.»

Der ZDF-Moderator Dirk Steffens in der Sendung Terra X, Februar 2020

Quelle: youtube.com, Die Wahrheit über Lithium | Dirk Steffens | Terra X, 16.02.2020

Komisch... Soll die drohende «Klimakatastrophe» nicht ein globales Problem darstellen? Und prescht die deutsche Bundesregierung bei der Elektrifizierung des Verkehrs nicht voran, damit andere Staaten ihr nachfolgen? Aber wenn eine weltweite Umstellung auf Elektro-Autos gar nicht funktionieren kann, dann wäre die «Verkehrswende» ja von Anfang an zum Scheitern verurteilt? Erstaunlich, dass solcherlei Offenbarungseide sogar offen im Fernsehen kommuniziert werden. Die richtigen Schlüsse werden daraus allerdings nur selten gezogen.

➔ die mit 12% der weltweiten Kapazität weit abgeschlagen an zweiter Stelle liegen», so das Forbes-Magazin 2019.⁽¹⁴⁾

Solarzellen

«Der Umbau von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energien tauscht die Rohstoffe Öl, Gas und Kohle gegen Metalle und Mineralien ein. [...] Rohstoffe, die zum Bau von Photovoltaik-, Wind-, und Wasserkraftanlagen benötigt werden, sind genauso endlich wie Gas, Öl oder Kohle. Das ist auf den ersten Blick wenig überraschend. Weiss man doch, dass Elemente wie Neodym und

Selen, die in Solar- und Windanlagen stecken, im wahrsten Sinne des Wortes seltene Erden sind. [...] Im Vergleich zu einem herkömmlichen fossilen Kraftwerk mit 1 Megawatt Leistung benötigt zum Beispiel eine gleich grosse Photovoltaik-Anlage, wie sie in den vergangenen Jahren gebaut wurde, die 15-fache Menge an Zement, 90-mal mehr Aluminium und das 50-fache an Eisen, Kupfer und Glas», schrieb das Magazin WirtschaftsWoche im Jahr 2013⁽¹⁵⁾ und bestätigte damit nicht nur den Wechsel der Abhängigkeit. Es stellte gleichzeitig heraus, dass sich Deutschland durch die Energiewende in eine Abhängigkeit von viel mehr Materialien

manövriert hat, deren Kosten natürlich die der herkömmlichen Energie-Rohstoffe um ein Vielfaches übersteigen.

Fest steht: Mehr als zwei Drittel aller weltweit hergestellten Solarzellen stammen mittlerweile aus China. Die Abhängigkeit Deutschlands beträgt sage und schreibe 95 Prozent!⁽¹⁶⁾ Der in China viel günstigere Strom, erzeugt zum Grossteil aus «fossilen» Brennstoffen und gewaltigen Stauseen, macht es möglich. Deutschland ist dabei heutzutage mehr als Kunde denn als Hersteller von Bedeutung. Die Situation ist absurd: China benutzt die in Deutschland verteilten herkömmlichen Energien, um Deutschland, wo Sonnenschein rar gesät ist, Solarzellen zu verkaufen, die in China selbst deutlich weniger genutzt werden. Weder werden dabei «Schadstoffe» eingespart, noch wird Deutschland mit zuverlässigen Energie-Anlagen versorgt. Neben den sowieso schwerwiegenden Mängeln der Technologie ist Deutschland zusätzlich aufgrund der vorherrschenden Wetterverhältnisse gänzlich ungeeignet für die flächendeckende Installation von Solarzellen (Ausgabe 47). Auf einem (von politischen Agenden und Subventionen) freien Markt käme niemals jemand auf die Idee, einen derar-



Foto: Martin Kraft (photo.martinkraft.com), Lizenz: CC BY-SA 3.0 via Wikimedia Commons

„«Mit dem Lithiumabbau sind ganz erhebliche Umweltschäden verbunden.»⁽¹⁾

„«Angesichts der Schäden, die an der Natur, an der Tierwelt und vor Ort bei vielen Menschen angerichtet werden, ist es vermessen zu glauben, dass wir mit Batterie-getriebener Mobilität das Klima retten können. Und man muss sich die Frage stellen, wieso eigentlich die Politik und namentlich auch die deutsche Politik da trotzdem so dahintersteht und die ganze Zeit jubelt: «Wir müssen alle Elektromobil werden.»»⁽²⁾

Harald Lesch, Professor für Physik, 2019 und 2020

Quellen:

1. zdf.de, Brennstoffzelle im Auto: Besser als Lithiumakku?, 05.06.2019

2. youtube.com, Kann das Elektroauto die Umwelt retten? | UPDATE | WDR DOKU, 21.01.2020

„Seit Beginn des Krieges in der Ukraine sollen die Erneuerbaren Energien noch schneller ausgebaut werden. Doch bei beiden Technologien [Windkraft und Solarstrom] ist China Weltmarktführer. Stolpert Deutschland von einer Abhängigkeit in die Nächste? Beispiel Solarstrom: Bis zum Jahr 2030 sollen in Deutschland Zellen mit einer Gesamtleistung von 200 Gigawatt installiert sein. Dafür müssten in acht Jahren noch 140 Gigawatt an Solarzellen auf die Dächer – fast 17 Gigawatt pro Jahr. Im letzten Jahr waren es genau 5,46 Gigawatt. Eine Verdreifachung ist also nötig. Aktuell werden in Deutschland Solarmodule mit einer Gesamtleistung von 2,8 Gigawatt hergestellt. Der Rest – also knapp die Hälfte – kommt aus Asien, überwiegend China. Aber: Bei vielen deutschen Herstellern, wie zum Beispiel bei Solarwatt in Dresden, werden nur die Module zusammengebaut, die Solarzellen dafür stammen aus China. Während Deutschland bei Erdgas vor dem Ukraine Krieg zu 55 Prozent von Russland abhängig war, liegt die Abhängigkeit von China bei Solarzellen bei sage und schreibe 95 Prozent.“



Die ARD-Tagesschau am 16.05.2022 auf ihrer Webseite
Quelle: tagesschau.de, Die neue Abhängigkeit von China, 16.05.2022



„Für die Herstellung eines Elektroautos wird doppelt so viel Umwelt zerstört wie bei einem Auto mit Verbrennungsmotor. Bei Benzinern und Dieseln kommt überwiegend Stahl zum Einsatz, schon dafür wird viel Umwelt zerstört. Beim E-Auto sind es vor allem die Batterierohstoffe, die noch grössere ökologische Schäden anrichten. Und je grösser die Batterie, desto grösser der Umweltschaden.“

Aus der WDR-Dokumentation «Kann das Elektroauto die Umwelt retten?», ausgestrahlt im Januar 2020

Quelle: youtube.com, Kann das Elektroauto die Umwelt retten? | UPDATE | WDR DOKU, 21.01.2020

tigen Irrsinn zu betreiben und wenn doch, dann ginge er unverzüglich pleite.

Aufgrund der geringen Strom-Ausbeute der Photovoltaik-Zellen in Deutschland wird schlussendlich auch mehr CO₂ ausgestossen, denn will man keinen Blackout herbeiführen, müssen herkömmliche Kraftwerke in Deutschland sowieso weiterlaufen. Gleichzeitig laufen die herkömmlichen Kraftwerke auch in China weiter, um die Solarpaneele zu produzieren, die Deutschland dummerweise kauft. China siegt auf jeder Ebene, macht Profit und sieht auf lange Sicht seine kommunistischen Weltmachtambitionen verwirklicht. Eine Situation, die nicht mehr zum Kopfschütteln, sondern zum Kopfrotieren veranlasst. Der Experte Prof. Volker Quaschnig von der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin hält sie für hochgradig riskant: «Wir haben ge-

„Wir importieren Lithium für Elektro-Autos, Platin für die Wasserstoffproduktion, Silizium für Solarmodule. 98% der Seltenen Erden, die wir brauchen, kommen von einem einzigen Zulieferer – China. Und das ist nicht nachhaltig.“

Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin

Quelle: deutschlandfunk.de, Kritische Metalle für die Energiewende: Der neue Rohstofffrausch, 08.05.2022



Foto: European Parliament
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ursula_Von_der_Leyen_-_April_2022.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>

sehen, wie schnell die geopolitische Lage sich ändern kann. Wer garantiert uns, ob wir uns in fünf Jahren noch gut mit China verstehen? Und wenn wir von dort keine Solarzellen mehr bekommen, ist die Energiewende bei uns gestorben.»⁽⁶⁾

Sinn ergibt all dies nur, wenn man den kommunistischen bzw. sozialistischen Hintergrund des politischen Personals

in Deutschland studiert, nicht nur bei «Linken» und «Grünen», sondern genauso bei CDU und FDP. Die Frage, ob z.B. der FDP-Politiker Genscher ein KGB-Mann war, wurde in Ausgabe 42 aufgeworfen und Angela Merkel ist laut mehreren glaubwürdigen Zeitzeugen FDJ-Sekretärin für Propaganda und Agitation gewesen. (as/th)

Quellen:

1. dw.com, Heute Russland, morgen China? Europas gefährliche Abhängigkeit bei kritischen Metallen, 13.04.2022
2. electrive.net, Kongo verdreifacht Lizenzgebühren für den Kobaltabbau, 04.12.2018
3. electrive.net, Das Ressourcenproblem der Elektromobilität, 23.01.2018
4. zeit.de, Elektroautos: Dreckige Rohstoffe für saubere Autos, 11.12.2019

5. en.wikipedia.org, Republic of the Congo-Russia relations, abgerufen am: 14.05.2022
6. web.archive.org, bloomberg.com, China Lets Child Workers Digging in Congo Mines for Copper, 22.07.2008
7. kupferinstitut.de, Elektromobilität, abgerufen am: 26.05.2022
8. de.statista.com, Entwicklung des Kupferpreises in den Jahren von 2000 bis 2021,

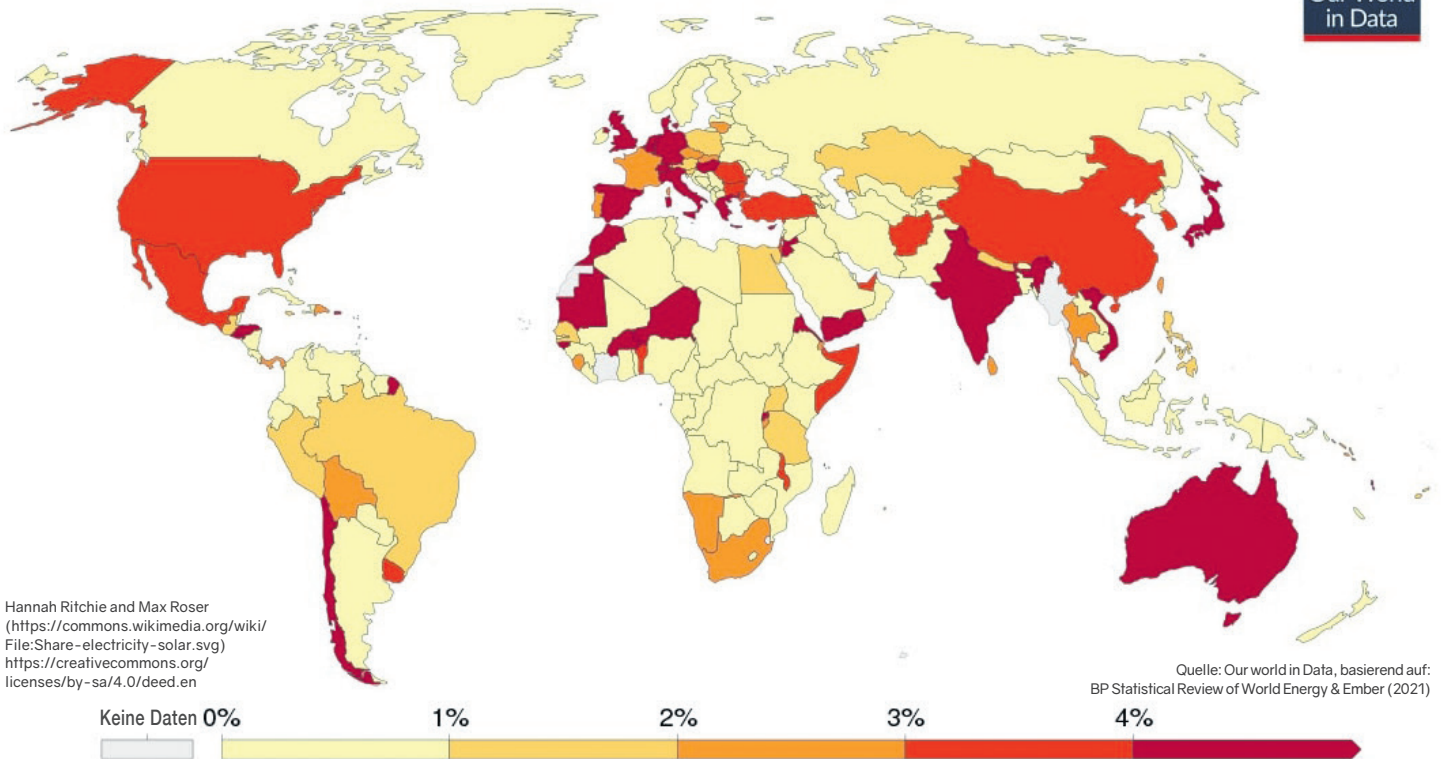
- 01.04.2022
9. bgr.bund.de, Kupfer: Informationen zur Nachhaltigkeit, Juli 2020
10. kupferinstitut.de, Vorkommen & Verfügbarkeit, abgerufen am: 25.05.2022
11. deutschlandfunk.de, Kritische Metalle für die Energiewende: Der neue Rohstofffrausch, 08.05.2022
12. zeit.de, Elektroautos: Dreckige Rohstoffe für

- saubere Autos, 11.12.2019
13. forbes.com, How The U.S. Is Losing The Lithium Industry To China, 11.01.2022
14. forbes.com, Why China Is Dominating Lithium-Ion Battery Production, 04.08.2019
15. wiwo.de, Wann bauen wir das letzte Windrad?, 08.11.2013
16. tagesschau.de, Die neue Abhängigkeit von China, 16.05.2022



Anteil von Solarenergie an der Stromproduktion (2020)

Our World
in Data



Die Situation ist absurd: So viel Solarstromanteil (rot hervorgehoben) wie Deutschland haben fast nur Länder, in denen im Gegensatz zu Deutschland tatsächlich das gesamte Jahr über die Sonne kräftig scheint. China nutzt die Solarmodule zwar auch, aber weit weniger als Deutschland und augenscheinlich ohne dabei je auf herkömmliche Energieträger verzichten zu wollen bzw. zu können. Plus: Im Süden Chinas scheint die Sonne mehr als in Deutschland. Das bewölkte Deutschland macht China zum Exportweltmeister für eine Energieform, die in Deutschland völlig unnütz ist. Ein gigantisches Verlustgeschäft für die heimische Wirtschaft und Gesellschaft wird zu einem von vielen Bausteinen für den Aufstieg Chinas zur neuen Weltmacht. Dabei sei erneut daran erinnert: Der kommunistische Hintergrund des Regierungspersonals aus SPD, CDU, Grünen, Linken und sogar FDP verleiht dieser Lagebetrachtung Sinn. Mit Inkompetenz ist es schliesslich schwer zu erklären, dass Deutschland seit Jahrzehnten zugunsten der Kommunisten in den Ruin gewirtschaftet wird.

China dominiert alle Schritte der Solarmodul-Produktion

China Deutschland
Südkorea Taiwan
USA/Kanada Sonstige

Marktanteil in Prozent an
der globalen Photovoltaik-
Produktion 2019

Schritte des Produktionsprozesses

Abbau von Polysilizium
(Grundsubstanz von Solar-
modulen)



Herstellung von Solarzellen
(kleinste Einheit innerhalb
eines Solarmoduls)



Herstellung von Solar-
modulen



Polysilizium wird in Tonnen gemessen, Solarzellen und -module in Gigawatt
Quelle: statista.com/Bloomberg NEF



«Eigentlich gilt Deutschland als rohstoffarmes Land. Jetzt wurde in Sachsen das einzige nennenswerte Vorkommen an Seltenen Erden in Mitteleuropa gefunden. Ein neues Gutachten bestätigt, dass tief unter dem Örtchen Storkwitz zwischen Leipzig und Dessau rund 20'000 Tonnen Seltenerd-Oxide lagern.»

**Wirtschafts
Woche**

Das Magazin WirtschaftsWoche (online), Februar 2013

Quelle: wiwo.de, Tonnenweise Seltene Erden in Sachsen gefunden, 02.02.2013

Selbst bei Seltenen Erden, die ja nicht nur für unsinnige Wind- und Solaranlagen gebraucht werden, sondern auch für Smartphones, Laptops und vieles mehr, könnte Deutschland anscheinend eine gewisse Unabhängigkeit gewinnen. Mittlerweile ist es fast zum Dogma geworden, dass aus deutscher Erde keinerlei Rohstoffe gewonnen werden dürfen, «um die Umwelt zu schonen». Bei genauerer Betrachtung wird jedoch erkennbar, dass der Umweltschutz nur als Vorwand dient, um das Schicksal Deutschlands in die Hände von anderen Mächten zu legen.

Foto: Spielvogel (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:MAN_TGX_2018_electric_truck.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>



Elektrofahrzeug ELIAS des Herstellers MAN mit zwei Elektro-Synchronmotoren mit jeweils 140 kW und zwei Batterietrögen mit zusammen 200 kWh.

„[...] marktreife Elektro-Trucks brauchen über fünf Mal mehr Strom als Elektro-Pkw auf gleicher Strecke. Und sie müssen ans Hochspannungsnetz, das nicht so weit verzweigt ist, wie das Mittelspannungsnetz für E-Autos. Ganz zu schweigen von fehlenden Ladepunkten und Parkplätzen für die Brummis. Ein Paradebeispiel für dringenden Nachholbedarf beim Thema Stromversorgung, denn ohne spürbaren Ersatz von Diesel-LKW werden die politischen Vorgaben kaum erfüllt. Bis 2030 sollen laut Klimaschutzgesetz die Emissionen im Verkehr um 45 Prozent sinken.“

Der Bayerische Rundfunk (online), 21.05.2022

Quelle: br.de, Mit immer mehr E-Autos zum Blackout?, 21.05.2022

Laut der Daten-Webseite Statista liegt der LKW-Bestand in Deutschland 2022 bei 3,5 Millionen. Im Gegensatz zu Privaten müssen LKWs auch dauerhaft fahren, und sofort aufgeladen werden, wenn sie nicht fahren. Auch hier kann man eigentlich nur zu einer Schlussfolgerung kommen: Die Energiewende kann nur mit einer radikalen Deindustrialisierung Deutschlands «funktionieren» (mehr ab S.66).



EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Der New Yorker Marxist und Grünen-Vordenker Murray Bookchin brachte bereits 1965 das Konzept der Elektromobilität als Alternative zu den von ihm als «schädlich» erklärten Benzinmotoren ins Spiel. Er prognostizierte damals, dass die Elektro-Autos die Bewegungsfreiheit des Normalbürgers einschränken würden, was zur freiheits- und fortschrittsfeindlichen kommunistischen Gesinnung passt und sich fast 50 Jahre später auch erfüllt, denn setzt man sich einmal genauer mit dem Thema Elektromobilität auseinander, wird schnell klar, dass sie nur «funktionieren» kann, wenn die Mehrheit der Deutschen auf Individualverkehr über lange Distanzen verzichtet und nur noch ein Bruchteil der Deutschen ein (E-)Auto besitzt.

Der Umstieg vom Verbrennungsmotor auf E-Autos wurde von der Branche nicht freiwillig vollzogen. Gerade die «grüne» Politik in Deutschland liess den Herstellern keine andere Wahl, als auf Elektromobilität umzusatteln. Das zeugt von der planwirtschaftlichen Grundhaltung «unserer» politischen Kaste, die eine logische Konsequenz des marxistischen «Marschs durch die Institutionen» darstellt. Die Bookchin'sche Doktrin, den Lebensstandard und die Freiheit der Bevölkerung durch batteriebetriebene Autos zu senken, wurde erfüllt, denn auch wenn Propaganda und der Einsatz von Subventionsgeldern darüber hinwegtäuschen sollen, in all diesen Punkten schneidet ein Elektro-Auto langfristig schlechter ab als ein Verbrennungsmotor. Der Politik ist das sehr wohl bewusst. Aus diesem Grund gehen fast alle Studien, die das Ziel der 100-Prozent-Elektrifizierung als machbar beschreiben, wie selbstverständlich davon aus, dass es künftig ohnehin viel weniger Individualverkehr geben soll und genau das kündigte Murray Bookchin 1965 an bzw. forderte er es ein.

Neben der gigantischen, das Netz schnell an seine Grenzen bringenden Strommenge, die E-Autos benötigen, ist ein weiteres schwerwiegendes Problem der enorme Preisnachteil

aufgrund der erforderlichen massiven Batterie. Diese benötigt seltene Rohstoffe wie Kobalt und Lithium, deren Preis in der Zukunft aufgrund erhöhter Nachfrage allerhöchstwahrscheinlich massiv ansteigen wird, was fatal ist, da die Elektro-Autos schon heute weit mehr kosten als herkömmliche Verbrenner.

Hinzu kommt, dass die Mobilitätswende schlussendlich nichts anderes als eine Verlagerung der Abhängigkeit darstellt. Die Dependenz von Rohöl-Importen, welche für den Betrieb von Verbrennungsmotoren benötigt werden, wird ausgetauscht durch eine Abhängigkeit von kritischen, seltenen Rohstoffen, die zum Bau von E-Autos, Windkraft- und Solaranlagen benötigt werden – ein Übergang vom Regen in die Traufe. Genau wie die Abhängigkeit von russischem Gas hat auch diese Metall-Abhängigkeit eine geopolitische Dimension, denn das offene kommunistische China und das immer mehr (wieder) offen kommunistisch werdende Russland spielen beim Abbau wie der Weiterverarbeitung dieser Metalle meist eine Schlüsselrolle, sei es durch politische Verbindungen zu rohstoffreichen Ländern der Dritten Welt oder der Produktion im Inland, die wohlge-merkt meist mit herkömmlichen Energieträgern vonstatten-geht, von denen Deutschland nichts mehr wissen will.

So ist abzusehen, dass ähnlich wie im Fall von Putins Gas auch bald Metalle als politische Waffe eingesetzt werden, um den Westen unter Druck zu setzen und ihn zur politischen Kooperation mit den Kommunisten zu erpressen. Sinn ergibt all dies nur, wenn man den marxistisch-sozialistischen Hintergrund des politischen Personals in Deutschland studiert, nicht nur bei Linken und «Grünen», sondern genauso bei CDU und FDP. Dieser ist auch deutlich zu erkennen, wenn man einmal über das Szenario einer «erfolgreichen» Energiewende nachdenkt. Dies soll uns im nächsten Teil der Ausgabe beschäftigen.

Fortsetzung auf Seite 71



Auf einen Blick

► Will Deutschland mit der Energiewende weitermachen, dann muss die Bevölkerung radikale Änderungen ihres Lebensstils und eine Herabsenkung ihres Lebensstandards in Kauf nehmen.

► Ein Weg zu einer «erfolgreichen» Energiewende wäre eine technokratische Kommandowirtschaft, bei der die Einheimischen dazu verdonnert werden, ihren Stromverbrauch möglichst niedrig zu halten oder teilweise sogar auf ihn zu verzichten. Stichwort: «Klima-Lockdowns».

► War das eigentliche Ziel der Energiewende, durch Stromrationierung und Dauerbevormundung die für den Kommunismus typische Totalreglementierung des Lebens voranzutreiben? Sehr vieles spricht dafür.

Die «grüne» Zukunft: Rationierung und Deindustrialisierung

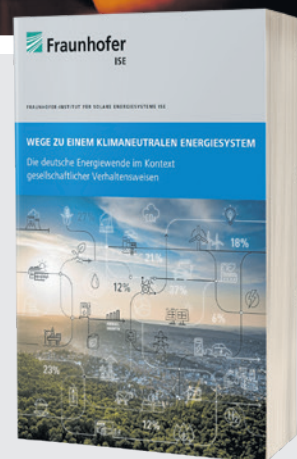
Nach der Lektüre unserer Ausgabe 47 lässt sich festhalten, dass ein Totalumstieg auf Wind- und Sonnenenergie bzw. «Erneuerbare Energien» in Deutschland nicht funktionieren kann. Er würde zwangsläufig in den Blackout und damit zum Kollaps des Systems führen. Würde man also an den Grundprinzipien der Energiewende festhalten und diese konsequent zu Ende führen, wäre die gesellschaftliche und wirtschaftliche Katastrophe garantiert. In die Zukunft kann man nicht sehen, doch setzt man sich mit den ideologischen Hintergründen dieses irrsinnigen Grossprojekts auseinander, dann liegt die Vermutung sehr nahe, dass das Scheitern und der Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung das eigentliche Ziel ist, das die politische Kaste mit der Energiewende forciert. Die fortgesetzte Abkehr von konventionellen Energieträgern könnte eines Tages genau den Blackout herbeiführen, der 82 Millionen Deutsche mit der völlig destruktiven Natur der Energiewende konfrontiert. Eine lebensbedrohliche Eskalation also, in der praktisch jeder Deutsche mit dem alten BRD-System abschliessen und verzweifelt nach einem Retter Ausschau halten würde. In dieser Situation wäre Deutschland übernahmebereit für den Personenkreis, der schon seit über 100 Jahren das Ziel verfolgt, die Landmasse Eurasien vollständig zu erobern (Ausgaben 41,42,45,46). Ein dystopisches Szenario, das angesichts der beobachtbaren seismischen Verschiebungen geopolitischer Macht als nicht unrealistisch einzuordnen ist.

Käme es jedoch nicht zu dieser Eskalation, die die Deutschen wie aus einem Traum wachrütteln würde, dann könnte das Projekt auch über Jahrzehnte fortgeführt werden, wobei hierfür ein Etikettenschwindel stattfinden müsste, denn die angekündigten Ziele sind unmöglich zu erreichen. Um der Bevölkerung dennoch einreden zu können, die Energiewende sei geglückt, müsste die gesamte Gesellschaft radikale Änderungen ih-



Ein Beispiel für eine Studie, in der wie selbstverständlich mit Energie-Importen und einer Einschränkung des Stromverbrauchs gerechnet wird, so als stelle dies nicht einen Offenbarungseid des Versagens dar. Das ZDF-Magazin «Zoom» sagte zu der Studie: «[...] das Fraunhofer Institut rechnet vor, dass die Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien «aus technischer und systemischer Sicht machbar ist.» Was das Fraunhofer Institut unter «machbar» versteht, wurde dem TV-Konsumenten allerdings verheimlicht.

Quelle: youtube.com, Junge Freiheit, Mythos Energiewende



res Lebensstils und eine Herabsenkung ihres Lebensstandards in Kauf nehmen. Dies würde Hand in Hand mit einer planwirtschaftlichen Verwaltung des Stromverbrauchs gehen, womit beide Szenarien – Totalkatastrophe oder allmähliche Umstellung – letztendlich zu einem identischen Ergebnis führen würden: die Transformation einer bürgerlichen Marktwirtschaft zu einem kommunistisch-technokratischen Gesellschaftssystem. Wieder fällt auf, dass sich «unsere» Politiker letztendlich wenig von Putin unterscheiden, denn ihre Ansätze zur Lösung echter, vermeintlicher oder selbst geschaffener Probleme münden in derselben totalitären Zukunft, von der auch Putin träumt.

Eine machbare «Energiewende»

Die Grundvoraussetzung, um Deutschland überhaupt weiterhin mit Strom versorgen zu können, wäre der fortgesetzte Betrieb von herkömmlichen Kraftwerken, die hoch- und heruntergefahren werden müssen, um die Schwankungen der «Erneuerbaren» auszugleichen (Redispatch-Massnahmen). Es gilt jedoch festzustellen, dass die noch in Deutschland arbeitenden konventionellen Kraftwerke an ihre Redispatch-Grenzen gelangen würden, wenn man die Anzahl der Solar- und Windkraftanlagen weiter vermehrt. Ein Blackout wäre wahrscheinlich schon bei



Sawsan Chebli ✓
@SawsanChebli

Und ja, ich bin für Sanktionen auf Energie. Ich hab als Kind nur einmal baden dürfen, hatte nur einen Eimer Wasser, unsere Wohnung war meist kalt. Wir haben es alle überlebt.

Die SPD-Politikerin Sawsan Chebli befürwortet am 22. März 2022 auf Twitter Energiesanktionen gegen Russland und damit indirekt baldige Zustände, wie man sie aus Ländern der Dritten Welt kennt bzw. kannte, denn mittlerweile verfügen auch dort die meisten Menschen über eine funktionierende Strom- und Energieversorgung.

einer Verdreifachung der Windräder unvermeidbar, selbst wenn alle 2022 noch laufenden Kraftwerke am Netz blieben. Folglich können die rechnerisch notwendigen Wind- und Solaranlagen, die eines Tages Deutschlands Gesamtenergieversorgung sicherstellen sollen, sowieso nicht errichtet werden. Die momentan installierten Windkraftanlagen müssten von heute 31'000 zumindest ins Sechsstellige vermehrt werden, wahrscheinlich wären hunderttausende, wenn nicht Millionen von ihnen nötig; im gleichen Ausmass müsste die Anzahl der Photovoltaik-Anlagen gesteigert werden. Dass allein dieser Ausbau vollkommen unmöglich ist und beim Blick auf den Energieverbrauch eines Elektro-Autos immer noch viel zu wenig wäre, um die gesamte Autoflotte Deutschlands auf Elektromobilität umzustellen, zeigt die vollkommene Undurchführbarkeit dieses Plans unter der Bedingung, dass Strom so selbstverständlich wie heute konsumiert werden kann.

Würde man die Energiewende an die maximalen Grenzen des Möglichen treiben wollen (möglichst wenig herkömmliche Kraftwerke, die lediglich für Redispatch-Massnahmen eingesetzt werden, und möglichst viele «Erneuerbare»), ist heute schon klar, was notwendig sein wird, damit man das Projekt mit enormen Abstrichen von der eigentlichen Zielsetzung fortsetzen kann: Zuerst

müsste dem Bürger mit einer Alibi-Erklärung weisgemacht werden, warum herkömmliche Kraftwerke weiterlaufen müssen und warum dies keineswegs ein Scheitern der eigentlich angekündigten Mission bedeute. Gleichzeitig müsste der Strompreis noch weiter verteuert werden, kombiniert mit entsprechender Propaganda, um den Deutschen zum Stromsparen zu zwingen. Bald käme dann eine Art Kommandowirtschaft auf uns zu, bei der die Einheimischen dazu verdonnert würden, ihren Stromverbrauch möglichst niedrig zu halten oder ihn teilweise sogar tagelang auf das Allernötigste zu reduzieren bzw. auf ihn zu verzichten. Zustände, wie sie wahrscheinlich höchstens in Nordkorea vorherrschen, doch die Propaganda täte ihr Nötiges, um die Deindustrialisierung Deutschlands sowie die Entrechtung und Verarmung der Deutschen als fortschrittlich zu glorifizieren.

Weniger statt mehr

Die Stromspar-Kommandowirtschaft wäre zudem kongruent mit den Zielen, die die grünen Kader in Deutschland verfolgen. Liest man einmal in ihre programmatischen Texte hinein, dann ist darin meist keine Rede davon, dass Strom nach gelungener Energiewende in Hülle und Fülle vorhanden wäre. Vielmehr wird die Deindustrialisierung Deutschlands



«Die Energiewende wird scheitern, durch eine absehbare Strommangelwirtschaft, die zu Rationierung von Strom führen wird, wie wir sie aus Entwicklungsländern kennen. Sie wird zu einem Absturz des deutschen Wohlstands führen durch die Explosion der hiesigen Energiepreise.»



Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, ehemaliger Umweltsenator in Hamburg

Quelle: Frank Hennig, Klimadämmerung: Vom Ausstieg zum Abstieg – Ein Plädoyer für mehr Vernunft in der Energiepolitik, 2021, S.7

von den «Klimaschützern» herbeigewünscht, und es ist so gut wie immer der Normalbürger, der in die Verantwortung gezogen wird, indem ihm vorgeschrieben wird, wie er zu wohnen, zu arbeiten, sich zu verhalten und zu bewegen hat. Keineswegs haben die «grünen» Ideologen eine Zukunft vorgesehen, in der z.B. ein elektrisches Auto für jeden erschwinglich ist. Zwar fahren in ihrer Zukunftsvision einige elektrische Autos, doch wo es nur geht, ist der Normalbürger angehalten, auf Fortbewegung zu verzichten bzw. sich zu Fuss, mit dem Fahrrad oder mittels öffentlicher Verkehrsmittel zu bewegen. Die Berechtigung ein öffentliches Verkehrsmittel zu besteigen, könnte von einem Zentralplaner zu jeder Zeit individuell entzogen werden, was zur Folge hätte, dass die Bewegungsfreiheit keine Grundvoraussetzung mehr sein würde, sondern viel mehr etwas, das den Bürgern vom Staat zugestanden wird. Auch Car-Sharing bzw. eine allgemeine «Sharing Economy» wird für die Zukunft als Mittel der Wahl vorgeschlagen. Um den Deutschen die Lust am Autofahren auszutreiben, wurde schon 1997 von einer Arbeitsgruppe in Angela Merkels Umweltministerium vorgeschlagen, unter Zuhilfenahme der Werbung «die gemeinsame Nutzung eines Pkw (Car-Sharing) mit einem so hohen Symbolwert (zum Beispiel ökologische Verantwortung, Gemeinschaftsinn und soziale Kompetenz) zu versehen, dass das Fahren mit dem privaten Pkw demgegenüber in die Nähe eines egoistischen, gemeinschaftsschädigenden Verhaltens gerückt würde». ⁽¹⁾ Das entspricht der Doktrin von Murray Bookchin, dem Vordenker des Parteiprogramms der Grünen (siehe S.52).

Totalreglementierung

Wie man heute sieht, stimmen die Grünen mit dem Marxisten Bookchin nicht nur in ihren expliziten Programmpunkten überein, auch ihre Methoden sind letztlich dieselben, und diese heissen: verbieten, vorschreiben, verteuern, rationieren, Mangel verwalten, gleichmachen, sprich die Bürger schikanieren

Mit in den Alltag eingestreuten Wettbewerben werden die Deutschen bereits heute auf die Totalreglementierung ihres Konsumverhaltens eingestimmt, die in der Zukunft anstehen könnte.



Mach' mit beim CO₂-Sparwettbewerb!

KlimaKarl bringt Klimaschutz an die Uni Bremen.

17.01. – 04.02.2022





Moderatorin: «Herr Scholz, was würden Sie, wären Sie Kanzler, sofort für den Klimaschutz einführen und was würden Sie sofort verbieten?»

Olaf Scholz: «Das erste wäre, dass ich die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien [...] nach oben setze. Dass ich den Strombedarf per Gesetz festlege, den wir erreichen müssen, wenn wir 2045 CO₂-neutral wirtschaften wollen.»

Olaf Scholz auf n-tv, Ende August 2021

Quelle: youtube.com, Bundestagswahl 2021
LIVE: Das Triell - Baerbock | Laschet | Scholz, 29.08.2021

Ein verräterischer Satz, bei dem die Kommentatoren allerdings nicht nachhaken. Scholz will den Strombedarf «per Gesetz» festlegen. Im Klartext: Strom soll notfalls rationiert werden, um die sogenannten Klimaziele zu erreichen.

➔ und ihre Freiheit in jeder sich bieten- den Hinsicht einschränken. Dementspre- chend ist das Ergebnis «grüner» Politik stets die Totalreglementierung aller Lebensberei- che mit Steuererhöhungen, Bürokratisierung und Planwirtschaft, eben ganz so, wie es für einen schleichenden Sozialismus kennzeich- nend ist.

Daraus kann geschlussfolgert werden, dass das eigentliche Ziel der Energiewende nie war, das Industrieland Deutschland mit ausreichend Strom aus «Erneuerbaren» zu versorgen, sondern Stromrationierung und Dauerbevormundung zum deutschen Alltag zu machen. Lediglich dem naiven Medien- konsumenten wurde dies so nicht kommu- niziert. Die Grünen-Ikone Joschka Fischer sah in seinem Buch mit dem programma- tischen Titel «Der Umbau der Industriege- sellschaft» aus dem Jahr 1989 in der Ener- giepolitik den Dreh- und Angelpunkt für die Umgestaltung der westlichen Industriege- sellschaft. Denn «von einem rationellen, die Energieumwandlung verknappenden, um- weltgerechten Energiesystem wird auch der entscheidende kulturelle Impuls ausgehen, der das Verhalten der Menschen und der Gesellschaft und ihrer verschiedenen Sub-

systeme grundsätzlich verändern wird». Die Verknappung der Energieversorgung würde zu einer «ökologischen» Umgestaltung der Industriegesellschaften führen, die auch einen «kulturellen Umbruch» bzw. eine «öko- logische Kulturrevolution» erzwänge. ⁽²⁾

Radikale Einschränkung

Setzt man sich einmal mit bekannten Studien auseinander, die eine «Machbar- keit» der Energiewende herausgefunden haben wollen, dann wird man Zeuge eines bereits stattfindenden Etikettenschwin- dels, denn sie rechnen erstens mit Strom- importen, was im Klartext bedeutet, dass Deutschlands Energiewende nur dann ge- lingen kann, wenn andere Länder den kon- ventionellen Energieträgern treu bleiben. Zweitens - und das wiegt noch schwerer - gehen sie wie selbstverständlich von einer Einschränkung des Stromverbrauchs für den Normalbürger und die Industrie aus. Drittens greifen sie zu weiteren rechneri- schen Tricks, deren Beleuchtung an dieser Stelle aber zu weit führen würde. Die Mit- glieder der Expertengremien wissen dem- nach schon längst, dass eine «erfolgreiche»

Energiewende nur mit einer radikalen Ein- schränkung des Stromverbrauchs möglich ist.

In der Politik wird dieser eigentliche Plan teilweise auch schon kommuniziert. So schreibt die Webseite der Grünen-Fraktion in Biebertal: «Alleine mit Wind- und Sonnen- strom ist die Energiewende natürlich nicht zu schaffen. Deren Ausbau muss zum Beispiel einhergehen mit einer Förderung des öffent- lichen Verkehrs und des Radverkehrs, mit der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und mit einem Ausbau von Wärmenetzen. Und: Energieeinsparung muss attraktiver werden, besonders für die Industrie. Zur Energiewen- de gehört eine Vielzahl von Massnahmen, im Grunde auch ein Wandel unseres Konsumver- haltens.» ⁽³⁾ Mit anderen Worten: Den Grünen ist bewusst, dass die Umstellung auf Wind- und Sonnenenergie zwingend mit einem Verfall des Lebensstandards einhergehen muss und anders nicht zu bewerkstelligen ist. Die Aussage «Energieeinsparung muss attraktiver werden, besonders für die Industrie» ist an Zynismus eigentlich kaum zu überbieten und legt die wirklichkeitsferne Natur des grün-sozialis- tischen Denkens offen. Energieeinsparung attraktiver zu machen, bedeutet im Klartext nichts anderes, als Armut aktiv zu fördern. Eine Industrie, die überleben möchte, kann sich das nicht gefallen lassen und wird sich einfach ins Ausland verabschieden, wo das «Energieein- sparen» aufgrund ausreichend vorhandener Energie nicht nötig ist. Deutschland verfällt als Industriestandort zusehends.

DIE ZEIT

Robert Habeck legt Arbeitsplan für Energiesparkampagne vor

zeit.de, 17.05.2022

„Wer Energie spart, stärkt das Land“, sagt der Bundeswirtschaftsminister. Er plant Förderprogramme und eine Erneuerung des Gebäudeenergiegesetzes.

DER TAGESSPIEGEL

Letztes Mittel im Krisenfall

Habeck will Energieunternehmen notfalls enteignen

tagesspiegel.de, 12.04.2022

Planziele und Enteignungen - die Transformationen einer einstigen Marktwirt- schaft in eine totalitäre Kommandowirtschaft ist in vollem Gange.

„Die Energiepreise sind nicht mehr tragbar, wir können nicht mehr wirtschaftlich produzieren.“

Carletta Heinz, Inhaberin des familiengeführten Glasproduzenten Heinz-Glas in Bayern

Quelle: handelsblatt.com, Deutsche Maschinenbauer senken ihre Prog- nose deutlich, 11.03.2022



FOCUS

Mit staatlichem Zuschuss

Reisebüro-Verband fordert: Rentner sollen im Winter nach Mallorca, um Gas zu sparen

focus.de, 10.05.2022

Willkommen im Irrenhaus Deutschland



Im September 2021 mahnte das Weltwirtschaftsforum in einem Clip: «Wissenschaftler drängen uns dazu, unsere Kleider weniger zu waschen, um dem Planeten zu helfen.» Die Stromverbraucher werden bereits darauf konditioniert, sich mit weniger zur Verfügung stehendem Strom abzufinden. Tatsächlich wird von Studien, die die Energiewende schönrechnen (siehe S.66), von starken Einschränkungen im Stromverbrauch des Normalbürgers ausgegangen.



Screenshot von der Miele-Webseite

Die Energiewende wird dann zum «Erfolg», wenn der Kunde bereit ist, seine Wäsche dann zu waschen, wenn genug Strom zur Verfügung steht - mit einer gemieteten Waschmaschine versteht sich. Wenn kein Strom da ist, dann kann die Wäsche schon mal eine Woche stehenbleiben. Auch die Heizung müsste oftmals einfach durch mehrere Decken ersetzt werden. So sähe dann unsere Zukunft aus. Allerdings würde dies auch für die Industrie gelten: Es würde regelmässig vorkommen, dass ganze Produktionsstätten für eine Woche stillzustehen haben, da kein Strom vorhanden ist. Die «Corona»-Lockdowns haben schon vorgemacht, wie unser aller Alltag per politischem Diktat stillgelegt werden kann. Eine Welt voller auferlegter Zwangspausen und entsprechender Armut kommt auf uns zu, wenn wir zulassen, dass der Energiewende-Irrsinn weiter vorangetrieben wird. Eben das, was man landläufig als «Öko-Sozialismus» bezeichnet.

Gemeinsame Aufgabe

Dass ein radikaler «Wandel unseres Konsumverhaltens» ansteht, wird nicht nur von den lokalen Vertretungen der Grünen-Partei kommuniziert. Erst im Mai 2022 legte «Wirtschaftsminister» Robert Habeck einen Arbeitsplan zur Förderung des Energiesparens vor. Energie zu sparen und auf «Erneuerbare» zu wechseln, sei «eine gemeinsame nationale Aufgabe, bei der Politik, Industrie, Unternehmen, Verbraucherinnen und Verbraucher alle mithelfen können, damit es gelingt», sagte Habeck den Zeitungen der Funke Mediengruppe. «Wer Energie spart, schützt das Klima, stärkt das Land und schont den Geldbeutel», so der deutsche Bundesminister für Wirtschaft und Energie.⁽⁴⁾ Die Bevölkerung als Ganzes in eine grosse «gemeinsame nationale Aufgabe» einzuspinnen und sie daraufhin von den Herrschern gesetzte Pläne erfüllen zu lassen,

entspricht ziemlich genau dem, was die marxistische Doktrin vorsieht. Hätten die Grünen insgeheim also das Ziel verfolgt, Deutschland durch die Energiewende in eine kommunistische Planwirtschaft zu verwandeln, dann wäre die gesamte Unternehmung durchaus als Erfolg zu verstehen - ein Erfolg auf Kosten von Freiheit und Lebensstandard des durchschnittlichen Deutschen.

Dieser kann sich auf allerlei kreative Ideen einstellen, mit denen ihm der Niedergang seiner Heimat schmackhaft gemacht werden wird. So strebt der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, im Fall eines Gasnotstands eine Kampagne der Religionsgemeinschaften, der Unternehmer oder der Fussballvereine an. Wenn Prominente zum Gassparen aufrufen würden, werde das «seine Wirkung nicht verfehlen», sagte Müller der «Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung» (FAS). «Es könnte doch eine Art sportlichen Wettstreit geben, ob

Düsseldorf oder Köln, München oder Nürnberg, Kiel oder Lübeck den Verbrauch schneller herunterfahren.»⁽⁵⁾ Dies erinnert an den Klaus-Schwab-Mentor und UNO-Drahtzieher Maurice Strong (Ausgabe 42), der schon im Jahr 2004 gesagt hatte, dass er vorhabe, einen Umweltindex zu erstellen: «Dann können die Leute ihre eigene Umweltleistung auf einem Index messen, wie sie es auf andere Weise auch tun. Und dann können sich die Leute gegenseitig herausfordern; die Jugend kann politische Führer und Geschäftsleute auffordern: «Wie ist euer Umweltindex?» Mit anderen Worten, wie hoch ist deine Belastung für die Umwelt?»⁽⁶⁾

Prof. Dr. Fritz Vahrenholt fasst den dargestellten Irrsinn folgendermassen zusammen: «Die Energiewende wird scheitern, durch eine absehbare Strommangelwirtschaft, die zu Rationierung von Strom führen wird, wie wir sie aus Entwicklungsländern kennen. Sie wird zu einem Absturz des deutschen Wohlstands führen durch die Explosion der hiesigen Energiepreise.»⁽⁷⁾ (tk/as)

«Im vergangenen Jahr hatten wir etwa bis August Gaskosten in Höhe von 100'000 Euro im Monat. Die sind sukzessive gestiegen und Anfang März war der Gaspreis so hoch, dass uns das etwa 900'000 Euro im Monat kosten würde. Die Kunden bezahlen sicher nicht den doppelten Preis für ein T-Shirt, dann kaufen sie es nicht mehr!»

Wolfgang Grupp, Chef des Textilunternehmens Trigema, im Interview mit dem IT-Wirtschaftsmagazin CIO, März 2022

Quelle: cio.de, Trigema-Chef Wolfgang Grupp wird 80, 29.03.2022



Foto: LinovonLinares (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Neues_vom_K%C3%B6nig_aus_Burladingen.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

Quellen:

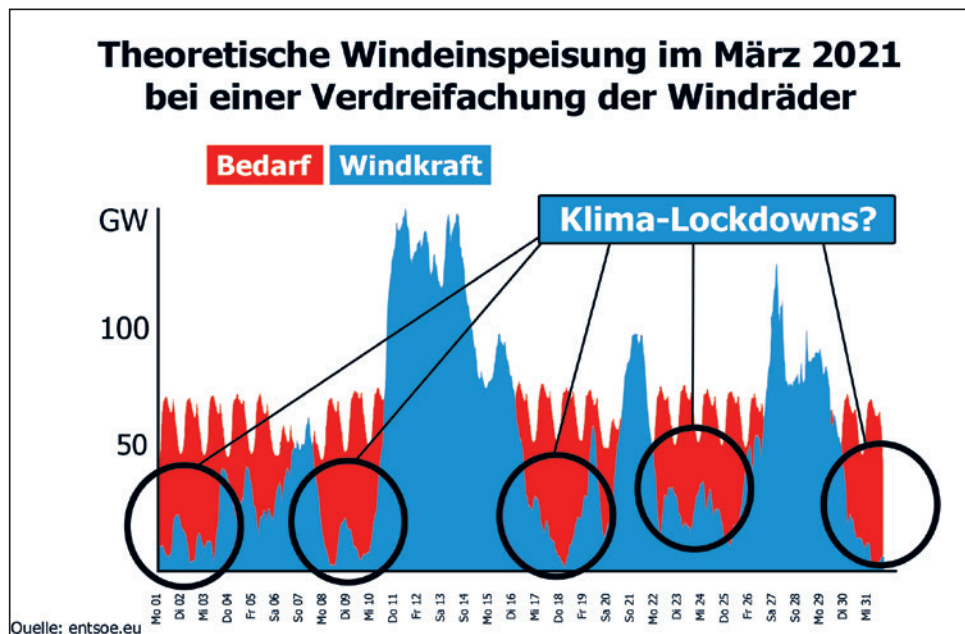
1. Nachhaltiges Deutschland, Leitfaden der Bundesregierung, 1997
2. Joschka Fischer, Der Umbau der Industriegesellschaft, Eichborn Verlag, 1989, S.81 f.
3. gruene-biebirtal.de, Vernunftkraft? Nein danke!, 23.04.2015
4. zeit.de, Robert Habeck legt Arbeitsplan für Energiesparkampagne vor, 17.05.2022
5. presse-augsburg.de, Bundesnetzagentur will Gas-Kampagne mit Promis, 30.04.2022
6. corporateknights.ca, Interview with Maurice Strong, 01.10.2004
7. Frank Hennig, Klimadämmung: Vom Ausstieg zum Abstieg - Ein Plädoyer für mehr Vernunft in der Energiepolitik, 2021, S.7



Kommt es bald zu «Klima-Lockdowns»?

«Wissenschaftler haben 2020 eine Welle der Ruhe rund um den Planeten beobachtet», freute sich das Weltwirtschaftsforum (WEF) im Februar 2021, als es ein Video mit dem vielsagenden Titel «Lockdowns verbessern still und heimlich Städte rund um die Welt» veröffentlichte. Da «Fabriken schlossen», sei es zu einer «Rekordabnahme bei der Luftverschmutzung» gekommen – «klare Himmel von Asien bis Amerika». ⁽¹⁾ Das implizite Fazit des Videos: Der «Klimawandel» und die Zerstörung des Planeten könnten natürlich nur dann aufgehalten werden, wenn Lockdowns in unseren Alltag integriert würden. Schon zwei Monate vor dem WEF-Video hatte der mittlerweile zum Gesundheitsminister aufgestiegene Karl Lauterbach verkündet: «Für mich bleibt der Eindruck, dass es uns in Deutschland und auch in Europa, geschweige denn in den Vereinigten Staaten, ohne die Entwicklung eines Impfstoffes nicht gelungen wäre, diese Pandemie zu besiegen. Eine Impfung gegen CO₂ wird es allerdings niemals geben. Somit benötigen wir Massnahmen zur Bewältigung des Klimawandels, die analog zu den Einschränkungen der persönlichen Freiheit in der Pandemie-Bekämpfung sind.» ⁽²⁾

Ende April 2021 folgte ein «Hammerurteil» (Frankfurter Rundschau) des Bundesverfassungsgerichts, das klipp und klar feststellte, die persönlichen Freiheiten der Deutschen dürften jederzeit für den Kampf gegen CO₂ eingeschränkt werden. Wörtlich: «Künftig können selbst gravierende Freiheitseinbussen zum Schutz des Klimas verhältnismässig und



Wer aus der Kohle aussteigt und von Kernenergie nichts wissen will, wer nur auf schwankende Stromerzeugung setzt, dem bleibt nur eins: nämlich die Anpassung des Bedarfs an das zappelnde Angebot. In anderen Worten: eine Rationierung des Stromverbrauchs bzw. das erzwungene Strom-Abschalten zu den Zeiten, wo keine Energie zur Verfügung steht.

verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein; gerade deshalb droht dann die Gefahr, erhebliche Freiheitseinbussen hinnehmen zu müssen.» ⁽³⁾ Was läge da näher als der Gedanke, die Wirtschaft in Zeiten mangelnder Stromversorgung, z.B. während tagelanger Dunkelflauten (nahezu kein Wind und Sonnenschein), einfach stillzulegen? Das wäre schliesslich die Konsequenz aus dem «Zappelstrom», den Wind und Sonne

liefern. Zum Spass wird das Bundesverfassungsgericht diese Grundsatzentscheidung wohl kaum getroffen haben. (tk)

Quellen:

1. youtube.com, Lockdowns are quietly improving cities around the world, 27.02.2021
2. welt.de, Klimawandel stoppen? Nach den Corona-Erfahrungen bin ich pessimistisch, 27.12.2020
3. bundesverfassungsgericht.de, Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich, 29.04.2021

Solardachpflicht - Ausgeburt des politischen Kontrollwahns

Die planwirtschaftliche Regulierungswut, die die programmatischen Texte der Grünen-Gründungsmitglieder schon in den 70ern durchzog, hat mittlerweile in jedem Bereich unserer Gesellschaft Einzug gehalten. Inzwischen greift die Politik wie selbstverständlich in die Entscheidungsfreiheit der Menschen ein und reguliert deren Leben rücksichtslos. Immer mehr Hürden werden dem Normalverbraucher und der Industrie im Namen des «Klimaschutzes» in den Weg gelegt. Beispielsweise zwingen Regeln und Gesetze die europäischen Autobauer, ab 2035 in der EU keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr zu bauen, denn ab diesem Jahr dürfen keine solchen neu zugelassen werden. Auch die ansonsten noch verhältnismässig liberale Schweiz steht voll und ganz im Bann der Psychose rund um die «Erneuerbaren Energien». So wurde beschlossen, dass bis 2040 im Stadtgebiet Zürich keine Öl- und Gasheizun-



gen mehr zulässig sind, in der Verwaltung schon ab dem Jahr 2035. Für Heizung und Warmwasser soll nur noch «klimafreundliche» Energie verwendet werden. ⁽¹⁾ Regelungen wie diese führen dazu, dass der Traum vom Eigenheim für viele Menschen in der Schweiz in immer weitere Ferne rückt. Ein

weiterer Vorschlag der Schweizer Umweltministerin Simonetta Sommaruga könnte nun dazu führen, dass er endgültig unerreichbar wird. Sommaruga möchte dafür sorgen, dass bei Neubauten eine Solardachpflicht besteht. Zwar blitzte sie mit einem ersten Vorschlagsversuch Anfang des Jahres



„«Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiss es bis heute nicht.»⁽¹⁾

Robert Habeck, deutscher «Wirtschaftsminister», in seinem Buch «Patriotismus - Ein linkes Plädoyer» (2010) und 2018 im Interview mit dem Debatten-Kanal «Informr»

Foto: Michael Brandtner (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Robert_Habeck_2021_in_Kiel.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

„«[Volksverräter] ist ein Nazibegriff. Es gibt kein Volk, und es gibt deswegen auch keinen Verrat am Volk.»⁽²⁾

Quellen: 1. Patriotismus: Ein linkes Plädoyer, Gütersloher Verlagshaus, 2010;

2. sueddeutsche.de, «Es gibt kein Volk»: Habeck wehrt sich gegen Angriffe, 08.05.2018

im Bundesrat ab, doch Grund zum Aufatmen besteht vorerst keiner, sie gibt nämlich nicht auf und will an ihrer Idee festhalten.⁽²⁾

In Deutschland bereits Realität

Dass ein solches Konzept grundsätzlich kein Ding der Unmöglichkeit ist, beweist einmal mehr das Energie-verrückte Deutschland. In Baden-Württemberg gilt nämlich schon seit Anfang des Jahres 2022 eine stufenweise Photovoltaik-Pflicht für Neubauten, welche ab Mai auch auf Privathäuser ausge-

weitert wurde. Konkret bedeutet das: Neue Firmendächer oder Hallen, die nach dem 1. Januar gebaut werden, müssen gesetzlich mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet werden. Die Solarpflicht gilt dabei auch für Parkplätze ab einer Grösse von 35 Stellplätzen. Ab 1. Mai kommen neugebaute Privathäuser hinzu. Und ab Januar 2023 greift das Gesetz auch bei einer grundlegenden Dachsanierung von Bestandsgebäuden.⁽³⁾ Dass Menschen nun gezwungen sind, sich gegen ihren Willen eine ineffiziente, teure und nicht zuletzt im Brandfall auch gefährliche Technologie (Ausgabe 47) aufs Dach montieren zu müssen, wirkt gera-

dezu grotesk. An Beispielen wie diesem lässt sich aber gut erkennen, wie weit der Staat bereits in urprivate Bereiche des menschlichen Miteinanders vorgedrungen ist. Weiterhin zeigen der fehlende Aufschrei und die fehlende öffentliche Empörung, wie selbstverständlich ein derartiger Eingriff mittlerweile hingenommen wird. (as)

Quellen:

1. nzz.ch, Ab 2040 darf in Zürich fossiles Gas nicht einmal mehr zum Kochen verwendet werden, 30.11.2021
2. weltwoche.ch, Die Solar-Pflicht für Schweizer Hausbesitzer ist nicht vom Tisch..., 04.02.2022
3. esslinger-zeitung.de, Solarpflicht kommt 2022 schrittweise im Land, 30.12.2021



EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Würde man an den Grundprinzipien der Energiewende festhalten und diese konsequent zu Ende führen, wäre die gesellschaftliche und wirtschaftliche Katastrophe garantiert (Ausgabe 47). Will man das Projekt auch über Jahrzehnte fortführen, bleibt der Politik nichts übrig, als einen Etikettenschwindel vorzunehmen, um der Bevölkerung dennoch einreden zu können, die Energiewende sei geglückt. Allein der utopische Energiebedarf für die Vollverstromung des Verkehrs zeigt die vollkommene Undurchführbarkeit des kommunizierten Plans unter der Bedingung, dass Strom so selbstverständlich wie heute konsumiert werden kann. Ergo: Will man mit der Energiewende weitermachen, dann muss die Bevölkerung radikale Änderungen ihres Lebensstils und eine Herabsetzung ihres Lebensstandards in Kauf nehmen. Dies würde Hand in Hand mit einer planwirtschaftlichen Verwaltung des Stromverbrauchs gehen, womit letztendlich die eigentlich übereinstimmenden Ziele Putins, Xi Jinpings und der Grünen-Partei verwirklicht würden: die Transformation einer bürgerlichen Marktwirtschaft zu einem kommunistisch-technokratischen Gesellschaftssystem. Bald käme dann eine Art Kommandowirtschaft auf uns zu, bei der die Einheimischen dazu verdonnert würden, ihren Stromverbrauch möglichst niedrig zu halten oder teilweise sogar tagelang auf ihn zu verzichten. Ende April 2021 stellte ein absolutes Skandal-Urteil des Bundesverfassungsgerichts klipp und klar fest, dass die persönlichen Freiheiten der Deutschen jederzeit für den Kampf gegen CO₂ eingeschränkt werden könnten. Das könnte den Weg frei machen für «Klima-Lockdowns», die bereits von hochrangigen Entscheidern ins Spiel gebracht wurden – d.h. beispielsweise das Stilllegen der Industrie für einen bestimmten Zeitraum.

Liest man einmal in die programmatischen Texte «grüner» Spitzenpolitiker hinein, dann ist darin meist keine Rede davon, dass Strom nach gelungener Energiewende in Hülle und Fülle vorhanden wäre. Keineswegs haben die «grünen» Ideologen eine Zukunft vorgesehen, in der z.B. ein elektrisches Auto für jeden erschwinglich ist. Wo es nur geht, soll der Normalbürger dazu angehalten sein bzw. gezwungen werden, auf Fortbewegung zu verzichten oder sich zu Fuss, mit dem Fahrrad oder mittels öffentlicher Verkehrsmittel zu bewegen, und wenn er in einem Auto Platz nimmt, dann beim Car-Sharing. Die Methoden «grüner» Politik lauten: verbieten, vorschreiben, verteuern, rationieren, Mangel verwalten, gleichmachen, sprich die Bürger schi-

kanieren und ihre Freiheit in jeder sich bietenden Hinsicht einschränken. Dementsprechend ist das Ergebnis stets die Totalreglementierung aller Lebensbereiche mit Steuererhöhungen, Bürokratisierung und Planwirtschaft, eben ganz so, wie es für einen schleichenden Sozialismus kennzeichnend ist. Daraus könnte geschlussfolgert werden, dass das eigentliche Ziel der Energiewende nie war, das Industrieland Deutschland mit ausreichend Strom aus «Erneuerbaren» zu versorgen, sondern Stromrationierung und Dauerbevormundung zum Alltag zu machen. Lediglich dem naiven Medienkonsumenten wurde dies so nicht kommuniziert.

Setzt man sich mit relevanten und vielzitierten Studien auseinander, die eine «Machbarkeit» der Energiewende herausgefunden haben wollen, dann wird man Zeuge eines bereits stattfindenden Etikettenschwindels, denn die meisten dieser Studien gehen wie selbstverständlich von einer Einschränkung des Stromverbrauchs für den Normalbürger und die Industrie aus. In der Politik wird dieser eigentliche Plan teilweise auch schon kommuniziert mit Aussagen wie: «Energieeinsparung muss attraktiver werden, besonders für die Industrie.» Erst im Mai 2022 legte «Wirtschaftsminister» Robert Habeck einen Arbeitsplan zur Förderung des Energiesparens vor. Energie zu sparen und auf «Erneuerbare» zu wechseln, sei «eine gemeinsame nationale Aufgabe, bei der Politik, Industrie, Unternehmen, Verbraucherinnen und Verbraucher alle mithelfen können, damit es gelingt». Die Bevölkerung als Ganzes in eine grosse «gemeinsame nationale Aufgabe» einzuspannen und sie daraufhin von den Herrschern gesetzte Pläne erfüllen zu lassen, entspricht ziemlich genau dem, was die marxistische Doktrin vorsieht. Hätten die Grünen insgeheim also das Ziel verfolgt, Deutschland durch die Energiewende in eine kommunistische Planwirtschaft zu verwandeln, dann wäre die gesamte Unternehmung durchaus als Erfolg zu verstehen – ein Erfolg auf Kosten von Freiheit und Lebensstandard des durchschnittlichen Deutschen.

Im letzten Teil der Ausgabe wird die bisher beschriebene, verheerende Gesamtsituation noch einmal in den grossen Gesamtkontext der kommunistischen Strategie eingeordnet werden, womit hoffentlich keine Fragen mehr offen bleiben, was es mit der omnipräsenten, die Schlagzeilen dominierenden Energiekrise wirklich auf sich hat.

► Fortsetzung auf Seite 82



Auf einen Blick

► Die Geschichte der verhängnisvollen Energiewende beginnt mit dem «Lokomotivenbericht» des sowjetischen Militärgeheimdiensts GRU aus dem Jahr 1954. Dieser Plan zielte darauf ab, die Energie-Versorgung des Westens zum Erliegen zu bringen und seine Wirtschaft zu zerstören.

► Zu diesem Zweck wurde u.a. auch die arabische Welt von den Sowjets infiltriert, was z.B. erklären könnte, warum die Kataris dem deutschen Wirtschaftsminister Robert Habeck eine Abfuhr erteilten und ihn geradezu demütigten.

► Versteht man die «grüne» Politik und Ideologie als hybride Waffen, die in Sowjetrussland entwickelt wurden, dann könnte man die «strategisch unklugen» Forderungen nach einem Energieboykott gegen Putin als perfides Mittel interpretieren, um den Zusammenbruch des Westens herbeizuführen und ihn zum weltweiten Sündenbock zu machen.

Die geplante Energiekrise

Ein Monat nach dem Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine musste der neue grüne Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck die Frühwarnstufe des «Notfallplans Gas» ausrufen, denn Deutschland ist aufgrund der aktuellen Eskalation des neuen Kalten Krieges zwischen Ost und West nun erstmals unmittelbar mit der Gefahr konfrontiert, dass Russland die Gaslieferungen in den Westen einstellt – eine Gefahr, die sich zwar schon lange abgezeichnet hat, die bislang aber weitgehend ignoriert wurde. Bis zu Putins Einmarsch hatte weder die neue Bundesregierung unter Olaf Scholz noch die Vorgängerregierung unter Angela Merkel grosse Anstrengungen unternommen, um die aufziehende Gefahr eines russischen Energieembargos abzuwenden. Im Gegenteil: Die von der deutschen Politik während der letzten beiden Jahrzehnte partiübergreifend vorangetriebene Energiewende mit dem Ausstieg aus der Kernenergie hat diese Gefahr noch erheblich verschärft – oder besser gesagt sogar erst entstehen lassen. Konfrontiert mit den nun rasant ansteigenden Energiepreisen fragen sich daher viele Bürger, ob diese Entwicklung nur das Resultat von Dummheit und politischem Versagen ist, oder ob mehr dahintersteckt. Der neue CDU-Chef Friedrich Merz veröffentlichte Ende März 2022 einen Gastbeitrag in der Zeit mit dem verharmlosenden Eingeständnis, «dass wir uns geirrt haben». Obwohl der Reaktorunfall von Fukushima, den Merkel zum Anlass für den Ausstieg aus der Kernenergie genommen hatte, «in keinem Zusammenhang mit der Sicherheit unserer Kraftwerke» stand, habe man mit der Abschaltung der deutschen Reaktoren eine «immer grössere Abhängigkeit von russischem Gas für die Stromerzeugung in Kauf genommen». Anders als die grüne Aussenministerin Annalena Baerbock behauptete, seien wir laut Merz am Tag des russischen Überfalls nicht «in einer anderen Welt auf-



Wladimir Putin bei der Eröffnung einer Gas-Pipeline

gewacht», vielmehr seien wir in genau jener Welt aufgewacht, die Putin haben wollte. Die Lage, in der sich Europa heute befindet, sei von Putin seit Jahren sorgfältig vorbereitet worden.⁽¹⁾

Diese Feststellung ist sicherlich zutreffend, betrachtet man jedoch die Vorgeschichte der Energiewende und ihrer Protagonisten, dann stellt man fest, dass Putin bei diesen Vorbereitungen nicht alleine war. Bei genauer Betrachtung kommt man nicht umhin, sich der Bewertung des früheren Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz Hans-Georg Maassen anzuschliessen, der die Ausrufung der Frühwarnstufe des «Notfallplans Gas» mit den Worten kommentierte: «Danke Angela Merkel! Ihre Politik war nicht Dummheit, sondern Berechnung.»⁽²⁾

Der «Lokomotivenbericht»

Die Vorgeschichte der sich nun als so verhängnisvoll erweisenden Energiewende reicht bis ins Jahr 1954 zurück und das nicht etwa deshalb, weil Angela Merkel in diesem Jahr das Licht der Welt erblickte, sondern vor allem, weil die für das Studium strategischer Ressourcen und Schwachstellen zuständige 10. Verwaltung

des sowjetrussischen Militärgeheimdiensts GRU in diesem Jahr ihren sogenannten «Lokomotivenbericht» vorlegte, in dem erstmals das Konzept eines Energie- bzw. insbesondere eines Ölembargos gegen die westliche Welt formuliert wurde. Laut dem GRU-Überläufer Viktor Suworow kam die Studie zu folgendem Ergebnis: «Um die «Lokomotive des Kapitalismus» lahmzulegen, brauche man nicht ihr gesamtes Triebwerk zu zerstören, sondern es genüge, ihr ein unverzichtbares Element zu nehmen [«fossile» Energie-Rohstoffe]. Unmittelbar danach begann die sowjetische Infiltration der arabischen Nationen.»⁽³⁾

Unter anderem für genau diese Aufgabe, also für die Infiltration der erdölexportierenden Staaten im arabischen Raum, wurden die Studenten am Moskauer Institut für Internationale Beziehungen ausgebildet. Einer davon war der angehende Diplomat und KGB-Offizier Wladimir Sacharow, der nach Abschluss seines Studiums im Dienst des sowjetischen Aussenministeriums und des KGB in Kuwait und Ägypten eingesetzt wurde, bevor er 1971 in die USA überlief. Wie Sacharow im Jahr 1980 erklärte, strebten die sowjetischen Strategen langfristig danach, die Wirtschaft der westlichen Staaten mit di-

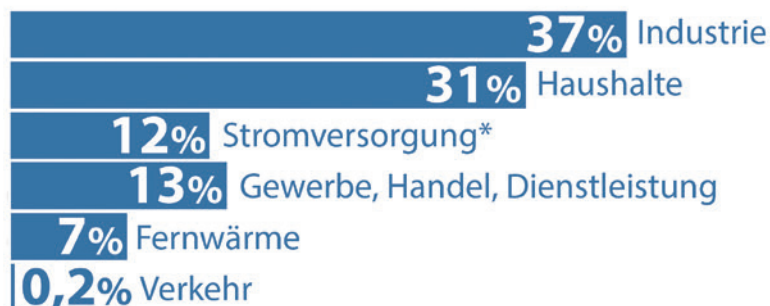
rekten und indirekten Mitteln zu schwächen, um sie irgendwann planmässig zum Zusammenbruch zu bringen – ein Schwerpunkt dabei war die Energieversorgung. Zu diesem Zweck waren vom Zentralkomitee der KPd-SU spezielle Richtlinien für den Nahen Osten ausgearbeitet worden, die den Studenten im Jahr 1965 von Pavel Podlesny, einem Vertreter des Instituts für USA- und Kanadastudien, erläutert wurden. Sacharow berichtete, wie Podlesny bei dieser Gelegenheit zuerst Lenin zitierte, der vorausgesagt hatte, es werde eine Zeit kommen, «in der die Kapitalisten zu uns angekrochen kommen und uns anflehen werden, Handel zu treiben – dann werden wir ihnen unsere Bedingungen diktieren. Angesichts unserer erfolgreichen Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern», so gab Sacharow die Worte Podlesnys wieder, «denkt unsere Regierung darüber nach, mit der umfassenden Durchsetzung unserer wirtschaftlichen Interessen in den Ländern der kapitalistischen Welt zu beginnen. Die wirtschaftlichen und politischen Interessen unseres Landes sind untrennbar miteinander verbunden. Jetzt treten wir in eine neue Ära unseres wirtschaftlichen Kampfes gegen den Imperialismus ein, in den Kampf, der das kapitalistische System zerstören und der imperialistischen Ausbeutung und ihrem wichtigsten Zentrum, den Vereinigten Staaten, ein Ende machen wird.» Es sei die Aufgabe der anwesenden Studenten, so erklärte Podlesny, diese Strategie in den rohstoffexportierenden Staaten umzusetzen, weshalb sie sich verstärkt mit wirtschaftlichen und finanziellen Problemen auseinandersetzen müssten, denn die sowjetische Aussenpolitik in den Entwicklungsländern lege ihren Schwerpunkt zukünftig auf die wirtschaftliche Kriegsführung gegen die westliche Welt: «Ihr werdet diejenigen sein, die mit Vertretern westlicher Konzerne am Verhandlungstisch sitzen, Ihr werdet für unsere Regierung in den Entwicklungsländern arbeiten, um ihnen dabei zu helfen, sich von amerikanischen Monopolkonzernen zu befreien, Ihr werdet den Kapitalisten zeigen, wer den Ton angibt. Dafür müsst ihr lernen, sie mit ihren eigenen Mitteln zu schlagen.» ⁽⁴⁾

Unterwanderung der islamischen Welt

Ausgehend von sowjetischen Prognosen erklärte Podlesny, dass die westliche Welt zukünftig «immer abhängiger von Asien, Afrika und Lateinamerika werden würde, insbesondere beim Erdöl». Deshalb werde Moskau in den erdölexportierenden Staaten «massive Anstrengungen» unternehmen, um die Versorgung der westlichen Welt zum Er-



Grösste Gasverbraucher Deutschlands (2021)



* Einschliesslich Blockheizkraftwerk

Quellen: BDEW, Statista

„«Die Heizungen der Wohngebäude und die industriellen Prozesse, für die ebenfalls sehr viel Gas benötigt wird, würden bei einem plötzlichen Stopp des Gasimports ausfallen und einen Aufruhr der Bevölkerung und Proteststürme der Industrie hervorbringen. Etwa die Hälfte der Deutschen heizt die Wohnung mit Gas. Die deutsche Regierung könnte das Tohuwabohu, das entstünde, kaum überstehen. Die innenpolitischen Verwerfungen wären so gross, dass der Zusammenhalt des westlichen Bündnisses in Frage stünde.»

Professor Hans-Werner Sinn, renommierter Wirtschaftswissenschaftler, in einem Artikel auf der Webseite «Finanz und Wirtschaft», 30.03.2022

Quelle: fuw.ch, Deutscher Scherbenhaufen, 30.03.2022

Vielleicht ist ja genau das der Plan?



Robert Habeck verbeugt sich unterwürfig, ja fast gottesfürchtig vor Katars Energieminister.



→ liegen zu bringen und ihre Wirtschaft zu zerstören.⁽⁵⁾ Vor allem im Nahen Osten begann damit eine grossangelegte Subversionskampagne, zu der neben dem Aufbau von Terrorzellen ausdrücklich auch die massenhafte Anwerbung von Agenten in allen Ländern und allen gesellschaftlichen Schichten der islamischen Welt gehörte, einschliesslich der Unterwanderung der Streitkräfte, der politischen Parteien und religiöser Gruppen mit sowjetischen Marionetten.⁽⁶⁾ Dabei verfolgte der Kreml ein zweifaches Ziel, an das die angehenden Diplomaten am Moskauer Institut für Internationale Beziehungen immer wieder ausdrücklich erinnert wurden. Es ging darum, «erstens die Entwicklungsländer selbst ins sozialistische Lager zu bringen; zweitens, die kapitalistischen Industriestaaten mit der Zeit von ihren Brennstoff- und Rohstoffquellen abzuschneiden. Lange bevor die Amerikaner über die Möglichkeit einer Ölkrise nachdachten», so Sacharow, «erfuhren wir von der Abhängigkeit der Vereinigten Staaten, Westeuropas und Japans vom Öl aus dem Nahen Osten».⁽⁷⁾ Als angehender Nahost-Experte studierte Sacharow «das Ölgeschäft und sein Verhältnis zur arabischen Politik» im Hinblick darauf, «bestimmte politische, ideologische und militärische Bedingungen zu planen, zu fördern und herbeizuführen, die eine Unterbrechung der Lieferungen in die westliche Welt bewirken würden».⁽⁸⁾ Dabei berücksichtigten die Sowjets ausdrücklich auch den wachsenden finanziellen Einfluss ihrer Marionetten unter den arabischen Geschäftsleuten und in den Regierungen, die sich «mit ihren Petrodollars immer stärker in die westliche Wirtschaft einkauften».⁽⁹⁾

In der Absicht «einen Keil zwischen die ölfreudigen arabischen Länder und die Vereinigten Staaten zu treiben» setzte das KGB seine Agenten bewusst auf beiden Seiten des entstehenden Konflikts ein, also sowohl im arabischen Raum als auch in der westlichen Welt. Zur Unterwanderung der amerikanischen Politik bildete das KGB laut Sacharow zu Beginn der 1970er-Jahre auch einige Eliteagenten aus, «die sowohl über eine US-Spezialisierung als auch über gute Kenntnisse des Nahen Ostens verfügten», denn für einen KGB-Agenten,



Ob die medial aufgewiegelt Deutschen diesem Motto im Ernstfall treu bleiben würden, ist doch mehr als anzuzweifeln. Schnell würde ein Gasembargo die Lage lebensbedrohlich machen. Dann wäre man, was Hilfe angeht, mit ziemlicher Sicherheit nicht mehr allzu wählerisch. Sogar nach der rettenden Hand des heute so verhassten Kreml-Herrschers würde man greifen, wenn es um Leben und Tod ginge. Davon kann man schwer ausgehen.

der zukünftig zum Beispiel «als Berater der US-Aussenpolitik» eingesetzt werden soll, «um die amerikanisch-arabischen Beziehungen zu stören», wäre es sehr hilfreich, wenn er auch über «eine genaue Kenntnis der arabischen Welt» verfügt.

Das Ende einer Partnerschaft

Ein halbes Jahrhundert später ist festzustellen, dass das Verhältnis zwischen der westlichen Welt und den arabischen Staaten am schwersten einerseits durch den «islamistischen Terror» und andererseits durch den von Präsident George Bush jun. begonnenen und inzwischen epochal gescheiterten «Krieg gegen den Terror» belastet wurde. Was den «islamistischen Terror» angeht, so gilt die Verwicklung sowjetrussischer Agenten inzwischen als nahezu erwiesen. Kein Geringerer als Osama Bin Ladens Stellvertreter, der Ägypter Aiman al Zawahiri, wurde von mehreren KGB/FSB-Überläufern als Agent des russischen Geheimdienstes identifiziert. Darüber hinaus ist es auch kein Zufall, dass die Ideologie des islamistischen Terrors in ganz erstaunlicher Weise den Vorgaben Lenins

entspricht, denn diese wurden durch Mirsaid Sultan-Galijew schon in den 1920er-Jahren in eine islamische Verkleidung gehüllt und anschliessend im Orient verbreitet. Auf amerikanischer Seite waren es ausgerechnet die notorisch trotzkistischen «Neocons», die als stärkste Befürworter des «Krieges gegen den Terror» galten (Ausgabe 42). Berücksichtigt man darüber hinaus die fragwürdigen Umstände, welche die Kriege in Afghanistan und im Irak vom Anfang bis zum Ende begleiteten, dann wird deutlich, dass das Ansehen der USA als westliche Führungsmacht nicht nur in der islamischen Welt, sondern auch unter den eigenen Verbündeten schwer gelitten hat.⁽¹⁰⁾

Dabei war Wladimir Sacharow nicht der einzige östliche Überläufer, der Einblick in die sowjetischen Richtlinien zur Sabotage der westlichen Energieversorgung hatte. Auch der zum Westen übergelaufene tschechoslowakische General Jan Sejna berichtete übereinstimmend, dass in jenem Jahr 1965 als Teilaspekt der sowjetischen Langzeitstrategie ein Plan für den Nahen Osten ausgearbeitet worden war, der primär darauf abzielte, die Energielieferungen in die westliche Welt unter die Kontrolle Moskaus zu bekommen.⁽¹¹⁾



«Die Energiewende wird dauerhaft teuer. Und wollen wir heraus aus dem kaum noch regelbaren Dickicht von Einzelhilfen müssen – ganz simpel – die Reichen ein bisschen ärmer werden und im Gegenzug die Armen ein wenig reicher. Etwa durch ein ordentlich ausgestattetes Grundeinkommen.»

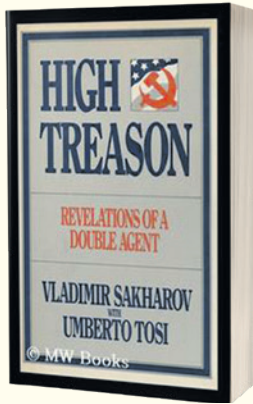
Der Journalist Detlef Flintz in den ARD-Tagesthemen, Oktober 2021

Quelle: facebook.com, tagesschau, Meinung Detlef Flintz, 12.10.2021



Die Milchmädchenrechnung, die Armen würden reicher, wenn die Reichen ärmer würden, geht niemals auf. Die vielen gescheiterten sozialistischen Experimente wie auch die ideologiefreie, vernünftige Wirtschaftswissenschaft bezeug(t)en dies wiederholt. Erstaunlicherweise ist es weiterhin möglich, sich vor einem Millionenpublikum zu solchen Behauptungen zu erdreisten, ohne dass einschneidende Konsequenzen oder mindestens einmal Hohn und Spott der Zuhörerschaft blühen.

„[Die Verantwortlichen im Zentralkomitee der KPdSU] hatten eine Kampagne gestartet, um sogar die Scheichs und Untergebenen der Monarchie in Saudi-Arabien zu rekrutieren und zu manipulieren. Wenn es ihnen nicht gelingen würde, das saudische Scheichtum von aussen zu stürzen, dann sollten sie wenigstens in der Lage sein, es von innen zu manipulieren und auf diese Weise das Hauptziel des Zentralkomitees zu verwirklichen – die kapitalistische Wirtschaft durch Ölpolitik zum Zusammenbruch zu bringen. Danach wäre noch genug Zeit, um im Endspiel jeden saudischen König loszuwerden.»



Wladimir Sacharow, KGB-Überläufer, 1980

Quelle: Wladimir Sacharow, High Treason, S.266 f.



Luisa Neubauer
@Luisamneubauer

Wir finanzieren Putin weiter, Energiepreise steigen.
Was es bräuchte:

- gezielte Entlastung
- Aufforderung zum kollektiven Stromsparen an den privilegierten & statistisch energieintensivsten Teil der Gesellschaft
- Energiewende XXL

Was die Ampel macht:
- unsozialen #Tankrabatt

Luisa Neubauer am
14.03.2022 auf Twitter

In Wahrheit würde die «Energiewende XXL» Deutschland endgültig übernahmebereit für Putin machen. Verfolgen die Stichwortgeber hinter Luisa Neubauer insgeheim vielleicht genau dieses Ziel?

Sejnas Zusammenfassung dieses Plans wurde erstmals im Jahr 1975 in der Zeitung The London Times veröffentlicht: «Der zentrale Faktor in der ganzen Strategie war, wenig überraschend, das Öl – eine sehr wichtige wirtschaftliche Waffe gegen den Imperialismus. Das sowjetische Kalkül war, dass der Westen Ende der 1970er-Jahre beginnen würde, sich sozial und politisch aufzulösen. Gleichzeitig hätte der internationale Kommunismus im Nahen Osten so Fuss gefasst, dass die Ölwanne eingesetzt werden könnte, um den endgültigen Zusammenbruch des Kapitalismus herbeizuführen.»⁽¹¹⁾

Rückschläge

Zieht man ein halbes Jahrhundert später ein Resümee der sowjetischen Prognosen, dann ist nicht zu leugnen, dass der Kreml seine Pläne damals vor allem in zeitlicher Hinsicht als zu optimistisch eingeschätzt hat, denn im Lauf der Jahre kam es insbesondere im Nahen Osten zu einer Reihe von Rückschlägen, welche die sowjetische Strategie in der Region deutlich zurückwarfen, wie etwa der unerwartete Seitenwechsel des ägyptischen Präsidenten Anwar el-Sadat, der ihm anschliessend das Leben kostete, oder dass die Organisation der arabischen Erdöl exportierenden Staaten (OAPEC) anlässlich des Jom-Kippur-Krieges laut Sejna im Herbst 1973 dem Kreml zuvorkam und

die Ölwanne selbst einsetzte, wodurch die erste Ölkrise ausgelöst wurde, ohne dass die Sowjets daraus einen Nutzen für die weitere Umsetzung ihrer Strategie ziehen konnten, so zumindest Sejnas Einschätzung.⁽¹²⁾ Die erste Ölkrise der 1970er-Jahre hatte in der westlichen Welt sogar eine kontraproduktive Wirkung, denn sie führte zur verstärkten Entwicklung sinnvoller alternativer Energiequellen, wie etwa der Kernenergie oder der Offshore-Ölförderung in der Nordsee, die im Gegensatz zu den sinnlosen, weil völlig unwirtschaftlichen «grünen» alternativen Energien wie etwa Wind- und Solarstrom die Abhängigkeit Europas von ausländischen Energieimporten tatsächlich verringerten. Dadurch wurde der Kreml zu einer Anpassung seiner Strategie gezwungen, um die Energiewaffe zu einem späteren Zeitpunkt doch noch für «einen lähmenden Schlag gegen den Kapitalismus» einsetzen zu können.⁽¹³⁾

Krieg gegen Alternativen

Vor diesem Hintergrund ist es daher kein Zufall, dass in den letzten Jahrzehnten alle Formen einer sinnvollen Energieerzeugung bekämpft wurden, mit denen sich der Westen von russisch kontrollierten Energieimporten unabhängig machen könnte, von der Kohle- und Kernenergie über die Offshore-Ölförderung bis zur unkonventionellen Erdgasförderung durch sogenanntes Fracking.

Es ist kein Zufall, dass dies hauptsächlich unter dem Deckmantel des Umweltschutzes geschah, mit Argumenten, die in Sowjetrussland entwickelt wurden, und vorgetragen durch Protagonisten, die seit Jahrzehnten als Berufsrevolutionäre bekannt sind. Und es ist auch kein Zufall, dass insbesondere von den üblichen Verdächtigen aus den Reihen der Umweltbewegung derzeit Rufe nach einem vorseilenden, selbstverhängten Boykott von Energieimporten aus Russland laut werden, denn wie jedem Berufsrevolutionär bestens bekannt ist, wären die wirtschaftlichen, sozialen und auch militärischen Folgen eines solchen Boykotts für Deutschland und Europa in der aktuellen Lage geeignet, um eine «revolutionäre Situation» zu erzeugen, die auch Lenin nicht brisanter hätte präparieren können. Wie die aktuellen Entwicklungen zeigen, ist für die sowjetischen Strategen nun offenbar der Zeitpunkt gekommen, um endlich die Energiewaffe einzusetzen, denn, wie eingangs bereits erwähnt wurde, droht Russland damit, die Gaslieferungen in den Westen einzustellen und das könnte unausgesprochen bedeuten, dass Moskau im Zusammenhang damit versuchen wird, den Westen auch von den Energieimporten aus dem Nahen Osten abzuschneiden. Und so kommt es nicht überraschend, dass die Ende März kurzfristig angesetzte Reise von Bundeswirtschaftsminister Habeck ins Emirat Katar zur Beschaffung von arabischem Flüssigerdgas offenbar wenig erfolgreich verlaufen ist. Die Berliner Zeitung schrieb, die Kataris hätten Habeck bei seinem verzweifelten Versuch, im kommenden Winter eine Versorgungskrise zu verhindern, nicht nur auflaufen lassen, sondern sogar nahezu verspottet.

Dem Bericht zufolge habe der Energieminister des Emirats dem grünen Wirtschaftsminister aus Deutschland erklärt, dass derzeit niemand über ausreichende Kapazitäten verfüge, um das russische Erdgas zu ersetzen, und im Gegensatz zu den russischen Erdgaspipelines verfüge Deutschland auch gar nicht über die notwendige Infrastruktur zur Anlieferung des benötigten Flüssigerdgases über den Seeweg. Wie die Berliner Zeitung weiter berichtete, sei in Schleswig-Holstein zwar der Bau von zwei Terminals für Gastanker geplant, die deutschen Behörden müssten aber erst den Widerstand «grüner Umweltschützer» überwinden.⁽¹⁴⁾

Abfuhr für Habeck

Anschliessend spekulierte die Zeitung darüber, ob die Kataris mit Russland bei den Gaslieferungen für Deutschland «über Bande spielen»: «Denn Katars Staatlicher Pensionsfonds ist stark in Russland investiert, die





→ Kataris sind ausserdem Shareholder bei Rosneft. An den westlichen Sanktionen hat sich das reiche Land daher nicht beteiligt – weil es seine eigenen Assets in Russland nicht wertmindernd belasten will. Aber vielleicht steckt auch ein ganz anderer Grund dahinter? Denn wie die Zeitung einen Tag später berichtete, produzierte Katar trotz der sanktionsbedingt grösseren Nachfrage «aus welchen Gründen auch immer» statt mehr sogar weniger Flüssigerdgas, so dass sich bereits leere Gastanker vor der Küste Katars stauten, die auf Fracht warteten, welche für Asien bestimmt war.

Ähnlich gering sind die Chancen das Versorgungsproblem kurzfristig mit Flüssigerdgas aus den USA zu lösen, denn selbst wenn es gelingen sollte, die technischen Schwierigkeiten beim Schiffstransport irgendwie zu bewältigen und amerikanisches Flüssigerdgas von anderen Zielkunden nach Deutschland umzuleiten, so wäre dies nur zu einem höheren Preis möglich, was «die Inflation durchaus anheizen» werde. Und so bleibt dem Bundeswirtschaftsminister nun offenbar nichts anderes übrig, als die Gasverbraucher «von der Wirtschaft bis zu Privathaushalten» zum Energiesparen aufzurufen, um den «Verbrauch so gut wie möglich zu reduzieren». ⁽¹⁴⁾ Nur helfen wird das erwartungsgemäss nicht viel, so dass man früher oder später wohl mit der Ausrufung des akuten Gasnotstands rechnen muss, bei der Gas-Rationierungen für Unterneh-

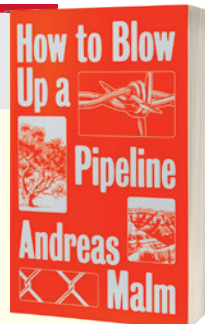


Luisa Neubauer Mitte Juni 2022 auf Instagram: «Natürlich denken wir darüber nach, wie man die längste Rohöl-Pipeline der Welt in die Luft jagen könnte.»

Luisa Neubauer bringt Terrorismus ins Spiel

Buch eines Mitglieds der trotzkistischen Partei Schwedens (Socialistiska Partiet)

Das Buch des schwedischen Marxisten Andreas Malm «Wie man eine Pipeline in die Luft jagt», auf das Neubauer verwies. Eine Handlung, die man schwer als Relativierung verstehen kann.



Luisa Neubauer
@Luisamneubauer

Antwort an @Watch_Greens

Jesus Maria, es ist ein Buch.

Luisa Neubauer kurz nach dem Instagram-Beitrag auf Twitter

Die deutsche Sprecherin von «Fridays for Future» (FFF), Luisa Neubauer, bezog sich mit ihrem Instagram-Beitrag offenkundig auf eine mögliche Sprengung der «East African Crude Oil Pipeline» (EACOP), die sich noch im Bau befindet und bald Rohöl von Uganda nach Tansania transportieren soll. Nach einer Welle der Empörung über ihre Äusserung ruderte Neubauer oberflächlich zurück. Sie habe lediglich auf ein Buch des schwedischen Autors und Marxisten Andreas Malm mit dem Titel «How to blow up a pipeline» (Wie man eine Pipeline in die Luft jagt) verwiesen. Das Problem: Wie der Titel des Buchs schon sagt, versteht es der linksradikale Autor, im Rahmen des rechtlich Sagbaren, dem Leser kaum eine andere Schlussfolgerung zu lassen, als dass er im Kampf gegen die «Klimakrise» bis zum Äussersten zu gehen hat.

men verhängt werden, und mit den damit zwangsläufig verbundenen «lähmenden» Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft bzw. – wie die sowjetischen Strategen es ausdrücken würden – für den «Kapitalismus». ⁽¹⁵⁾

Reality Check für die Grünen

Dass ausgerechnet einem Grünen wie Habeck die undankbare Aufgabe zufällt, im Nahen Osten vergeblich um Gaslieferungen für das energiegewendete Deutschland bet-



«Ab kommender Woche werden wir die Pipelines von Öl und Gas, die durch unser Land fliessen, friedlich abdrehen, um uns mit unseren Körpern und mit Namen und Gesicht dem fossilen Wahnsinn in den Weg zu stellen.»

Mitteilung auf der Webseite der «Klimaschutz»-Organisation «Letzte Generation» im April 2022

Quelle: handelsblatt.com, Klima-Aktivisten planen Störung der Gas- und Ölversorgung, 19.04.2022



Dass beim Kampf gegen die Energieversorgung des Westens die Grenze zwischen Aktivist und Terrorist fließend ist, bewies schon die Anti-Atomkraft-Bewegung (siehe S.78 f.). Neben der fahrlässigen Politik wird aktuell auch noch «Druck von unten» aufgebaut, um Deutschland zielgerichtet ins Chaos zu stürzen. Der übriggebliebene Rest des deutschen Rechtsstaats konnte die Erfolge von solchen Sabotage-Akten bislang glücklicherweise verhindern (die politischen ausgenommen). Die Frage ist: Wie lange noch?



Strassenblockade der «Letzten Generation», Hauptbahnhof Berlin (2022)



Mitglieder der «Letzten Generation» ketten sich an Gasleitungen.



Der Physikprofessor und überzeugte Kommunist Jens Scheer vor einem Plakat des 1971 gegründeten «Kommunistischen Studentenverbands» (KSV). Scheer stellte seine Expertise ganz in den Dienst der marxistischen Revolution, so wie dies auch heute viele «Wissenschaftler» zu tun scheinen. Mit seiner Autorität als Physikprofessor hatte er entscheidenden Anteil daran, der Anti-AKW-Bewegung zum Durchbruch zu verhelfen.

teln zu müssen, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Denn durch die aktuelle Energiekrise werden die Grünen mit den schon lange absehbaren Folgen ihrer eigenen Politik konfrontiert, was bei den Anhängern dieser Partei gegenwärtig zu einem unsanften Erwachen aus ihren öko-utopischen Träumen führen müsste. Und falls dieses unsanfte Erwachen bislang noch nicht eingesetzt hat, so wird es zweifellos noch kommen, denn die harte Konfrontation mit den faulen Früchten ihrer jahrzehntelangen Realitätsverweigerung hat für die Grünen erst begonnen. Ausgerechnet jene Partei, die laut ihrem eigenen Verständnis ideologisch in der «Friedensbewegung», der «Umweltbewegung» und insbesondere der Anti-Kernkraft-Bewegung wurzelt, wird jetzt wohl – da

sie in Deutschland den Wirtschaftsminister, die Aussenministerin, die Umweltministerin (zuständig für nukleare Sicherheit) und den Landwirtschaftsminister (zuständig für Ernährung) stellt – mit der Endphase der sowjetischen Langzeitstrategie konfrontiert, welche die schrittweise Eskalation der hybriden Kriegsführung gegen die westliche Welt bringen soll. Diese Endphase sieht den Zusammenbruch der Grundversorgung und der öffentlichen Ordnung ebenso vor, wie schliesslich eine militärische Aggression mit der Bedrohung durch einen Atomschlag, wogegen Deutschland – nicht zuletzt aufgrund des jahrzehntelangen grünen Wirkens – heute weniger gerüstet ist als je zuvor. Und das ist – um es nochmals zu betonen – durchaus kein Zufall. Nicht nur den Berichten östli-

cher Überläufer, sondern sogar offiziellen sowjetischen Quellen ist zu entnehmen, dass die Agenten Moskaus parallel zur Unterwanderung der islamischen Welt seit Beginn der 1960er-Jahre auch erheblichen Aufwand betrieben haben, um in den westlichen Industriestaaten eine zersetzende, prärevolutionäre Subkultur zu fördern, die in der 1968er-Bewegung ihren Anfang nahm und die sich anschliessend in jene «Neuen Sozialen Bewegungen» ausdifferenziert hat, unter deren Einfluss sich die westliche Welt laut sowjetischem Kalkül ab dem Ende der 1970er-Jahre «sozial und politisch» auflösen würde (siehe S.75).⁽¹¹⁾

Anti-AKW-Propaganda

Ein Beispiel für eine Aktivmassnahme des Kreml gegen Atomkraftwerke lieferte der im Jahr 2000 in die USA übergelaufene KGB/SWR-Offizier Sergei Tretyakow, der enthüllte, dass das KGB zu Beginn der 1980er-Jahre die Theorie vom «Nuklearen Winter» aufbrachte, um Einfluss auf die friedens- und umweltbewegte Bevölkerung Europas zu nehmen und den Protest gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen anzufachen. Tretyakow erklärte: «Ich hatte mehrere Gespräche mit der KGB-Mitarbeiterin, die in dieser Zeit für wissenschaftliche Propaganda zuständig war und sie erzählte mir mehrmals, dass das KGB für die Entwicklung der ganzen Geschichte vom Nuklearen Winter verantwortlich war, um damit die Pershing-Raketen aufzuhalten. [...] Beim KGB wurde die Nuklearer Winter-Propaganda als das ultimative Beispiel dafür erachtet, wie das KGB den Westen mit einer Art von Wissenschaft verrückt machen konnte, an die in Moskau niemand jemals geglaubt hat.»⁽¹⁶⁾

Zwar wurde die Theorie vom «Nuklearen Winter», der zufolge sich die Erdatmosphäre infolge einer grossen Anzahl von Kernwaffenexplosionen verdunkeln und abkühlen würde, schon bald von seriösen Wissenschaftlern und deren Vereinigungen, wie zum Beispiel dem «British Meteorological Office», widerlegt, sie hält sich jedoch bis heute, und das, obwohl sie nach der Abrüstung der westlichen Mittelstreckenraketen aus der sowjetrussischen Propaganda verschwand – offensichtlich hatte sie ihren Zweck erfüllt.⁽¹⁷⁾

Auf die offenkundigen Parallelen zwischen dem «Nuklearen Winter» und der vermeintlichen «Klimakatastrophe» durch anthropogenes CO₂ soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden, denn die «Klimakatastrophe» wurde bereits in einer



«Wenn sich seine wirtschaftliche Situation verbessert hat, ist damit zu rechnen, dass Russland zu seiner alten Feindseligkeit gegenüber dem Westen zurückkehren wird: Der westliche Glaube an den Zusammenbruch des Kommunismus wird sich als Illusion erweisen. Die sowjetischen Strategen haben ihr System reformiert, ihre eigene Art von Pseudo-Demokratie eingeführt und Veränderungen in ihrer Wirtschaft herbeigeführt. Sie haben die veraltete und diskreditierte Herrschaft der Kommunistischen Partei durch eine neue Massenstruktur politischer Kontrolle ersetzt. Dabei haben sie dieselbe politische Elite, dieselbe Armee mit ihren Politikkommissaren, im Grunde dieselben Nachrichten- und Sicherheitsdienste und andere Elemente des früheren Sowjetsystems beibehalten [...]»



Anatoliy Golitsyn, KGB-Überläufer, Februar 1993

Quelle: Anatoliy Golitsyn, *The Perestroika Deception*, Edward Harle, 1998, S.157 f.





→ früheren Ausgabe ausführlich behandelt (Nr. 9). Ein Zitat des US-Politologen Jeff Nyquist soll an dieser Stelle genügen, um das Wesentliche auf den Punkt zu bringen: «Wenn wir unsere Intuition benutzen und unseren Sinn für Mustererkennung, dann ähnelt der Klimakatastrophen-Schwindel sehr dem Nuklearer-Winter-Schwindel. Beide stützen sich auf Computermodelle – die überhaupt nicht wissenschaftlich sind. Beide betreiben die Politisierung von Wissenschaft.»⁽¹⁸⁾

«Gesellschaftsrelevante Wissenschaftler»

Und beide – das könnte man noch ergänzen – stammen ursprünglich aus derselben Quelle. Mit genau derselben Art von politisierter Wissenschaft wurde auch der Grundstein für die Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er Jahre gelegt und diese stellt tatsächlich einen historischen Präzedenzfall dafür dar, wie ideologisch verblendete Wissenschaftler das Volk und seine politischen Vertreter gegen eine bestimmte Technologie aufbringen oder zu einem gewünschten Verhalten konditionieren können, indem sie das jeweils damit verbundene Gefahrenpotenzial vorsätzlich falsch darstellen, um damit einen gewünschten politischen Prozess einzuleiten. Ein solchermassen politisierter Wissenschaftler, der die Anti-Atomkraft-Bewegung auf diese Weise massgeblich beeinflusst hat, war der Physikprofessor und überzeugte Kommunist Jens Scheer (siehe S.46) – ein Mitglied der KPD-Aufbauorganisation, einer sogenannten K-Gruppe, die sich im Jahr 1970 aus der 68er-Bewegung formiert hatte. Scheer beschrieb die Ausgangslage, die ihn als Revolutionär zu seinem Engagement gegen die deutsche Kernenergie motivierte, wie folgt: «Gegen Ende des Jahrzehnts war ich immer unzufrieden mit unserer sogenannten wertfreien Grundlagenforschung, dagegen trat die Forderung nach gesellschaftlicher Relevanz. Immer weniger hielt ich es aus, in der «Freizeit» mich in revolutionären Zusammenhängen zu bewegen und im Job so total abgehobene Dinge zu treiben. Wenn wenigstens ein bisschen gesellschaftlicher Nutzen zu erkennen wäre! [...] Dabei waren wir völlig hilflos, was die angesagte Kritik an den eigenen Fachinhalten anging. Wir fanden an unserer Physik absolut nichts zu kritisieren, ausser vielleicht – auch das erst später und ganz langsam – die mangelnde gesellschaftliche Relevanz.»⁽¹⁹⁾ Als überzeugter Kommunist hatte Scheer – wie er selbst zugab – also den Ehrgeiz, seine fachliche Expertise in den Dienst der sozialen Revolution zu stellen, oder in anderen Worten, seine Wissenschaft für den Kommunismus zu instrumentalisieren. Die Anti-Kern-



Chaïm Nissim

Früher marxistischer Terrorist, der mit einem Raketenwerfer einen Atomreaktor beschoss

Danach Politiker der «Grünen Partei der Schweiz» und Abgeordneter im Genfer Parlament



«Die vierte und letzte Phase [der kommunistischen Langzeitstrategie] sah dem Anbruch des «globalen demokratischen Friedens» entgegen. Zu Beginn der vierten Phase wären die USA sowohl von Europa als auch von den Entwicklungsländern isoliert. Wir könnten sie daher durch den Einsatz externer wirtschaftlicher Waffen untergraben und so die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen für das Aufkommen progressiver Kräfte im Inneren des Landes schaffen. In dieser Phase sah der Plan ein Wiederaufleben des Wettrüstens vor, das schliesslich zur militärischen Überlegenheit des Ostblocks führen sollte, dem sich die Vereinigten Staaten unterordnen würden.»⁽¹⁾

«Wenn die Sowjetunion das Versagen der westlichen Politik ausnutzen und den Nahen Osten unter ihre Herrschaft bringen könnte, dann würde der Ostblock die strategische Kontrolle über das Öl ausüben, von dem die industrielle und militärische Macht des Westens stark abhängig ist.»⁽²⁾

General Jan Sejna, tschechoslowakischer Überläufer, 1975 und 1982

Quellen:

1. Jan Sejna, We will bury you, Sidgwick & Jackson, 1982, S.108 f.
2. The London Times, How Israel fits into the jigsaw of Soviet power, 04.08.1975



kraft-Bewegung der 1970er-Jahre gab ihm und zahlreichen seiner Gesinnungsgenossen die Möglichkeit, seine revolutionären Ambitionen mit seiner beruflichen Tätigkeit zu verbinden und mit seiner Autorität als Physikprofessor der Anti-AKW-Bewegung zum Durchbruch zu verhelfen.

Anti-AKW-Terror

Welches erschreckende Ausmass an Militanz die Anti-Kernkraft-Bewegung mit Unterstützung der Sowjets bei ihrem Kampf gegen die Versorgungssicherheit der westlichen Staaten aufbringen konnte, zeigte sich im Jahr 1982 bei einem Anschlag auf das damals im Bau befindliche französische Kernkraftwerk Superphénix in Creys-Malville nahe der Schweizer Grenze, den der GRU-Überläufer Viktor Suworow mit bitterem Sarkasmus wie folgt kommentierte: «In Frankreich wurde mit einer RPG-7 ein Atomreaktor beschossen. Woher die in der Sowje-

tunion hergestellte Waffe kam, ist mir nicht bekannt. Wahrscheinlich lag sie aber gerade im richtigen Moment zufällig am Strassenrand. Wenn jedoch ein Speznas-Offizier seinerzeit das Glück hatte, auf diese Gruppe zu stossen und sie mit der notwendigen Hardware zu versorgen, so hat er sicherlich zwischenzeitlich den Rotbannerorden erhalten und ist befördert worden.»⁽²⁰⁾ Wie sich später herausstellte, stammten die fünf dabei eingesetzten RPG-7-Raketengeschosse von der belgischen Terrororganisation «Cellules Communistes Combattantes» (Kämpfende kommunistische Zellen) und waren zuvor tatsächlich von dem Terroristen und KGB-Agenten Ilich Ramírez Sánchez, alias «Carlos der Schakal», über Ost-Berlin nach Westeuropa geliefert worden.⁽²¹⁾

Abgefeuert hatte die Waffe der militante Kernkraftgegner Chaïm Nissim, der wenige Jahre später Parlamentarier der Schweizer Grünen wurde, sich aber erst nach Ablauf der Verjährungsfrist im Jahr 2003 zu dem

„**«Eine multipolare Welt ist endlich Wirklichkeit geworden – die Operation in der Ukraine wird niemanden ausser den Westen gegen Russland mobilisieren. Denn der Rest der Welt sieht und versteht sehr gut, dass dies ein Konflikt zwischen Russland und dem Westen ist, eine Antwort auf die geopolitische Expansion der Atlantiker und die Rückkehr Russlands zu seinen historischen Grenzen und zu seinem Platz in der Welt. China und Indien, Lateinamerika und Afrika, die islamische Welt und Südostasien – niemand ist der Ansicht, dass der Westen die Weltordnung anführt, geschweige denn die Spielregeln bestimmt. Russland hat den Westen nicht nur herausgefordert, es hat gezeigt, dass die Ära westlicher Weltherrschaft als vollständig und endgültig vorbei betrachtet werden kann. Die neue Welt wird von allen Zivilisationen und Machtzentren aufgebaut, natürlich zusammen mit dem Westen (vereint oder nicht) – aber nicht zu seinen Bedingungen und nicht nach seinen Regeln.»**



Die russische Nachrichtenagentur RIA Novosti in dem Artikel «Russlands Offensive und die Neue Welt», Ende Februar 2022

Quelle: web.archive.org, Наступление России и нового мира, 26.02.2022

Anschlag bekannte. ⁽²²⁾ Zwar lag Suworow also nicht ganz richtig mit seiner Vermutung über die Herkunft der Waffe, denn sie wurde nicht durch einen GRU-Spezna-Offizier, sondern durch einen KGB-Agenten geliefert, aber sie stammte tatsächlich aus der Sowjetunion und war westlichen Terroristen bewusst zur Verfügung gestellt worden. Unter Bezugnahme auf einen anderen Fall, bei dem eine radikale Gruppe «Tierschützer» Schokoladentafeln vergiftet hatte, kam Suworow zu folgendem Resümee: «Wenn es Speznas gelingt mit einer solchen Gruppe Verbindung aufzunehmen, die Chance dazu ist sehr gross, so wäre es ein leichtes, dieser Gruppe weitaus wirksamere Protestmöglichkeiten aufzuzeigen. Aktivisten, Radikale, Friedensbewegte, Grüne: für die Führung der GRU sind sie wie reife Wassermelonen, aussen grün, aber innen rot und sie lassen einem das Wasser im Munde zusammenlaufen.» ⁽²⁰⁾

Vor diesem Hintergrund wird offensichtlich, dass die zu Beginn der 1970er-Jahre entstandene Anti-Atomkraft-Bewegung – und das gilt in ähnlicher Weise für die Umweltbewegung insgesamt – eine grossangelegte kommunistische Aktivmassnahme zur Subversion der westlichen Wirtschaft war, die den sowjetischen Strategen dabei half, ihre «wirtschaftlichen Interessen in den Ländern der kapitalistischen Welt» durchzusetzen, oder in anderen Worten, die westliche Energieversorgung der Willkür des Kreml auszuliefern. ⁽⁴⁾

Weg frei für politische Erpressung

Aus dieser Perspektive betrachtet wird verständlich, warum die aus der 68er-Revolution hervorgegangenen K-Gruppen so grosses Interesse am Kampf gegen die Kernenergie hatten und sich schon wenige Jahre später auflösten, um in der grünen Partei aufzugehen – was zweifellos allein der Erkenntnis geschuldet war, dass man unter dem hehren Deckmantel des Umweltschutzes

sehr viel leichter die Unterstützung des Bürgertums gewinnen und zugleich sehr viel mehr Schaden an seinen wirtschaftlichen Lebensgrundlagen anrichten kann als mit offen zur Schau gestellten revolutionären Ambitionen. Auf diese Weise ist es gelungen, die der Bewegung tatsächlich zugrundeliegenden strategischen Absichten zu verbergen und die öffentliche Meinung in Bezug auf die Nutzung der Kernenergie vollständig zu kippen, womit der Ausbau der atomaren Infrastruktur erfolgreich verhindert werden konnte, was konkret bedeutet, dass der Grossteil der geplanten Atomkraftwerke, die eine Versorgungssicherheit Deutschlands bei gleichzeitig niedrigen Stromkosten ermöglicht hätten, niemals gebaut wurde bzw. nach dem Bau nicht in Betrieb ging. Die Entwicklung neuer, technisch weiterentwickelter und damit sichererer Reaktorbauformen wurde vorsätzlich hintertrieben, so dass der «Schnelle Brüter» (siehe S.27 f.) in Kalkar zwar gebaut, aber nie ans Netz genommen wurde, der inhärent sichere «Hochtempera-

turreaktor» in Hamm zwar entwickelt, aber nie wirtschaftlich genutzt wurde und der Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage weder in Gorleben noch in Wackersdorf realisiert werden konnte. Während Deutschland inzwischen über keinen «Hochtemperaturreaktor» mehr verfügt, gingen im Jahr 2021 in China zwei neue «Hochtemperaturreaktoren» in Betrieb und 18 weitere sollen folgen. Spätestens in der aktuellen Lage einer akut drohenden Energiekrise wird offensichtlich, dass dem deutschen Volk damit ein kaum absehbarer Schaden zugefügt worden ist, der ausschliesslich dem Wirken der kryptokommunistischen Umweltbewegung angelastet werden muss. Doch bestimmten «ehemaligen» Kommunisten, die es über die Umweltbewegung bis auf die Kommandohöhen der deutschen Politik geschafft haben, scheint der dadurch angerichtete Schaden an der deutschen Versorgungssicherheit noch immer nicht gross genug zu sein, denn sie streben unter dem fadenscheinigen Vor-



Experimenteller Thorium-Flüssigsalz-Reaktor in China kurz vor Start

mdr.de, 16.10.2021

Während Deutschland inzwischen über keinen eigens entwickelten «Hochtemperaturreaktor» mehr verfügt, gingen im Jahr 2021 in China zwei neue «Thorium-Hochtemperaturreaktoren» in Betrieb und 18 weitere sollen folgen.

Trockenkühlturm des «Thorium-Hochtemperaturreaktors» in Hamm (1991 abgerissen)

Foto: Smial (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Thr300_kuehlturm.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/de/deed.en>



→ wand der Feinstaubbelastung nun auch noch danach, die Nutzung von Brennholz zur Gebäudeheizung zu erschweren oder sogar ganz zu verbieten, wodurch vor allem die Besitzer älterer Gebäude offenbar zum bevorzugten Einbau einer Gasheizung genötigt werden sollen. Dies stellt im Einzelfall für manche Gebäudebesitzer aufgrund hoher Umrüstkosten oder einer abgeschiedenen Lage weitab vom örtlichen Gasversorgungsnetz ein nahezu unlösbares Problem dar und führt in der Mehrzahl der Fälle, in denen eine solche Umrüstung technisch und finanziell zumindest möglich ist, dazu, dass die Abhängigkeit von russischem Erdgas weiter verschärft wird. Es ist davon auszugehen, dass Erdgas den hiesigen Protagonisten der «Energiewende» nicht deshalb als bevorzugter Energieträger zur Gebäudeheizung oder zur grundlastfähigen Erzeugung von Regenergie für Solar- und Windkraftanlagen gilt, weil es am wenigsten «umweltschädlich» ist, sondern vor allem weil die Energieversorgung mit Gas am effektivsten von Moskau aus kontrolliert und zur politischen Erpressung eingesetzt werden kann.

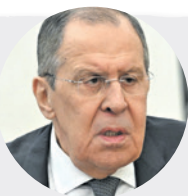
Russland am längeren Hebel

Zum Schluss bleibt anzumerken, dass das am Beispiel der Anti-Atomkraft-Bewegung erläuterte Konzept der «gesellschaftsrelevanten Wissenschaft» natürlich nicht auf die Fachbereiche der Physik, der Klimatologie oder der Ökologie beschränkt ist, denn auch im Gewand einer sogenannten «Genderexpertin», eines «Virologen» oder eines «Ökonomen» kann sich insgeheim ein roter Fanatiker verbergen, der seine Expertise nicht auf eine maximale

wissenschaftliche Objektivität hin ausgerichtet, sondern auf die grösstmögliche Wirkung für die Umgestaltung der Gesellschaft hin zum Kollektivismus. Die Sowjets haben im Rahmen ihrer Langzeitstrategie (Doppelausgabe 41/42) schon seit den 1950er-Jahren besonders grossen Wert auf die Anwerbung und Instrumentalisierung westlicher Wissenschaftler gelegt, in der Absicht, dass diese sowohl ihre Regierungen als auch die bürgerliche Öffentlichkeit in einer für die kommunistische Strategie günstigen Weise beeinflussen würden. Die Übernahme zahlreicher wissenschaftlicher Fachbereiche durch «gesellschaftsrelevante Wissenschaftler» während der letzten Jahrzehnte ist die sichtbare Folge davon und sie trägt massgeblich dazu bei, «die totale Demoralisierung des Westens» zu erreichen, womit – um es nochmals zu betonen – letztlich die «soziale und politische» Auflösung der westlichen Welt herbeigeführt werden soll. ⁽¹¹⁾

Vor diesem Hintergrund und in Kenntnis der Wirkung früherer Ad-hoc-Stellungnahmen deutscher Wissenschaftler auf politische Entscheidungen während der «Corona»-Krise, sollte man der aktuellen Ad-hoc-Stellungnahme der Leopoldina «zur sicheren Energieversorgung» mit ganz besonderer Vorsicht begegnen, denn diese versagt nicht nur darin, die Energiewende als das zentrale Problem der aktuellen Energiekrise zu identifizieren, sondern sie macht stattdessen den Eindruck, als ziele sie darauf ab, den Übergang zu einer planwirtschaftlichen «grünen» Energierationierung voranzutreiben. Darüber hinaus kommt sie zu dem brandgefährlichen Schluss, «dass auch ein kurzfristiger Lieferstopp von russischem Gas für die deutsche Volkswirtschaft handhabbar wäre», wodurch die deutsche Politik dazu verleitet werden könnte, eigeninitiativ und vorauseilend einen Energieboykott gegen Russland zu verhängen. ⁽²³⁾

Foto: Kremlin.ru



„«Gemeinsam mit euch [China] und unseren Sympathisanten bewegen wir uns auf eine multipolare, gerechte und demokratische Weltordnung zu.»

Sergej Lawrow, russischer Aussenminister, am 30.03.2022 im Gespräch mit Wang Yi, dem chinesischen Aussenminister

Quelle: france24.com, Russian FM hails China as part of emerging «just world order», 30.03.2022



„«Eines habe ich nie verstanden. Womit wollt ihr eigentlich heizen? Unser Gas wollt ihr nicht, Atomenergie auch nicht. Wollt ihr mit Holz heizen? Selbst dafür werdet ihr nach Sibirien fahren müssen.»

Wladimir Putin, russischer Präsident und Ex-KGB-Offizier, bei einem Deutschland-Besuch am 26. November 2010

Quelle: facebook.com, report München, Putin: «Wollt ihr mit Holz heizen?», 15.03.2022



Foto: Kremlin.ru

Vizekanzler, Klima- und Energieminister Robert Habeck am 21. März 2022 in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE).

Bundesminister Robert Habeck: „Wasserstoff-Zusammenarbeit mit den Vereinigten Arabischen Emiraten ausbauen“

Pressemitteilung des «Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz» am 21.03.2022



Ein weiterer Baustein der Energie-Abhängigkeit wird die «Wasserstoff-Zusammenarbeit» mit afrikanischen und arabischen Staaten sein, deren Feindseligkeit gegenüber dem Westen immer deutlicher zu Tage tritt. Robert Habeck lässt Deutschland hier genauso ins offene Messer laufen, wie es seine Partei in den zwei vorangegangenen Jahrzehnten getan hat. Schon bald wollen die Emirate mit Hilfe von Sonnenenergie Wasserstoff herstellen und diesen dann auch nach Europa liefern. Die Unsinnigkeit dieses Unterfangens wurde bereits in Ausgabe 47 beschrieben. Eigentlich kann man auch bezüglich der Entscheidung, Wasserstoff aus Ländern mit höchst fragwürdigen Regimen zu einem hohen Preis zu importieren, nur zu der Schlussfolgerung gelangen, dass es sich dabei um böswillige Sabotage durch unsere Politiker handelt.

„Wir haben eine Menge von Möglichkeiten, uns solidarisch zu zeigen, und wir können auch einmal frieren für die Freiheit und wir können auch einmal ein paar Jahre ertragen, dass wir weniger an Lebensglück und Lebensfreude haben.“

Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck in der ARD-Talkshow Maischberger, 09.03.2022

Quelle: welt.de, «Wir können auch einmal frieren für die Freiheit», 10.03.2022



Foto: ©Raimond Spekking/CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

ihrer Strategie unschädlich zu machen. Und man sollte mit dieser Suche bei genau denen beginnen, die jetzt in besonders emotionaler und moralisierender Weise einen vorausseilenden Energieboykott gegen Russland fordern. Denn wenn ohnehin zu erwarten ist, dass der Kreml die Initiative ergreifen und die Energiewaffe gegen Deutschland einsetzen wird, dann sollte er auch die Verantwortung für den Bruch geltender Lieferverträge übernehmen. Wenn hingegen die deutsche Politik dem Kreml diese Verantwortung abnimmt, dann macht sie sich selbst zum Buhmann für die daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen. Erneut muss man sich fragen, ob Dummheit oder Berechnung dahintersteckt, wenn Stimmen laut werden, die grossspurig fordern, die Bürger sollten doch bereit sein, «für die Freiheit auch einmal zu frieren» oder den Verlust ihres ohnehin nur noch bescheidenen Wohlstands hinzunehmen.

Es ist an den bereits verhängten Sanktionen deutlich abzulesen, dass auch nach einem Boykott russischer Energielieferungen keine nennenswerte Wirkung auf russischer Seite zu erwarten wäre, stattdessen verschaffen die aktuellen Sanktionen den sowjetischen Strategen sogar einen erheblichen Vorteil für die eigene Inlandspropaganda, denn sie versammeln das russische Volk hinter dem Regime und wiegeln es gegen die westlichen Nationen auf. Ein Boykott russischer Energielieferungen kommt in der beschriebenen Situation daher dem Einsatz einer Kriegswaffe gleich, die ein verantwortungsvoll handelnder deutscher Politiker nicht gegen das eigene Volk einsetzen würde, sondern nur und ausschliesslich der Feind. (tm/tk)

Vorsätzlicher Selbstmord?

Genau diesen Energieboykott fordern gewisse «Ökonomen» bereits mit der faden-scheinigen Begründung, dadurch würde man dem russischen Regime die Einnahmen aus dem Erdgasgeschäft entziehen. In Wirklichkeit ist diese «Strategie» jedoch nicht mehr als eine Milchmädchenrechnung, die man eigentlich nur dann ernsthaft in Erwägung ziehen kann, wenn man entweder keine Ahnung von der tatsächlichen strategischen Aufstellung Russlands und Chinas hat oder wenn man Deutschland bewusst in eine Falle locken will. Ein Energieboykott oder Energieembargo zwischen Russland und Deutschland würde – ungeachtet der Frage von welcher Seite damit begonnen wird – die deutsche Wirtschaft in der aktuellen Lage erwartungsgemäss sehr viel härter treffen und dem deutschen Volk sehr viel grösseren Schaden zufügen, als damit Wirkung auf russischer Seite zu erzielen wäre. In den Worten des renommierten Ökonomen Prof. Hans-Werner Sinn: «Nur längerfristig, also über einen Zeitraum von etwa drei bis fünf Jahren, liesse sich über LNG-Terminals Ersatz in Form von Gas schaffen, das aus anderen Teilen der Welt importiert wird. Längerfristig würde aber Russland dann auch neue Pipelines nach China, Indien und in andere asiatische Länder bauen, wo das billige russische Gas willige Abnehmer fände. So gesehen hat der Westen heute keine Möglichkeit, Russland mit dem Abschalten der Gaspipelines kurzfristig oder langfristig in grössere Bedrängnis zu bringen als sich selbst.»⁽²⁴⁾

Für die kommunistischen Strategen, welche die Politik des Kreml bestimmen, würde ein deutscher Energieboykott aufgrund der daraus resultierenden Verschärfung der «re-

volutionären Situation» sogar einen erheblichen strategischen Vorteil bringen. Denn wer dem deutschen Volk nach zwei Jahren fragwürdiger «Corona»-Schikanen leichtfertig weiteres Leidensvermögen abverlangt, in der Erwartung durch einen Energieboykott mehr äussere Sicherheit in Europa zu bekommen, dem könnte hierzulande stattdessen schon bald der Zusammenbruch der inneren Sicherheit und der öffentlichen Ordnung entgegenschlagen in Verbindung mit einem Furor Teutonicus, wie ihn dieses Land seit den Zeiten von Arminius nicht mehr gesehen hat.

Ein deutscher Boykott stärkt den Kreml

Friedrich Merz hatte zwar durchaus Recht mit seiner Aussage, dass die aktuelle Situation einer akut drohenden Energiekrise seit langem vorbereitet worden ist, jedoch geschah dies eben nicht durch Putin alleine. Um einer weiteren Verschärfung der aktuellen Situation effektiv entgegenwirken zu können, wäre es vor dem Hintergrund der bisherigen Erläuterungen dringend geboten, die Saboteure in den eigenen Reihen zu erkennen, die mitgeholfen haben diese Situation herbeizuführen, um sie durch Aufdeckung

**Weltoktober –
Wer plant die sozialistische
Weltregierung?
304 Seiten
ISBN 978-3-946168-027**

**Rote Lügen in grünem Gewand
– Der kommunistische
Hintergrund der Öko-Bewegung
224 Seiten
ISBN 978-3-946168-058**

TORSTEN MANN,
Jahrgang 1976, ist politischer Publizist (Weltoktober, Rote Lügen in grünem Gewand, Am Vorabend der Weltrevolution). Er vertritt die These, dass der Kommunismus zu Beginn der 1990er-Jahre nicht untergegangen ist, sondern unter Beibehaltung seiner Ziele lediglich eine planmässige Umgestaltung seiner Methoden vorgenommen hat. Er betreibt die Webseite www.weltoktober.de.

Quellen:

1. zeit.de, Wir müssen eingestehen, dass wir uns geirrt haben, 30.03.2022
2. twitter.com, HGMaassen, 30.03.2022
3. Viktor Suworow, GRU - Die Speerspitze, Scherz Verlag, 1985, S.99
4. Wladimir Sacharow, High Treason, S.71
5. Ebenda, S.72 f.
6. Ebenda, S.76 f., 199 u. 272
7. Ebenda, S.76 f.
8. Ebenda, S.72 f.
9. Ebenda, S.272
10. Ebenda, S.204
11. The London Times, How Israel fits into the jigsaw of Soviet power, 04.08.1975
12. Jan Sejna, We will bury you, Sidgwick & Jackson, 1982, S.109
13. Ebenda, S.106
14. berliner-zeitung.de, Am Tropf von Putin: Wurde Robert Habeck über den Tisch gezogen?, 29.03.2022
15. Jan Sejna, We will bury you, Sidgwick & Jackson, 1982, S.106
16. Pete Earley, Comrade J, Penguin Books, 2007, S.169 ff.
17. Raymond Sleeper, Mesmerized by the Bear; Dodd, Mead & Co., 1987, S.347
18. jmyquist.com, Green is the new Red, 12.04.2015
19. Redaktion Atom Express, ...und auch nicht anderswo, Verlag Die Werkstatt, 1997, S.177
20. Viktor Suworow, Speznas, Dissberger Verlag, 1989, S.80
21. de.wikipedia.org, Kernkraftwerk Creys-Malville, abgerufen am: 04.04.2022
22. nzz.ch, Genfer Ex-Parlamentarier gesteht Anschlag auf Creys-Malville, 08.05.2003
23. leopoldina.org, Ad-hoc-Stellungnahme zur sicheren Energieversorgung veröffentlicht, 08.03.2022
24. fuw.ch, Deutscher Scherbenhaufen, 30.03.2022



EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Die Vorgeschichte der sich nun als so verhängnisvoll erweisenden Energiewende reicht bis ins Jahr 1954 zurück. In diesem Jahr legte die für das Studium strategischer Ressourcen und Schwachstellen zuständige 10. Verwaltung des sowjetrussischen Militärgeheimdiensts GRU ihren sogenannten «Lokomotivenbericht» vor, in dem erstmals das Konzept eines Energieembargos gegen die westliche Welt formuliert wurde. Laut dem GRU-Überläufer Viktor Suworow kam die Studie zu folgendem Ergebnis: «Um die <Lokomotive des Kapitalismus> lahmzulegen, brauche man nicht ihr gesamtes Triebwerk zu zerstören, sondern es genüge, ihr ein unverzichtbares Element zu nehmen [«fossile» Energie-Rohstoffe].»

Für die Infiltration der erdölexportierenden Staaten im arabischen Raum, die den Westen versorgten und immer noch versorgen, wurden Studenten am Moskauer Institut für Internationale Beziehungen ausgebildet. Einer davon war der angehende Diplomat und KGB-Offizier Wladimir Sacharow, der 1971 in die USA überlief. Von seinem Ausbilder erfuhr Sacharow, dass die westliche Welt zukünftig «immer abhängiger von Asien, Afrika und Lateinamerika werden würde, insbesondere beim Erdöl». Deshalb werde Moskau in den erdölexportierenden Staaten «massive Anstrengungen» unternehmen, um die Versorgung der westlichen Welt zum Erliegen zu bringen und ihre Wirtschaft zu zerstören. Insbesondere im Nahen Osten begann eine grossangelegte Subversionskampagne, zu der neben dem Aufbau von Terrorzellen ausdrücklich auch die massenhafte Anwerbung von Agenten in allen Ländern und allen gesellschaftlichen Schichten der islamischen Welt gehörte, einschliesslich der Unterwanderung der Streitkräfte, der politischen Parteien und religiöser Gruppen mit sowjetischen Marionetten.

Diese folgenschwere Unterwanderung könnte eine Erklärung dafür darstellen, warum z.B. die Kataris den deutschen Wirtschaftsminister Robert Habeck bei seinem verzweifelten Versuch, im kommenden Winter eine Versorgungskrise zu verhindern, nicht nur auflaufen liessen, sondern regelrecht verspotteten. Die Berliner Zeitung spekulierte darüber, ob die Kataris mit Russland bei den Gaslieferungen für Deutschland «über Bande spielen»: «Denn Katars Staatlicher Pensionsfonds ist stark in Russland investiert, die Kataris sind ausserdem Shareholder bei Rosneft.» Wie die Zeitung einen Tag später berichtete, produzierte Katar trotz der sanktionsbedingt grösseren Nachfrage «aus welchen Gründen auch immer» statt mehr sogar weniger Flüssigerdgas, so dass sich bereits leere Gastanker vor der Küste Katars stauten, die auf Fracht warteten, welche für Asien bestimmt war. Wenn Russland damit droht, die Gaslieferungen in den Westen einzustellen, dann könnte dies unausgesprochen bedeuten, dass der Westen auch von den Energieimporten aus dem Nahen Osten abgeschnitten werden soll.

Auch der zum Westen übergelaufene tschechoslowakische General Jan Sejna berichtete übereinstimmend mit Suworow, der internationale Kommunismus wolle im Nahen Osten so Fuss fassen, «dass die Ölwanne eingesetzt werden könnte, um den endgültigen Zusammenbruch des Kapitalismus herbeizuführen». Vor diesem Hintergrund ist es daher kein Zufall, dass in den letzten Jahrzehnten alle Formen einer sinnvollen Energieerzeugung bekämpft wurden, mit denen sich der Westen von russisch kontrollierten Energieimporten unabhängig machen könnte. Die «grüne» Politik und die sie unterstützenden Aktivisten, welche jeg-

lichen Ausweg aus dieser Misere sabotieren, arbeiten mit Argumenten, die in Sowjetrussland entwickelt wurden, und ausgerechnet die Grünen-Partei, deren kommunistische Wurzeln nicht abzustreiten sind (siehe S.37 ff.), sitzt heute wieder in der Regierung und wird augenscheinlich mit der Endphase der sowjetischen Langzeitstrategie konfrontiert, welche die schrittweise Eskalation der hybriden Kriegsführung gegen die westliche Welt bringen soll.

Erst in diesem Kontext sind die Forderungen nach einem Energieboykott gegen Putin richtig eingeordnet, was ein noch weit besorgniserregenderes Bild ergibt. Die faden-scheinige Begründung, dadurch würde man dem russischen Regime die Einnahmen aus dem Erdgasgeschäft entziehen, ist in Wirklichkeit eine Milchmädchenrechnung, die man eigentlich nur dann ernsthaft in Erwägung ziehen kann, wenn man entweder keine Ahnung von der tatsächlichen strategischen Aufstellung Russlands und Chinas hat, oder wenn man Deutschland bewusst in eine Falle locken will. Ein Energieboykott oder Energieembargo zwischen Russland und Deutschland würde – ungeachtet der Frage von welcher Seite damit begonnen wird – die deutsche Wirtschaft in der aktuellen Lage erwartungsgemäss sehr viel härter treffen und dem deutschen Volk sehr viel grösseren Schaden zufügen, als damit Wirkung auf russischer Seite zu erzielen wäre.

Für die kommunistischen Strategen, welche die Politik des Kreml bestimmen, würde ein Energieboykott infolge der daraus resultierenden Verschärfung der «revolutionären Situation» in Deutschland sogar einen erheblichen strategischen Vorteil bringen. Denn wer dem deutschen Volk nach zwei Jahren fragwürdiger «Corona»-Schikanen leichtfertig weiteres Leidensvermögen abverlangt, in der Erwartung mehr äussere Sicherheit in Europa zu bekommen, dem könnte hierzulande stattdessen schon bald der Zusammenbruch der inneren Sicherheit und der öffentlichen Ordnung entgegenschlagen. Es besteht Grund genug zur Annahme, dass die kryptokommunistische Ökobewegung im Westen installiert wurde, um genau diese «revolutionäre Situation» langfristig herbeizuführen und damit die strategischen Ziele des «Lokomotivenberichts» zu erfüllen.

Um einer weiteren Verschärfung der aktuellen Situation effektiv entgegenwirken zu können, wäre es vor dem Hintergrund der bisherigen Erläuterungen daher dringend geboten, die Saboteure in den eigenen Reihen zu erkennen, die mitgeholfen haben diese Situation herbeizuführen, um sie durch Aufdeckung ihrer Strategie unschädlich zu machen. Und man sollte mit dieser Suche bei genau denen beginnen, die jetzt in besonders emotionaler und moralisierender Weise einen vorseilenden Energieboykott gegen Russland fordern. Denn wenn ohnehin zu erwarten ist, dass der Kreml die Initiative ergreifen und die Energiewaffe gegen Deutschland einsetzen wird, dann soll er auch die Verantwortung für den Bruch geltender Lieferverträge übernehmen. Wenn hingegen die deutsche Politik dem Kreml diese Verantwortung abnimmt, dann macht sie sich selbst zum Buhmann für die daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen. Leider liegt die Annahme sehr nahe, dass Politiker wie Robert Habeck oder Olaf Scholz alles dafür tun werden, den Westen weiter in die Sündenbock-Rolle zu drängen, Ressentiments gegen ihn zu schüren und ihn aussenpolitisch zu isolieren, bis die Zerschlagung der «freien Welt» vollendet und die kommunistische Machtübernahme endgültig gelungen ist. (tk)

9-Euro-Ticket: Sozialismus-Genuss in vollen Zügen

Wie wir bereits erfahren durften (siehe S.52 ff.): Wenn es nach den Rädelsführern der Ökobewegung ginge, dann wäre der Privatbesitz von Kraftfahrzeugen in einer nachhaltig-ökosozialistischen Gesellschaft gänzlich abgeschafft, und die Möglichkeiten zur Fortbewegung wären auf öffentliche Verkehrsmittel, das heisst auf Busse und Bahnen oder allenfalls ein kollektives Car-Sharing beschränkt. Nach einem lang andauernden «Marsch durch die Institutionen» und der Implementierung des «grünen» Gedankenguts in Gesetzen und Vorschriften sind gewaltige Schritte in diese Richtung getan. Autofahren ist für viele Menschen zum Luxus geworden, die Spritpreise sind auf dem Weg nach oben und ein Ende des Anstiegs ist nicht in Sicht. Die Russland-Sanktionen erweisen sich als Bumerang für die eigenen Bürger.

Als Teil eines «Entlastungspakets», das durch das Kabinett Scholz aufgrund der gestiegenen Energiekosten beschlossen wurde, ist seit dem 01. Juni 2022 ein 9-Euro-Ticket im Angebot der Deutschen Bahn, mit dem der Käufer den gesamten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Deutschland für einen Monat nutzen kann. Setzt man diesen Preis in Kontrast zu den üblichen Bahn-Tarifen, dann grenzt dies an ein Geschenk – und solcherlei Geschenke sind typisch für den Sozialismus, der in Deutschland schleichend Einzug hält. Der Haken daran: Ganz so günstig ist das 9-Euro-Ticket natürlich nicht. Irgendjemand muss bezahlen und wie immer, wenn der Staat etwas «verschenkt», fällt diese Aufgabe der Allgemeinheit zu. Die Deutsche Bahn, deren Anteile zu 100% vom Bund gehalten werden, gilt bereits jetzt als ein «Milliardengrab», welches alljährlich mit Unsummen öffentlicher Gelder finanziert werden muss. Durch das 9-Euro-Ticket werden es voraussichtlich noch einmal 2,5 Milliarden mehr sein – allein für die drei Sommermonate, in denen das Ticket zu haben ist. So viel jedenfalls zahlt der Bund zusätzlich an die Länder, die den Regionalverkehr bei der Bahn bestellen und das Geld entsprechend weiterreichen. Der Focus kommentiert: «Der Freizeitspass, um den es sich bei einem Ticket, das in der Hauptferiensaison gilt, offenbar handelt, ist also ein teurer Spass, den sich die Bahn an sich nicht leisten könnte.»⁽¹⁾

Das 9-Euro-Ticket legt offen, was sowieso typisch für den Sozialismus ist: Produktionsmittel werden im Sozialismus systematisch verschwendet bzw. falsch eingesetzt, weshalb die vermeintlichen Geschenke der Bevölkerung entweder in minderer Qualität oder teilweise sogar gar nicht zur Verfügung stehen, womit sie am Ende doch hauptsächlich eines sind, nämlich teuer.

Vorhersehbares Chaos

Heute werden die Deutschen auch im Schienenverkehr Zeuge davon, was passiert, wenn die sozialistische Kostenlos-Kultur mit der Realität kollidiert. Die typisch planwirtschaftliche Fehlverwendung von Ressourcen und Arbeitern führte in den letzten Jahren zu Entlassungen, niedrigen Gehältern, Verspätungen und überfüllten Zügen bei der Deutschen Bahn. Ihr Zustand war schon vor dem 9-Euro-Ticket marode, was sich auch durch die hohen Preise ausdrückte, die Bahnfahrer zumindest im Fernverkehr zu zahlen hatten. Immerhin bildeten die hohen Preise die Misswirtschaft der staatlichen Bahn ab und sorgten dafür, den Schienenverkehr in Grenzen zu halten. «Doch über Jahrzehnte haben die hohen, teilweise horrenden Preise dafür gesorgt, dass hier eine soziale Auslese betrieben wurde», bemängelte die linke TAZ in einem Lob-Artikel für das 9-Euro-Ticket.⁽²⁾

Jetzt, wo Bahnfahren nahezu kostenlos geworden ist, ist die Deut-



sche Bahn vielerorts nicht in der Lage, die neu hinzugekommen Fahrgäste zu transportieren, womit der Unterschied zwischen «sozialer Auslese» durch einen zu hohen Preis oder das Stillstehen der Züge durch zu hohen Andrang geringfügig ist. Beides läuft auf ein sehr ähnliches Ergebnis hinaus: Bahnfahren lohnt sich nicht, entweder weil die hohen Kosten den Nutzen übersteigen oder weil die zu geringen Kosten zu einer zu grossen Inanspruchnahme des Angebots führen, die dann mit Verspätungen, ausfallenden Zügen und geradezu gefährlich überfüllten Waggons einhergeht. Wie für den Sozialismus symptomatisch pendelt sich nie ein natürliches Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage ein, was zu den bekannten Verwerfungen führen muss.

«In den Hauptreisezeiten war die Nachfrage auf den Hauptstrecken so stark, dass Züge nicht abfahren konnten. Und einige Bahngesellschaften – etwa die Metronom in Norddeutschland – haben die Fahrradbeförderung ausgeschlossen, weil sie dem Ansturm nicht Herr wurden», sagte Karl-Peter Naumann vom Fahrgastverband Pro Bahn am Montag der Deutschen Presse-Agentur. «Das Chaos war vorherzusehen», titelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung passend. Naumann erwartet für die kommenden Sommermonate weitere Probleme.⁽³⁾ Klar, denn wer etwas anbietet, ohne dafür über die nötigen Kapazitäten zu verfügen, kann mit den entsprechenden Folgen rechnen. Es waren keine hellseherischen Fähigkeiten nötig, um das Chaos vorzusehen, das angerichtet wurde und noch immer angerichtet wird. Es sei allerdings angemerkt: Genau-sowenig muss man ein Genie sein, um die Dysfunktionalität des Sozialismus zu erkennen und trotzdem lechzen die Massen nach ihm.

Ob es sich beim 9-Euro-Ticket um einen misslungenen Versuch handelt, Sympathien beim Volk zu wecken, die Öffentlichkeit schon einmal an das Ende des motorisierten Individualverkehrs und die Abhängigkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln zu gewöhnen, oder ob es gar einen weiteren Akt der inneren Destabilisierung Deutschlands darstellt, darüber lässt sich im Moment nur spekulieren. Zumindest ist festzustellen, dass die dramatischen Konsequenzen des Flatrate-Tickets mehr als absehbar waren und dessen Einführung deshalb entweder von der grenzenlosen Inkompetenz oder der Böswilligkeit der Regierenden im Bundestag zeugt. (tk)

Quellen:

1. focus.de, Bund pumpt wegen 9-Euro-Ticket Unsummen in die Bahn – dabei ist die ein Milliarden-Grab, 02.06.2022
2. taz.de, Soziale Gerechtigkeit und Bahnfahren: 9-Euro-Ticket legt Privilegien offen, 07.06.2022
3. sueddeutsche.de, Fahrgastverband: Zu wenig Kapazitäten für 9-Euro-Ticket, 06.06.2022

...hin zum grossen Bild



Nr. 47

**Die Energiewende:
Eine vernichtende Bilanz**



Nr. 27

**Klimajugend: Wie Kinder
von den Globalstrategen
instrumentalisiert werden**



Nr. 31

**Die Sabotage der Energie-
versorgung: Nur eines von
vielen Schlachtfeldern im
hybriden Krieg gegen den
Westen**



Nr. 45/46

**Wie die Kommunisten den
Westen erobern wollen**



Nr. 41/42

**Die Wurzeln der Agenda 2030
und des UN-Ökosozialismus**



Nr. 09

**Klimalüge: Energiewende
ohne wissenschaftliche
Grundlage!**



Nr. 40

**«Grüne» Zukunftsvisionen:
Klaus Schwabs Angriff auf
den Mittelstand**